REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 334 · 23.9.1991

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 41 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Bundesweiter Antifa-Ratschlag in Dresden Ein kurzer Bericht vom Vorbereitungstreffen
2. Siegerjustiz auf Wolfsjagd
3. Geblieben ist die Abkürzung: CCCP
4. Die Sowjetunion und ihre Republiken. Ein Überblick
5. Völker und Nationen in der UdSSR
6. Dokumentation: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unteilbar. Auszüge aus einer Rede Gregor Gysis vor dem Bundestag am 4.9.91
7. Der Weg in die Unabhängigkeit Auseinandersetzungen im Baltikum 1987-1991
8. Die baltischen Republiken zwischen den Weltkriegen
9. Zur Geschichte der KPD nach 1945 (Teil 2)
10. Kein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück. Anmerkungen zum nationalen Selbstbestimmungsrecht bei Lenin
11. Eine Gesellschaft im Umbruch: Zum Beispiel Rostock ...
12. Stern über Papenburg. Die neue Teststrecke von Daimler-Benz im Emsland
13. Von der Linde bis hinter die Oder Revanchismus in der Provinz
14. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen
15. §218: CDU/CSU auf Memmingen-Kurs
16. Nato, Mafia und Mittelmeer Zur Nato-Basis in Crotone - Alexander Muth
17. Sozialisten für italienische Großmachtpolitik
18. Äthiopien - eine zweite Revolution? (Teil 1)
19. Presseerklärung: Appell gegen die Blockade Kubas
20. Die Dialogpolitik der Guerilla Guatemalas. Hintergründe, Geschichte und aktuelle Positionen (Teil 1)
21. "Wir leben in einem US-amerikanischen Zeitalter." Gespräch mit Yacoub Zayadine, Generalsekretär der KP Jordaniens
22. 3. Oktober in Hamburg: "Feiern ohne Grenzen"
23. Gegen den Minimalkonsens. Offener Brief von einigen Mitgliedern der "Gruppe K"
24. "Auch ich habe eine Vergangenheit." (Erklärung von Jutta Braband)
25. Stasi-Mitarbeit aus Überzeugung. Der "Fall Jutta Braband" und das Ende einfacher Wahrheiten
26. Mielke & Co. sind keine Antiimps Betr.: Freiheit für Mielke (AK 333)
27. Dokumentation: Alle ziehen ihre Lehren aus aus dem Golfkrieg - wir auch: Verweigert den Kriegsdienst
28. Gramsci und die Zukunft der ak-Kritik. Entgegnung auf "Gramsci und die Zukunft des ak" (ak 333)
29. "... man muß dem Verrat grundsätzlich abgeneigt sein ..." Gespräch mit H.L. Gremliza
30. Auf ins Offene? - Achtung Sackgasse! Diskussionsbeitrag des AK (Drinnen und) Draußen Celle
31. Den Michel hänseln. Anmerkungen zu Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit
32. Franz Jung: Nach Rußland! Schriften zur russischen Revolution (Buchbesprechung)
33. "Pretty woman" und die Logik des Antisemitismus
34. Eine Neurose: Das Überbordwerfen bisheriger linker Positionen als Selbstzweck
35. Betr.: Sowjetunion
36. Gruppe K: In eigener Sache
37. Das Mandelbaumtor. Miniaturen zum palästinensisch-israelischen Konflikt
38. Aus Sicht der Mehrheit
39. Hamburg: Freiheit für Ralf und Knud Verhaften - Beweise sind egal
40. Das neue Deutschland löckt wider den alten Stachel
41. Abbruch-Tabu

1. Bundesweiter Antifa-Ratschlag in Dresden Ein kurzer Bericht vom Vorbereitungstreffen

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/47.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:47

In der neuen "Hauptstadt der faschistischen Bewegung", Dresden, soll vom 1. bis zum 3. November ein AntiFa-Ratschlag stattfinden, zu dem in Ost und West aufgerufen wird. Darauf verständigten sich am 14. September auf einem Vorbereitungstreffen in Ostberlin die gut 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ursprünglich bestand der Plan, am ersten Novemberwochenende eine Demonstration gegen Rassismus und Faschismus in Dresden durchzuführen, der sich wegen des skandalösen Agierens der trotzkistischen Gruppe SAG (siehe ak 333), von der die Idee ursprünglich stammte, zerschlagen hatte. Der Antifa-Ratschlag stellt gewissermaßen die kleinere, dafür den Kräfteverhältnissen und den Strukturen vor Ort angemessenere Alternative zu einer Großdemonstration dar.

Auf dem Treffen anwesend waren Vertreterinnen und Vertreter verschiedener antifaschistischer Initiativen und kleinerer politischer Gruppen aus der BRD und Westberlin (z.B. AStA-Leute aus Köln und Göttingen, Redakteure von "Piranha" aus Hamburg und PROWO aus Westberlin, SAG-Leute, Vertreter der "Gruppe K", des Arbeiterbunds, der VVN, sowie Leute aus AntiFa-Initiativen aus Nürnberg, Westberlin, Hannover, Kassel). Aus dem Gebiet der ehemaligen DDR kamen Leute aus PDS, VL, Bündnis 90, KPD und nicht organisationsgebundene AntiFa-Leute aus Ostberlin und Dresden.

Die Dresdener, an denen letztlich die Hauptarbeit der Organisation des Ratschlags hängenbleiben wird, wollen am 9.10. einen Dachverband der verschiedenen Einzelpersonen und Gruppen ihrer Stadt gründen, der unter dem Namen Friedens-Verbund oder Friedens-Forum auch über den Ratschlag hinaus bestehen bleiben soll.

Die Dresdner aber auch andere betonten, daß ihr Hauptinteresse an dem Ratschlag in der besseren Vernetzung zwischen den Einzelpersonen und Initiativen in den verschiedenen Städten der DDR liege. So wurde die Informationslage über faschistische Ausschreitungen auf dem Gebiet der Ex-DDR als ausgesprochen dünn und von Zufällen abhängig geschildert. Es wurde beispielsweise in Frage gestellt, ob man z.B. Dresden wirklich als Zentrum der Faschisten bezeichnen könne. Das verschärfte Interesse der Medien an den Vorgängen in Dresden sowie halbwegs funktionierende Zusammenhänge von Antifaschisten sei der Grund für die ziemlich umfassenden Informationen. Aus anderen Städten, z.B. Chemnitz und den vielen Kleinstädten, seien wenig oder gar keine Informationen zu bekommen, obwohl gerade in der "Provinz" Neonazis häufig völlig unangefochten das Straßenbild bestimmten. Neben der Verbesserung der Informationslage wurde allgemein ein Interesse an besseren Kontakten zwischen Antifaschisten aus Ost und West bekundet. Nur so könnten bestehende Vorurteile ausgeräumt werden und ein besseres Verständnis für die zum Teil unterschiedlichen politischen Ansätze erreicht werden.

Keine Einigung zwischen den Anwesenden aus Ost und West konnte über die Frage der angestrebten Bündnisbreite erreicht werden. Während Leute aus der BRD auf die AntiFa-Kongresse in Bremen 1989 und in Frankfurt 1990 hinwiesen, die zu reinen Public Relation-Veranstaltungen der SPD (Bremen) bzw. der Grünen Realos (Frankfurt) verkommen seien und den Leuten aus den Basis-Initiativen keine Gelegenheit mehr zur Beratung gemeinsamer Strategien gelassen hätten, betonten Vertreter und Vertreterinnen von Gruppen und Organisationen aus der DDR, daß niemand, der etwas gegen die Neonazis unternehmen wolle, ausgegrenzt werden dürfe. Diese unterschiedlichen Vorstellungen über die Bündnisbreite dürften jedoch mit Blick auf den Dresdner Ratschlag von untergeordneter Bedeutung bleiben. Gerade von Kirchen, SPD und Grünen war auf dem Vorbereitungstreffen niemand erschienen und die anwesenden Parteienvertreter (PDS, Bündnis 90) zeigten sich an einem gleichberechtigten Bündnis mit allen Gruppen und Grüppchen ausgesprochen interessiert.

Die konkrete Vorbereitung des Ratschlags verlief etwas schleppend. Nach derzeitigem Stand soll zu den nachfolgenden Themen entweder in Plena und/oder in Arbeitsgruppen beraten werden:

- Neofaschismus, Rassismus und Antifaschismus in der DDR (unterteilt in die Komplexe "Neonazis und DDR-Organe", "Ausländerfeindlichkeit/Rassismus in der DDR" und "staatlich verordneter Antifaschismus in der DDR".)

- Aufarbeitung der AntiFa-Arbeit West

- Strategien gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus

- AntiFa und bürgerlicher Staat (in diesem Zusammenhang soll unter anderem über Sinn oder Unsinn von "Sicherheitspartnerschaft" mit der Polizei diskutiert werden)

- Bündnisbreite

- Unter dem Stichwort "Ist das Boot voll?" soll zur Flüchtlingspolitik beraten werden.

Innerhalb dieses Rahmens ist eine Podiumsdiskussion über den Antifaschismus in der früheren DDR geplant, auf der auch über das Verhältnis von Faschismus und Stalinismus diskutiert werden soll. Darüber hinaus sind Workshops zu konkreten Fragen der AntiFa-Arbeit geplant. Hier sollen Informationen über Infotelefone, Presse- und Archivarbeit, Sozialarbeit mit "gefährdeten" Jugendlichen u.ä. ausgetauscht werden.

Der Ratschlag soll teilweise in Form öffentlicher Veranstaltungen (Podiumsdiskussion, Konzert) ablaufen, um möglichst vielen interessierten Dresdener Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zur Teilnahme zu geben. Die oben vorgestellten Themenschwerpunkte sind nicht endgültig. Ob sie alle zustande kommen werden, hängt von der Bereitschaft zur Mitarbeit an der Vorbereitung ab. Es ist durchaus denkbar, noch zusätzliche Arbeitsgruppen zu installieren, wenn Gruppen sich verantwortlich bereit erklären, sie vorzubereiten.

Wer sich an der Vorbereitung beteiligen will, oder einfach nur Informationen einholen möchte, wende sich schriftlich oder telefonisch an die beiden Koordinationsbüros:

- in Dresden: Haus der Demokratie, c/o Vereinigte Linke, Friedrichstraße 57, O-8010 Dresden, Tel. Dresden/434286 oder 434179, Fax: Dresden/4327586 (ab 20 Uhr, Stichwort Anita)

- in Ostberlin: Haus der Demokratie, Friedrichstraße 100, O-1080 Berlin,

Tel.: Ostberlin/2291792, Fax: Ostberlin/ 2071612 (Stichwort: VL-AntiFa), Leute der Ratschlag-Gruppe sind Mo und Do von 17 - 19 Uhr im Büro anwesend.

Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen findet am 12.10.91 im Ostberliner Haus der Demokratie um 12 Uhr statt.

jw./westberlin

2. Siegerjustiz auf Wolfsjagd

Rubrik: Stasi-Debatte; Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:34

Der "Spiegel", immer auf der Suche nach dem Skandal, ist wieder einmal fündig geworden. 29 Jahre nach der "Spiegel-Affäre", wäre die Überschrift des Artikels, der Augstein, Ahlers und einige ihrer Kollegen ins Gefängnis brachte und den "Spiegel"-Mythos begründete, wieder verwendungsfähig: "Bedingt abwehrbereit" ist heute nicht die von Strauß desorganisierte Bundeswehr, sondern die deutsche Justiz. Ein Skandal umso mehr, als die Umstände günstiger nicht sein könnten, dem Bösen in Gestalt der historischen Verlierer Erich Honecker und Markus Wolf den entscheidenden Schlag zu versetzen. "Nach dem mißlungenen Putsch in der Sowjetunion haben Ex-SED- Chef Honecker und Ex-Spionagechef Wolf ihre Gönner verloren. Doch die Bonner Regierung bemüht sich mit wenig Elan um ihre Auslieferung." So beginnt das einzigartige Nachrichtenmagazin seinen Enthüllungsartikel, in dem neben den beiden Schurken und ihren Bonner Helfershelfern auch ein Vollstrecker des Guten vorkommt: Justizminister Klaus Kinkel (FDP), von 1979 bis 1982 Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND). Kinkel erkannte auch an seinem Ferienort im fernen Portugal die Gunst der Stunde: "Der Justizminister telefonierte hektisch in Bonn herum, scheuchte seine Beamten im Justizministerium auf". Allein: "Zurück am Arbeitsplatz spürte der Justizminister schon bald, daß die Aussicht auf Honeckers unverhoffte Heimkehr keineswegs überschwenglich begrüßt wurde. (...) Schon die aufgeregten Proteste im März, als Honecker ausgeflogen wurde, entsprachen eher dem üblichen Zermoniell als einem dringenden Bedürfnis". Honecker ist allerdings auch dem "Spiegel" nur zweite Wahl unter den abzuurteilenden DDR-Repräsentanten. Anders Markus Wolf. Die lebende "Legende", den auch immerhin schon achtundsechzigjährigen "vermeintlichen Supermann", möchten die um einiges jüngeren "Spiegel"-Redakteure allzu gern publizistisch zur Strecke bringen.

Bislang was das erfolglos - trotz außergewöhnlicher Maßnahmen. Einem "Spiegel"-Gespräch mit Wolf, veröffentlicht am 2.9., folgte eine Woche später die Interpretation dieses Gespächs durch Reporter Hans-Joachim Noack. In dem Bemühen, "das bevorstehende Ende der Legende Markus Wolf" herbeizuschreiben, läßt Noack seiner Wut über das aus der Sicht des Inquisitors mißratene Verhör freien Lauf. Wolfs "verquaste Selbsterhöhungsversuche" seien nichts anderes als die speziellen "Egotrips" eines von "Eitelkeit" und "Sendungsbewußtsein" erfüllten "Edelkommunisten". Einziger mildernder Umstand: "Aber es gibt ja ein Zwangsverhalten. Wer wie Wolf die prägenden Jugendjahre zwischen elf und 22 unter den Fittichen des damals angehimmelten sozialistischen Musterstaates verbracht hat, ist in seinen Rettungsphantasien festgelegt". So etwas führt zu schwerer Desorientierung: "Der in Hechingen/Hohenzollern geborene Deutsche fühlt sich auch ‚als halber Russe`".

Eine Kurzfassung von Noacks Artikel erschien am 17.9. in der "taz". Das von Annette Rogalla (ab)geschriebene "Porträt" des "Meisterspions" enthält als einzige unbeabsichtigte Einzelleistung eine hübsche Stilblüte. Wo Noack, Wolfs Buch "Die Troika" referierend, geschrieben hatte: "Der Vater, von Hause aus Arzt, auch Dramatiker ...", macht die nicht sehr begabte Nacherzählerin daraus: "Der Vater, von Hause aus Arzt, Dramatiker und Kommunist ..." Eine Auseinandersetzung mit Wolfs Aussagen gegenüber dem "Spiegel" findet in der Berliner Alternativzeitung nicht statt. Gegen den von Wolf genannten Grund für seine Privatreise- Flucht nach Moskau, er habe sich vorübergehend einem deutschen "Spektakulum" entziehen wollen, das ihn "zum Symbol und Synonym für den Stasi-Staat DDR zu machen" suchte, läßt sich auch schwer argumentieren. ("Spiegel"- Noack fällt natürlich doch etwas ein: Wolfs Mißtrauen gegenüber dem "bürgerlichen Rechtsstaat" ist ein weiterer Beleg für seinen Realitätsverlust: "Denn natürlich ist es für einen wie den vormaligen DDR-Geheimdienstpapst gänzlich undenkbar, aus anderen als aus ‚rein politischen Gründen` gesucht zu werden. In der Vorstellung des mutmaßlichen Delinquenten fahndet ‚weniger Karlsruhe` nach ihm, ‚sondern Bonn`".)

Die wirklichen Schwachstellen in Markus Wolfs Selbstrechtfertigungsversuch sind weder dem "Spiegel" noch der "taz" eine differenzierte Auseinandersetzung wert: Die Tätigkeit der ihm unterstellten Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) habe "dazu beigetragen, daß es in Europa eine so lange Friedensperiode gab"; und: "Es gibt keine Enthüllungen über Straftaten der HVA", auch lasse "sich nicht einfach sagen, die HVA sei Teil des Instrumentariums gewesen, das nun als Unterdrückungsapparat bezeichnet werden muß". Sicher ist es ein "friedenserhaltendes Element", wenn die NATO weiß, daß die Sowjetunion weiß, welche Rüstungsprogramme im Westen in Planung sind. Gleichwohl drängt sich die Frage auf, ob dafür ein so gigantischer Apparat

notwendig ist. Auch die Trennungslinie zwischen friedensfördernder Auslandsspionage und unterdrückerischer Ausforschung der eigenen Bevölkerung läßt sich in der Praxis wohl kaum eindeutig ziehen. Die Denunziation oppositioneller Bestrebungen als westgesteuert gehörte nun mal zu den SED-Standards im Kampf der Systeme. Wolfs Forderung nach "Einzelfallprüfung" kann hier nicht überzeugen. Sein Eingeständnis, bei der Nachrichtenbeschaffung würden gewisse "Mittel und Methoden eingesetzt, die aber auch von Diensten wie dem BND verwendet wurden", macht uns die Spione für den Frieden nicht sympathischer. Daß es, wie Wolf beteuert, unter seiner Verantwortung "keinen einzigen Fall" gegeben habe, "der mit Blut oder mit dem Tod verbunden war", mag mensch glauben oder auch nicht.

"Pallawatsch größeren Stils"

Daß Markus Wolf, obwohl ordnungsgemäß über den Flughafen Schwechat in Österreich eingereist, sich 16 Tage lang unbemerkt in Wien aufhalten konnte, hat einen "österreichischen Pallawatsch größeren Stils ausgelöst" ("Kurier", 17.9.); zu deutsch: ein Durcheinander, das sich auch nicht so schnell auflösen wird. Der von Wolf gestellte Asylantrag schränkt den Entscheidungsspielraum der Behörden ein - vorausgesetzt, sie brechen nicht die österreichischen Gesetze. Dazu haben bisher nur der FPÖ-Rechtsausleger Jörg Haider und, wie zu hören war (NDR-Mittagskurier, 17.9.), die Grün-Alternativen aufgerufen. Die Ermittlungsbehörden verfahren einstweilen nach der Devise: Den Täter haben wir, da werden wie die Tat schon noch finden. Aber auch das ist ungewiß. Wenn Wolf, wie er behauptet, schon im Mai 1986 in Pension gegangen ist, wäre der ihm in Österreich angelastete Lauschangriff gegen den damaligen Finanzminister und heutigen Kanzler Vranitzky verjährt. Solange sein Asylverfahren läuft, könnte Wolf auch nicht ausgewiesen werden. Eine Auslieferung nach Deutschland scheidet völlig aus, da Spionage als politisches Delikt nicht unter die Bestimmungen des Auslieferungsabkommens fällt. Das gilt auch für die von Generalbundesanwalt von Stahl nachgeschobenen Vorwürfe Bestechung und Landesverrat. Wolf könnte erst nach endgültiger Ablehnung seines Asylantrages in die Sowjetunion zurückgeschickt werden. Verweigerte man ihm dort die Einreise, würde Österreich ihn nicht mehr loswerden. "So kompliziert werden die Dinge, wenn Demokratien den Rechtsstaat wahren, was sie auch müssen", seufzt der Kommentator des Wiener "Kurier". Innenminister Löschnak knirscht ziemlich ratlos: Österreich darf "kein Asylland für Stasi-Leute werden". Die Einbußen im Tourismusgeschäft wären nicht auszudenken!

Siegerjustiz

So weit der alpenländisch-humoristische Teil der Affäre. Nicht mehr komisch ist die Ankündigung des Generalbundesanwalts, 5.000 ehemalige Auslandskundschafter der DDR anklagen zu wollen. Möglich macht das der Bundesgerichtshof (BGH). Dessen Unterscheidung ist gute (westliche) und böse (östliche) Spione teilt auch Justizminister Kinkel, der im selben Atemzug scheinheilig vor "Siegerjustiz" warnt: "Nur oberflächlich, formal betrachtet kann die Tätigkeit der Nachrichtendienste in der Bundesrepublik und in der früheren DDR gleich bewertet werden. Der entscheidende Unterschied: In unserem System hat die operative Auslandsaufklärung Schutzfunktion, die Arbeit der HVA aber hatte einen aggressiv gefährlichen, die äußere Sicherheit der Bundesrepublik gefährdenden Charakter, mit bis in die Gegenwart wirkenden Folgen". Der ursprünglich auch von Kinkel betriebene Plan einer Amnestie für Auslandsspione ist vom Tisch. Gegen den Rachegedanken hatten rechtsstaatliche Erwägungen (Gleichheitsgrundsatz) ebenso wenig Gewicht wie pragmatische Überlegungen, sich eine Prozeßwelle vom Hals zu halten, bei der ohnehin nichts herauskommen würde, was nicht längst bekannt ist. "Sie selber haben erfahren müssen", spricht teilnahmsvoll "Spiegel"-Redakteur Lersch zu dem Minister, der nicht kann, wie er eigentlich will, "daß gegen eine Stimmung in der Bevölkerung eine Amnestie für ehemalige DDR-Spione nicht durchzubringen war, daß ein bestimmtes Bedürfnis nach Abrechnung besteht - mit Honecker und dem letzten Mauerschützen". Den Anteil gerade des "Spiegel" an der Artikulation dieses Abrechnungsbedürfnisses verschweigt der um den Rechtsstaat besorgte Redakteur. Während sich die kritische (?) Presse auf die Seite der Sieger stellt, fordert mit Heribert Hellenbroich ausgerechnet ein ehemaliger Verfassungsschutzpräsident öffentlich Straffreiheit für Markus Wolf. Verkehrte Welt? Oder ist Hellenbroich ein Doppelagent?

Js.

3. Geblieben ist die Abkürzung: CCCP

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:40

UdSSR heißt nach wie vor die Abkürzung des staatlichen Gebildes, das gemeinhin als Sowjetunion bezeichnet wird. Doch sie soll zu einer Union souveräner Staaten werden: Union Souveräner Sowjet-Republiken - so der offizielle neue Titel. Doch wie dieses Gebilde genau aussehen soll, ist noch offen. Feststeht, daß durch den Putschversuch der Zentristen das Zentrum mehr oder weniger ausgehebelt wurde. Ausgehebelt durch die Republiken, die sich als souveräne Staaten deklariert haben und als gleichberechtigte Vertragspartner im Sinne des Völkerrechts behandelt werden wollen; ausgehebelt durch den zweiten Teil des Putsches, die Maßnahmen der russischen Regierung unter Boris Jelzin. Ziel der Aktionen der russischen Regierung war es, die vermeintlichen und tatsächlichen Drahtzieher des Putsches aus ihren Positionen zu entfernen, die Gefahr einer Neuauflage zu bannen. Herausgekommen ist die Entmachtung von wesentlichen Teilen des alten Apparates, die Zerschlagung der KPdSU und das Ende der sowjetischen Zentralmacht. Ein Putsch im Schatten des Putsches namens der Demokratie. Neue Verhältnisse und Beziehungen zwischen den Republiken sind notwendig, die Zentrale muß neu definiert werden. Und dies vor dem Hintergrund anhaltender resp. sich zuspitzender Nationalitätenkonflikte. Im folgenden ein Überblick über die derzeitige staatliche Verfaßtheit und die Auseinandersetzungen in verschiedenen Republiken.

Am 2. September brach für manche eine Welt zusammen und für viele keimt neue Hoffnung: Auf der Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten beschlossen die Delegierten, die Republiken ins Zentrum des Staates zu rücken. In einem Beschluß legten sie fest, welche Organe in einer nicht näher bestimmten Übergangszeit das Staatsgebilde UdSSR lenken sollen. Oberstes Beschlußorgan ist der Staatsrat, zusammengesetzt aus den Präsidenten der beteiligten Republiken und dem Präsidenten der UdSSR. Seine Kompetenzen erstrecken sich auf den Bereich Außenpolitik und Verteidigung, Entscheidungen können nur im Einvernehmen getroffen werden. Darunter befindet sich der Oberste Sowjet; zusammengesetzt aus dem Rat der Republiken - 20 Deputierte je Mitglieds-Republik, die Russische Föderation schickt 52, allerdings hat jede Republik bei Abstimmungen nur eine Stimme. Daneben gibt es den Unionsrat, der sich aus Volksdeputierten aus den Republiken gemäß der jeweiligen Bevölkerungszahl zusammensetzt. Der Oberste Sowjet fungiert wie bisher als oberstes Verfassungs- und Gesetzgebungsorgan, wobei der Unionsrat die Gesetze verabschiedet und der Republikrat bestätigt, zustimmungspflichtig ist.

Der Staatsrat ist neben den oben genannten Aufgaben für die Lösung innenpolitischer Probleme zuständig, soweit sie die gemeinsamen Interessen der Republiken berühren. Eines davon ist die Sanierung der sowjetischen Wirtschaft. Zu diesem Zwecke hat sich der Staatsrat bereits ein Gremium geschaffen, das Wirtschaftskomitee. Es ist zuständig für die Koordination der Volkswirtschaft und soll als erstes einen Vertrag über eine neue Wirtschaftsunion vorlegen. Das Komitee wird paritätisch durch die Mitgliedsrepubliken besetzt, den Vorsitz bestimmt der Staatspräsident unter Zustimmung des Staatsrates.

Mit dieser Konstruktion soll versucht werden, die SU in Richtung Föderation zu gestalten, wobei im Moment offen ist, wie sich die zukünftigen bi- und trilateralen Beziehungen innerhalb der Union gestalten werden. So wird über den abzuschließenden Wirtschaftsvertrag gestritten. Dieser ist notwendig, um eine weitere Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet zu ermöglichen. So sieht der Beschluß der Volksdeputierten über die Übergangsorgane ausdrücklich vor, daß auch Staaten, die nicht der neuen Union angehören, dem Wirtschaftsvertrag beitreten können. "Die Teilnahme an der Wirtschaftsunion darf nicht von der Unterzeichnung des Unionsvertrages abhängig gemacht werden." (FAZ, 6.9.91) Aus der in diesem ak veröffentlichten Übersicht über die einzelnen Republiken der Union wird deutlich, wie eng die einzelne Teile aufeinander angewiesen sind. Neben der Aufrechterhaltung dieser Beziehungen steht im Mittelpunkt der Debatten in dieser Art Wirtschaftskabinett eine Neuauflage des 500-Tageplanes. Er sieht vor, mittels kreditgestützter Investitionen, die UdSSR auf einen marktwirtschaftlichen Kurs zu trimmen. Strittig dabei ist nicht die allgemeine Orientierung auf eine kapitalistisch ausgerichtete Marktwirtschaft, sondern die Rigorosität, mit der sie über das Land gebracht werden soll. Je brutaler das Vorgehen des Komitees um den Vorsitzenden in spe, Silajew, bei dieser Operation sein wird, desto zahlungswilliger werden die USA und der IWF sein.

Föderation unabhängiger Staaten

Die neue Ordnung der Sowjetunion erlaubt es den einzelnen Republiken, sich als souveräne Staaten in der Welt zu bewegen. Sie können eigenständige Handelsbeziehungen mit wem auch immer eingehen, Mitglied der UNO, des IWF und aller nur denkbaren internationalen Organisationen werden. Vorausgesetzt, sie werden nach dem internationalen Völkerrecht als souveräne Staaten anerkennt - was derzeit nur bei den baltischen Republiken der Fall ist - und in diese Organisationen und Zusammenhänge aufgenommen. Doch nicht nur das staatliche Außenhandelsmonopol ist Vergangenheit, auch die Währungshoheit der Zentrale. Denn mit neuen Wirtschaftsvertrag erhalten die Republiken auch das Recht, nationale Währungen in Umlauf zu bringen; die Ukraine bereitet bereits einen solchen Schritt vor, die Druckmaschinen für Banknoten sind im westlichen Ausland gekauft.

Großes Vorbild für die derzeitige Umbildung der UdSSR ist die EG. So wird nach den Worten des Gorbatschow-Vertrauten Daschitschew, die Union zu einem Bund demokratischer Staaten werden, die der jeweilige Präsident nach innen und außen repräsentieren wird. Allenfalls wird er noch koordinieren und evtl. den Oberbefehl über's Militär haben. Aber insgesamt wird mit dem neuen Vertrag zwischen den Republiken und der Zentrale eine andere UdSSR entstehen. Ob es tatsächlich zu einer Föderation oder einer anderen Form der freiwilligen staatlichen Zusammenarbeit kommen wird, ist ungewiß und muß angesichts der Entwicklungen in den Republiken auch mit sehr viel Skepsis bedacht werden.

Souveränität, Nationalismen und Despoten

Politisch gesehen sind die drei baltischen Republiken nicht mehr zur Sowjetunion zu zählen, international auf dem Wege der Anerkennung, Mitglieder der KSZE-Konferenz und der UNO, Moldova wurde bisher nur von Rumänien anerkennt, bei Georgien ist nichts dergleichen bekannt. Dennoch sind es diese fünf Staaten, die auf keinen Fall bei der neuen Union mitmachen wollen. Bei Armenien ist es derzeit ungewiß; die politische Führung des Landes signalisierte, bei den Verhandlungen mitmachen zu wollen, ist sich aber noch nicht im Klaren darüber, der Union beizutreten oder nicht. Die Russische Föderation (RSFSR), Kasachstan, Turkmenien und Tadschikistan werden sicher zur neuen Union gehören, beim Rest ist es Verhandlungssache bzw. hängt auch von der Entwicklung der inneren nationalen Auseinandersetzung ab. Im folgenden ein grober Überblick über die aktuellen Auseinandersetzungen in verschiedenen Republiken. Allein die baltischen Staaten tauchen nicht auf, da sie sowohl in diesem als auch im nächsten ak gesondert behandelt werden.

Moldova

Seit dem 27. August dieses Jahres betrachtet sich Moldova als souveräner Staat. International wurde es bisher nur vom angrenzenden Rumänien anerkannt. Anfang September stellte Präsident Mircea Snegur per Dekret die Grenzkontrollen und den Zoll unter moldovanische Kontrolle. Einrichtungen, Waffen und sonstige Güter der Grenztruppen werden Eigentum Moldovas. Die Grenzformalitäten erledigen inzwischen Beamte der Republik. Präsident Snegur und Parlamentspräsident Mosanu machen derzeit in allen Erklärungen und Maßnahmen deutlich, daß sie auf keinen Fall mit ihrer Republik irgendwelchen neuen sowjetischen Strukturen angehören wollen. Bis zum Doppelputsch hatte mensch noch Interesse an einer Union ohne leitende Zentrale, an einem lockeren Verbund souveräner Staaten. Doch diese Vorstellungen sind verschwunden.

In dem durch und durch agrarisch strukturierten Land wurde die Hinwendung zu Rumänien offen und radikal vollzogen. Amtssprache ist ausschließlich Rumänisch, das zwar viele BewohnerInnen sprechen, aber die durchaus relevante Minderheit der Gagausen und den russischen sowie ukrainischen Teil der Bevölkerung ausgrenzt.

Darüberhinaus wurden am ersten Tag des Putsches Blätter aus Moskau verboten, von der Prawda über die Sowjetskaja Rossija bis zu der Iswestija. Über eine Wiederzulassung ist bisher nichts bekannt.

Am 10.9. verlangte das Parlament in Kischinjow den Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion und den Abzug der sowjetischen Truppen vom Territorium der Republik. Moldova wolle eigene Truppen aufstellen, deren ausschließliches Ziel es sei, die Einheit des Republikgebietes zu schützen, hieß es in der Erklärung. Desweiteren will die Republik dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und verschiedene Abrüstungsverträge, wie das VKSE-Abkommen, unterzeichnen.

Zuvor segnete das Parlament ein Präsidialdekret ab, welches die Abschaffung des KGB und die Eingliederung seiner Mitarbeiter, Finanzen und Materialien in ein neues "Ministerium der Nationalen Sicherheit" verfügt.

Präsident Mircea Snigur sprach sich während der Eröffnung der Sitzungsperiode des Parlaments für Präsidentschaftswahlen Mitte November aus und forderte die Einführung einer eigenen Währung und eines eigenen Banksystems.

Neben diesen Problemen, einen "eigenen" Staat zu machen, fühlen sich die Industriestädten lebenden Russen und Ukrainer von der derzeitigen Führung nicht vertreten. In Städten Rybniza und Bendery, östlich des Dnjestr, wurde eine eigene, russische, "Dnjestr-Republik" mit der Hauptstadt Tiraspol gegründet. Sowohl hier, als auch in den eher konservativ orientierten Gebieten der Gagausen um Komrat im Süden des Landes war der Putschversuch von örtlichen Vertretern begrüßt worden. Sie wurden seitens der Regierung verhaftet.

Seitdem werden Eisenbahnlinien blok- kiert, Tausende von Waggons liegen fest, wodurch auch die Versorgung anderer Republiken mit landwirtschaftlichen Produkten unterbrochen ist.

Die Polarisierung zwischen den unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung ist Resultat der Entwicklung der letzten beiden Jahre. Die Kopplung von demokratischen und marktwirtschaftlichen Forderungen einerseits mit nationalen andererseits führte dazu, daß manche nichtrumänischen Demokraten verstummten, wegzogen oder zu den konservativen Kommunisten überliefen.

Desweiteren sind Irritationen über den nationalen Kurs Moldovas bis in die ukrainische Nationalbewegung "Ruch" hinein zu spüren, die sich offiziell mit der moldovanischen Volksfront solidarisiert. Diese inoffizielle Irritation ist allerdings wechselseitig. Denn "eigentlich" beansprucht Moldova auch den südlichen Teil Bessarabiens bis zum Schwarzen Meer mitsamt der Städte Ismail und Belgorod Dnestrowkij. Das gleiche gilt für Nord-Bukowina mit Tschernowzy. Wenn man gegenwärtig auf diese Gebiete verzichtet, so allenfalls um des lieben Friedens und der Schlußakte von Helsinki willen.

Einen Rechtsanspruch der Ukraine gebe es jedoch nicht, meint der Chefredakteur der Tageszeitung "Moldova Suverana", Tudor Topa. Das "historische Territorium" der Ukraine sei seiner Meinung nach eine Erfindung von Hitlers Außenminister Ribbentrop.

Die politische Hauptkonfliktlinie innerhalb der rumänischen Majorität des Parlaments betrifft jedoch die künftige Wirtschaftsverfassung. Die 110 Abgeordneten der "Demokratischen Fraktion" treten für eine Privatisierung der für Bessarabien zentral wichtigen Landwirtschaft ein. Ihnen steht eine agrarische Fraktion von 120 Abgeordneten gegenüber, die die staatlichen und die kollektiven landwirtschaftlichen Betriebe beibehalten will. Zünglein an der Waage könnten die sieben "Unabhängigen" und die 30 Zentristen von der Gruppe "Souveränität" werden, die einen sanften Weg in die Unabhängigkeit gewollt hatten. Die kollektivierte Landwirtschaft gibt es in Moldova erst seitdem das Land unter dem Hitler-Stalin-Pakt der SU "zugeschlagen" wurde. Die Bauern Moldovas bilden sich etwas darauf ein, daß in ihrem Land die Tradition, selbst Höfe zu bewirtschaften, noch nicht ganz verschüttet sei, im Gegensatz zu anderen Teilen der Union, insbesondere zu Rußland.

Inwieweit sich diese Konfliktlinien ausweiten und eskalieren, hängt sowohl von der Frage der wechselseitigen Gebietsansprüche zwischen Moldova, der Ukraine und neuerdings auch Bulgarien ab. Die politische Zukunft dieser Republik hingegen wird eng mit der Rumäniens verknüpft sein, die wirtschaftliche wohl auch.

Ukraine

Noch unmittelbar vor dem umgebrochenen Umsturz war die Ukraine in der Frage ihrer nationalen Orientierung am Rande einer Spaltung: Der westliche Teil favorisierte die Loslösung von der Union, während der östliche Teil weiterhin auf einer Anbindung an Rußland bestand. Dies änderte sich mit den Ereignissen nach dem 17. August. Die Ukraine wird Teil der erneuerten UdSSR sein, allerdings wird über die Frage der eigenen staatlichen Souveränität und womöglich auch der Zugehörigkeit zur UdSSR am 1. Dezember ein Referendum abgehalten. Ungeachtet davon werden Maßnahmen zur Errichtung einer eigenen, von Moskau unabhängigen Staatsverwaltung und -organisation getroffen.

Der Oberste Sowjet der Ukraine hat am 3. September einen eigenen Verteidigungsminister - General Masow, bisheriger Oberbefehlshaber der sowjetischen Luftwaffe in der Ukraine - ernannt. Dies wird als erster Schritt zu einer eigenen Armee angesehen.

Für die neuen politischen Kräfte in der Ukraine steht das Ziel der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung im Mittelpunkt. Andere politische Inhalte, wie etwa die Demokratisierung, sind bei ihnen noch schwächer entwickelt als in den neuen Parteien in Rußland. Die nationaldemokratische Bewegung "Ruch", unter deren Dach sich neue Parteien und Organisationen bildeten, scheint ihre Aufgabe erfüllt zu haben und zerfällt allmählich in einzelne Strömungen und Parteien.

Unter ihnen ist die Republikanische Partei mit rund 6.000 Mitgliedern die größte. Die ukrainischen Republikaner, die im Westen der Republik besonders stark sind und enge Kontakte mit der ukrainischen Kirche unterhalten, streben eine freie Marktwirtschaft in einem starken Staate an.

Nach Ansicht des stellvertretenden Vorsitzenden der ukrainischen sozialdemokratischen Partei, Konstantin Malejew, beachte die republikanische Partei nicht genügend, daß die Privatisierung bei den bestehenden wirtschaftlichen Strukturen neue Monopole hervorbringen werde und daß dem Millionenheer der Arbeiter in der Republik Massenarbeitslosigkeit droht. Desweiteren befürchtet er soziale Explosionen, wenn das Werben um ausländische Investoren mit dem Verweis auf die billigen Arbeitskräfte geführt werde.

Die sozialdemokratische Partei zählt etwa zehn Prozent der Mitglieder der Republikaner und ist noch nicht offiziell registriert. Ihr schließen sich derzeit viele liberale Kräfte an und sie unterhält gute Beziehungen zur Grünen Partei, die vergleichsweise gut etabliert ist. Daneben bilden sich auch andere Gruppierungen, wie etwa die "Partei der ukrainischen Wiedergeburt", der sich viele Nationalisten aus der alten KP angeschlossen haben. Daneben existiert noch eine "Bauernpartei", der sich zum Teil ganze Kolchos-Belegschaften angeschlossen haben, die aber politisch noch nicht weiter in Erscheinung getreten ist.

Abgesehen von dieser zaghaften politischen Diversifikation sind die ökonomischen Probleme einer Eigenstaatlichkeit Hauptproblem. Viele unterstellen der jetzigen Führung unter Krawtschuk, von der Beobachter glauben, daß sie in den Präsidentschaftswahlen im Winter bestätigt wird, einen "Ausverkauf" der ukrainischen Heimat, vor allem wenn nach dem möglichen Wahlsieg jetzt noch bestehende Hemmungen fortfallen werden.

Der alte Staatsapparat, der nur formell seit kurzem nicht mehr KP-Mitglied ist, wird aus Sicht oppositioneller Kräfte seine alleinige Verfügungsgewalt über die nationalen Güter dazu zu nutzen versuchen, durch Transaktionen mit westlichen Firmen sich selbst abzusichern. Es wird allgemein befürchtet, daß die einheimischen Unternehmen gegenüber ausländischen benachteiligt werden. Dafür gibt es derzeit jedoch keine konkreten Anzeichen. Dennoch wird die Herausgabe einer eigenen Währung vorbereitet, um die nationale Wirtschaft zu stärken und um vom Rubel loszukommen.

Bislang ist es dem ehemaligen KP-Mitglied Krawtschuk gelungen, einen politischen "Mittelkurs" zwischen den separatistischen Kräften im Westen und den Unionisten im Osten zu fahren. So ist es auf der einen Seite konservativen Kräften nicht gelungen, in der Ukraine etwa nach dem Muster der baltischen "Interfront" Fuß zu fassen, doch auf der anderen Seite erhielten gerade die separatistischen Kräfte aus Moskau Auftrieb, als Jelzin die Möglichkeit von Grenzrevisionen gegenüber den Republiken, die sich nicht der Union anschließen, vorbehielt. Diese Unstimmigkeit ist mittlerweile beigelegt.

Auch die Krim will Teil der Ukraine bleiben. Dies beschloß das Regionalparlament in Simferopol am 5. September, wie die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS meldete. Zugleich bekräftigten die Delegierten aber die Eigenständigkeit und Unteilbarkeit der Krim. In den vergangenen Monaten hatte es auch Rufe nach einem Anschluß an Rußland gegeben. Die Verfassung einer künftigen autonomen Krim-Republik soll nach einer Entschließung des Regionalparlaments auf dem Prinzip der Gewaltenteilung beruhen. Das Territorium soll nicht ohne Einverständnis der Republik verändert, Boden, Luftraum, Natur- und Wasserressourcen sollen ausschließlich von ihr genutzt werden. Das Parlament der Ukraine bat es um Unterstützung und Zusammenarbeit auf dem Weg zu einem demokratischen Rechtsstaat auf der Krim.

Rußland

Die Russische Föderation ist einerseits der politisch und ökonomisch bestimmende Faktor in der Union, andererseits aber selber nicht frei von nationalen Auseinandersetzungen und konfrontiert mit Unabhängigkeitserklärungen verschiedener autonomer Gebiete. Boris Jelzin nutzte als Präsident der RSFSR gewissermaßen die Gunst der Stunde und richtet ein präsidiales Regierungssystem ein, analog zu dem in der

Union vor dem Umsturzversuch. Dies hat ihm bereits den Vorwurf des Führertums und der Diktatur eingebracht, er selbst verteidigt es mit den Worten, daß jetzt Beschlüsse gefaßt werden müßten und keine Zeit zum langen Debattieren sei.

Gleichzeitig entzieht er der Union wichtige Einnahmequellen. So unterstellte er per Dekret die Kontrolle der russischen Energiewirtschaft dem russischen Ministerium für Brennstoff und Energie. Diese Befugnis lag bislang bei der Zentralregierung. Dadurch beansprucht jetzt die Russische Föderation den größten Teil der sowjetischen Energieressourcen und der damit verbundenen Exportgewinne für sich.

Aufgrund der nach wie vor äußerst engen Verflechtung der Republiken miteinander sind diese auf die Rohstoffe aus Rußland angewiesen. Somit sind sie zwar nicht mehr von der Zentralmacht, aber von Rußland abhängig. Viele sehen daher die Russische Föderation als neues Zentrum der UdSSR an. Inwieweit die russische Führung dem gerecht wird, ist offen. Zu befürchten steht aber, daß sich der russische Chauvinismus ungebrochener denn je Bahn bricht.

Anzeichen dafür gibt es im Umgang mit den zahlreichen ethnischen Minoritäten in der Föderation. So haben bislang sechs der 16 autonomen Republiken der Föderation Unabhängigkeitserklärungen abgegeben. Sie werden von der Regierung in Moskau ignoriert und offenbar als nicht verhandlungsfähig angesehen. Bei diesen Gebieten handelt es sich u.a. um Regionen, die sehr rohstoffreich sind, somit für die Wirtschaft des Landes von großer, wenn nicht sogar zentraler Bedeutung sind.

Diesen Problemen widmet sich die Regierung Jelzin nicht. Sie legt ihr Hauptaugenmerk derzeit auf die Neuregelung der inneren Struktur der Union. Jelzin versucht aufgrund seiner nach innen gestärkten Machtposition seinen Einfluß in der neuen Union auszubauen. Der sowjetische Staatspräsident soll nicht mehr ohne den russischen regieren können, aber auch die Republiken der neuen Union nicht am Weißen Haus in Moskau vorbei agieren können. Diese Politik mag zwar für den Erhalt der zukünftigen Union relevant sein, sichert die Russische Föderation aber nicht vor inneren nationalen Auseinandersetzungen. Ob sich die verschiedenen nationalen Interessen extrem äußern werden, hängt auch davon ab, in wie weit Jelzin mit seiner rußlandfixierten Politik dem großrussischen Chauvinismus Vorschub leisten wird.

Armenien - Aserbaidschan

Die beiden Republiken haben in der Vergangenheit durch ihre blutigen Auseinandersetzungen von sich Reden gemacht. Der Konflikt droht sich jetzt erneut zuzuspitzen, da das zu Aserbaidschan gehörende, aber überwiegend von Armeniern bewohnte, autonome Gebiet Nagornyj-Karabach sich zur Republik der Sowjetunion erklärt hat. Nach einer Tass-Meldung wurde die Erklärung auf einer gemeinsamen Sitzung der Gebietssowjets von Nagornyj-Karabach und der Region Schaumjan beschlossen. Begründet wird der Schritt mit der Unabhängigkeitserklärung der Republik Aserbaidschan, die zwar von dieser Sitzung prinzipiell begrüßt wurde, aber wo zugleich die Sorge um das eigene Schicksal geäußert wurde. Der Vorsitzende des Gebietssowjet von Nagornyj-Karabach, Ter-Petrossjan, schloß nicht aus, daß sich das Gebiet auch für unabhängig erklären könnte.

Seitens des wiedergewählten Präsidenten von Aserbaidschan, Muttalibow, hieß es hingegen, daß dieser Schritt verfassungswidrig sei und von Aserbaidschan nicht akzeptiert werden könne. Von Armenien gibt es zu diesem Schritt noch keine Erklärung.

Die Wahl in Aserbaidschan war von der aserischen Volksfront scharf kritisiert worden. So war Muttalibow der einzige Kandidat, er war zwar nach dem Putsch aus der KP, die sich mittlerweile aufgelöst hat, ausgetreten, hatte aber den Putsch begrüßt und Demonstrationen gegen den Umsturzversuch auseinanderprügeln lassen. Dennoch erhielt er um die 90 Prozent der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 83,7%. In Baku forderten rund 50.000 Demonstranten den Rücktritt des Präsidenten, da sie Wahlbetrug vermuteten. So wird berichtet, daß vor den Wahllokalen seltene Lebensmittel und andere Waren zu erhalten waren, um die Leute zu den Wahlurnen zu locken. Der Streit um die Anerkennung des Wahlergebnisses dauert noch an.

Trotz der bestehenden Feindseligkeiten haben sowohl Armenien als auch Aserbaidschan die Absicht bekundet, dem neuen Unionsvertrag beitreten zu wollen. Doch ob die neue Union die Konflikte in Zukunft ohne Blutvergießen wird beilegen können, ist offen.

Kasachstan - Tadschikistan - Usbekistan

Tadschikistan hat sich mittlerweile zu einem "souveränen und demokratischen Rechtsstaat" erklärt. Was dies für die Führung und die Politik des Landes bedeutet, ist unklar, es ist keine Änderung ihrer pro Union-Ausrichtung zu erkennen. Zwar mußte der bisherige Präsident Tadschik Kachar Machkamow nach einem Mißtrauensvotum zurücktreten, wie aber aus der nebenstehenden Übersicht zu erkennen ist, benötigt Tadschikistan die übrigen Republiken, um überhaupt seine Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen.

Im benachbarten Usbekistan hat sich die KP in "volksdemokratische Partei" umbenannt. Wie sich dies auf ihre Politik auswirkt, ist noch nicht zu erkennen. Es zählt aber ebenso zu einem strikten Befürworter eines neuen Unionsvertrages.

Kasachstan hat unter seinem Präsidenten Nasarbajew eine neue bedeutende Rolle innerhalb der Union erhalten. Er ist gewissermaßen der Sprecher der zentralasiatischen Republiken der Union. U.a. seinen Integrationsbemühungen ist es geschuldet, daß die Union derzeit überhaupt über gemeinsame, übergeordnete Staatsorgane verfügt. Er selbst hat die KP unmittelbar nach dem Staatsstreich verlassen und einem gerade zu Ende gegangenen Delegiertenkongreß die Teilverstaatlichung des alten KP-Besitzes vorgeschlagen. Auf dieser Versammlung nannte sich die kasachische KP nach mehr als zwölf Stunden Debatte in "sozialistische Partei" um. Sie tritt zwar die Nachfolge der KP an, distanziert sich aber von "zahlreichen Irrtümern" ihrer Vorgängerin. Worin diese nach Ansicht der neuen Partei bestehen, ist nicht klar. Die Sozialisten Kasachstans fühlen sich aber der Aussöhnung zwischen den Völkern und demokratischen Reformen verpflichtet.

Neben diesen drei Republiken gehören noch Turkmenistan und Kyrgystan zu einem Konsultativrat, in dem die zentralasiatischen Republiken ihre Politik und Ökonomie koordinieren wollen. Insbesondere sind sie an einem Ausbau ihrer Beziehungen zur Türkei und dem Iran interessiert.

Schwerwiegende Differenzen zwischen den unterschiedlichen Völkern dieser Republiken sind aktuell nicht bekannt, es ist aber nicht auszuschließen, daß bei zunehmenden sozialen Auseinandersetzungen der bisherige Zusammenhalt aufbricht.

Georgien

Swijad Gamsachurdija, im Mai mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten der Republik gewählt, gerät immer mehr unter Druck. So sind derzeit alle russischen und sowjetischen Fernsehsender verboten, die gesamte Presse darf nicht erscheinen und zentrale Repräsentanten des oppositionellen Runden Tisches wurden verhaftet. Dieser besteht aus rund 30 Gruppen, die dem Präsidenten einen diktatorischen Regierungsstil vorwerfen und ihn als Hindernis auf dem Weg zu demokratischen Verhältnissen betrachten.

Gamsachurdija hat per Dekret die Nationalgarde, aber auch die im Lande befindlichen OMON-Truppen unter sein Kommando gestellt. Seitdem bei einer Demonstration in Tbilisi Anfang September Menschen durch Schüsse der Sicherheitskräfte verletzt wurden, demonstrieren die Menschen täglich in der Hauptstadt. Mittlerweile ist das Parlamentsgebäude mit Barrikaden umringt, um den Präsidenten zum Rücktritt, zur Aufgabe zu zwingen. Bislang haben sich die Milizen und Polizeieinheiten geweigert, gegen die Demonstranten vorzugehen und Gamsachurdija scheint zum Dialog mit der Opposition bereit. Diese besteht aber auf dem Rücktritt des Präsidenten.

Auch vom Ausland wird Kritik geäußert. So wollte sich Swijad Gamsachurdija die Anerkennung der georgischen Unabhängigkeit seitens einer US-Kongreßdelegation in Aussicht stellen lassen, bekam aber statt dessen zu hören, dies werde erst geschehen, wenn sich sein Regierungsstil und insbesondere der Umgang mit den ethnischen Minoritäten verändere.

Das Vorgehen der georgischen Regierung in den Region Süd-Ossetien und Abchasien und gegen Demonstranten in Tbilisi entspricht nicht dem zivilisierter Nationen und der Achtung der Menschen-und Minderheitenrechte, so drei Ausschüsse des sowjetischen Parlaments, die sich mit der Situation in Georgien befaßten. Der Region Süd-Ossetien wurde von Tbilisi die Autonomie genommen und seitdem marodieren dort ebenso wie in Abchasien georgische Nationalisten.

Die Süd-Osseten verlassen angesichts der anhaltenden gewaltätigen Übergriffe zu Tausenden das Land in Richtung Russische Föderation, ins Gebiet Nord-Ossetien. Mit diesem wollen sie sich politisch vereinigen und gemeinsam zur Russischen Föderation gehören. Außer den verbalen Kritiken und den Demonstrationen gibt

es noch keine bewaffnete Aktionen gegen Gamsachurdija. Es steht aber zu befürchten, daß angesichts der allgemeinen Bewaffnung in Georgien der Konflikt sehr schnell in militärische Dimensionen umschlagen kann. Auch ist die neue Union gefordert, den anhaltenden gewaltsamen Übergriffen auf Abchasen und Osseten in diesem Gebiet politisch Einhalt zu gebieten. Wie dies zu bewerkstelligen ist, weiß derzeit niemand, nur steht Georgien derzeit am Rande eines offenen Bürgerkrieges.

Begehrlichkeiten

Die UdSSR ist nach dem Doppelputsch einem mehrfachen Druck ausgesetzt. Zum einen von innen heraus. Die Republiken - egal, ob sie bei der neuen Union dabei sind oder nicht - drängen in vielerlei Hinsicht nach außen. Politische Unabhängigkeit und ökonomische Öffnung sind die Schlagworte. Die baltischen Staaten streben zur EG, die zentralasiatischen Republiken gen Iran und Türkei, ebenso orientiert sich Aserbaidschan in gleiche Richtung, während die Russische Föderation zwischen Europaverbundenheit und Asienorientierung hängt. Dazwischen Republiken wie Bjelowrußland, das sich stärker an dem anlehnen will, was "europäische Kulturnation" genannt wird, und Georgien, das sich seinen eigenen Platz in der Region sucht.

Aber auch von außen weckt der Zerfall eines ehemaligen Imperiums Begehrlichkeiten. So haben zwar die Türkei und der Iran gleichermaßen erklärt, daß sie an einem Auseinanderfallen der SU kein Interesse haben, aber in den angrenzenden Gebieten der Union ist bekannt, daß beispielsweise in Özals Mutterlandpartei über ein Großtürkisches Reich aller Turkvölker nicht nur hinter vorgehaltener Hand nachgedacht wird. Am anderen Ende der SU wird es wohl bald eine Einigung zwischen Rußland und Japan über die seit dem Ende des zweiten Weltkrieges offene Kurrilenfrage geben. Hauptantrieb ist dabei für die russische Regierung die Aussicht auf massive japanische Wirtschaftshilfe.

Insgesamt aber werden sich die konkreten Begehrlichkeiten angrenzender Staaten auf absehbare Zeit in Grenzen halten. Nicht nur, weil sich viele Staaten vor einer weiteren Destabilisierung der SU fürchten, sondern auch weil es kaum einen Anrainerstaat der SU gibt, der keine Auseinandersetzungen mit ethnischen Minderheiten hat. Insofern ist Vorsicht geboten bei der Parteinahme für irgendeine Konfliktpartei im Inneren der UdSSR.

Die UdSSR selber hat - eine Einigung über einen neuen Unionsvertrag und den dazugehörigen Wirtschaftsvertrag unterstellt - in ihrem Innern genügend Konfliktlinien zwischen den Völkern und Nationalitäten, daß im Moment nicht abzusehen ist, ob eine solche Einigung überhaupt tragfähig ist, ob nicht der großrussische Chauvinismus alle derzeitigen Ansätze zu einer gleichberechtigeren Form der Zusammenarbeit zu kommen, zunichte machen wird oder ob die Vorstellungen eines Alexander Solschenizyn von einem "heiligen Rußland", einer "Russischen Union" ohne die "slawischen Völker" eine massenhafte Bedeutung bekommen werden.

Wie dem auch sei, wie lange die neue Union halten wird, hängt in allererster Linie von der ökonomischen Entwicklung des Zusammenschlusses ab. Setzt sich die Talfahrt weiter fort, wonach es momentan aussieht, werden die sozialen Spannungen zunehmen und nationalistische Lösungskonzepte wieder stärker, lauter und brutaler verfochten werden.

as

4. Die Sowjetunion und ihre Republiken. Ein Überblick

Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:25

Die UdSSR hatte 1989 nicht ganz 290 Millionen Einwohner, davon im Gebiet der Russischen Föderation (RSFSR) knapp 150 Millionen. Die nächstgrößeren Unionsrepubliken sind die Ukraine (52 Mio.), Usbekistan (20 Mio.), Weißrußland (10 Mio.) und Kasachstan (16,5 Mio.). (Einwohnerzahlen der Unionsrepubliken lt. Volkszählung 1989. Alle sonstigen Bevölkerungszahlen lt. VZ von 1979. Als grober Anhaltspunkt für eine aktuelle Schätzung: Das durchschnittliche Bevölkerungswachstum in der UdSSR liegt bei knapp einem Prozent jährlich, ist aber in den südlichen Gebieten der Union zwei-bis dreimal so hoch.)

Die UdSSR verfügt über 22% der Weltreserven an Erdöl, 36% der gesicherten Erdgasvorkommen und 27% der bekannten Eisenerzvorkommen der Welt. 80% der sowjetischen Energielagerstätten befinden sich jedoch im teilweise klimatisch äußerst ungünstigen asiatischen Raum, während 80% des Energieverbrauchs im europäischen Teil der Union anfällt.

Die UdSSR besteht aus 15 Unionsrepubliken. Unterhalb dieser Ebene besteht eine Abstufung "autonomer" Territorien: 20 Autonome Republiken (davon 16 in der RSFSR), 8 Autonome Gebiete (5 in der RSFSR) und 11 Autonome Bezirke (alle in der RSFSR). Einige der Autonomen Republiken haben durch ihre Ausdehnung oder durch ihren Reichtum an Bodenschätzen relativ große Bedeutung. Beispielsweise übertrifft die Jakutische ASSR in Nordsibirien an Fläche die zweitgrößte Unionsrepublik, Kasachstan.

1. Armenien

Fläche: 29.800 qkm (0,1% der UdSSR).

Bevölkerung: 3,3 Mio. Einwohner (1,1% der UdSSR). 89,7% Armenier; 5,3% Aserbaidschaner; 2,5% Russen.

Wirtschaft: Schmale industrielle Basis in den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Baustoffe, Textil, Verarbeitung von Lebensmitteln. Wein, Obst, Getreide, Viehzucht. Beträchtliche Bodenschätze (Kupfer, Zink, Bauxit, Edelmetalle). Kein Zugang zum Meer; vom Transit durch Georgien und vom aserbeidschanischen Erdgas abhängig.

Nationalprobleme: Streit mit der Nachbarrepublik Aserbaidschan, insbesondere wegen des von dieser verwaltetem Autonomen Gebiet Nagorny Karabach (75% Armenier). Armenien hat sich an den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag nicht beteiligt, aber seine Bereitschaft zu einer späteren Asoziierung an die Union erkennen lassen. Wahrscheinlich zumindest an der Aufrechterhaltung einer Wirtschaftsunion interessiert. Ein Referendum in der zweiten Septemberhälfte soll über die staatliche Unabhängigkeit entscheiden.

2. Aserbaidschan

Fläche: 86.600 qkm (0,4%).

Bevölkerung: 7,1 Mio. Einwohner (2,5%). 78,1 Aserbaidschaner; 7,9% Russen; 7,9% Armenier.

Wirtschaft: Zu Anfang dieses Jahrhunderts die größten Vorkommen von Erdöl und Erdgas in Rußland. Heute wird in A. aber nur noch etwa 2,2% der Gesamtproduktion der UdSSR gefördert. Auf dem Erdöl basierende chemische Industrie, sowie Produktion von Maschinen für die Erdöl- und Erdgas-Förderung (etwa 70% der gesamten sowjetischen Produktion solcher Ausrüstungen). Die Industrieproduktion ist seit 1988 um ein Drittel zurückgegangen, auch die Erdölförderung schrumpft weiter. - Bodenschätze (Eisenerz, Kobalt, Bauxit, Kupfer, Blei, Zink, Edelmetalle). Baumwolle (8,7% der sowjet. Produktion), Wein, Tabak, Getreide, Tee, Zitrusfrüchte. Fischerei, Kaviar.

Nationalprobleme: Streit mit der Nachbarrepublik Armenien, insbesondere wegen Nagorny Karabach. Aserbaidschan hatte sich bisher besonders stark für den Erhalt der Union ausgesprochen. Die "konservative" Führung der Republik hatte als einzige offen den Putsch begrüßt. Nach dessen Scheitern hat Aserbaidschan sich für unabhängig erklärt. Es gibt relativ gute Beziehungen zum Iran, wo ebenfalls eine große aserbaidschanische Volksgruppe lebt.

3. Estland

Fläche: 45.100 qkm (0,2%).

Bevölkerung: 1,57 Mio. Einwohner (0,5%). 64,7% Esten; 27,9% Russen; 2,5% Ukrainer.

Wirtschaft: Entwickelte, exportierende Landwirtschaft (in erster Linie Fleisch- und Milchvieh-Haltung). Kaum Bodenschätze. Ausnahmen sind Phosphor (Kunstdünger-Produktion) und Ölschiefer (Energiegewinnung; Estland versorgt das Gebiet von Leningrad mit Strom). Maschinenbau, Textilindustrie, Papierproduktion, Holzverarbeitung, Elektronikindustrie.

Nationalprobleme: E. hat schon 1990 seine staatliche Unabhängigkeit erklärt, wenn auch mit einer "Übergangsphase". Nach dem Putsch hat es die allgemeine internationale Anerkennung erreicht. Aus dem relativ hohen russischen Bevölkerungsanteil könnten sich noch Probleme ergeben. In der Vergangenheit hatten sich einige Orte mit russischer Mehrheit im Nordosten der Republik von Estland losgesagt und sich für den Verbleib bei der UdSSR ausgesprochen.

4. Georgien

Fläche: 69.700 qkm (0,3%).

Bevölkerung: 5,45 Mio. Einwohner (1,9%). 68,8% Georgier; 9% Armenier; 7,4% Russen; 5,1% Aserbaidschaner; 9,7% andere Nationalitäten, insbesondere Osseten und Abchasen.

Wirtschaft: Georgien liefert 95% des in der UdSSR angebauten Tees, fast 100% der Zitrusfrüchte, sowie einen großen Teil der sowjetischen Produktion von Wein, Obst und Gemüse. Fast 40% der georgischen Industrie ist mit der Weiterverarbeitung von Lebensmitteln befaßt. Außerdem ist G. spezialisiert auf die Produktion von Maschinen für den Wein-, Tee-, Obst- und Tabakanbau. Entwicklungsfähige Ferien- und Tourismus-Gebiete (Schwarzmeer-Küste). Beträchtliche Bodenschätze, u.a. 30% des in der UdSSR geförderten Mangans. Abhängigkeit vom aserbaidschanischen Erdgas.

Nationalprobleme: Georgien hat schon vor Monaten seine staatliche Unabhängigkeit proklamiert und hat sich an den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag nicht beteiligt. Es gibt schwere Nationalitätenprobleme mit den Abchasen (ASSR) und den Südosseten (Autonomes Gebiet), die sich von Georgien trennen wollen und bisher von der Zentralmacht unterstützt wurden.

5. Kasachstan

Fläche: 2,72 Mio. qkm (12,0%).

Bevölkerung: 17 Mio. Einwohner (5,8%). 40% Kasachen; 40,8% Russen; jeweils über 6% Deutsche und Ukrainer. Inzwischen sind die Kasachen die größte Bevölkerungsgruppe der Republik geworden.

Wirtschaft: Kasachstan nimmt 12% der Bodenfläche, aber 20% des Ackerlands der UdSSR ein; allerdings ist die Landwirtschaft der Republik sehr klimaanfällig (Dürren!). Rund 13% des Getreides und 7,4% der Fleischproduktion der UdSSR kommen aus Kasachstan. Ferner 23,4% der Wollproduktion der UdSSR. In K. werden knapp 4% des sowjetischen Erdöls und 18,7% der Kohle gefördert. Die Erdölproduktion verfügt noch über große Reserven, für deren Entwicklung aber ausländisches Kapital erforderlich wäre. Kasachstan exportiert Strom in andere Teile der UdSSR.

Nationalprobleme: 1986 kam es zu militanten Demonstrationen, nachdem die Republikführung mit einem Russen besetzt wurde und etliche kasachische Funktionäre "weggesäubert" wurden. Seither scheint Kasachstan allerdings so etwas wie eine Insel der Ruhe im Meer der sowjetischen Nationalitätenkonflikte geworden zu sein. Dennoch könnte die spezielle Konstellation dieser Republik (zahlenmäßiges Gleichgewicht von Kasachen und Russen) für künftigen Konfliktstoff sorgen. Die (inzwischen wieder relativierte) russische Ankündigung, beim Zerfall der Union die Grenzen der RSFSR zu "überprüfen", ist als insbesondere gegen Kasachstan gemünzt interpretiert worden.

6. Kyrgystan (Kirgisien)

Fläche: 198.500 qkm (0,9%).

Bevölkerung: 4,29 Mio. Einwohner (1,5%). 47,9% Kirgisen; 25,9 % Russen;

11,9% Usbeken; jeweils etwa 2,8% Ukrainer und Deutsche.

Wirtschaft: Der bedeutendste Zweig der Landwirtschaft ist die Viehzucht (vor allem Schafe und Ziegen - 8,2% der Wollproduktion der UdSSR). Textilindustrie und Maschinenbau. Wasserkraftwerke (Stromexport). Die Republik verfügt über einige Bodenschätze, insbesondere die größten Vorkommen der UdSSR an Quecksilber und Antimon, gilt insgesamt aber als eine der ärmsten der Union.

7. Lettland

Fläche: 63.700 qkm (0,3%).

Bevölkerung: 2,68 Mio. Einwohner (0,9%). 53,7 Letten; 32,8% Russen; 4,5% Weißrussen; jeweils ungefähr 2,5% Ukrainer und Polen. Inzwischen sind weniger als die Hälfte der Bevölkerung lettischer Nationalität.

Wirtschaft: Lettlands Industrie gehört zu den führenden der UdSSR. 20% der in der UdSSR produzierten Straßenbahnwagen, ein Drittel der Eisenbahnwagen, 20% der Radios, 12% der Waschmaschinen, jeweils 50% der Melkanlagen, der Telefonanlagen und der Mopeds kommen aus Lettland. Bei der Produktion von Wolle und Papier liegt das kleine Lettland in absoluten Zahlen jeweils an vierter Stelle der Sowjetrepubliken. Die Pro-Kopf-Industrieproduktion ist die höchste der ganzen UdSSR. Relativ gut entwickelte Infrastruktur. Die Landwirtschaft spielt (im Gegensatz zur Zeit vor dem 2. Weltkrieg) nur noch eine geringe Rolle. Die Republik hat keine nennenswerten Bodenschätze.

Nationalprobleme: Lettland hat 1990 seine Eigenstaatlichkeit erklärt und sich an den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag nicht beteiligt. Nach dem Putsch hat es die allgemeine internationale Anerkennung erreicht. Der hohe russische Bevölkerungsanteil könnte problematisch werden, falls Lettland sich im engen nationalistischen Sinn als Staat der Letten versteht. Tendenzen in diese Richtung, die es in der Vergangenheit gab, scheinen derzeit gemäßigt worden zu sein.

8. Litauen

Fläche: 65.200 qkm (0,3%).

Bevölkerung: 3,69 Mio. Einwohner (1,3%). 80% Litauer; 8,9% Russen; 7,3% Polen.

Wirtschaft: Die litauische Elektronik-Industrie (vor allem Computer und Industrieroboter) sowie Teile der Leichtindustrie (Autoteile, Fernsehgeräte, Kassettenrekorder) gehören zu den führenden der UdSSR und exportieren landesweit. Daneben Chemie (Kunstdünger), Maschinen-und Gerätebau, Metallverarbeitung und Textilien. Hohe Energie-Erzeugung (Litauen versorgt Kaliningrad und Umgebung mit Strom). - Die auf Fleisch- und Milcherzeugung spezialisierte Landwirtschaft trägt zu einem Drittel zum Nationaleinkommen bei. Auch die Fischerei und Fischverarbeitung sind bedeutend. Litauen hat keine nennenswerten Bodenschätze.

Nationalprobleme: L. hat 1990 seine staatliche Unabhängigkeit erklärt und sich an den Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag nicht beteiligt. Nach dem Putsch hat die Republik die allgemeine internationale Anerkennung erreicht. Seitens der polnischen Minderheit, die vor allem im Gebiet um Wilna konzentriert lebt, gab es Forderungen nach Autonomie, die von den "Konservativen" unterstützt wurden. Mit der Auflösung der demokratischen Vertretungen von zwei Bezirken mit polnischer Mehrheit hat die litauische Regierung den Konflikt erneut zugespitzt.

9. Moldowa

Fläche: 33.700 qkm (0,2%).

Bevölkerung: 4,34 Mio. Einwohner (1,5%). 63,9% Rumänen; 14,2 % Ukrainer; 12,8% Russen; etwa 3,4% Gagausen.

Wirtschaft: Moldowa ist die am dichtesten besiedelte Republik der UdSSR, mit der Besonderheit, daß die Mehrheit der Einwohner auf dem Land lebt. Entsprechend groß ist die Bedeutung der Landwirtschaft, auf die über die Hälfte des Nationaleinkommens der Republik entfällt. In der Agrarproduktion pro 100 ha Land nimmt Moldowa den ersten Platz in der UdSSR ein. Etwa ein Viertel des sowjetischen Weins wird dort produziert. Auch Obst, Gemüse und Tabak werden in andere Teile der UdSSR exportiert. Die Industrie der Republik ist

überwiegend mit der Verarbeitung von Lebensmitteln befaßt und nimmt auf diesem Gebiet den dritten Platz in der UdSSR ein. Relativ gut entwickelte Infrastruktur. Moldowa hat keine nennenswerten Bodenschätze.

Nationalprobleme: Moldowa gehört zu den Republiken, die schon relativ frühzeitig den Weg zur Eigenstaatlichkeit einschlugen und die sich an den Verhandlungen über den neuen Unionsvertrag nicht beteiligten. Rumänien hat als erster und einziger Staat Moldowa diplomatisch anerkannt. Ein Anschluß wird von beiden Seiten angestrebt.

Ein Drittel des moldowanischen Territoriums, darunter die wichtigsten industriellen Zentren, wird überwiegend von Russen und Ukrainern bewohnt. Es gab dort bisher eine sehr entschiedene, "konservativ" geprägte Bewegung für den Verbleib bei der UdSSR; diese wurde von der Zentralmacht unterstützt, was wahrscheinlich nach dem Putsch entfällt. Die dort proklamierte Dnjestr-Republik mit der Hauptstadt Tiraspol hat etwa 700.000 Einwohner. - Ähnliche Probleme gibt es auch mit der allerdings recht kleinen Minderheit der Gagausen (in Moldowa etwa 100.000). - Neuerdings erheben bulgarische Kreise Anspruch auf Autonomie für die angeblich mehr als eine halbe Millionen Bulgaren in Moldowa (lt. offizieller Statistik höchstens 90.000). Andererseits könnte Moldowa Ansprüche auf die Nordbukowina und Südbessarabien erheben - Gebiete, die 1940 von Rumänien abgetreten und der Ukraine zugeschlagen wurden.

10. Russische Föderation

Fläche: 17,07 Mio. qkm (76,7%).

Bevölkerung: 147,39 Mio. Einwohner (51,4%). 82,6% Russen; 3,6 % Tataren; 2,7% Ukrainer.

Wirtschaft: Aus der RSFSR stammen 91% des sowjetischen Erdöls, 75% des Erdgases, 91% der Holznutzung, 60% des Zements, 84% des Papiers, 58% des Stahls, 54% der Kohle, und 63% der Elektrizitätserzeugung der UdSSR. Die RSFSR trägt nahezu 100% der sowjetischen Ausfuhr von PKWs, Kupfer und Holz. Überwiegende Anteile am sowjetischen Export hält sie bei Öl und Aluminium (90%), bei Erdgas, Elektrizität und Nickel (60-75%). Zwei Drittel der sowjetischen Energie-Ressourcen liegen in Sibirien.

Nationalprobleme: Zur RSFSR gehören 16 Autonome Republiken, 5 Autonome Gebiete und 10 Autonome Bezirken. 1990 haben die Karelische ASSR (nördlich von Leningrad, an Finnland grenzend), die ASSR der Komi, die Tatarische ASSR, die Jakutische ASSR, die Burjatische ASSR, die Tuwinische ASSR, der Autonome Kreis der Korjaken und der Autonome Kreis der Tschuktschen (Kamschatka, Ostsibirien) Souveränitätserklärungen abgegeben. Daneben gibt es das Projekt, 19 Bezirke Westsibiriens als Sibirische Föderation zu einer eigenständigen Unionsrepublik zusammenzuschließen. (Ein entsprechendes Abkommen zwischen 17 Bezirken wurde schon 1990 abgeschlossen.)

Die russische Regierung hält alle diese Forderungen offenbar nicht für verhandelbar. Auf der anderen Seite hat sie mit der Ankündigung, im Fall einer Auflösung der UdSSR müßten die russischen Grenzen "überprüft" werden, für Unruhe gesorgt; dies wurde inzwischen wieder zurückgenommen.

11. Tadschikistan

Fläche: 143.100 qkm (0,6%).

Bevölkerung: 5,11 Mio. Einwohner (1,8%). 58,8% Tadschiken; 22,9% Usbeken; 10,4% Russen; etwa 2% Tataren.

Wirtschaft: Tadschikistan gehört zu den Baumwoll-Produzenten der UdSSR (10,8% der sowjetischer Gesamtproduk- tion), und auf diesen Zweig entfallen 60% der landwirtschaftlichen Produktion der Republik. Die tadschikische Industrie steht im Wesentlichen in diesem Zusammenhang. (Textilindustrie; Produk- tion von Erntemaschinen, Webmaschinen etc.). Einige Bodenschätze (Blei, Zink, Öl, Uran, Radium, Halbedelsteine).

12. Turkmenien

Fläche: 488.100 qkm (2,2%).

Bevölkerung: 3,53 Mio. Einwohner (1,3%). 68,2% Turkmenen; 15,3% Russen; 8,1% Usbeken; 2,8% Kasachen.

Wirtschaft: Die Republik produziert 15,7% der sowjetischen Baumwolle. Zwei Drittel der turkmenischen Leichtindustrie stehen in diesem Zusammenhang. Eine Bedeutung haben in der Republik ferner die Viehzucht (Schafe) und die Seidenraupenzucht (7% der sowjetischer Gesamtproduktion). 12% des sowjetischen Erdgases werden in Turkmenien gefördert, und es hat sich eine damit verbundene Industrie entwickelt. Ansonsten hat T. wenig Bodenschätze.

13. Ukraine

Fläche: 603.700 qkm (2,7%).

Bevölkerung: 51,7 Mio. Einwohner (18,0%). 73,6% Ukrainer; 21,1% Russen.

Wirtschaft: Auf die Ukraine entfallen 17% der industriellen und 22% der landwirtschaftlichen Produktion der Union. Die Ukraine hat eine an sowjetischen Maßstäben gemessen leistungsstarke Industrie, reiche Bodenschätze und eine weit über die Selbstversorgung hinaus exportierende Landwirtschaft. 25-30% der sowjetischen Kohle werden in der Ukraine gefördert, 17% der Energie werden dort produziert. Bedeutend sind Vorkommen von Eisenerz (46% der sowjetischen Produktion), Mangan, Uran. Ein Drittel des sowjetischen Stahls wird in der Ukraine hergestellt, sowie angeblich etwa die Hälfte der sowjetischen Panzer. Auch die ukrainische Leichtindustrie ist bedeutend (z.B. ein Drittel der sowjetischen Fernsehgeräte und 12% der Kühlschränke).

Auf die Ukraine entfällt mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Produktion der UdSSR - z.B. rund ein Viertel bei Getreide, Kartoffeln und Fleisch, 33% bei pflanzlichen Fetten, 56% bei Mais, 60% bei Zuckerrüben (entsprechend 52% der sowjetischen Zuckerproduktion), 50% bei Sonnenblumen, 23% der Lebensmittelkonserven.

Nationalprobleme: In der Westukraine gibt es auf Grund unterschiedlicher historischer Voraussetzungen eine starke Nationalbewegung, die dort bei den Parlaments- und Kommunalwahlen im März 1990 klare Mehrheiten gewinnen konnte, während sie republikweit nur auf etwa ein Viertel der Stimmen kam. Inzwischen hat sich auch in der übrigen Ukraine die Lage zugunsten nationalistischer Tendenzen verschoben.

Die Ukraine hat nach dem Putsch ihre Unabhängigkeit erklärt. Sie hat bisher keine territorialen Forderungen erhoben; jedoch gibt es weitreichende traditionelle Ansprüche des ukrainischen Nationalismus. - Ein akuter Streitpunkt anderer Art könnte die Krim (2,5 Mio. Einw.; 25.500 qkm) werden, die 1954 von der RSFSR an die Ukraine überging, wo die Ukrainer aber nur Minorität sind. Teils wird die Rückgabe der Krim verlangt, teils wird für diese ein unabhängiger Status angestrebt.

14. Usbekistan

Fläche: 447.400 qkm (2,0%).

Bevölkerung: 19,91 Mio. Einwohner (6,9%). 68,7% Usbeken; 10,8 % Russen; 4,2% Tataren; 4% Kasachen; etwa 3,8% Tadschiken.

Wirtschaft: Usbekistan produziert 60% der sowjetischen Baumwolle und ist darauf monokulturell ausgerichtet, mit entsprechend negativen ökologischen Folgen. Bedeutung haben daneben auch die Viehzucht (Schafe) und die Seidenraupenzucht, wo Usbekistan den ersten Platz in der UdSSR hält. Die schwach entwickelte Industrie steht größtenteils in Verbindung mit der Baumwolle (Landmaschinen und Ausrüstungen für die Textilproduktion). - 5,5% der sowjetischen Erdgasproduktion kommen aus Usbekistan. In der Produktion von Kunstdünger liegt U. auf dem vierten Platz in der UdSSR. - Das Gebiet ist verkehrsmäßig noch kaum erschlossen.

Usbekistan hat zusammen mit Kasachstan, Tadschikistan, Kirgisien und Turkmenien einen Konsultativrat gebildet, der Prioritäten für die Produktion festlegen und nach gemeinsamen Ansätzen zur Überwindung der Wirtschaftskrise suchen soll. Die zentralasiatischen Republiken der UdSSR sind um den Ausbau ihrer Beziehungen zum Iran und zur Türkei bemüht.

15. Weißrußland

Fläche: 207.600 qkm (0,9%).

Bevölkerung: 10,2 Mio. Einwohner (3,6%). 79,4% Weißrussen; 11,9% Russen; 4,2% Polen).

Wirtschaft: Die bjelorussische Industrie konzentriert sich auf den Bau von Kraftfahrzeugen und landwirtschaftlichen Maschinen. 20% der sowjetischen Motorräder und 15% der Traktoren werden in der Republik produziert. Bedeutend sind auch die Leichtindustrie und die chemische Industrie (z.B. 20% der sowjetischen Kunstfasern), die Textil- und die Lebensmittelindustrie. Auf landwirtschaftlichem Gebiet produziert Bjelorußland 4,4% des sowjetischen. Getreides, 15,5% der Kartoffeln und 5,9% des Fleischaufkommens; es exportiert Lebensmittel in andere Teile der Republik. Bodenschätze sind kaum vorhanden.

Nationalprobleme: Der weißrussische Nationalismus ist historisch und aktuell kaum entwickelt. Bisher keine Tendenz zu Sonderwegen, aber "Unabhängigkeitserklärung" nach dem Putsch. Weißrußland hatte im letzten Jahr Gebietsforderungen an Litauen angedroht, falls dieses sich von der UdSSR lösen sollte. Davon ist derzeit aber nicht mehr die Rede.

5. Völker und Nationen in der UdSSR

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:31

"Deshalb muß der Internationalismus seitens der unterdrückenden oder sogenannten ‚großen' Nation (obzwar groß nur durch ihre Gewalttaten, groß nur im dem Sinne, wie ein Dershimorda groß ist) darin bestehen, nicht nur die formale Gleichheit der Nationen zu beachten, sondern auch solch eine Ungleichheit anzuerkennen, die seitens der unterdrückenden Nation, der großen Nation, jene Ungleichheit aufwiegt, die sich faktisch im Leben ergibt." (Lenin, Bd.36)

Am 15. November 1917 wurde die Deklaration der Rechte für die Völker Rußlands verkündet. Sie sicherte folgende Rechte zu:

1. Gleichheit und Souveränität der Völker Rußlands.

2. Das Recht der Völker Rußlands auf freie Selbstbestimmung, einschließlich der Lostrennung und Bildung des selbständigen Staates.

3. Die Beseitigung aller nationalen und national-religiösen Privilegien und Beschränkungen.

4. Die freie Entwicklung der nationalen Minderheiten und der ethnographischen Gruppen, die das Territorium Rußlands besiedeln. (1)

Der Leiter des neu eingerichteten Volkskommissariats für die Angelegenheiten der Nationalitäten wurde Stalin.

Auf dem VIII. Parteitag 1919 wurde das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung bestätigt.

Am 30. Dezember 1922 wurde die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gebildet, deren zentrales Mitglied das bisherige Sowjetrußland war. Die Zahl der Republiken wuchs schließlich auf 15 an (nach den Umstrukturierungen in den 30er Jahren), die zum Teil freiwillig beitraten; zum Teil wurde ihr Beitritt vertraglich oder militärisch erzwungen.

Noch 1977 wurde in die Verfassung das Recht auf freien Austritt aus der UdSSR festgeschrieben. Als am 11. März 1990 Litauen seine Unabhängigkeit von der UdSSR erklärte, wurde das von Moskau zunächst als verfassungswidrig bezeichnet. Jetzt erst begann man Gesetze auszuarbeiten, die einen Austritt regeln sollten. Da Moskau kein Interesse an Nachahmern dieser Loslösung hatte, waren die Konflikte in den neuen Gesetzen angelegt. Trotzdem folgten dem Beispiel Litauens andere Republiken.

Nachdem sich 1990 alle Republiken für souverän erklärt haben, was sie laut Verfassung sowieso schon waren, haben nach dem Putsch alle Republiken Unabhängigkeitserklärungen herausgegeben.

Die Nationen und Sprachen

Die Gesamtbevölkerung der Sowjetunion ist seit dem Ersten Weltkrieg von 159 Millionen auf fast 290 Millionen 1989 angewachsen. Der Vielvölkerstaat besteht aus 91 größeren Nationen und 43 kleineren Volksgemeinschaften. Diese lassen sich nach ihrer Zugehörigkeit zu Sprachgemeinschaften in zehn Gruppen zusammenfassen. Die folgenden ersten vier Gruppen gehören zur indoeuropäischen Sprachfamilie. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe sind die

Slawen

Dazu gehören die Russen (145 Mio. (2), 50% (3)), die Ukrainer (44 Mio., 15%) und die Weißrussen (Belorussen, 10,3 Mio., 3,5%). Sie leben hauptsächlich in eigenen Unionsrepubliken:

Russ.Föd. Ukraine Weißrußl. Russen120 Mio. 11 Mio. 1,2 Mio. Ukrainer4 Mio. 38 Mio. 0,4 Mio. Belorussen1,5 Mio. 1,1 Mio. 7,5 Mio. Tataren5,2 Mio. (4) (4) Polen(4) (4) 0,4 Mio.

Außerhalb dieser geschlossenen Gruppen leben 12,8 Mio. (4,4%) Russen, 1,6 Mio. (0,6%) Ukrainer, 0,2 Mio. (0,07%) Belorussen. Ukrainer sind z.B. im Nordkaukasus, am linken Ufer der Wolga, in Kasachstan, Westsibirien und im Fernen Osten anzutreffen, Belorussen in Karelien und im Gebiet von Kaliningrad. Russische Bevölkerung findet sich in allen anderen Republiken.

Polen (1,2 Mio., 0,4%) leben hauptsächlich im Westen der Sowjetunion und in Kasachstan. Ungefähr 2,5% der Bevölkerung Lettlands sind Polen (0,06 Mio., 0,02%), In Litauen sind es 7,3% (0,26 Mio.) der Bevölkerung. Der größte Teil lebt in Weißrußland (0,4 Mio., 0,14%).

Tschechen und Slowaken, etwa 40.000 (0,014%), haben ihr Siedlungsgebiet in der Ukraine. Ferner leben etwa 378.000 (0,13%) Bulgaren in den verschiedenen Republiken der UdSSR.

Russisch ist die bedeutendste slawische Sprache und wird auch von nicht-slawischen Völkern in der UdSSR als Verkehrssprache gesprochen. Ukrainisch und Weißrussisch sind eigene Schriftsprachen.

Die Balten

Die Litauer (3 Mio., 1,03%) und die Letten (1,45 Mio., 0,5%) werden zu den Balten gerechnet. Die Esten (1 Mio., 0,34%) gehören zur finno-ugrischen Gruppe. Die altertümlichen baltischen Sprachen sind mit den slawischen Sprachen verwandt. Die Siedlungsgebiete der Litauer erstreckten sich früher weit bis Rußland hinein.

Litauen Lettland Estland Litauer2,90 Mio. 0,05 Mio. (4) Russen0,33 Mio. 0,90 Mio. 0,4 Mio. Polen0,26 Mio. 0,06 Mio. (4) Letten(4) 1,40 Mio. 0,05 Mio. Esten(4) (4) 1 Mio.

Die Bewohner Moldawiens

sind keine eigene Volksgruppe, sondern in ihrer überwiegenden Zahl Rumänen (63,9%), das entspricht 2,5 Mio. (1%) der insgesamt fast 4 Mio. (1,5%) Einwohner Moldawiens. Die restliche Bevölkerung sind zu 14,2% Ukrainer, 12,8% Russen und 3,4% Gagausen (0,2 Mio.). Die moldauische Sprache ist ein Unterdialekt jenes Dialektes, der die Grundlage der rumänischen Schriftsprache bildet.

Das Gebiet der Unionsrepublik deckt sich nur teilweise mit dem historischen Gebiet Bessarabien, das die UdSSR 1940 von den Rumänen annektierte; der Südteil wurde der Ukraine zugeschlagen.

Andere indoeuropäische Völker

sind die Armenier (4,6 Mio., 1,6%), die überwiegend im Südkaukasus (Transkaukasien) leben (2,8 Mio., 0,9%). Andere Teile leben in Aserbaidschan (0,5 Mio., 0,17% hauptsächlich in dem Autonomem Gebiet Nagorny Karabach) und in Georgien (0,45 Mio., 0,15%). Sie waren die ersten, die im Orient Buchdruckereien einrichteten, und haben bis heute ihre eigenständige Schrift erhalten.

Die Osseten (Ossen, 0,59 Mio., 0,2%) sind ein altes Bergvolk im Kaukasus. Sie leben in der Nordossetischen ASSR (RSSR) und im Südossetischen Autonomen Gebiet (Georgien).

Die Tadschiken (insgesamt 4,2 Mio., 1,4%), die im Pamir und am Oberlauf des Amurdaja leben (Tadschikistan, 2,3 Mio., 0,8%), sprechen eine iranische (persische) Sprache.

Die Kaukasier

Zu nicht-indoeuropäischen Sprachen gehören vor allem die Georgier (Grusiner, 3,9 Mio., 1,3% leben fast ausschließlich in Georgien). Außerdem gehören zu den Kaukasiern die Swanen und Kabardiner, die Tscherkessen (52.356) Tschetschenen (958.000) und Inguschen (237.000), sowie die dagestanische Gruppe von etwa 40 kleinen Völkerschaften (2 Mio., 0,7%) deren Ursprünge aus dem Arabischen kommen. Die Adscharen und Abchasen (102.000) werden etnographisch zu den Georgiern gerechnet. Sie leben in Autonomen Republiken in Georgien. Nach einem Aufstand 1929 wurde der größte Teil der damals 71.000 Adscharen umgesiedelt und taucht seither in den Statistiken nicht mehr auf. Die Abchasen setzten sich gegen die Annektierung ihres Gebietes durch das zaristische Rußland zur Wehr. Über 100.000 siedelten im Laufe des 19. Jahrhunderts in die Türkei um. 91,4% der 91.000 Abchasen leben in der ASSR. Die Konflikte mit den Georgiern bewirkten, daß Teile der Bevölkerung abgewandert sind.

Die alte georgische Schrift entstand vermutlich im Zusammenhang mit der armenischen Schrift und ist die Grundlage der heutigen Schriftsprache, die mit türkischen und neupersischen Elementen durchsetzt ist. (Einige Sprachwissenschaftler haben die Theorie aufgestellt, die baskische Sprache habe einen kaukasischen Ursprung.)

Andere im Kaukasus lebende Gruppen sind die Karbadiner (394.000), Uiguren (262.000), Karatschaier (156.000), Adygeier (125.000), Balkaren (88.000) und Abasiner (34.000).

Die Turkvölker

umfassen etwa 40 Mio. (14%). Sie sind nach den slawischen Völkern die zweitgrößte Bevölkerungsgruppe der Sowjetunion. Ihre Siedlungsgebiete erstrecken sich von der Wolga - hier leben hauptsächlich Tschuwaschen (1,83 Mio., 0,63%), Tataren (6,6 Mio., 2,2%) davon in diesem Gebiet ungefähr 2,9 Mio. (1%) und Baschkiren (1,4 Mio., 0,48%) - über Kaukasien, das Siedlungsgebiet der Aserbaidschaner (6,8 Mio., 2,3%) und Mittelasien, wo Usbeken (16,7 Mio., 5,7%), Turkmenen (2,7 Mio., 0,9%), Karalkapaken (423.000), Kirgisen (2,5 Mio., 0,8%) und Kasachen (8,1 Mio., 2,8%) leben, bis nach Sibirien mit den Tuwinen (206.000), Jakuten (382.000), Chakassen (81.000) und Altaiern (71.000).

Hierzu gehören auch Türken (207.000), Krimtataren (269.000), Kurden (153.000) und Iraner (40.000).

Die Finno-Ugrier

umfassen etwa 6 Mio. (2,3%) Menschen. Zu ihnen gehören die Esten (Baltikum), die Finnen (67.000), die Ungarn (171.000) und Karelier (131.000) (Karelien). Außerdem leben sie in den Autonomen Republiken der Komi (497.000), Mari (670.000), Mordwinen (1,1 Mio.) und Udmurten (746.000). Das Gebiet erstreckt sich vom Baltikum bis zum Ural. Die Chanten, Mansen, Nenzen und Samojeden leben im Nordwesten und Norden Sibiriens.

Die Mongolen

Etwa 0,6 Mio. (0,2%). Die Kalmücken (175.000) leben in den kaspischen Steppen und am Unterlauf der Wolga. Die Burjaten (421.000) im Süden Sibiriens am Baikalsee und im Fernen Osten. Sie sind hauptsächlich Buddhisten. (Lenins Vater stammte aus Astrachan und war zur Hälfte kalmückischer Abstammung.)

Die paläosibirischen Stämme

Zu ihnen gehören die Tschuktschen, die im Nordosten der Sowjetunion leben. Die Korjaken auf der Halbinsel Kamtschatka. Die Niwchen (Giljaken) an der Amurmündung, die Eskimos und die Aleuten. Insgesamt sind es nicht mehr als etwa 50.000.

Angehörige anderer Völker

Juden (1,5 Mio., 0,5%). Nur ein sehr kleiner Teil lebt in Birobidschan, dem Autonomen Jüdischen Gebiet im Fernen Osten. Sie sind fast überall verstreut: In der RSFSR, in der Ukraine, im Baltikum, in Weißrußland, im Moldaugebiet, in Georgien und in Mittelasien. Es sind deutlich weniger geworden in den letzten 20 Jahren. So sind die Zahlen für 1970 mit 2,1 Mio. (0,8%) und für 1980 mit 1,8 Mio. (0,7%) angegeben. Es gab aber in den 80ern große Ausreisewellen, so daß die Zahlen heute nochmal deutlich niedriger liegen werden. Die rückläufige Zahl in den letzten Jahren liegt größtenteils an den Auswanderungen von Juden aus der Sowjetunion. Oft wird aber auch die jüdische Abstammung aus Angst vor Repressalien und Gewalttaten nicht angegeben.

Deutsche etwa 2 Mio. (0,7%), waren früher hauptsächlich an der Wolga ansässig. Heute leben sie vor allem in Kirgisien (0,1 Mio.) und Kasachstan (1,1 Mio.).

Weitere Gruppen sind Koreaner (437.000, 15%). Griechen (358.000, 0,12%). Sinti und Roma (261.000, 0,09%).

ga.

Quellen:

1) zitiert nach "Der Sowjetkommunismus", Dokumente Bd. 2.

2) Die Zahlenangaben sind bezogen auf die Bevölkerungszahlen der Sowjetrepubliken von 1989 (290 Mio. Gesamtbevölkerung). Aus: W. Feichtner/B. Seyr, Sowjetunion Bd. 1.

Die prozentuale Aufteilung der Nationalitäten in den einzelnen Republiken ist nach der Zählung von 1979. Aus: Deutsche Bank Studie.

Weiterhin die absoluten Zahlenangaben der Nationalitäten von 1989 aus: "Report on the USSR"

3) Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Gesamtbevölkerung der UdSSR aus dem Jahre 1989.

4) bedeutet, daß diese Nationalitäten in den Statistiken für diese Republik unter andere Minderheiten geführt werden. Ob das bedeutet, daß sie zahlenmäßig gering sind oder den Statistikern unwichtig waren, läßt sich aus keiner Zahlenstatistik entnehmen. Sorry.

6. Dokumentation: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist unteilbar. Auszüge aus einer Rede Gregor Gysis vor dem Bundestag am 4.9.91

Rubrik: PDS; Diskussion um Selbstbestimmungsrecht; Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:27

Der Putsch in der Sowjetunion ist gescheitert und mußte scheitern, weil letzlich im 20. und 21. Jahrhundert jeder Versuch scheitern wird, irgendeine gesellschaftliche Ordnung gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen. Aber ich finde, bei der Aufzählung der Opfer des Stalinismus hat Herr Engholm zwei Gruppen vergessen. Nicht wenige Sozialistinnen und Sozialisten und sogar sehr viele Kommunistinnen und Kommunisten sind in der Stalinzeit selber Opfer des Stalinismus geworden, bis hin zur Ermordung. Und ich finde es unredlich, so zu tun, als ob das nicht geschehen wäre. Das signalisiert meines Erachtens das Ende dessen, was man real existierenden Sozialismus nannte, zumindest in Europa, und ich gehe davon aus, daß die stalinistischen und poststalinistischen Kräfte für immer abgewirtschaftet haben. Aber das ist nicht das Ende der Kräfte, die für einen demokratischen Sozialismus auf demokratische Weise streiten. Denn bei der notwendigen Lösung der globalen Probleme der menschlichen Zivilisation sind wir keinen einzigen Schritt weitergekommen. Im Gegenteil, sie spitzen sich täglich zu und verlangen nach Veränderung.

Ich habe in den letzten Tagen auch mal versucht, selbstkritisch die eigene Gedankenwelt im Laufe der verschiedenen Jahre und Jahrzehnte zu überprüfen. Dabei ist mir aufgefallen, daß ich im politischen Denken mit einem Begriff aufgewachsen bin - mit dem Begriff Status Quo. Ich glaube, daß viele nicht nur im Osten, sondern auch im Westen davon ausgingen, daß die Erhaltung des Status Quo eine Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens in Europa ist. So ist es über Jahre und Jahrzehnte verkündet worden, es war auch immer Ausdruck eines sogenannten Stabilitätsdenkens. Ich habe den Eindruck, das ist vielleicht alles mögliche, aber mit Sicherheit kein linkes Denken, denn linkes Denken geht eigentlich immer in Richtung Veränderung, nicht in Richtung Erhaltung der bisherigen Zustände. Das führt andererseits dazu, daß man eben das Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen ernst nehmen, wirklich respektieren muß. Und das heißt eben, daß man es nicht aufwiegen kann mit Stabilitäts- und Status-Quo-Gedanken. Wenn eben Völker selbst bestimmen können, heißt das, daß man auch damit leben muß, daß sie Veränderungen bestimmen, und es heißt darüber hinaus, daß man auch zu respektieren hat, daß sie solche Veränderungen wünschen, die einem möglicherweise selbst nicht gefallen. Nur wichtig scheint mir daran zu sein, daß man dann in dieser Haltung auch konsequent ist.

Da geht es gegenwärtig in erster Linie um die Frage des Lostrennungsrechtes von Republiken aus Bündnissen, aus Bündnisstaaten. Das sehen wir in der Sowjetunion und das sehen wir bei Kroatien und Slowenien in Jugoslawien.

Es gibt, glaube ich, jetzt niemanden mehr hier im Hause, der dieses Recht bestreiten würde. Aber was würde eigentlich passieren, wenn - sagen wir mal - ein Bundesstaat der USA einen solchen Wunsch äußert? Wären dann die meisten im Hause zur gleichen Konsequenz bereit? Oder wenn die Korsen ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklicht sehen wollen, oder die Basken, oder die Nordiren, und vor allem die Palästinenser. Ich glaube, wir müssen einfach akzeptieren, daß es ein unteilbares Selbstbestimmungsrecht von Völkern und Nationen gibt, und daß wir uns dafür einzusetzen haben, unabhängig davon, ob es der jeweiligen Vorstellung, eigenen Vorstellung der Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt entspricht oder nicht entspricht. Und ich befürchte, daß wir davon nicht nur noch weit entfernt sind, sondern, daß es nach wie vor abhängig ist von den jeweils eigenen politischen Vorstellungen zur Veränderung dieser Welt.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, welche Veränderungen in der Sowjetunion eintreten werden, ob es sie so überhaupt noch geben wird in Zukunft, welche Sorgen damit verbunden sind hinsichtlich der zentralen Verfügungsbefugnis - wie es so schön heißt - über die Atomwaffen. Ich wünsche mir natürlich, daß es solche Verfügungsbefugnis gar nicht mehr gibt, indem man sie einfach abschafft. Und ich finde, daß gerade die Auflösung der Sowjetunion am deutlichsten zeigt, daß der Zeitpunkt gekommen ist, sich endgültig von Massenvernichtungswaffen auf dieser Welt zu verabschieden. Sie können jetzt mit Sicherheit nicht mehr zur Stabilität, sondern höchstens zur Instabilität beitragen. Und wenn übrigens in dieser Situation keine Initiativen

ergriffen werden, dann sage ich voraus, daß wir in gar nicht allzu langer Zeit erleben werden, daß viele sogenannte Entwicklungsländer erklären werden, daß der Besitz von Massenvernichtungsmitteln ein Ausdruck ihrer Souveränität ist. Wir werden die Weiterverbreitung der Kernwaffen und der anderen Massenvernichtungswaffen erleben, wenn wir jetzt nicht wirklich aktiv bei der Abschaffung so voranschreiten, daß deutlich wird: Massenvernichtungswaffen und Souveränität eines Staates haben überhaupt nichts miteinander gemein. Im Gegenteil, sie gefährden die Souveränität eines jeden Landes und müssen schon deshalb als große Gefahr der Zivilisation beseitigt werden.

Die Sowjetunion wird im Augenblick daran ein besonders großes Interesse haben, gerade weil die Erosion stattfindet. Es käme jetzt darauf an, daß die anderen Atommächte ein gleiches Interesse an den Tag legten, insbesondere die USA.

Gestatten Sie mir noch etwas zu sagen, was mir hier aufgefallen ist, gerade bei der Rede des Herrn Dr. Solms: Sehen Sie, wenn man vom Selbstbestimmungsrecht eines Volkes spricht, dann kann man sich nicht ernsthaft hier hinstellen und der Sowjetunion oder der Russischen Föderation oder den anderen Republiken eine Lektion erteilen, was sie jetzt alles an wirtschaftlichen Veränderungen durchzuführen haben, damit eine Hilfe durch die Bundesrepublik Deutschland gewährleistet werden kann. Das ist nämlich genau die Negierung des Selbstbestimmungsrechtes. Daß man in Gesprächen, in Verhandlungen über alles mögliche auch Veränderungen des Wirtschaftssystems sprechen kann, ist das eine. Daß man aber Bedingungen diktiert und hier sozusagen lehrmeisterhaft auftritt und sagt, was da alles zu verändern ist, damit weiterhin Hilfe kommt, ist Negierung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes.

Eines Erachtens ist es doch ganz klar, daß auf Jahrzehnte hin dort ein wirtschaftliches und politisches System existieren wird, das sich ganz wesentlich vom westlichen unterscheidet. Andere Vorstellungen sind meines Erachtens völlig unrealistisch.

Was das Lostrennungsrecht von Staaten betrifft, da ist mir natürlich noch etwas aufgefallen: Interessanterweise - nach meinem Überblick, sie mögen mich eines Besseren belehren - gibt es ein solches, verfassungsrechtlich garantiert, komischerweise eben nur in der Sowjetunion und in Jugoslawien. Nun war es, als es dort garantiert wurde, zunächst natürlich nicht den Fetzen Papier wert, auf dem es stand. Das ist auch klar. Selbst in der Stalinschen Verfassung stand ja dieses Lostrennungsrecht drin. Aber immerhin, es stand drin und darauf können sich die Völker jetzt stützen, nachdem eine neue Zeit begonnen hat. Es gibt solche Rechte nicht in der französischen Verfassung, nicht in der britischen, und auch das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland - wenn ich das mal sagen darf - kennt zwar den Beitritt, aber keinen Austritt. Kurzum, wir werden es hier in Zukunft noch mit einer Reihe von Fragen zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und Nationen zu tun bekommen, die, glaube ich, noch nicht bis zu Ende durchdacht sind. Natürlich hoffen wir alle - und ich will das an dieser Stelle auch ganz deutlich sagen - daß keine russische Dominanz im Vergleich zu den anderen Republiken eintritt, also sozusagen diesbezüglich ein Schritt zurück gemacht wird, sondern die Gleichberechtigung der Republiken und Nationen wirklich garantiert wird für die Zukunft in der bisherigen Sowjetunion.

7. Der Weg in die Unabhängigkeit Auseinandersetzungen im Baltikum 1987-1991

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:44

August 1987: Einige Tausend Menschen versammeln sich in mehreren baltischen Städten, um gegen das deutsch-sowjetische Geheimabkommen vom August 1939 zu protestieren, mit dem sich die beiden Mächte das östliche Mitteleuropa in "Interessensphären" aufgeteilt hatten. Die Demonstrationen sind verboten und werden von großen Polizeiaufgeboten umlagert. Die Parteipresse schreibt von "provokatorischen Aufrufen", in denen die Geschichte "auf demagogische, bourgeoise und nationalistische Weise interpretiert" werde. Mit Beifall werden "aufgebrachte Passanten" zitiert, die dazu aufgefordert hätten, "die Provokateure von der Straße zu jagen".

Ein Jahr später, August 1988: Zum Jahrestag des Geheimabkommens demonstrieren in den baltischen Republiken insgesamt mehrere Hunderttausend Menschen. Die Kundgebungen sind diesmal nicht nur völlig legal, sondern werden auch von den örtlichen Parteiführungen unterstützt. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS preist die Demonstrationen als "Beweis für die gewachsene politische Aktivität der Menschen und ihr Interesse an der Geschichte".

Im Sommer 1988 entstanden in den drei Ostseerepubliken die "Volksfronten", im Herbst konstituierten sie sich offiziell. Ohne daß viel darüber gesprochen wurde, war die jahrzehntelange Monopolstellung der KPdSU durchbrochen. Schon in jenen Monaten wurden in den baltischen Republiken die alten Nationalfahnen, Staatshymnen und Wappen der Zwischenkriegszeit wieder eingeführt, und die baltischen Sprachen erhielten den Status einer Staatssprache.

Der im Oktober 1988 veröffentlichte Entwurf einer neuen Verfassung der UdSSR sorgte für weiteren Konfliktstoff. Von den Nationalbewegungen wurde er als Versuch interpretiert, die Rechte der Republiken zu beschneiden und das Recht auf Austritt aus der Union in Frage zu stellen. Als Reaktion verabschiedete das estnische Parlament am 16. November fast einstimmig die erste Souveränitätserklärung einer Sowjetrepublik. Souveränität, so wie sie damals definiert wurde, bedeutete noch nicht den Anspruch auf volle Eigenstaatlichkeit. Produktionsmittel und Bodenschätze wurden zum Eigentum der Republik erklärt. Gesetze der UdSSR sollten in Estland nur mit Zustimmung des estnischen Parlaments in Kraft treten. - Gorbatschow reagierte mit scharfer Zurückweisung und ließ am 22. November die estnischen Verfassungsänderungen für null und nichtig erklären.

"Wendepunkt in der Geschichte des ganzen Landes"

Eine der unsinnigsten und vielleicht folgenschwersten Konfrontationen mit den baltischen Nationalbewegungen provozierte das Politbüro im Sommer 1989. Der Anlaß: Am 22. August erklärte das litauische Parlament die deutsch-sowjetischen Geheimverträge von 1939 für widerrechtlich und ungültig. Zugleich wurde der Anschluß Litauens an die UdSSR vom Juli/August 1940 als ebenso widerrechtlich und folglich ohne juristische Verbindlichkeit bezeichnet. Politische Nutzanwendung: Da Litauen rechtlich der Sowjetunion niemals beigetreten sei, bestehe die nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Republik fort, wenn auch als zur Zeit besetztes Land. Dieser Logik folgend lehnen die baltischen Republiken es bis heute ab, von einem Austritt aus der UdSSR zu sprechen. Allenfalls den Begriff "Wiederherstellung der Staatlichkeit" lassen sie gelten.

Das Politbüro reagierte mit einer im Namen des ZK abgegebenen, aber wahrscheinlich in diesem Gremium nie diskutierten Stellungnahme, die mit ihrer maßlosen Schärfe an die "brüderlichen Warnungen" vor der Militärintervention in der CSSR im August 1968 erinnerte. Man befinde sich, so hieß es da, an einem "Wendepunkt in der Geschichte des ganzen Landes". In den baltischen Republiken bestehe "die reale Gefahr eines regelrechten Bürgerkonflikts und massenhafter Zusammenstöße". "Das Schicksal der baltischen Völker ist ernsthaft bedroht. Die Menschen müssen wissen, an welchen Abgrund die nationalistischen Anführer sie drängen. Würden diese ihr Ziel erreichen, könnten katastrophale Folgen für die Völker entstehen. Selbst deren Lebensfähigkeit könnte in Frage gestellt werden."

Den führenden Politikern der baltischen Republiken wurde vom Politbüro vorgehalten, sie hätten es versäumt, "den Prozeß in den normalen Bahnen der Umgestaltung zu halten" und "den negativen Tendenzen Einhalt zu gebieten". Nunmehr sei es erforderlich, "entschiedene Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um den Umgestaltungsprozeß in den Ostseerepubliken von Extremismus, von destruktiven und schädlichen Tendenzen zu befreien."

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte das Politbüro der KPdSU noch zu keinem Nationalkonflikt eine derartige offizielle Erklärung abgegeben. Fälle von Pogromen, von bewaffneten Konflikten, von tatsächlichem Bürgerkrieg in anderen Teilen der UdSSR waren ohne angemessene politische Antwort geblieben. In den baltischen Republiken hingegen war bis dahin noch kein einziger Schuß im politischen Kampf gefallen. Umso deplazierter war der hochdramatische, einschüchternde Ton dieser Enzyklika des Politbüros. Daß die angedrohten "entschiedenen Sofortmaßnahmen" in der Erklärung mit keinem Wort beschrieben wurden und daß praktisch erst einmal überhaupt nichts darauf folgte, macht die Sache nicht besser.

Wohl gewollt und gezielt wurde das Gerücht verbreitet, Gorbatschow, der auch damals gerade in seinem Feriendomizil weilte, habe von der Politbüro-Erklärung nichts gewußt. Er sei sogar bewußt hintergangen worden; die Erklärung sei ein Dolchstoß der "Konservativen" gegen Gorbatschows Reformpolitik. Dieses Gerücht wurde von Gorbatschow weder bestätigt noch dementiert. Ein kritisches Wort zu dem Drohpapier war von ihm aber auch nicht zu vernehmen. Inzwischen ist festzustellen, daß dieses Muster - Gorbatschow hat angeblich von nichts gewußt - in den letzten Jahren ein paar Mal zu oft strapaziert wurde, um noch glaubhaft zu sein.

Litauens KP macht sich selbständig

Den nächsten Konflikt trug Gorbatschow direkt mit der litauischen KP aus. Auf ihrem Parteitag hatte diese am 19. Dezember 1989 beschlossen, sich von der KPdSU zu lösen und als eigenständige Partei zu konstituieren. Eine Minderheit, repräsentiert durch etwa 15 % der Delegierten, lehnte den Beschluß ab und bildete eine eigene Partei. Im Vorfeld des Parteitags hatte die Moskauer Zentrale alles versucht, um den Trennungsbeschluß zu verhindern. Die litauische KP-Führung war Mitte November 1989 zur "Aussprache" mit dem Politbüro nach Moskau bestellt worden. Da das offenbar nicht die verlangte Umkehr brachte, wandte sich Gorbatschow Anfang Dezember mit einer scharf formulierten Botschaft an die gesamte litauische KP. Inständig beschwor er die Gefahren für das gemeinsame Haus Europa, die sich aus einer Spaltung der KPdSU ergeben würden. Der ZK-Sekretär für ideologische Fragen, Wadim Medwedjew, wurde nach Litauen geschickt, um den Standpunkt der Zentrale durchzusetzen.

Nichts half. Nach dem litauischen Parteitag wurde das ZK der KPdSU zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengeholt, um den Trennungsbeschluß als illegal zu verurteilen; angeblich lag eine solche Entscheidung nicht in der Kompetenz der litauischen Genossen. Gorbatschow ließ sich beauftragen, in der ersten Januarhälfte 1990 zu einem nochmaligen "Vermittlungsversuch" nach Litauen zu reisen.

Diese Reise wurde zu einem Fiasko für den Parteichef. Die Bevölkerung demonstrierte zu Hunderttausenden unter den Fahnen der Republik und Parolen wie "Litauen hat sich schon entschieden". Mit seiner beharrlich wiederholten Version, nicht das litauische Volk, sondern nur ein paar ehrgeizige, selbstsüchtige Demagogen seien für die Unabhängigkeit, sah der erste Mann der UdSSR diesmal überhaupt nicht gut aus. Neu war, daß Gorbatschow es jetzt kategorisch ablehnte, die Loslösung einer Republik von der Union überhaupt in Erwägung zu ziehen. Einen Zerfall der UdSSR werde die Zentrale keinesfalls zulassen, darüber dürfe es keine Illusionen geben. In den Monaten zuvor hatte sich Gorbatschow dazu auch schon mal etwas flexibler und moderater geäußert.

Die Aufgeregtheit der Moskauer Reaktionen wurde sicher dadurch mitbestimmt, daß am 24. Februar 1990 die Wahl des litauischen Parlaments anstand - eine der ersten freien Wahlen in der UdSSR überhaupt. Wer aber bis dahin noch geglaubt hatte, durch Wutgebrüll und Fäusteschütteln den "Wählerwillen" zu seinen Gunsten beeinflussen zu können, sah sich enttäuscht. Anhänger der "Volksfront" gewannen die absolute Mehrheit. Ihr Vorsitzender Landsbergis kündigte daraufhin sofort die Ausrufung der Unabhängigkeit "in diesem Frühjahr" an. Sie folgte am 11. März 1990. In der Form etwas vorsichtiger, aber in der Sache fast identisch erklärten auch Estland am 30. März und Lettland am 4. Mai ihre Eigenstaatlichkeit.

Nur noch am Rande registriert wurde, daß am 9. März das georgische Parlament verkündete, die Verträge von 1921 und 1922, die den Beitritt der Republik zur Union besiegelt hatten, seien null und nichtig, da unfreiwillig zustande gekommen. Der gleiche Vorgang in Litauen, kaum sieben Monate vorher, war noch als "Wandeln am Abgrund" und erster Schritt zum Bürgerkrieg beschrieen worden.

Das Lostrennungs- Verhinderungs-Gesetz

In allen sowjetischen Verfassungen seit Bildung der UdSSR 1922 stand und steht es ganz eindeutig: Die Republiken haben das Recht auf freien Austritt aus der Union. Solange niemand auf den Gedanken kommen konnte, davon praktischen Gebrauch zu machen, war die Sache unkompliziert. Ein Ausführungsgesetz zu dem Verfassungsartikel war nie ausgearbeitet worden. Das mußte nun natürlich schleunigst nachgeholt werden. Am 27. Februar 1990, drei Tage nach dem Wahlsieg der "Volksfront" in Litauen, befaßte sich der Oberste Sowjet der UdSSR erstmals mit einem entsprechenden Gesetzentwurf. Am 3. April 1990, drei Wochen nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung, wurde das Gesetz im gleichen Gremium verabschiedet. Von einer "Lex Litauen" zu sprechen, ist sicher nicht übertrieben.

Laut Gesetz muß auf dem Weg zur Unabhängigkeit erstens eine Volksabstimmung passiert werden. Dabei müssen sich mindestens drei Viertel der wahlberechtigten Bevölkerung für die Trennung von der UdSSR entscheiden. Scheitert das Referendum, darf frühestens in zehn Jahren eine neue Abstimmung stattfinden. Kommt die geforderte Mehrheit zustande, gibt es eine "Übergangsphase" von fünf Jahren, nach deren Ablauf von einem Zehntel der Wahlberechtigten eine zweite Abstimmung erzwungen werden kann. Die letzte Entscheidungskompetenz soll schließlich beim Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR liegen.

Das Gesetz sieht als zusätzliche Hürde einen "Vermögens-und Finanzausgleich" vor, was in der Praxis heißt, daß auf die austrittswillige Republik horrende Geldforderungen der Moskauer Zentrale zukommen, die ihre Zahlungsfähigkeit bei weitem überschreiten würden. Im Fall Litauens wurden Zahlen zwischen 10 und 20 Milliarden Rubel ins Spiel gebracht.

Das Gesetz bestimmt außerdem, daß bei der Volksabstimmung in den Autonomen Republiken und Gebieten, aber auch in jeder Region mit vorherrschender nationaler Minderheit die Ergebnisse gesondert gewertet werden sollen. Die Bevölkerung eines solchen Gebiets könnte sich also dafür entscheiden, sich von einer Republik, die den Unionsverband verläßt, ihrerseits zu trennen und weiter der UdSSR anzugehören. Das serbische Modell, sozusagen. Das widerspricht allerdings klar der sowjetischen Verfassung, denn diese besagt, daß das Territorium einer Republik nur mit deren Einverständnis verändert werden darf.

Insgesamt betrachtet bestand der einzige erkennbare Zweck des Gesetzes nicht darin, Austritte in regulären Formen abzuwickeln, sondern sie praktisch unmöglich zu machen. Angewendet wurde das Gesetz niemals. Es war, wie die Dinge heute stehen, nur für den Papierkorb gemacht. Gerade darum ist im Rückblick bezeichnend, daß man lieber ein solches Monstrum verabschiedete, statt nach einem Modus zu suchen, der vielleicht im wirklichen Leben Bestand hätte gewinnen können.

Das Wilnaer Panzer-Ballett

Mit Litauens Unabhängigkeitserklärung vom 11. März 1990 begann eine weitere Kraftprobe. Auf dem Kongreß der Volksdeputierten (13.-15. März) sprach Gorbatschow von einem "alarmierenden Vorgang". Die Entscheidung des Wilnaer Parlaments sei ungesetzlich. Verhandlungen mit der litauischen Regierung werde es nicht geben, denn verhandeln könne man doch nur mit ausländischen Politikern. Das sowjetische Parlament assistierte brav dem KPdSU-Chef, der auf dieser Sitzung auch zum Präsidenten gekürt wurde: ja, die Unabhängigkeitserklärung sei "ungesetzlich und ungültig". Von rund 1700 Abgeordneten mochten nur 94 gegen dieses Urteil stimmen.

Außerdem wurde Gorbatschow vom Kongreß der Volksdeputierten legitimiert, "alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Rechte der Bürger und der anderen Republiken auf dem Territorium Litauens" zu ergreifen. Am 16. März 1990 forderte Gorbatschow die litauische Regierung per Telegramm auf, sich umgehend zu den Beschlüssen der Volksdeputierten zu äußern. Frist: drei Tage. Am 19. März wurde der Sprecher einer litauischen Delegation, die zur Darlegung ihres Standpunkts nach Moskau gekommen war, im Obersten Sowjet niedergeschrien. Am gleichen Tag gab die Regierung der UdSSR "Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Sowjetunion" in Litauen bekannt. Vor allem: Sämtliche Produktionsstätten, die sich auf dem

Territorium Litauens befinden, sind Eigentum der UdSSR. Es werden nötigenfalls "radikale Maßnahmen" zu ihrem Schutz ergriffen. Litauen ist verpflichtet, alle wirtschaftlichen Verpflichtungen strikt einzuhalten.

Schon am 18. März 1990 wurde überraschend der Beginn von Manövern im Raum Litauen bekanntgegeben. Militärflugzeuge zeigten sich drohend über Wilna. Die sowjetischen Truppen in Litauen wurden durch zusätzliche Panzer und Fallschirmjäger verstärkt, ebenso die Bewachung wichtiger Objekte in der Republik. Im Zentrum von Wilna fuhren Schützenpanzer auf. Am 22. März ließ die Regierung der UdSSR Litauen für ausländische Journalisten sperren - wegen der "komplizierten Situation" in der Republik, wie es hieß. Am 24. März und den folgenden Tagen war eine große Panzerkolonne (etwa 100 Fahrzeuge) damit beschäftigt, nach einem rätselhaften Prinzip um das litauische Parlament herumzukurven, in ihre Kasernen zurückzukehren, dann wieder im Stadtzentrum aufzutauchen usw.: "planmäßige Übungen", wie die zuständigen Militärverantwortlichen humorvoll erläuterten. Spätestens am 19. August 1991 wurde die Choreographie deutlich, die man in Wilna einstudiert hatte.

Am 31. März 1990 verlangte Gorbatschow noch einmal ultimativ die "unverzügliche Rücknahme aller widerrechtlichen Akte", insbesondere selbstverständlich der Unabhängigkeitserklärung. Vorher werde es keine Verhandlungen geben. Drohend verwies der Präsident auf eine Flut von Briefen aus der Bevölkerung, die ihn derzeit erreiche. Man fordere ihn auf, "wirksame Maßnahmen wirtschaftlichen, politischen und administrativen Charakters zu ergreifen". - Inzwischen waren nicht nur das KP-Gebäude in Wilna, sondern auch das Druckerei- und Pressezentrum sowie die Staatsanwaltschaft von sowjetischem Militär besetzt.

Wirtschaftsblockade

Am 13. April 1990 stellte Gorbatschow ein neues Ultimatum: Innerhalb von zwei Tagen müßten alle aus der Unabhängigkeit resultierenden Maßnahmen aufgehoben werden. Anderenfalls werde eine Wirtschaftsblockade gegen Litauen verhängt. Diese Blockade begann am 18. April. In erster Linie betraf sie Erdöl und Erdgas, dann aber auch Kohle, Rohstoffe für die Maschinenindustrie, Fahrzeuge und Ersatzteile, schließlich sogar Lebensmittel.

Estland und Lettland, die gleichfalls ihre Unabhängigkeit verkündeten, wurden dennoch nicht direkt blockiert. Wohl aber litten sie aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen ebenfalls unter den gegen Litauen verhängten Maßnahmen. Ansonsten war die Taktik der Zentralregierung ähnlich: Gorbatschow drohte, die Republiken mit präsidialen Sondervollmachten zu regieren. "Komitees für den Schutz der Sowjetmacht" - lokale Vorläufer des Putschkomitees vom 19. August 1991 - riefen zur Bildung von "Selbstverteidigungsgruppen" in den baltischen Republiken auf. In den Hauptstädten Riga und Tallinn versuchten Parteimitglieder und Soldaten am 15. Mai, die Parlamente zu stürmen. Panzer und Fallschirmjäger waren auch hier bei ihren "normalen Übungen" in den Stadtzentren zu beobachten.

Ende Juni/Anfang Juli 1990 wurde die Blockade Litauens aufgehoben. Absolut wirksam geworden war sie aufgrund der halbanarchischen Verhältnisse in der UdSSR wohl nie. Litauen hatte wenigstens einen Teil seines Bedarfs über den Schwarzmarkt und Tauschbeziehungen mit anderen Republiken decken können. Nachdem Jelzin für die russische Regierung erklärt hatte, die Unabhängigkeit Litauens zu respektieren und normale Wirtschaftsbeziehungen mit der Republik aufzunehmen, war der Boykott faktisch nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen.

Innerhalb von nur einem Jahr hatte sich zwischen Sommer 1989 und 1990 die Situation sehr zu Ungunsten der Zentralmacht verändert. Die Republiken, die es noch nicht in der zweiten Hälfte von 1989 getan hatten, erklärten nun gleichfalls ihre Souveränität; ebenso etliche der Autonomen Republiken und Gebiete. Georgien, Moldowa und Armenien erhoben, ebenso wie die baltischen Republiken, Anspruch auf Eigenstaatlichkeit. Von entscheidender Bedeutung war, daß am 12. Juni 1990 auch die größte der Sowjetrepubliken, die Russische Föderation, ihre "staatliche Souveränität" verkündete. Damit war praktisch die Union am Ende. "Wenn wir so weitermachen, führen wir das Land zum Bankrott", zog Gorbatschow auf dem 28. Parteitag der KPdSU im Juli 1990 das Fazit.

Ein vorletzter Rettungsversuch der Zentralmacht bestand darin, sich durch ein Referendum (17. März 1991) bestätigen zu lassen, daß die überwältigende Mehrheit der Sowjetmenschen den Fortbestand der UdSSR befürwortet. Zugleich wurden Verhandlungen über einen neuen Unionsvertrag eingeleitet. Die drei baltischen

Republiken verweigerten die Teilnahme an dem Unionsreferendum. Stattdessen führten Litauen (9. Februar), Lettland und Estland (3. März) eigene Volksabstimmungen über die Unabhängigkeit durch.

"Die Perestroika wurde erschossen"

Bevor es soweit war, zeigte die Zentralmacht aber noch einmal die Zähne. In der Nacht zum 13. Januar 1991 stürmten Spezialtruppen den Fernsehturm in der litauischen Hauptstadt Wilna. 16 Menschen wurden dabei getötet. Wer in Moskau den Befehl für die Aktion gegeben hatte, war angeblich nicht festzustellen. Gorbatschow hatte, was wohl niemanden in der UdSSR mehr verwunderte, von den Geschehnissen erst morgens aus den Nachrichten erfahren. Ebenso ahnungslos gaben sich Verteidigungsminister Jasow und Innenminister Pugo. Andererseits: Eine eigenmächtige Aktion zweitrangiger Offiziere kann es eigentlich auch nicht gewesen sein, denn sonst hätte nach rechtsstaatlichen Grundsätzen wohl irgendjemand zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Und der Terror ging weiter: Am 20. Januar besetzte eine Sondereinheit mit Waffengewalt das lettische Innenministerium in Riga. Diesmal gab es "nur" fünf Tote - wohl deswegen, weil die lettische Polizei darauf verzichtete, das Gebäude zu verteidigen. Gorbatschows Kommentar: Lettland müsse unter direkte Präsidialverwaltung gestellt werden. Die Führung der Republik solle nach Moskau kommen, um entsprechende Befehle entgegenzunehmen.

Es hörte schon niemand mehr auf ihn. Am 18. Januar war eine Stellungnahme von 116 sowjetischen Intellektuellen, darunter viele bekannte Namen, veröffentlicht worden, in der es hieß: "Die im April 1985 begonnene Perestroika ist in der Nacht zum 13. Januar erschossen worden. In dieser ganzen Zeit unterstützten wir den Präsidenten und verschlossen die Augen vor der Inkonsequenz seiner Politik ... Das Verbrechen in Wilna wurde jedoch vom Präsidenten und vom Obersten Sowjet der UdSSR nicht verurteilt. Danach konnte man sich nichts mehr vormachen...". - Am 20. Januar fand die bis dahin größte Demonstration in Moskau statt. Die Teilnehmerzahl wurde mit 300.000 angegeben. Sie richtete sich gegen die Abkehr von der Perestroika und gegen die Gefahr der Diktatur.

Am 9. Februar stimmten in Litauen bei einer Wahlbeteiligung von 84 % rund 90 % für die Unabhängigkeit der Republik. In Lettland lag die Beteiligung am 3. März bei 87 %, und 73 % stimmten mit Ja. In Estland waren es am gleichen Tag 78 %, bei einer Beteiligung von 83 %. In diesen beiden Republiken hat offensichtlich auch ein erheblicher Teil der russischen Bevölkerung für die Unabhängigkeit votiert. In Riga beispielsweise, wo nur noch etwa 36 % lettischer Nationalität sind, stimmten dennoch 63 % mit Ja.

Was seitens der Zentralmacht danach noch folgte, waren häßliche Rüpeleien. Sie bestanden darin, daß Sondereinheiten in Uniform oder Zivil Einrichtungen der baltischen Republiken überfielen und zerstörten, baltische Beamte verprügelten. Vor allem Zollstationen waren das Ziel solcher Übergriffe, für die nach bekanntem Muster niemand in Moskau verantwortlich sein wollte, für die aber auch kein Soldat oder Offizier jemals zur Rechenschaft gezogen wurde. Die Sondereinheiten hatten noch im Juni und Juli dieses Jahres in den baltischen Republiken praktisch freie Hand, mit vorgehaltener Waffe zu schikanieren und zu provozieren. Daß daraus dennoch kein bewaffneter Konflikt entfacht werden konnte, der eine grössere Militärintervention der Zentralmacht legitimiert hätte, kann nur der strikten Gewaltfreiheit der baltischen Seite zugute gehalten werden. Das schlimmste Verbrechen wurde Ende Juli ausgeführt und muß wohl schon als unmittelbares Vorspiel zum Putsch vom 19. August verstanden werden: "Unbekannte" überfielen eine litauische Grenzstation und erschossen die acht Zollbeamten, die sich dort aufhielten.

Die "nationale Frage" gehörte von Anfang an zu den Themen, denen Gorbatschow mit auffallender Verständnislosigkeit gegenüberstand. Leider veranlaßte ihn das nicht dazu, sich in Lautstärke und Ton zurückzuhalten und Nachdenklicheren das Wort zu überlassen. Ihm fehlte die politische Vernunft, jemanden lieber zum richtigen Zeitpunkt halbwegs im Guten ziehen zu lassen, statt ihn mit unfriedlichen Mitteln und beleidigenden Einschüchterungsversuchen festhalten zu wollen. Andererseits fehlte ihm aber auch die Entschlossenheit und die Brutalität, der Wille und der außenpolitische Spielraum, um die militärische Macht konsequent und im vollen Umfang einzusetzen. Der Einsatz von Drohungen und Gewalt gegen die baltischen Völker war stark genug, um die Beziehungen nachhaltig zu vergiften und die drei Republiken auf ihrem Weg zur Unabhängigkeit noch schneller voranzutreiben. Er war aber zu schwach, um den Gang der Dinge aufzuhalten.

Kt.

8. Die baltischen Republiken zwischen den Weltkriegen

Rubrik: Sowjetunion, Nationalitäten · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:23

"Unbedacht", "voreilig" und " vor "gefährlich" lautete übereinstimmend das internationale Urteil, als Litauen am 11. März 1990 seine Unabhängigkeit erklärte. Alles, was geeignet schien, Gorbatschow irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten, wurde ungern gesehen. Kein Staat mochte den Anfang machen, Litauen anzuerkennen. Ebenso erging es Lettland und Estland, die einige Wochen später gleichfalls Eigenstaatlichkeit beanspruchten.

Nach dem August-Putsch ging es dann mit den Anerkennungen plötzlich sehr schnell. Inzwischen beginnen wir uns daran zu gewöhnen, daß es auf der europäischen Landkarte drei neue Staaten und bald drei neue Mitglieder in der UNO gibt. Ganz so neu aber doch nicht, denn Litauen, Lettland und Estland existierten schon einmal, zwischen den beiden Weltkriegen, als Staaten.

50 Jahre Sowjetmacht haben allerdings die ethnischen Strukturen der baltischen Region nachhaltig verändert. Am stärksten in Estland, wo in den dreißiger Jahren 88% der Bevölkerung zur estnischen Nationalität gehörten, heute jedoch nur noch knapp über 60%. In Lettland waren vor dem Krieg 75% der Einwohner lettischer Abstammung, heute kaum noch 50%. Nur die Litauer bilden in ihrem Staat mit rund 80% immer noch eine solide Mehrheit (um 1930 waren es etwa 84%).

Teilweise sind die ethnischen Verschiebungen, die als "Russifizierung" bitter beklagt werden, Nebenprodukte der forcierten Industrialisierung der drei Republiken, die von der sowjetischen Regierung nach 1945 betrieben wurde. In hohem Maß ging diese mit der zentral gelenkten Einwanderung russischer Arbeiter einher. Eine Folge ist, daß die Beschäftigten der Großbetriebe besonders in Lettland und Estland noch heute überwiegend Russen sind. Die baltischen Republiken, die zwischen den Kriegen fast nur landwirtschaftliche Güter exportiert hatten und kaum Industrie besaßen, wurden so zu Spitzenreitern der industriellen Pro- Kopf-Produktion in der UdSSR. Mit ihrer vergleichsweise modernen, leistungsfähigen Industrie, die sie zu privilegierten Kandidaten für eine Annäherung an die EG macht, rühmen sich die drei Völker gern, als verdankten sie das alles nur ihrer eigenen Tüchtigkeit. Was aber mit diesem forcierten Prozeß an Unannehmlichkeiten und lästigen Folgen verbunden ist, wird dem "stalinistischen System" und der "russischen Fremdherrschaft" angelastet. Überhaupt ist mit dem Neuanfang der drei Republiken eine erstaunliche Bewußtlosigkeit gegenüber der eigenen Geschichte verbunden, von der anscheinend nur ein paar glorreiche Momente in Erinnerung geblieben sind.

Kampffeld der Großmächte

Die baltischen Republiken erscheinen durch den erzwungenen Anschluß an die UdSSR 1940, durch die Nationalbewegungen der letzten fünf Jahre und jetzt durch den gleichzeitigen Wiedereintritt in die staatliche Souveränität wie eine Art "Schicksalsgemeinschaft". Dennoch haben sie historisch unterschiedliche Voraussetzungen. Estland und Lettland kamen im 13. und 14. Jahrhundert unter die Herrschaft des Deutschen Ordens. Später kämpften Schweden, Rußland und Polen um die Vormachtstellung. Litauen hingegen konnte seine Unabhängigkeit behaupten und seine Herrschaft auch über große Teile Weißrußlands und der Ukraine, bis fast ans Schwarze Meer, ausdehnen. Das Großfürstentum Litauen wuchs immer enger mit dem polnischen Königreich zusammen, mit dem es seit 1386 durch Personalunion verbunden war. 1569 wurde es, bei Fortbestand des alten Namens, faktisch ein Teil Polens.

In Lettland und Estland gab es eine prozentual kleine, aber einflußreiche und wohlhabende deutsche Oberschicht, während Litauens Adel "polonisiert" wurde und sogar die Staatssprache Polnisch war. Letztlich haben nicht nur die Letten und Esten, sondern auch die Litauer bis zum Ersten Weltkrieg nie einen eigenen Nationalstaat entwickeln können.

Die Gewinnung eines Zugangs zur Ostsee mit eisfreien Häfen war seit dem Zaren Iwan "dem Schrecklichen" ein zentrales strategisches Ziel russischer Politik. Zwischen 1558 und der Regierungszeit Peters "des Großen" (ab 1682) wechselten Estland und Lettland wiederholt die Herrschaft, ohne daß sich Rußland irgendwo dauerhaft festsetzen konnte. Erst unter Peter gelang dies weitgehend in den Kriegen von 1700 bis 1720 gegen

Schweden und Polen. Der Süden Lettlands und Litauen kamen jedoch erst durch die dritte Teilung Polens (1795) vollständig unter russische Herrschaft.

Das Zarenreich ließ, in Estland und Lettland noch mehr als in Litauen, die inneren Klassen- und Machtverhältnisse weitgehend bestehen. So kam es, daß der Nationalismus, der sich hier wie fast überall in Mittel- und Osteuropa im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts zu entwickeln begann, mehr "antideutsch" bzw. "antipolnisch" (in Litauen) als "antirussisch" geprägt war. Die Lösung von Rußland war daher in der baltischen Region zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in der ersten russischen Revolution von 1905/06 und dann ab Februar 1917, zunächst kein Ziel, für das sich Massen mobilisieren ließen. In allen drei Gebieten gab es, wenngleich das Proletariat zahlenmäßig noch sehr schwach war, starke sozialistische Arbeiterbewegungen, die sich ohne Einschränkung als Teil des revolutionären Gesamtprozesses in Rußland begriffen.

Der Weltkrieg löste die zweite russische Revolution aus. In Estland und in der Nordhälfte Lettlands, die von der deutschen Armee noch nicht besetzt waren, konnte im Oktober 1917 die Sowjetmacht errichtet werden. Das okkupierte Litauen erklärte sich im Dezember 1917 nominell für unabhängig, stand aber tatsächlich nur in einem Vasallenverhältnis zum deutschen Kaiserreich. Deutschland verfolgte im Ersten Weltkrieg das strategische Ziel, die gesamte baltische Region, ferner auch Polen und große Teile der Ukraine, als "Protektorate" dem Deutschen Reich anzugliedern. Im Februar 1918 begann die deutsche Armee, an der russischen Front weit nach Norden und Osten vorzurücken. Ganz Lettland und Estland wurden besetzt, die revolutionären Organisationen und Machtstrukturen zerschlagen, aber auch die bürgerlich-nationalen Kräfte unterdrückt. Estland erhielt im Februar, Lettland im Mai 1918 eine Pseudo-Unabhängigkeit unter deutschem Besatzungsregime.

Als die deutsche Armee im November 1918 kapitulierte, verständigte sie sich mit den Siegermächten der Entente darauf, ihre Stellungen in der baltischen Region zunächst zu halten. Die kapitalistischen Großmächte gaben dort 1918/19 den deutschen Truppen und den reaktionären Freikorps weitgehend freie Hand, gegen die aufs Neue gebildeten Sowjets und die sie unterstützende Rote Armee vorzugehen.

Zusammen mit Interventionstruppen anderer imperialistischer Mächte und Polens sowie russischen konterrevolutionären Truppen hatten die Deutschen einen nicht unerheblichen Anteil an der Niederschlagung der revolutionären Bewegungen in der baltischen Region. Letztlich waren die bürgerlich-nationalen Kräfte dieser Länder aber doch genötigt, sich die deutschen "Befreier" mit Gewalt vom Hals zu schaffen. Mit der Proklamation Lettlands im Januar 1920 war der Weg der baltischen Völker in die staatliche Souveränität abgeschlossen.

Streit um Wilna und Memel

Sowjetrußland unterzeichnete mit den drei Republiken Friedensverträge, in denen es vorbehaltlos deren Unabhängigkeit anerkannte und auf alle Ansprüche verzichtete. Unter anderem sicherten sich die Vertragspartner auch zu, in ihrem Land keine Kräfte zuzulassen, die den Sturz der anderen Regierung betrieben, sowie auf ihrem Territorium keine der anderen Seite feindlichen ausländischen Streitkräfte zu stationieren. In der konkreten Situation ging es vor allem darum, die baltischen Staaten nicht zum Rückzugsgebiet russischer konterrevolutionärer Truppen werden zu lassen. Darüber hinausgehend wurde in dieser Klausel aber auch die Sorge deutlich, daß die drei Republiken zum Aufmarschgebiet für einen Angriff auf Sowjetrußland (bzw. später die UdSSR) werden könnten. Dabei war zum damaligen Zeitpunkt wohl nicht ausschließlich an deutsche Ambitionen gedacht, da alle imperialistischen Staaten dem Sowjetstaat gegenüber eine extrem feindliche Haltung zeigten.

Litauen war mit zwei großen Grenzproblemen belastet, Wilna und Memel. Litauens historische Hauptstadt Wilna samt Umgebung (mit etwa 460.000 Einwohnern) war, nachdem sie in den Bürgerkriegswirren mehrmals den Besitzer gewechselt hatte, am 9. Oktober 1920 von polnischen Truppen im Handstreich besetzt worden. Gerade zwei Tage vorher war zwischen Litauen und Polen ein Vertrag unterzeichnet worden, der die Zugehörigkeit Wilnas zu Litauen anerkannte. Das okkupierte Gebiet wurde für kurze Zeit ein Pseudo-Staat unter dem Namen "Mittel-Litauen", und Anfang 1922 offiziell an Polen angeschlossen. Ethnisch waren die Litauer in dem verlorenen Gebiet tatsächlich nur Minderheit. Politisch wurde dennoch ein tiefsitzender Revanchismus ausgelöst. Wilna blieb laut Verfassung offizielle Hauptstadt der Republik, und Litauen weigerte sich, Beziehungen zu Polen zu unterhalten.

Im März 1938 erzwang die polnische Regierung durch ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum - es wurde Truppen an der Grenze konzentriert - von Litauen die Aufnahme diplomatischer und anderer zwischenstaatlicher Beziehungen. Wirklich verbessert wurde das Verhältnis dadurch nicht. Eine deutsch-sowjetische Geheimvereinbarung zum Nichtangriffspakt vom August 1939 verhalf Litauen nach der Zerschlagung Polens schließlich wieder zum Wilnaer Gebiet.

Die deutsche Stadt Memel mit dem umgebenden Küstenstreifen (etwa 154.000 Einwohner) war nach dem Ersten Weltkrieg unter französische Militärverwaltung gestellt worden. Am 10. Januar 1923 besetzten litauische Truppen mit Duldung Frankreichs das Gebiet. Am 16. Februar stimmten die Großmächte dem Anschluß Memels, nun Klaipeda genannt, an Litauen zu. Damit hatte die Republik zwar ihren einzigen bedeutenden Seehafen gewonnen, aber sich ein Gebiet mit mehrheitlich deutscher Bevölkerung eingehandelt, die nach 1933 schnell unter nazistischen Einfluß geriet. Zeitweise Parteienverbote und Auflösung des Memeler Landtags drängten das Problem nur vorübergehend zurück. Unter wirtschaftlichem Druck Deutschlands - Abbruch der recht bedeutenden Handelsbeziehungen - ließ Litauen schon 1935 in Memel wieder Wahlen zu, die die deutschnationale Mehrheit bestätigten. Im Dezember 1938 siegte die pro-nazistische Memeldeutsche Liste gar mit 87% der Stimmen. Im März 1939 forderte Hitler ultimativ die Übergabe des Memelgebiets. Anderenfalls würde Deutschland militärisch vorgehen, und eine solche Aktion würde vielleicht nicht auf Memel begrenzt sein. Die litauische Regierung gab sofort nach. Außer dem Hafen verlor Litauen damit auch die Industriezone, die es dort aufgebaut hatte.

Butter, Speck und Holz

Die Ökonomie der drei baltischen Republiken war in den zwanziger und dreißiger Jahren überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung lebten auf dem Land. Das Industrialisierungsniveau stieg von Süden nach Norden leicht an. In Litauen waren 79%, in Lettland 66% und in Estland 59% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. (Offizielle Vergleichszahlen von 1979: 20% in Litauen; 13,5% in Lettland; 10,2% in Estland. Sowjetische Statistiken scheinen allerdings dazu zu neigen, den Industrialisierungsgrad generell etwas zu übertreiben.)

In der Industrie waren in Litauen lediglich 6,2%, in Lettland 13,3% und in Estland 16,7% der Beschäftigten tätig. Industrie bedeutete in Litauen ganz überwiegend Textil- und Bekleidung, Nahrungsmittel, Holz und Papier. Ungefähr gleich war die Verteilung in Lettland, wo aber die Metall- und Maschinenindustrie mehr entwickelt war als in Litauen. Ähnlich auch die Verhältnisse in Estland, mit der Besonderheit, daß dort ein Drittel aller Industriearbeiter in der Textil- und Bekleidungsindustrie tätig waren.

Diesen Strukturen entsprechend exportierten die baltischen Republiken zwischen den Weltkriegen in erster Linie Lebensmittel, Rohstoffe und Halbfertigwaren (insbesondere Holz und Holzprodukte), während beim Import Fertigwaren dominierten. Das Süd-Nord-Gefälle zeigte sich auch beim Außenhandel: Von Litauens Export entfielen im Durchschnitt nur etwa 6% auf Fertigwaren, aber diese machten etwa 55-60% seines Imports aus. Bei Lettlands Außenhandel sah das Verhältnis deutlich besser aus: zwischen 20 und 30% beim Export, um die 51% beim Import. Und Estland: Zwischen 22 und 37% beim Export, 50-55% beim Import.

Alle drei Republiken waren zwischen Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre von den krisenhaften Erscheinungen auf dem Weltmarkt erheblich betroffen. Das drückte sich erstens darin aus, daß ihre Ausfuhr bis 1932/33 sehr zurückging. Zweitens verschob sich in den kritischen Jahren die Struktur der baltischen Exporte so, daß der Anteil der Fertigwaren kleiner wurde, während der Anteil von Lebensmitteln und Schlachtvieh anwuchs. Drittens sanken auf dem Weltmarkt die Preise für landwirtschaftliche Produkte. Alles zusammen bedeutete auch, daß die drei Republiken in diesen Jahren sehr viel weniger Waren einführen konnten.

Haupthandelspartner für Lettland und Estland waren mit je einem Drittel Großbritannien und Deutschland als Hauptabnehmer baltischer Lebensmittel. Die angespannten außenpolitischen Beziehungen (wegen des Memel-Streits) führten nach der nazistischen Machtübernahme dazu, daß der deutsche Anteil an Litauens Handel von 45-47% (1931) auf rund 10% (1936) herabgedrückt wurde. Im gleichen Zeitraum stieg der britische Anteil an Litauens Importen von 7 auf 36,5%; bei der litauischen Ausfuhr erhöhte sich der ohnehin schon hohe britische Anteil von 33 auf 48%. Nach Abschluß eines neuen Handelsvertrages 1936 stieg der Handel zwischen Deutschland und Litauen wieder an.

Nur einen sehr geringen Teil ihrer Wirtschaftsbeziehungen (insgesamt maximal 3%) wickelten die baltischen Republiken untereinander ab. Hochfliegende Pläne einer Zoll- und Wirtschaftsunion scheiterten schon im Ansatz. Die Gleichartigkeit oder Ähnlichkeit ihrer Produktionsstrukturen verwies die drei Staaten überwiegend auf den westlichen Markt und förderte eher ihre Konkurrenz als ihr wirtschaftliches und politisches Zusammenwachsen.

Die UdSSR war mit lediglich 3 bis 6% an den Exporten und etwas stärker an den Einfuhren der drei Länder beteiligt. Gegenüber der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, als die drei Republiken Teil des inneren russischen Markts gewesen waren, bedeutete das einen Rückgang um etwa 70%. Die Neuorientierung der Handelsbeziehungen war besonders für Estland schwierig, das vor dem Krieg stark auf die Versorgung von Petrograd (Leningrad) ausgerichtet gewesen war.

Kurzlebige Demokratie

In allen drei Baltenstaaten spielten, der agrarischen Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur entsprechend, konservative Parteien eine große Rolle, die sich auf beträchtliche Teile der Bauernschaft stützen konnten. In Estland und Lettland war das an erster Stelle der Bund der Landwirte, im katholischen Litauen die Christlich-Demokratische Partei.

Die demokratische Phase währte nur wenige Jahre: in Litauen nur bis 1926, in den beiden anderen Staaten bis 1934. In Litauen siegte bei den Wahlen im Mai 1926 ein sozialdemokratisches Bündnis und löste die Regierungskoalition aus Christdemokraten und Bauernbund ab. Ende September schloß die neue Regierung einen Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion. Diesen Vertrag nahmen die Militärführung und die faschistoide Tautininkai-Partei zum Anlaß, im Dezember 1926 gewaltsam das Parlament aufzulösen und den Kriegszustand zu verhängen. Unter Smetona, dem ersten Präsidenten des unabhängigen Litauen, wurde eine Präsidialdiktatur errichtet. An dem Vertrag mit der Sowjetunion hielt das Regime allerdings fest. Nur mit einer Linksregierung, so wurde argumentiert, hätte das Abkommen sich gefährlich auswirken können. - Eine auslösende Funktion für den Staatsstreich in Litauen hatten anscheinend die Vorgänge im verfeindeten Nachbarland Polen: Dort hatte Pilsudski im Mai 1926 ein Militärregime an die Macht gebracht.

In Lettland und Estland brachten die Folgewirkungen der Weltwirtschaftskrise die Krise der parlamentarischen Demokratie zum offenen Ausbruch. Im März 1934 übertrug der estnische Präsident Päts der Armee die Macht. Politische Versammlungen und Demonstrationen wurden verboten, das Parlament aufgelöst. - Im Mai 1934 wiederholte sich der Vorgang in Lettland.

Die Liquidierung der parlamentarischen Demokratie in Estland und Lettland ist auch als Reflex auf die Formierung der NS-Diktatur in Deutschland (Januar-März 1933) zu sehen. Beide Staaten sahen vor dem historischen Hintergrund deutsche Ambitionen in ihrer Region als ernste Gefahr. Nun nahm die Sorge akut zu, wieder einmal - wie so oft in der Geschichte des Baltikum - Schauplatz eines Krieges zwischen Großmächten zu werden. Das Mißtrauen wuchs noch, als im Januar 1934 Deutschland und Polen einen Nichtangriffsvertrag abschlossen. Das wurde als Indiz eines Arrangements auf Kosten der baltischen Republiken gedeutet.

Die "Machtergreifung" des Nazismus in Deutschland war auch in Lettland und Estland mit einem Aufschwung faschistischer Verbände einhergegangen. Von besonderer Bedeutung waren in Estland die "Freiheitskämpfer", die sich an einer finnischen Organisation orientierten, und in Lettland die "Feuerkreuzler" (Ugunkrusts), die sich nach ihrem Verbot 1933 "Donnerkreuzler" (Perkonkrusts) nannten. In Estland hatten die "Freiheitskämpfer" Anfang 1934 die Kommunalwahlen in den größten Städten - Reval, Dorpat und Narwa - mit absoluter Mehrheit gewonnen. Einer der Gründe für die Errichtung des Militärregimes im März bestand darin, diese radikale Strömung nicht an die Macht kommen zu lassen.

Vorbildcharakter hatte für die herrschenden Kräfte Estlands und Lettlands die Errichtung des autoritär-diktatorischen Regimes in Österreich unter Dollfuß im Februar 1934. Eine wesentliche Parallele liegt in dem Versuch, mit halbfaschistischen Mitteln den bedrohlichen deutschen Einfluß einzudämmen und militant faschistische Organisationen im eigenen Land, die zur Fünften Kolonne Deutschlands werden konnten, unter Kontrolle zu behalten bzw. durch Verbote auszuschalten. In den baltischen Republiken wie in Österreich hatten die autoritären Regimes aber zugleich den Charakter von Wegbereitern des Nazismus. In Litauen entwickelten sich die Tautininkai in den dreißiger Jahren direkt zu einer faschistoiden Staatspartei, die in vielen Einzelheiten

der NSDAP ähnelte. Ob Massenmord an den Juden oder Rekrutierung für die Waffen-SS, in den baltischen Ländern fehlte es später nicht an Helfern und Komplizen des deutschen Raubkriegs und Völkermords.

(Da für den nächsten AK dazu und zu den großdeutschen Interessen im Baltikum ein Artikel angekündigt ist, wird darauf hier nicht weiter eingegangen.)

Föderationspläne begraben

Schon vor der Unabhängigkeit war in politischen und publizistischen Kreisen der baltischen Völker über föderative Projekte gesprochen worden. Sogleich mit dem Eintritt in die Staatlichkeit zeigte sich aber, daß die außenpolitischen Interessen der drei Republiken schwer miteinander in Einklang zu bringen waren. So waren Estland und Lettland mehr an einem Bündnis gegen die UdSSR interessiert als Litauen, das damals mit der Sowjetunion keine gemeinsame Grenze hatte. Litauen war sogar einer Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht immer völlig abgeneigt. Seine Regierung sah den Hauptfeind in Polen, gegen das andererseits Lettland und Estland weniger einzuwenden hatten. In Lettland war die Furcht vor deutschen Angriffsplänen groß, im nördlicher gelegenen Estland sehr viel geringer. In Estland fühlte man sich dem finnischen "Brudervolk" nahe und sah sich im Zusammenhang des skandinavischen "Raums", was in den anderen beiden Republiken nicht auf volle Zustimmung stieß.

Von polnischer Seite war zunächst der Plan einer "Föderation" mit Litauen und Weißrußland ins Gespräch gebracht worden. Tatsächlich steckte dahinter die Idee der "Grenzen von 1772": die Wiederherstellung des Großreichs Polen-Litauen, wie es vor der ersten Teilung Polens 1772 bestanden hatte. Dies Ziel wäre nur militärisch gegen Sowjetrußland zu erreichen gewesen. Das schaffte die polnische Armee mit ihrem Feldzug 1920 letztlich aber nicht. So kam nun der Plan eines Staatenbundes in Spiel, der Polen, die drei baltischen Staaten und Finnland umfassen sollte. Nach der Besetzung Wilnas war aber jede polnisch-litauische Kombination aussichtslos. So trafen sich 1921/22 nur die Außenminister der anderen vier Staaten, um Möglichkeiten einer Blockbildung zu erörtern. Das wurde von der französischen Regierung unterstützt, die eine Kette von Staatenbündnissen (cordon sanitaire) sowohl gegen Deutschland wie gegen die Sowjetunion zu schaffen versuchte. Im März 1922 wurde von den vier Außenministern ein Nichtangriffs- und Konsultationspakt unterzeichnet, der aber niemals ratifiziert wurde, also nicht in Kraft trat. Finnland zog sich von dem Unternehmen zurück.

Als Minimallösung blieb ein Bündnisvertrag Lettland-Estland übrig, der im November 1923 abgeschlossen wurde. Er enthielt u.a. die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung im Verteidigungsfall. Geltungsdauer war zunächst zehn Jahre. Im Februar 1934 schlossen die beiden Staaten ein weiteres Abkommen, das den Vertrag von 1923 erneuerte und ausbaute. Die litauische Regierung fragte wegen einer Erweiterung des Bündnisses an, und im September 1934 konnte nach komplizierten Verhandlungen ein als Baltische Entente bezeichneter Dreier-Vertrag unterzeichnet werden. Da Lettland und Estland nicht in internationale Konflikte wegen Wilna und Memel hineingezogen werden wollten, waren diese Probleme durch eine Vertragsklausel ausgeklammert worden.

Neben außenpolitischer Konsultation und Kooperation wollten sich die baltischen Republiken nun auch um wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit bemühen. Insbesondere auf ökonomischem Gebiet blieben die praktischen Ergebnisse jedoch auf Grund konkurrierender Interessen weit hinter den Hoffnungen zurück. Das Projekt einer Zollunion mußte begraben werden. Auch auf anderen Gebieten waren die Erfolge nur bescheiden. Eine Auswirkung war, daß die alten Sonderorientierungen wieder stärker zur Geltung kamen. Estland beispielsweise intensivierte seine politischen Kontakte mit Polen, was in Litauen mit "Verstimmung" und mit größerer "Aufgeschlossenheit" gegenüber der Sowjetunion quittiert wurde.

Das Ende der drei Staaten

Mit dem Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 wurde die Liquidierung der staatlichen Souveränität der baltischen Republiken eingeleitet. Darin wurden "für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung" die "Interessensphären" Deutschlands und der UdSSR definiert. Für die baltische Region hieß das, daß Estland und Lettland zur sowjetischen, Litauen hingegen zur deutschen "Sphäre" gerechnet werden sollten. Außerdem wurde im Geheimprotokoll das "Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet" anerkannt. Nach der Zerschlagung Polens wurde am 28. September 1939 ein weiteres

Abkommen unterzeichnet, das auch Litauen in die sowjetische "Sphäre" fallen ließ und dafür die Trennlinie in Polen zugunsten Deutschlands verschob.

Die Regierung der UdSSR ließ sich wenig Zeit, die Geheimvereinbarungen in die Praxis umzusetzen. Am 25. September 1939, der Krieg gegen Polen war noch nicht ganz beendet, teilte Stalin dem deutschen Botschafter in Moskau mit, daß die Sowjetunion "sofort an die Lösung des Problems der baltischen Staaten ... herantreten würde und dabei einwandfreie Unterstützung durch die deutsche Regierung erwarte".

Die erste Etappe der Problemlösung bestand darin, daß die UdSSR den drei Republiken "Beistandsverträge" aufnötigte, die Ende September/Anfang Oktober 1939 unterzeichnet wurden. Aufnötigen ist sicher das richtige Wort, denn die drei Regierungen hatten es bis dahin vehement abgelehnt, irgendeine Form von sowjetischer "Schutzgarantie" zu akzeptieren.

Neben der Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand "im Falle eines direkten Angriffs oder einer Angriffsdrohung seitens einer beliebigen europäischen Großmacht" mußten die baltischen Republiken der Roten Armee mehrere Stützpunkte überlassen. Außerdem ließ sich die UdSSR die Stationierung einer "streng begrenzten Zahl" von Streitkräften zugestehen: anfangs 20.000 Mann in Litauen, je 25.000 Mann in Estland und Lettland. Das entsprach ungefähr den eigenen Streitkräften der drei Staaten.

Vorteilhaft für die deutsche Seite war, daß unter der neuen sowjetischen Patronage die Wirtschaftsbeziehungen zu den Baltenstaaten keineswegs litten, sondern im Gegenteil einen kräftigen Aufschwung nahmen. Bilaterale Handelsverträge, die zwischen Dezember 1939 und April 1940 abgeschlossen wurden, sorgten dafür, daß 70% der baltischen Ausfuhr nach Deutschland gelenkt wurden.

Mit der Stationierung sowjetischer Truppen war zunächst keine Einmischung in die Innenpolitik der baltischen Republiken verbunden. Selbst das Verbot der kommunistischen Parteien und die Inhaftierung vieler Kommunisten blieben bestehen. Die Lage änderte sich erst, als Anfang Juni 1940 - nach Beginn des deutschen Angriffs auf Frankreich - die UdSSR eine Protestnote an Litauen richtete. Anlaß war das Verschwinden einiger Rotarmisten aus den Stützpunkten, was die sowjetische Seite als "Entführung" darstellte. Das nahm die UdSSR zum Anlaß, die litauischen Politiker nach Moskau zu zitieren und sie am 15. Juni mit einem Achtstunden-Ultimatum zu konfrontieren: 1. Verhaftung der "direkt Schuldigen", insbesondere des Innenministers und des Polizeichefs. 2. Sofortige Bildung einer neuen Regierung, um die Einhaltung des Beistandspakts zu gewährleisten. 3. Freier Durchzug zusätzlicher sowjetischer Truppen zu den Zentren Litauens, was auf eine vollständige Besetzung des Landes hinauslief.

Die litauische Regierung trat daraufhin sofort zurück, und sowjetische Truppen marschierten noch am selben Tag ein. Am 16. Juni gingen Ultimaten ähnlichen Inhalts an Estland und Lettland. Auch hier rückten am folgenden Tag zusätzliche Verbände der Roten Armee ein, und die Sowjetunion ließ neue Regierungen bilden. Pro-sowjetische Demonstrationen - vor allem getragen von den jahrelang verbotenen und unterdrückten kommunistischen Parteien - begleiteten in allen drei Republiken den Umsturz. Die Wahlen, die im Juli 1940 in den baltischen Ländern stattfanden, hatten bereits beste realsozialistische Qualität: 92,9% (Estland) bis 99,2% (Litauen) der Stimmen wurden für die konkurrenzlos kandidierenden Einheitsfronten gezählt. Die neugewählten Regierungen beantragten sofort ihre Aufnahme in die Union der Sowjetrepubliken, und diese wurde Anfang August 1940 vollzogen.

Festzustellen bleibt, daß es eine sehr eingeschränkte und nicht gerade vom Licht der Aufklärung und der Rechtsstaatlichkeit erhellte Unabhängigkeit war, die die baltischen Völker 1940 verloren. Das wird beim schwärmerischen Rückblick der baltischen Nationalbewegungen auf die Zwischenkriegszeit und die kurze Zeit der ersten Eigenstaatlichkeit zumeist leider ebenso übersehen wie das dunkle Kapitel der relativ breiten Kollaboration mit Wehrmacht und SS in den Jahren 1941 bis 1945.

Auf das Dilemma kleiner, angreifbarer und wirtschaftlich abhängiger Staaten, sich zwischen den Großmächten zu behaupten, ist schwerlich eine überzeugende Antwort zu finden. Die Politik der baltischen Republiken zwischen den Kriegen bestand in der Deklaration ihrer strikten Neutralität. Andererseits war der Kommentar Stalins zwar zynisch, aber nicht von der Hand zu weisen, daß es für so schwache Staaten in einer strategisch so bedeutenden Region eine Flucht in die Neutralität praktisch überhaupt nicht geben konnte. Zum damaligen Zeitpunkt gab es zwischen Anschluß an die Sowjetunion und Einverleibung ins großdeutsche Imperium keine praktikable Alternative. So gesehen wäre nicht die sowjetische Besetzung von 1940 zu kritisieren, wohl aber

die Tatsache, daß diese nicht als vorübergehende Maßnahme definiert und nach dem Krieg rückgängig gemacht wurde.

Kt.

9. Zur Geschichte der KPD nach 1945 (Teil 2)

Rubrik: Außenpolitik der BRD; Diskussion um Selbstbestimmungsrecht; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:05

Angesichts von Wiedervereinigung und deutschem Großmachtstreben wird in Teilen der Linken auch wieder über die Fehler von SED und KPD in der nationalen Frage diskutiert. Wir veröffentlichen dazu eine zweiteilige Untersuchung, die den AK-Lesern die Möglichkeit geben soll, sich die KPD-Politik zur nationalen Frage nach 1945 etwas genauer anzusehen.

Der erste Teil (in AK 333, S. 27/28) behandelte die Politik der KPD gegenüber den westlichen Besatzungsmächten (Vorbereitung der Spaltung, Marshall-Plan, Berlin-Krise). Im zweiten Teil geht es um die Haltung der KPD zu den deutschen Grenzen und die zentralen politischen und praktischen Aspekte des Kampfes um die "nationale Einheit".

Zu den Fragen, die den Einfluß der KPD nach 1945 begrenzten, gehörte die Haltung der Partei zur Frage der ehemaligen deutschen Ostgebiete. So war eine der Fragen, mit denen KPD-Mitglieder im Mai/Juni 1948 beim Sammeln der Unterschriften für das "Volksbegehren für die Einheit Deutschlands" von "sozialdemokratischen Arbeitern" konfrontiert wurden: "Warum erkennen die Kommunisten die Oder-Neiße-Grenze an?" (1)

Auf der Potsdamer Konferenz hatten sich die Alliierten darauf verständigt, die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung zu stellen. Eine endgültige Festlegung der neu entstandenen Grenzen in diesen Gebieten sollte eine Friedenskonferenz regeln.

In der Frage der "deutschen Ostgebiete" nahm die KPD bis Anfang 1949 keine eindeutige Haltung ein. In Bezug auf die Nord- und Westgrenzen trat die Partei jedoch von Anfang an eindeutig gegen Gebietsabtretungen auf. Die KPD protestierte gegen alle Pläne, deutsche Gebiete zugunsten von Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Luxemburg und Belgien abzutrennen. Schon 1946 hatte die von KPD-Funktionären herausgegebene "Hamburger Volkszeitung" (HVZ) führende Sozialdemokraten im Saargebiet, in Bayern und Schleswig-Holstein wegen "separatistischer" Äußerungen angegriffen. Der SPD-Zentrale in Hannover warf die HVZ vor, daß sie "ihre separatistischen Absichten verschämt unter dem Namen Föderalismus" verstecke. Der damalige Vorsitzende des Bezirks Wasserkante, Erich Hoffmann, erklärte auf dem ersten Bezirksparteitag: "Schaut nach dem Saarland, nach Rhein und Ruhr, nach unserem Landesteil Schleswig. Andere Provinzen haben wir verloren infolge des nazistischen Kriegsverbrechens. Aber hier an der Saar, am Rhein und an der Eider handelt es sich um Vaterlandsverrat." Die Demonstrationen "im Landesteil Schleswig" bezeichnete die HVZ als "deutschfeindlich", die Demonstranten waren für die Zeitung vor allem "Speckdänen", reiche Bauern, die laut HVZ hofften, daß es ihnen unter dänischer Herrschaft besser gehe als im Nachkriegsdeutschland.

Die Westgrenze, so erklärte Reimann Anfang Oktober 1946 auf einer Wahlkundgebung in Hamburg, sei in größerer Gefahr als die Ostgrenze. Reimann: "Glauben wir etwa, daß das französische Volk, wie auch die anderen Völker sich in Ruhe wiegen werden bei der Tatsache, daß die Schachtanlagen und Industriewerke noch nicht enteignet sind und noch nicht in die Hände des Volkes gelegt wurden?" Andererseits wurde die französische Regierung wegen ihrer Forderung kritisiert, das Saarland und das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen. Anläßlich des Besuchs einer Delegation der saarländischen KPD im Februar 1947 erklärte Fritz Nickolay, Vorsitzender der KP des Saargebiets, gegenüber dem französischen Außenminister Bidault: "Wir können nicht daran vorbeigehen, auch ihnen, Herr Außenminister, zu sagen, daß die Kommunistische Partei die Politik der französischen Regierung in der Anschlußfrage nicht anerkennen kann." Die Kritik der KPD und der KP des Saargebiets richtete sich indirekt auch gegen die KPF, die den stellvertretenden Ministerpräsidenten (Maurice Thorez, zugleich Generalsekretär der KPF) und fünf Minister stell te. (2)

"Die Ostgebiete wurden für immer verspielt"

Wie entwickelte sich nun die Position der KPD zu den "Ostgebieten"? Im Juni 1945 erklärte Ulbricht vor Berliner KPD-Funktionären: Aus Hitlers Eroberungskrieg "erwuchs die Katastrophe für das Land, und im Ergebnis dieses Eroberungsfeldzuges hat Hitler die Gebiete östlich der Oder und Neiße für immer verspielt."

Daß die Abtrennung dieser Gebiete berechtigt sei, begründete Ulbricht mit dem Versagen des deutschen Volkes und den Sicherheitsinteressen der osteuropäischen Nachbarvölker. "Es ist der Gang der geschichtlichen Entwicklung, daß am Ende eines Krieges zwischen fortschrittlichen und reaktionären Staaten die Macht der demokratischen fortschrittlichen Staaten gestärkt und die der reaktionären Staaten geschwächt wird."

Diese Auffassung Ulbrichts widersprach in gewisser Weise der These der KPD, daß in Deutschland ein antifaschistisch-demokratischer Neuaufbau möglich sei. Denn, wenn es für diesen Neuaufbau Chancen gab, machte es nicht unbedingt Sinn, Deutschland auch nach Kriegsende als "reaktionären Staat" zu behandeln.

In den zu Schulungszwecken herausgegebenen "Vortragsdispositionen" sprach mensch von "jahrhundertelangem deutschen Unrecht" gegen das polnische Volk. "Durch fast ein Jahrtausend wurden die Polen und ihre slawischen Vorfahren von deutschen Eroberern gequält und mißhandelt. Die maßlosen Verbrechen Hitlers, seiner Hintermänner und Helfer an Polen brachten das Maß zum Überlaufen." Der "Verlust weiterer Ostgebiete und besonders das Schicksal der deutschen Familien, die ihre Heimat verlassen müssen", wurden beklagt. Anstatt aber das deutsche Volk "aufs neue auf den Weg des Hasses und der verderblichen Revanche- und Gewaltpolitik zu treiben", gelte es jetzt, "den alten, für uns selbst so verhängnisvollen Weg des Hasses und der Gewalt gegen andere Völker endgültig zu verlassen. Das historische Unrecht (...) liegt auf der Seite des reaktionären Preußen-Deutschland."

Insbesondere in den westdeutschen Gebieten, die einen hohen Flüchtlingsanteil aufwiesen, hatte die KPD mit ihrer Position in der Frage der Ostgebiete vermutlich keinen leichten Stand. In Schleswig-Holstein waren im Frühjahr 1947 über die Hälfte der Bewohner Flüchtlinge. 60 Prozent von ihnen kamen aus den Gebieten östlich der Oder.

Die KPD trat für die gesellschaftliche Integration der Ostflüchtlinge ein. Die Partei widersprach "Vorurteilen" gegenüber Ostflüchtlingen. Der Hamburger Senator für Flüchtlingsfragen, der KPD- Funktionär Heitgres, erklärte 1946 in der HVZ die "allgemeine Auffassung" für falsch, "daß Flüchtlinge aus dem Osten alle Nationalsozialisten gewesen seien. (...) Innerhalb dieser Bevölkerungsschicht ist wohl derselbe Prozentsatz Antifaschisten zu finden, wie in den übrigen Gebieten Deutschlands." "Zur Existenzbeschaffung" zugunsten der Umsiedler forderte Heitgres "die Freigabe bisher immer noch brachliegender, wehrmachtseigener Flug- und Exerzierplätze sowie die Durchführung der Bodenreform."

In einem "Hilfsprogramm (der KPD) für die Ausgewiesenen" aus dem Jahre 1947 wurde unterschieden zwischen demjenigen, der "aus nicht von ihm abhängigen Gründen (Ausweisung, Okkupation) (...) seine alte Heimat verloren hat" und demjenigen, dem die rechtliche Möglichkeit offenstehe, in sein altes Heimatgebiet oder den alten Heimatort zurückzukehren.

Die KPD-Funktionäre in Westdeutschland traten für die Integration der Flüchtlinge ein, sprachen sich gegen falsche Hoffnungen auf Rückkehr aus und wollten sich, vermutlich aus taktischen Gründen, zunächst nicht für den Verzicht auf die Ostgebiete aussprechen.

Im August 1946, kurz bevor in der SBZ und in Westdeutschland Kommunalwahlen stattfanden, änderten SED und KPD ihre Argumentation in Bezug auf die Ostgebiete. Pieck sprach nun von "vorläufigen Ostgrenzen" und der alleinigen Verantwortung der "deutschen Kriegsverbrecher" für die Gebietsverluste.

Der Vorsitzende des Bezirks Wasserkante, Gundelach, erklärte im August 1946 auf einer Wahlkundgebung in Schleswig: "Selbstverständlich sind auch wir Kommunisten dafür, daß die Ostgebiete bei Deutschland bleiben. Wir machen aber den Angesiedelten keine Versprechungen und Hoffnungen auf die Zukunft, sondern fordern vielmehr, daß vorerst alles für sie getan wird, damit sie wieder ein menschenwürdiges Leben führen können."

Reimann erklärte Anfang September 1946 auf Wahlkundgebungen: "Das deutsche Volk und wir sind bei der vorläufigen Festlegung der Ostgrenzen nicht gefragt worden. Wir erklären offen, daß wir sie nicht als endgültig anerkennen können. Aber nur durch die Entwicklung eines wirklich demokratischen Lebens in allen Teilen Deutschlands werden die Bedingungen geschaffen, die die Alliierten bei den kommenden Friedensverhandlungen überzeugen werden, daß das deutsche Volk einen dicken Strich unter seine Vergangenheit gezogen hat."

Am 14. September 1946 publizierten "Neues Deutschland" (ND) und HVZ Ausführungen von Max Fechner (damals stellvertretender Vorsitzender der SED, vorher Vorsitzender des Zentralausschuß der SPD) zur Ostgrenze, in denen die Wiedergewinnung der Ostgebiete nicht von der demokratischen Entwicklung in Deutschland abhängig gemacht wurde. Fechner erklärte: "Daß die jetzige Ostgrenze eine vorläufige ist, ergibt sich klar aus dem Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse. (...) Wenn die SED die erste Partei gewesen ist, die in der Frage der Ruhr jede zusätzliche Verkleinerung Deutschlands mit allen politischen Mitteln bekämpft hat, so ändert das nichts an der Tatsache, daß die SED auch bei der endgültigen Festlegung der Ostgrenze im kommenden Friedensvertrag Lebensinteressen unseres Volkes vertreten wird."

Die HVZ reagierte auf die Äußerungen von Fechner ausweichend: "Die gestern abend im Nordwestdeutschen Rundfunk gegebene Darstellung, als habe die SED in der Frage unserer Ostgrenze plötzlich ‚eine Wendung' vollzogen, widerlegt sich allein durch die Tatsache, daß gerade die SED es war, die immer auf die Durchführung der Potsdamer Beschlüsse gepocht hat."

Zwei Tage, nachdem die Gemeindewahlen in den Besatzungszonen abgeschlossen waren, aber noch vor den Landtagswahlen in der SBZ, erklärte Molotow auf eine polnische Anfrage hin, es sei unmöglich, den diesbezüglichen "historischen Beschluß" der Potsdamer Konferenz wieder umzustoßen. Eine Rücksiedelung der Deutschen und Wiederaussiedelung der Polen sei "eine Grausamkeit sowohl gegen die Polen als auch gegen die Deutschen."

Am 19. September 1946 faßte der Parteivorstand der SED einen Beschluß, in dem die Äußerungen Fechners abgeschwächt wurden. Der Parteivorstand erklärte, ein für die Deutschen "erträglicher Friedensvertrag" sei davon abhängig, ob es der SED gelänge, in Deutschland eine gründliche politische Umwandlung durchzuführen.

Der Vorsitzende der KPD in der britischen Zone, Max Reimann, blieb öffentlich jedoch hart. Im Februar 1947 erklärte er nach Gesprächen mit polnischen Kommunisten in London am Rande des Parteitags der KPD Großbritanniens: "Es hat sich in London herausgestellt, (...) daß die deutschen Kommunisten in Grenzfragen nicht mit den polnischen Kommunisten übereinstimmen. Die polnischen Kommunisten vertreten die Interessen ihrer Nation und wir die der unsrigen (...). Die internationale Solidarität", so Reimann, werde "sich im Laufe der Zeit" jedoch wieder "erneuern".

Zwei Tage nach dem Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947, als das Scheitern der interalliierten Deutschlandpolitik bereits absehbar war, nahm der SED-Vorsitzende Grotewohl in der Frage der Ostgrenzen wieder die ursprüngliche Position seiner Partei ein. Auf einer Pressekonferenz, die Grotewohl am 12. März 1947 zusammen mit Pieck in München abhielt, erklärte er, die SED sei gegen Grenzveränderungen im Osten wie im Westen. Die Oder-Neiße- Grenze sei auf Vereinbarung der Alliierten zustande gekommen, und der SED scheine es unmöglich, das zu ändern.

Auch die HVZ nahm nun allmählich eine Umorientierung vor. Anfang Oktober 1947 erschien ein Artikel, der darauf abzielte, die "scheinbar erdrückend schwere Grenzziehung an der Oder-Neiße-Grenze" durch eine vorteilhafte Schilderung des demokratischen Aufbaus in Polen zu relativieren. Im Januar 1948 veröffentlichte die HVZ einen Artikel des sowjetischen Schriftstellers Ilja Ehrenburg. Ehrenburg spricht sich für den Verbleib der deutschen Ostgebiete bei Polen aus. Er wendet sich auch gegen die von "deutsche(n) Sozialdemokraten" vertretene Meinung, Deutschland sei überbevölkert. "Für die Deutschen waren die Ostgebiete eher ein Anhängsel als eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Für Polen bedeuten die Westgebiete Brot und Kohle, das Meer und das Leben schlechterdings."

Der inzwischen gebildete Parteivorstand der KPD wich einer eindeutigen Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze weiterhin aus. In der "Erklärung zur politischen Lage" vom September 1948 wurde die Oder-Neiße-Grenze nicht direkt erwähnt. Es hieß dort: "Wir fordern, daß bis zum Abschluß des Friedensvertrags keine neuen Grenzregulierungen vorgenommen werden und daß das Saar- und Ruhrgebiet ein untrennbarer Bestandteil der demokratischen deutschen Republik bleiben."

Erst Anfang 1949 gab die KPD eine eindeutige Stellungnahme zur Oder-Neiße-Grenze ab. Vorausgegangen waren dieser neuen Position ein Besuch Ulbrichts in Polen im November 1948 und ein im gleichen Monat von ihm verfaßter Leitartikel im ND. In diesem Artikel forderte Ulbricht die "Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze". Die zeitliche Nähe von Ulbrichts Stellungnahme zur Vereinigung der Polnischen Arbeiter-

und der Polnischen Sozialistischen Partei (im Dezember 1948) legt die Vermutung nahe, daß Ulbricht mit seinen Worten auch zur Klimaverbesserung in Polen beitragen wollte.

Ein HVZ-Kommentar im Januar 1949 plädierte für ein "vorbehaltloses Ja zur Oder-Neiße Grenze." Die Deutschen hätten weder das Recht (verwiesen wurde auf die Beschlüsse von Jalta und Potsdam) noch die moralische Möglichkeit, die Oder-Neiße-Grenze abzulehnen. Im übrigen würde eine Ablehnung praktisch "dazu führen, daß wir an einem neuen Krieg teilnehmen, der von vorneherein verloren ist, und dies vor allem auf unsere Kosten."

Nach Peter Brandt soll Reimann den damaligen Chefredakteur des "Deutschlandsenders", Leo Bauer, noch im Sommer 1949 gebeten haben, die Propagierung der neuen deutschen Ostgrenze in den Sendungen für die Westzonen zumindest etwas einzuschränken. Reimann soll erklärt haben, die Revision der bisherigen Linie in dieser Frage könne zum Ergebnis haben, daß die KPD bei den bevorstehenden Wahlen zum ersten deutschen Bundestag eine schwere Niederlage erleide. (3)

Festzuhalten bleibt, daß die KPD- und die SED-Führung es in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Ostgrenze Deutschlands nicht auf einen offenen Streit mit der KPdSU und den polnischen Kommunisten hätten ankommen lassen. Es deutet jedoch einiges darauf hin, daß die deutschen Kommunisten, insbesondere aber auch ehemalige SPD- Funktionäre in der SED, versuchten, solange es keinen Friedensvertrag mit einer endgültigen Grenzregelung gab, noch etwas "für die Deutschen" zu erreichen.

Neue Ausrichtung 1948

In der KPD begann 1948 ein Prozeß der organisatorischen Formierung und inhaltlichen Neuausrichtung. Angestoßen wurde dieser Prozeß durch den offiziellen Beginn des Kalten Krieges, die totale Verhärtung in der Deutschlandpolitik und die Formierungsstrategie der Sowjetunion innerhalb ihres Lagers. Ein wichtiges Datum für SED und KPD war in diesem Zusammenhang die Gründung des Kominform (4) im September 1947. Offensichtlich aus Rücksicht auf die komplizierte Lage der Kommunisten in den deutschen Besatzungszonen beteiligten sich SED und KPD nicht an der Gründung. Mit der politischen Linie des Kominform (siehe Teil 1) stimmte man jedoch überein. Dies wurde schon auf dem parallel zur Gründungskonferenz des Kominform stattfindenden 2. Parteitag der SED deutlich. Dort erklärte Grotewohl, es gebe in Deutschland keinen dritten Weg neben der SED und dem Weg "gegen die Einheit der Arbeiter und für den amerikanischen Monopolkapitalismus."

Nachdem die Konferenz der Außenminister in London im Frühjahr 1948 ohne konkretes Ergebnis abgebrochen worden war und damit offensichtlich wurde, daß es zumindest kurzfristig nicht zu einer Lösung der Frage der deutschen Einheit kommen würde, begann die KPD mit dem Aufbau von der SED getrennten zentralen Strukturen. Auf der Herner Delegiertenkonferenz der KPD im April 1948 wurde ein fünfzehnköpfiger Parteivorstand gewählt, das erste zentrale Führungsgremium der KPD in Westdeutschland. Ein weiterer Schritt war der auf Anraten von Stalin (5) im Januar 1949 gefaßte Beschluß des KPD-Vorstandes, sich organisatorisch von der SED zu trennen. Die Mitglieder der KPD, die dem Parteivorstand der SED angehörten, legten diese Funktion nieder. Der KPD-Parteivorstand begründete diesen Beschluß mit den "besonderen Kampfbedingungen in den Westzonen Deutschlands". Weitere Schritte auf dem Weg zur eigenständigen Organisation in Westdeutschland unternahm die KPD in den Bereichen Organisations-, Presse- und Verlagspolitik.

Kennzeichnend für das Abhängigkeitsverhältnis der KPD von der SED und für den Prozeß innerparteilicher Meinungsbildung in beiden Parteien ist folgende Chronologie der Übernahme der Ende Juni 1948 von der Kominform beschlossenen Resolution zur Kritik der KP Jugoslawiens. Vom Zentralsekretariat der SED wurde die Resolution noch am Tag der Beschlußfassung durch das Kominform inhaltlich übernommen. Am 16. September folgte die Übernahme durch den Parteivorstand der SED.

Der inhaltlichen Übernahme der Kominform-Resolution folgte der Widerruf der These vom "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" (6) durch Parteitheoretiker Ackermann im ND (24. September 1948). Einen Tag später verwirft der Parteivorstand der KPD die These von der Möglichkeit eines friedlichen Weges zum Sozialismus. Anfang Oktober 1948 zieht der Parteivorstand der KPD "die Lehren aus dem Kominform-Beschluß" und spricht sich gegen einen "besonderen deutschen Weg zum Sozialismus" aus.

Doch es blieb nicht bei der Übernahme der Resolutionen. In SED und KPD begann eine bis in die 50er Jahre dauernde Phase der innerparteilichen "Ausrichtung". Es kam zu einer großen Säuberungswelle. Betroffen waren vor allem ehemalige Sozialdemokraten (7) und KPO'ler, WestemigrantInnen und GenossInnen, die irgendwie und irgendwann mal von der Linie abgewichen waren (8). Wie zur Zeit der Moskauer Prozesse war die Rede von gefährlichen Trotzkisten, Spionen, Agenten und Saboteuren. Auf einer Tagung des SED-Parteivorstandes Ende Juni 1948 forderte Ulbricht entschiedene Maßnahmen, um aus der SED eine "Partei neuen Typs" zu machen.

Mitte September 1948 rechnet Ulbricht im Parteivorstand der SED dann mit Thesen ab, die er selbst in der Vergangenheit mitvertreten hatte. "Viele (!) glaubten, daß nach Schaffung der Grundlagen der demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone alles in Ordnung sei und der Klassenkampf sich abschwächen werde. Manche glaubten an einen besonderen deutschen Weg, der wahrscheinlich in der Abschwächung des Klassenkampfes und in einem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus bestehen sollte. Aber im Gegensatz zu diesen Auffassungen hat sich der Klassenkampf verschärft." In der SBZ führten die entmachteten Konzernherren und ihre politischen Verbündeten "einen entschlossenen Klassenkampf (...), weil wir Erfolg haben."

Ackermann, der an der Ausformung der These vom "besonderen deutschen Weg" den größten Anteil hatte, erklärt reuig im ND, es sei "von Anfang an (...) grundfalsch" gewesen, "von einem besonderen deutschen Weg zu sprechen." Sachlich fast richtig stellt er fest: "Es handelte und handelt sich bei der tatsächlich spezifischen Lage, die nach dem zweiten Weltkrieg in einer Reihe von Ländern entstanden ist, gar nicht um Besonderheiten einer spezifisch deutschen oder polnischen (...) Entwicklung. (...) Wenn die Völker einer Reihe von (...) Ländern nicht ganz auf dem gleichen Wege zum Sozialismus gelangen werden wie die Völker der UdSSR, so ist dies (...) Folge der Tatsache, daß die Sowjetunion als die starke unbesiegbare Weltmacht vorhanden ist." Die Theorie des "besonderen deutschen Weges" bedeute - so Ackermann - "zweifellos eine Konzession an die starken antisowjetischen Stimmungen in gewissen Teilen der deutschen Bevölkerung. (...) Die Theorie von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus läßt dem Antibolschewismus Raum, statt ihn zu bekämpfen (...), sie hindert schwankende und unklare Elemente daran, die richtige Position zu finden (...) Sie (...) muß (...) liquidiert und bis auf den letzten Rest ausgemerzt werden." In einer späteren Ausgabe des ND kritisiert Rudolf Herrnstadt, Ackermann sei mit seiner Selbstkritik zu weit gegangen, indem er behauptet habe, der Marxismus-Leninismus kenne "keine besonderen nationalen Formen." Die Debatte wurde schließlich vom SED-Vorsitzenden Pieck abgebrochen. Statt einer Klärung - so Pieck - stifte der Streit eher Verwirrung: "Nicht, daß die Menschen in Nationen organisiert sind, ist entscheidend, sondern das Klassenbewußtsein und der Klassenkampf des Proletariats."

Der Flop mit dem "Volkskongreß"

Mit der Ende 1947 vom SED-Parteivorstand angeschobenen Kampagne für einen "Deutschen Volkskongreß" und dem "Volksbegehren für die deutsche Einheit" versuchten SED und KPD, die absehbare Gründung eines "separaten Weststaates" aufzuhalten. Der Versuch scheiterte, ein Bündnis aller deutschen Patrioten zu schaffen und in Westdeutschland für das Deutschlandkonzept von SED und KPD eine Massenbasis zu bekommen. Nur ein geringer Teil der KPD-Mitglieder beteiligte sich selbst an der Kampagne. Der Ost-West-Konflikt hatte bereits ein Stadium erreicht, in dem es keinen Raum für eine linksnationale Bündnispolitik mehr gab. Die KPD selbst mußte "die Bewegung" sein.

Einen Tag nach Beginn der Londoner Außenministerkonferenz, am 26. November 1947, beschloß der Parteivorstand der SED einen Aufruf für einen "deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden" am 6. und 7. Dezember in Berlin. Es gehe darum, daß das deutsche Volk auf der Londoner Konferenz "gehört" wird. "Das deutsche Volk", so heißt es in dem Aufruf, wünscht, "daß es zu einer Verständigung der alliierten Mächte kommt." Die SED habe die Initiative zu dem Volkskongreß ergriffen, da eine gesamtdeutsche Beratung der Parteien über die Vertretung der Interessen des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz an dem Widerstand der führenden Männer der SPD und der bürgerlichen Parteien gescheitert sei. Der Aufruf des Parteivorstandes der SED richtete sich insbesondere an "Parteien, Organisationen und Großbetriebe", denen empfohlen wurde, Vorbereitungen zu treffen, Delegierte zu diesem Kongreß zu entsenden.

Der Volkskongreß verabschiedete eine Entschließung, die von einer Delegation in London übergeben werden sollte. Die Delegation wurde auf der Londoner Außenministerkonferenz jedoch nicht zugelassen.

Die HVZ knüpfte bei ihrer Werbung für den 1. Volkskongreß auch an nationale Stimmungen an: "Es ist nicht deutsche Art, die Wahrung unserer nationalen Belange allein den Vertretern fremder Mächte zu überlassen." In einem anderen HVZ-Kommentar hieß es: "Politiker des Zauderns und der Halbheit und solche, die vor jeder fremden Mütze ehrfurchtsvolle Verbeugungen machen, bedeuten keinen Dienst für Deutschland."

Regionale "Volkskongresse" in Westdeutschland wurden weitgehend verboten. Die staatliche Pressestelle in Hamburg begründete das Verbot damit, "daß trotz der von den Veranstaltern gewählten Namen kein Beweis dafür vorliegt, daß derartige Kongresse die Unterstützung eines nennenswerten Teils der Bevölkerung finden. Sie sind im Gegenteil von den anerkannten politischen Parteien mit Ausnahme der KPD abgelehnt worden."

Auch die Volkskongresse in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Hes sen, Bayern und Rheinland-Pfalz wurden verboten. Der Parteivorstand der KPD erklärte später, das Verbot der Volkskongreßbewegung sei "auf Betreiben der SPD-Führung zustande" gekommen.

In Rendsburg und Bremen wurden die Volkskongresse in anderer Form durchgeführt.

Am 17./18. März 1948, dem 100. Jahrestag der Revolution von 1848, tagte in Berlin der 2. Deutsche Volkskongreß. 1.989 Delegierte, darunter 512 aus Westdeutschland nahmen an dem Kongreß teil. Von den Delegierten aus den Westzonen gehörten 105 der SPD, 25 der "Arbeitsgemeinschaft SED-KPD" und 119 der KPD an. Aus der SBZ beteiligten sich "die Massenorganisationen", die SED, die LDP und die CDU (die CDU in der SBZ hatte eine Beteiligung zunächst abgelehnt).

Hermann Matern (SED) konstatierte, daß der Kontrollrat immer mehr seine Grundlage verliere und auch seinen Charakter als gesamtdeutsche gesetzgebende Körperschaft. Der Kongreß wählte einen "Deutschen Volksrat". Im Präsidium des Volksrates saßen Wilhelm Külz (LDP), Otto Nuschke (CDU) und Wilhelm Pieck (SED). Der Volksrat rief zu einem Volksbegehren für die Einheit Deutschlands auf.

In der US- und der französischen Zone wurde die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren verboten. In der britischen Zone waren Unterschriftensammlungen für das Volksbegehren nur unter der Lizenz der KPD möglich ist. Damit sollte die Initiatorin der Aktion bloßgestellt werden. Nach KPD-Angaben wurden in Westdeutschland trotz dieser Behinderungen eine Million Unterschriften gesammelt.

Der ehemalige Schulungsleiter der Hamburger KPD, Drögemüller, berichtete später, der Einfluß von Volkskongreß und Volksrat "in den Westzonen war begrenzt". (9) Eine entscheidende Schwäche lag nach Meinung Drögemüllers "im Fehlen eines überparteilichen, Autorität besitzenden und mit den Volksmassen verbundenen Führungszentrums der nationalen Bestrebungen." (10)

Folgt man den offiziellen Angaben der KPD, so lag die Zahl der von KPD-Mitgliedern im Ruhrgebiet und in Hamburg gesammelten Unterschriften für das Volksbegehren nicht wesentlich über der Zahl der bei den Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen (1946/47) für die KPD abgegebenen Stimmen. (11)

Nach einem Bericht der Abteilung Organisation des Bezirksvorstandes Ruhrgebiet der KPD wurden die Unterschriftensammler von "sozialdemokratischen Arbeitern" mit folgenden Fragen konfrontiert: "Warum sind die Kriegsgefangenen noch nicht aus der Sowjetunion zurückgekehrt? (...) Herrscht in der Ostzone die Diktatur der SED? - Wollen SED und KPD durch das Volksbegehren ihre Macht über ganz Deutschland errichten? - Steht die sowjetische Besatzungsmacht hinter dem Volksbegehren?" (12)

Von den KPD-Mitgliedern hat sich nur ein geringer Teil an der Unterschriftensammlung beteiligt. Im Bezirk Ruhrgebiet waren es 10% der Mitglieder (nach einem internen Bericht des Bezirksvorstandes). Selbst Mitglieder in "gewissen Positionen" hätten sich geweigert, mit der Liste herumzugehen. Drögemüller schreibt: "Viele Mitglieder und Funktionäre (waren) noch nicht wirklich davon überzeugt (...), daß der Kampf um ein einheitliches und demokratisches Deutschland der einzig richtige und mögliche Weg war, um die Voraussetzung für die Entwicklung zu einem sozialistischen Deutsch land zu schaffen." (13)

Wenige Tage nach dem offiziellen Ende der Volksbefragung, am 19. Juni 1948, erklärte sich der Volksrat als die berufene Repräsentation für ganz Deutschland. Am 3. August 1948 nimmt der Verfassungsausschuß des Volksrates einen Verfassungsentwurf an, der im wesentlichen dem schon 1946 von der SED ausgearbeiteten Entwurf entsprach. Ein Jahr später bildete dieser Entwurf die Grundlage für die Verfassung der DDR.

Als sich am 1. September 1948 in Westdeutschland der Parlamentarische Rat konstituierte, wurde von den beiden Vertretern der KPD - Max Reimann und Hugo Paul - ein Antrag eingebracht, der "die sofortige Einstellung der Beratungen über eine westdeutsche separate Verfassung und eine westdeutsche Regierung" forderte. Der Antrag wurde abgelehnt. An den Verhandlungen über die Verfassung eines westdeutschen Staates beteiligten sich die Vertreter der KPD dann mit eigenen Vorschlägen.

Auf dem 3. Deutschen Volkskongreß, der am 29./30. Mai 1949 in Berlin tagte, wurde ein neuer Deutscher Volksrat gewählt. Die KPD war nicht mehr vertreten. Dies hing vermutlich damit zusammen, daß SED und KPD im Januar 1949 ihre "Arbeitsgemeinschaft" offiziell aufgelöst hatten. Die KPD war bestrebt, ein gewisses Maß an Eigenständigkeit zu zeigen.

Am 7. September 1949, nach der konstituierenden Sitzung des Bundestages, forderte das Präsidium des Deutschen Volksrates und der "Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien" den Deutschen Volksrat auf, sich gemäß der vom dritten Deutschen Volkskongreß beschlossenen Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik zur Provisorischen Volkskammer umzubilden und eine verfassungsmäßige Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen.

Die "nominellen PGs"

Im folgenden Abschnitt soll nachgezeichnet werden, welche Haltung die KPD gegenüber den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP einnahm. Wie behandelte die KPD die Frage der individuellen Schuld? In dem ersten Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 hieß es: "Nicht nur Hitler ist schuld an den Verbrechen, die an der Menschlichkeit begangen wurden! Ihr Teil der Schuld tragen auch die zehn Millionen Deutsche, die 1932 bei freien Wahlen für Hitler stimmten." Es stellt sich die Frage, welche praktischen Folgen diese Einsicht hatte?

Die Kommunisten gehörten nach der Befreiung mit zu denjenigen, die am entschiedensten für eine Entnazifizierung eintraten. In der SBZ, wo es Machtmittel gab, wurden Verwaltung und Wirtschaft in großem Rahmen entnazifiziert. Nach DDR-Berechnungen wurden aus Verwaltung, Schulwesen, Justiz und Industrie-Management 520.000 Personen entlassen. (14) Ein Teil von ihnen wanderte in die Westzonen ab. Denen, die in der SBZ blieben, wurden Arbeitsplätze in der Industrie zugewiesen. Nach Staritz waren in den ersten Nachkriegsjahren unter den Arbeitern und Angestellten der Verwaltungsorgane, der staatlichen Institutionen, Einrichtungen und Betriebe weniger als 5% (in Zahlen 6.405) ehemalige nominelle Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen. Daß die SED nicht die Entlassung aller Nazis durchsetzte, hing vermutlich damit zusammen, daß man hoffte, insbesondere einen Teil der nominellen (es hieß auch: nichtaktiven) Nazis für den Aufbau des Landes zu gewinnen.

Daß es in den Westzonen eine Entnazifizierung noch nicht einmal zum Schein gab, ist bekannt. In Hamburg war es vor allem die KPD, welche der Entnazifizierung durch Mitarbeit in den Entnazifizierungsausschüssen, Unterstützung von Arbeiteraktionen gegen nazistische Betriebsdirektoren und HVZ-Enthüllungen über noch in Amt und Würden befindliche Nazis, entscheidende Impulse gab. Ab Sommer 1948 zog die KPD in den Westzonen, so auch in Hamburg, ihre Vertreter aus den Entnazifizierungsausschüssen zurück. In einer Erklärung des Hamburger Landesvorstands hieß es, man könne "die Verantwortung für die bisherige Entnazifizierung aus Gründen der politischen Entwicklung in Westdeutschland nicht übernehmen." Während die wahren Schuldigen ungeschoren blieben, werde "die große Masse der verführten und betrogenen PGs (...) zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt."

Weil SED und KPD auf die Einsichts- und Lernfähigkeit der im Faschismus "nichtaktiven Nazis" hoffte, sprach man sich gegen ihre Bestrafung aus. In den "Vortragsdispositionen" hieß es 1946, die "scheinbar radikale Haltung" einiger Antifaschisten, die erklären, "alle müssen eingesperrt werden", lenke nur ab "vom Kampf gegen die Trust- und Konzernherren." Diese seien "die wahren Hintermänner und Auftraggeber der Nazipartei." Die Millionenmassen der "nominellen PGs" gelte es, heute "für die antifaschistisch-demokratische Entwicklung unseres Volkes und für den Wiederaufbau unseres Landes zu gewinnen." Sonst - so der damalige KPD-Vorsitzende Pieck - bestehe "die Gefahr, daß diese Massen erneut ein williges Opfer der reaktionären Bestrebungen werden, die sich bereits wieder sehr deutlich in Deutschland bemerkbar machen."

Mit der Rede von den "nominellen PGs" und den "Hauptverantwortlichen" fiel die Auseinandersetzung mit dem persönlichen Verhalten ehemaliger Nazis hintenüber. Von SED und KPD vernachlässigt bis ausgeblendet

wurde eine gründliche Aufklärung über ideologische Vorläufer des Faschismus, wie Nationalismus und Antisemitismus.

Bezeichnend für die Vorstellungen innerhalb der KPD sind folgende Sätze aus einem 1946 in der HVZ veröffentlichten Leserbrief über die politische Jugendarbeit. "Ich finde immer wieder Jugendliche in Diskussionszirkeln, in Aussprachekreisen, und immer wieder finde ich auch ehemalige HJ-Führer in den politischen Versammlungen, Jungen, die nicht stören, die nicht, um sich zu mokieren, hinkommen, sondern die ernstlich versuchen, sich mit den Fragen der Zeit auseinanderzusetzen. Dies sind die Jungen, die suchen. Nicht bei den wenigen Räuberbanden, nicht in den Edelweißbünden steht die deutsche Jugend, sondern hier finden wir den besseren, ernsthafteren Teil!"

Ein Beispiel für den Erfolg einer differenzierten Politik gegenüber ehemaligen Nazis war nach Meinung von SED und KPD der sächsische Volksentscheid über die Zukunft beschlagnahmter Betriebe. Nach einem Bericht der HVZ erhielten "nominelle Mitglieder der NSDAP, die den Nachweis erbracht haben, daß sie an keinerlei Kriegsverbrechen beteiligt waren, 2.000 seinerzeit beschlagnahmte Betriebe als ihr Privateigentum, über das sie frei verfügen können, zurück. Die sächsische Bevölkerung wird über das Schicksal von 1.500 Kriegsverbrecherbetrieben entscheiden, von denen ein Teil der Landesverwaltung übergeben, ein anderer Teil an Privateigentümer verkauft wird." Das eindeutige Abstimmungsergebnis beim Volksentscheid (77,6% für Sozialisierung), war nach Meinung Ackermanns auch ein Erfolg der "nüchternen, klugen und weitsichtigen Politik" gegenüber den ehemaligen "nominellen PGs". Das Gros der ehemaligen "nominellen PGs" habe in geheimer und freier Abstimmung "eine Entscheidung gegen Hitler, seine verbrecherische Politik und seine aktiven Helfer und Hintermänner" getroffen. Diese Entwicklung - so Ackermann - stehe in deutlichem Kontrast zur US-Zone, wo sich die das Gros der ehemaligen PGs der Richtung zugewandt hat, "die ihnen am weitesten rechts zu stehen scheint." Belege in dieser Hinsicht fehlen.

Grotewohl stellte Anfang 1947 bei einer Besprechung mit Stalin die Überlegung an, ob man die nazistischen Kräfte spalten könne. In den Notizen von dieser Besprechung heißt es: "Die ehrlichen patriotischen Elemente absondern - vielleicht zu einer Partei zusammenfassen, die zum Block gehört." (15) 1948 wurde in der SBZ auf Initiative von Sowjetischer Besatzungsmacht und SED die NDPD gegründet.

Resümee

Es wäre einfach und aktuellen Polemiken dienlich, der KPD nach 1945 vor allem Anpassung an den Nationalismus vorzuwerfen. Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Berücksichtigt werden muß auch, daß sich die KPD nach 1945 nicht nur als nationale Kraft gebärdete sondern in gewissem Sinne auch antinational tätig war. Ich denke dabei an die Forderung, die Inhalte des Potsdamer Abkommens umzusetzen, das eindeutige Bekenntnis zur Oder-Neiße-Grenze ab 1949 und die Kampagne gegen die Remilitarisierung der BRD in den 50er Jahren. Die KPD fühlte sich dem realsozialistischen Osten zugehörig, der vom imperialistischen Westen bedroht wurde. Das war das Hauptantriebsmoment der KPD-Politik. Um in einer zunehmend antikommunistisch und revanchistisch orientierten Gesellschaft trotzdem als Massenpartei existieren zu können, versuchte die KPD, ihre in einigen Punkten antinationale Politik, den Massen mit nationalen und anderen klassenübergreifenden Argumenten schmackhaft zu machen. Das hat ihr jedoch niemand abgenommen. Denn was die KPD unter dem Schlagwort deutsche Nation propagierte, war im Grunde das System in der DDR, das in Westdeutschland zunehmend weniger Anhänger hatte. Der Vorwurf, die KPD habe den Nationalismus selbst mit befördert, ist richtig. Diese Kritik relativiert sich jedoch angesichts der Tatsache, daß die KPD sich als Vorposten des realen Sozialismus verstand. Aus der Sicht der BRD-Revanchisten war das Vaterlandsverrat.

uh

Anmerkungen:

1) Vgl. Alfred Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und die deutsche Großbourgeoisie ..., Diss., Berlin (DDR) 1961 T. 2, S. 272

2) Erst einen Monat, bevor die kommunistischen Minister aus der Regierung ausgeschlossen wurden (Mai 1947), erklärte Thorez, Frankreich habe nicht den Wunsch, das Saargebiet zu annektieren. Anfang Januar

1948 sprach sich Thorez für eine Kontrolle des Ruhrgebiets durch die Großmächte und für das Verbleiben des Saargebiets bei Deutschland aus.

3) Vgl. P. Brandt u.a.: Karrieren eines Außenseiters, Westberlin 1983, S. 177

4) Auf Initiative der KPdSU von Vertretern neun kommunistischer Parteien aus dem europäischen Raum gegründetes "Informationsbüro" mit Sitz in Belgrad.

5) Vgl. Dietrich Staritz: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, Beilage "Das Parlament", 25.1.91, S. 7

6) Die 1945/46 von der KPD-Führung entwickelte These eines "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" ähnelte den Konzepten anderer europäischer KPs. Die These war nicht Ausdruck einer von besonderer Eigenständigkeit der deutschen Kommunisten. In der SBZ war die These wichtig im Vereinigungsprozeß zwischen KPD und SPD. Die These erleichterte es den beiden Parteien, zu einer gemeinsamen Programmatik zu kommen.

7) Auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 nennt Grotewohl die Zahl von 400 aus der Partei entfernten "aktiven Schumacher-Leuten"; in einer von Peter Brandt mitverfaßten Arbeit ist die Rede von 200.000 Mitgliedern der SED, welche in der Zeit zwischen 1948 und 1950 aus der SED entfernt oder ausgetreten sind (vgl. Brandt u.a.: Karrieren, a.a.O., S. 175).

8) Zu den Säuberungen in der KPD, siehe AK 314, S. 40 ff.

9) Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands, T. 2, S. 279

10) Ebd.

11) Im Ruhrgebiet hatte die KPD 907.000 Personen befragt. 376.576 (41,51%) der Angesprochenen hatten sich mit ihrer Unterschrift für die Durchführung eines Volksentscheids ausgesprochen. (Ebd. S. 276) Damit hatten 14,38 Prozent der Wahlberechtigten im Ruhrgebiet das Volksbegehren unterstützt. In Hamburg hatten sich knapp 11% der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen.

12) Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands, a.a.O., S. 272

13) Ebd. S. 282

14) Vgl. Dietrich Staritz: Sozialismus in einem halben Land, Westberlin 1976, S. 118

15) Besprechung vom 31.1.1947 in: Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1948, Utopie kreativ, Heft 7, S.107

16) "Wo bleibt Deine Zivilcourage, lieber Leser?", HVZ, 17.9.47, S. 2

ak 334

5-anm

Anmerkungen:

1) Vgl. Alfred Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte und die deutsche Großbourgeoisie ..., Diss., Berlin (DDR) 1961 T. 2, S. 272

2) Erst einen Monat, bevor die kommunistischen Minister aus der Regierung ausgeschlossen wurden (Mai 1947), erklärte Thorez, Frankreich habe nicht den Wunsch, das Saargebiet zu annektieren. Anfang Januar 1948 sprach sich Thorez für eine Kontrolle des Ruhrgebiets durch die Großmächte und für das Verbleiben des Saargebiets bei Deutschland aus.

3) Vgl. P. Brandt u.a.: Karrieren eines Außenseiters, Westberlin 1983, S. 177

4) Auf Initiative der KPdSU von Vertretern neun kommunistischer Parteien aus dem europäischen Raum gegründetes "Informationsbüro" mit Sitz in Belgrad.

5) Vgl. Dietrich Staritz: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, Beilage "Das Parlament", 25.1.91, S. 7

6) Die 1945/46 von der KPD-Führung entwickelte These eines "besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" ähnelte den Konzepten anderer europäischer KPs. Die These war nicht Ausdruck einer von

besonderer Eigenständigkeit der deutschen Kommunisten. In der SBZ war die These wichtig im Vereinigungsprozeß zwischen KPD und SPD. Die These erleichterte es den beiden Parteien, zu einer gemeinsamen Programmatik zu kommen.

7) Auf der 1. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 nennt Grotewohl die Zahl von 400 aus der Partei entfernten "aktiven Schumacher-Leuten"; in einer von Peter Brandt mitverfaßten Arbeit ist die Rede von 200.000 Mitgliedern der SED, welche in der Zeit zwischen 1948 und 1950 aus der SED entfernt oder ausgetreten sind (vgl. Brandt u.a.: Karrieren, a.a.O., S. 175).

8) Zu den Säuberungen in der KPD, siehe AK 314, S. 40 ff.

9) Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands, T. 2, S. 279

10) Ebd.

11) Im Ruhrgebiet hatte die KPD 907.000 Personen befragt. 376.576 (41,51%) der Angesprochenen hatten sich mit ihrer Unterschrift für die Durchführung eines Volksentscheids ausgesprochen. (Ebd. S. 276) Damit hatten 14,38 Prozent der Wahlberechtigten im Ruhrgebiet das Volksbegehren unterstützt. In Hamburg hatten sich knapp 11% der Wahlberechtigten in die Unterschriftenlisten eingetragen.

12) Drögemüller: Die Spaltung Deutschlands, a.a.O., S. 272

13) Ebd. S. 282

14) Vgl. Dietrich Staritz: Sozialismus in einem halben Land, Westberlin 1976, S. 118

15) Besprechung vom 31.1.1947 in: Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1948, Utopie kreativ, Heft 7, S.107

16) "Wo bleibt Deine Zivilcourage, lieber Leser?", HVZ, 17.9.47, S. 2

Unterstützung für jüdische Flüchtlinge

Ausführlich berichtete die HVZ über das Schicksal der "Exodus"-Flüchtlinge. Diese 4.500 jüdischen Flüchtlinge, die nach Palästina auswandern wollten, waren im Rahmen der britischen "Exodus-47-Aktion" in Hamburg zwangsgelandet, unter Gewaltanwendung von den Schiffen geholt und in zwei Lager bei Lübeck gebracht worden. Die "Exodus"-Flüchtlinge waren nach einem Bericht der HVZ in den Jahren der Naziherrschaft entweder in Konzentrationslagern gewesen, oder hatten hinter den Fronten als Partisanen gekämpft. Der Kommentar der HVZ zu den Geschehnissen an der Elbe war deutlich. So deutlich vielleicht auch deshalb, weil die britische Besatzungsmacht vorgeführt werden sollte. "Was Hamburg in diesen Tagen erlebte, ist das Schimpflichste in dem Erleben der zwei letzten Jahre. Die den Passagieren der ‚Exodus' zugefügte Behandlung ist nicht nur eine Schande für Hamburg, sondern für ganz Deutschland."

Immerhin blieb diese deutliche Position nicht ohne Wirkung. In der "Leserschaft" hat sie einen "leidenschaftlichen Widerhall" (HVZ) gefunden. "Neben einer Reihe zustimmender Zuschriften gab es aber auch solche des Zweifelns und der Ablehnung." (16) Man zitierte aus zwei Leserbriefen, in denen anerkannt wurde, daß es "in diesem Fall" eine "deutsche Schuld" und eine Verpflichtung zum Protest gebe.

Polenfeindlichkeit

Die Berichterstattung der HVZ über die ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter war meist feindselig. Die Zeitung rückte sie in die Nähe des Nazismus. Selbst wenn dies für einzelne Gruppen der polnischen Zwangsarbeitern zutraf, was hier nicht überprüft werden kann, berechtigte das nicht zu der Haltung, wie sie die HVZ und einzelne KPD-Funktionäre an den Tag legten.

In Hamburg lebten nach dem Krieg mehrere tausend "Displaced Persons" (DPs), meist verschleppte Zwangsarbeiter aus osteuropäischen Ländern. In den ersten Nachkriegsmonaten kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen DPs und einheimischer Bevölkerung, bei denen es auch mehrere Tote gab. Der rechtsliberale Hamburger Bürgermeister Petersen sprach in den ersten Nachkriegsmonaten davon, daß das "Polen-Unwesen" in Hamburgs Umgebung immer weiter fortschreiten würde.

Der Vorsitzende des KPD-Bezirks Wasserkante, Gundelach, erklärte, die aus dem Wentorfer Fremdarbeiterlager heraus begangenen "kriminellen Delikte" dürften nicht dem polnischen Volk insgesamt

angelastet werden. Gundelach forderte aber auch, nichtbeschäftigte Ausländer müßten baldmöglichst in ihre Heimat zurückkehren.

Im März 1948 berichtete die HVZ von einer Schießerei zwischen deutscher Polizei und britischer Militärpolizei auf der einen und DPs polnischer Staatsangehörigkeit auf der anderen Seite. Die HVZ erklärte, es handele sich um durch Kriegsereignisse entwurzelte Menschen, die in ihre Heimat abtransportiert werden müßten. "Mögen sie von ihrem eigenen Volk für ihre Untaten und die Verunglimpfung des polnischen Volkes zur Rechenschaft gezogen werden."

Die "Negativberichterstattung" der HVZ über ehemalige polnische Zwangsarbeiter hatte nicht nur politische Gründe (Nazismusvorwurf). Unter den HVZ-Mitarbeitern gab es auch eine "unpolitische" Polenfeindlichkeit. Über den Schwarzmarkt im Lager Wildflecken, wo viele Polen lebten, berichtete ein Reporter der HVZ: "Man könnte beinah glauben, man befinde sich auf einem orientalischen Basar. (...) Dort versucht ein verschlagen aussehender dunkelhaariger Mann einen Kauflustigen von den Vorzügen eines angebotenen Radiogerätes zu überzeugen". Der HVZ-Reporter bezeichnete das Lager wegen des dort in Heimarbeit hergestellten Fusels als "Bimber-Republik". "Das Wort ‚Bimber' stammt aus dem Warschauer Idiom und bedeutete etwa Fusel der schlimmsten Sorte."

10. Kein Schritt vorwärts, drei Schritte zurück. Anmerkungen zum nationalen Selbstbestimmungsrecht bei Lenin

Rubrik: Diskussion um Selbstbestimmungsrecht · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:39

"Das bedeutet, daß die "Selbstbestimmung der Nationen" im marxistischen Programm vom historisch-ökonomischen Gesichtspunkt aus keine andere Bedeutung haben kann als die politische Selbstbestimmung, staatliche Selbständigkeit, Bildung eines Nationalstaats."

(Lenin, Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, 1914 in: Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band I, S.688)

"Unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Lostrennung von fremden Nationalgemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaats zu verstehen."

(ebd. S.685)

"Andererseits gibt es eine traditionelle linke Position zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, die es eigentlich a priori ausschließt, eine negative Haltung zum "Recht auf Lostrennung" einzunehmen."

(Kt. in ak 333, 26.8.91, S.8)

"Für die PDS könnte das ein Anlaß sein, das "Recht auf Lostrennung" nicht mehr mit dem besorgten Blick auf die Interessen der UdSSR zu betrachten, sondern sich die Diskussionen anzueignen, die unter maßgeblicher Beteiligung Lenins vor 1917 sowie in der Entstehungsphase der Union geführt wurden."

(Andrea Lederer, MdB der PDS und Knut Mellenthin, ihr Mitarbeiter, in ND, 7./8.9.91).

"Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart."

(J.W. Stalin, Beteiligter an einer noch anzueignenden Diskussion, in "Marxismus und Nationale Frage", 1913, Stalin-Werke Band 2, S.272)

Spät kommt er, aber er kommt mit Macht, der große Revolutionär und Schiedsrichter in allen Fragen linken Wohl- oder Fehlverhaltens, Wladimir Iljitsch Lenin. Bemüht wird er von Linken als Kronzeuge für das unbestreitbare Recht von Esten, Letten, Litauern, Tadschiken, Ukrainern, Armeniern, Aserbeidschanern, Moldawiern, Slowenen und Kroaten und und und, sich aus dem Staat oder Staatenverband, dem sie bisher angehörten, loszulösen und eigene Nationalstaaten zu gründen. Es läßt aufhorchen, daß ausgerechnet in einer Zeit, in der der Zerfall zweier realsozialistischer Staatenbünde (UdSSR, Yugoslawien) sich in rasantem Tempo vollzieht, eine ehemals realsozialistische Staatspartei und ihr west-linker Anhang das Recht auf Lostrennung für sich entdecken und unter Verweis auf den Gründer des einen Staatenverbands bzw. ideologischen Stichwortgebers des anderen zum gleichen politischen Ergebnis kommen, wie diejenigen, die schon immer jedem sozialistischen Projekt das Existenzrecht bestritten haben.

Höchste Zeit also, zu untersuchen, ob es eine linke Befürwortung des "Rechts auf Lostrennung" überhaupt geben kann und inwieweit sie sich unter Berufung auf Lenin herleiten läßt. Es soll deshalb zunächst den theoretischen Grundlagen im Werk Lenins nachgegegangen werden. Das kann sich nicht im Aufspüren von Belegstellen erschöpfen, wenn man nicht in die alte ML-Untugend zurückfallen will, die Worte des Meisters "a priori" für unangreifbar zu halten, um dann nur noch in scholastischer Weise ihrer Anwendbarkeit für die jeweilige politische Tagesaufgabe nachzuspüren. Geklärt werden soll, in welchem historischen Kontext Lenin das Recht auf Selbstbestimmung postuliert hat, welche strategischen Optionen er damit verbunden hat, wie rigoros er es formuliert hat und inwieweit es als zeitlos anzusehen und damit auf ganz andere Situationen übertragbar ist. Das wird nicht zu haben sein, ohne die Leninsche Vorstellung vom geschichtlichen Fortschritt hin zum Kommunismus zu begreifen und der gesellschaftlichen Formen, in denen er sich vollzieht. Lenin muß dabei an seinem eigenen Anspruch, marxistischer Theoretiker zu sein, gemessen werden. Daß seine Schriften

immer im engen Kontext praktischer Fragen der revolutionären Tagespolitik entstanden sind, kann nicht Argument sein, sie lediglich mit Blick auf die historische Situation im vorrevolutionären Rußland zu lesen und den aufgestellten Forderungen und Thesen jeden, über den regionalen und historischen Rahmen hinausgehenden Anspruch abzusprechen. Lenin nur als Realpolitiker begreifen zu wollen, hieße seine Bemühungen zu unterschlagen, unter ständigem Verweis auf Marx, Engels und Kautsky nicht nur konkrete Probleme marxistisch "richtig" zu lösen, sondern der gewonnenen Einsicht immer auch den Charakter allgemeiner theoretischer Erkenntnis zu verleihen. Die marxistische Theorie muß sich bei Lenin stets in der Anwendung auf die politische Tagesaufgabe bewähren, die Begründung für eine zu treffende politische Entscheidung muß also der Theorie abzuringen sein, wodurch die Theorie praktisch wird und die Praxis immer theoretisch und verallgemeinerbar. Die Kritik an den Thesen Lenins zum Selbstbestimmungsrecht wird sich deshalb weniger auf ihre Vertretbarkeit in der historischen Situation beziehen, in der und für die sie aufgestellt wurden, sondern in erster Linie auf ihren Universalitätsanspruch für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung. Wenn sich im Jahr 1991 Funktionäre der PDS Lenin aneignen wollen, um ihre Position zur Situation in der Sowjetunion und in Yugoslawien zu untermauern, vergreifen sie sich nicht ärger an der Theorie des Klassikers, als Lenin selbst es tat, wenn er die marxistische Theorie als Steinbruch zur Untermauerung seiner Politik benützte. Zu kritisieren ist demnach nicht die Aneignung von Lenin durch demokratische Sozialisten, sondern die angeeignete Leninsche Theorie zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen.

Das "Selbstbestimmungsrecht der Nationen" bei Lenin

Die russische sozialdemokratische Partei hat 1903 als Artikel 9 ihres Programms das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und damit auch ihr Recht auf Lostrennung verankert. Eine ähnliche Forderung hatte bereits die Sozialistische Internationale auf einem Kongreß in London 1896 formuliert, allerdings ohne ein Recht auf Lostrennung ausdrücklich einzuräumen. In der Londoner Resolution wurde lediglich vermerkt, daß der Kongreß "mit den Arbeitern jedes Landes sympathisiere, das gegenwärtig unter dem Joch des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet" (1). Die Besonderheit des russischen Programms liegt in der unmißverständlichen Betonung des Rechts auf Lostrennung einer unterdrückten Nation von der unterdrückenden.

Damit ließen die russischen Marxisten in der Konsequenz die Sozialisten des zweiten großen europäischen Vielvölkerstaats, Österreich-Ungarn (Bauer, Renner), die lediglich ein Recht auf kulturelle Autonomie innerhalb der alten Staatsgrenzen anerkennen wollten, weit hinter sich. Aber auch in Rußland stieß dieser Punkt nicht auf ungeteilte Zustimmung. Besonders die Sozialdemokraten des von Rußland annektierten Teils Polens wiesen den Artikel 9 zurück, Rosa Luxemburg polemisierte mehrere Male heftig gegen den Paragraphen, den sie für abstrakt und metaphysisch hielt (vgl. Lenin, Selbstbestimmungsrecht, S.684). Vor diesem Hintergrund verteidigte Lenin diesen Programmpunkt mehrmals gegen Kritiker aus den Reihen der Partei, aber auch anderer politischer Organisationen.

Kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs versammelte er seine Einsichten zur Sache in dem sechzigseitigen Artikel "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", der seine Position in aller Ausführlichkeit gegen seine Kritiker und unter Herbeiziehung umfangreichen Vergleichsmaterials darlegt. Dieser Artikel, dem Lenin in seinen späteren Schriften nichts Wesentliches mehr hinzufügte, soll hier Hauptbelegstelle für die Untersuchung sein.

Lenin wendet sich ausdrücklich gegen juristische Definitionen des "Selbstbestimmungsrechts der Nationen", "die von allen möglichen Rechtsbegriffen abgeleitet werden" (Selbstbestimmungsrecht, S.684) und fordert stattdessen, daß die Antwort im historisch-ökonomischen Studium der nationalen Bewegungen gesucht werden müsse (ebd. S.684). Er verläßt ausdrücklich das Gebiet seines besonderes politischen Interesses, Rußland, um die Frage allgemein stellen zu können. "In der ganzen Welt war die Epoche des endgültigen Sieges des Kapitalismus über den Feudalismus mit nationalen Bewegungen verbunden" (ebd. S.684). Nationale Bewegungen sind bürgerliche Bewegungen, deren Ziel es ist, alles dem Sieg der Warenproduktion hinderliche aus dem Weg zu räumen. Erreicht werden soll ein innerer Markt, der "die Zusammenfassung von Territorien mit Bevölkerung gleicher Sprache notwendig" macht, "bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache und ihre Entfaltung in der Literatur" (ebd. S.684). Die Sprache wird von Lenin im Prozeß der Nationalstaatsbildung schon vorgefunden, sie "bildet eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handel" und "für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen" (ebd. S.684). Weil

diese objektiven Tendenzen in Nationalstaaten am besten aufgehoben sind, ist "die Bildung von Nationalstaaten ... die Tendenz (das Bestreben) jeder nationalen Bewegung." Nationalstaaten sind deshalb nicht nur in Westeuropa, sondern auch in "der ganzen zivilisierten Welt für die kapitalistische Periode das Typische, das Normale." (ebd. S.685). Staaten "mit bunter nationaler Zusammensetzung (die sogenannten Nationalitätenstaaten, im Unterschied zu den Nationalstaaten)" (ebd. S.685) widersprechen den "Erfordernissen des sich entwickelnden Kapitalismus" (ebd. S.686) und werden von Lenin unter Berufung auf Kautsky deshalb für "rückständig oder abnorm" (ebd. S.685) erklärt.

Lenin unterscheidet zwei Schübe in der Geschichte nationaler Bewegungen. Der erste vollzieht sich in Westeuropa unter Führung der Bourgeoisie im Bündnis mit der Bauernschaft gegen die alten feudalen Ordnungen und den Absolutismus. Diese Bewegungen kennzeichnet er als Massenbewegungen, die erstmals alle Klassen der Bevölkerung in die Politik hineinziehen und in die Etablierung kapitalistischer Staaten mit konstitutioneller Ordnung münden (ebd. S.689). Den zweiten Schub macht Lenin in Osteuropa und Asien aus. Hier "hat die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen erst im Jahre 1905 begonnen. Die Revolutionen in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan - das ist die Kette von Weltereignissen unserer Epoche in 'unserem' Osten." (ebd. S.693) Diese zweite Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen unterscheidet sich von der ersten dadurch, "daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt." (ebd. S.689) In dieser Epoche geht es vorderhand um Sezessionsbestrebungen unterdrückter Nationen von den unterdrückenden. Osteuropa und Teile Asiens sind in Nationalitätenstaaten aufgeteilt (Österreich, Rußland, Osmanisches Reich). Unabhängigkeitsbestrebungen einzelner "Nationen" sind die Regel (z.B. der Polen, Ukrainer, Finnen, Ungarn, Tschechen). Das Recht auf nationale Selbstbestimmung wird ganz wesentlich ein Recht auf Lostrennung, wenn die Bildung von Nationalstaaten wirklich das Ziel sein soll.

Anhand von Rußland führt Lenin aus, daß die "Fremdstämmigen" die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen (57%), daß sie am Rand der großrussischen Nation leben, daß das Maß ihrer Unterdrückung größer sei als in anderen Ländern und daß die "Entwicklung des Kapitalismus und das allgemeine Kulturniveau in den 'fremdstämmigen' Randgebieten häufig höher ist als im Zentrum des Landes." (ebd. S.695) Lenin folgert: "Somit sind es gerade die historischen konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen in der gegenwärtigen Epoche zu einem besonders dringenden Erfordernis machen." (ebd. S.695f).

Die Rolle des Proletariats

Lenin hatte aber niemals vor, allgemeine Überlegungen zur nationalen Frage nur zur Illustration des besonderen russischen Problems anzuführen. Sein Anspruch ist weitaus universeller. Es geht ihm um eine prinzipielle Klärung des Verhältnisses von Bourgeoisie und Proletariat bei nationalen Forderungen, sowie um das Verhältnis der Proletariate der verschiedenen Nationen untereinander. Er läßt sich dabei grundsätzlich vom Entwicklungsgang des Kapitalismus und der ihm gemäßen Staats-und Gesellschaftsordnung leiten. Der Entwicklung des Proletariats und seiner Voraussetzungen für den Klassenkampf räumte er im Rahmen bürgerlicher Nationalstaaten die besten Bedingungen ein, weil nur der Kapitalismus die für den Aufbau des Sozialismus nötige Entwicklung der Produktivkräfte garantieren kann und weil nur der bürgerliche Nationalstaat den für eine erfolgreiche sozialistische Revolution nötigen Stand der gesellschaftlichen Homogenisierung und politischen Freiheiten gewähren kann.

Die naheliegende Möglichkeit, Lostrennungsfragen am konkreten Einzelfall zu diskutieren, weist Lenin ausdrücklich zurück. Im Namen des Proletariats (nicht nur des russischen) stellt er fest: "Bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechts auf einen Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes der Arbeiter wertet." (ebd. S.698) Wer nun meint, diese Aussage beinhalte eine Einschränkung des Selbstbestimmungsrecht der Nationen genau dann, wenn die Interessen des Proletariats dieser Nation dadurch verletzt werden würden, irrt. Gegen Rosa Luxemburgs Kritik am Recht auf Lostrennung, das nur den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nation festige, erklärt Lenin: "Wenn wir das Recht auf Lostrennung nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir

nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der unterdrückenden Nation in die Hände arbeiten." Rosa Luxemburg habe "aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu 'helfen' ... den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade dieser Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf." (ebd. S.697)

Was hier am polnischen und am großrussischen Nationalismus exemplifiziert wird, ist durchaus allgemein zu verstehen. Es geht um die grundsätzliche Unterscheidung von bürgerlichem, die staatliche Lostrennung anstrebendem Nationalismus und dem Nationalismus der "Unterdrücker"nation, dem jeder fortschrittliche Inhalt abgesprochen wird. Eine ganz andere Bewertung erfährt die Ideologie der unterdrückten Nation: "Jeder bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemeinen demokratischen Inhalt, der sich gegen die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir unbedingt". (ebd. S.699)

Nun wußte Lenin, daß die bürgerlichen Nationalbewegungen seiner Zeit weit entfernt waren vom frühbürgerlichen Universalitätsanspruch, sondern verbissen nach innen und nach außen für größtmögliche Vorteile ihrer Klientel bzw. ihres noch zu schaffenden Nationalstaats kämpften. Deshalb reduzierte er die rückhaltlose Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus durch das Proletariat auf den allgemeinen demokratischen Inhalt solcher Bestrebungen, "wobei wir das Streben nach eigner nationaler Exklusivität streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken usw. usf., bekämpfen." (ebd. S.699) Das Proletariat hat also die verzwickte Aufgabe, einen Zwei-Fronten-Krieg in der nationalen Frage zu führen. Es unterstützt den Kampf der Bourgeoisie der unterdrückten gegen die unterdrückende Nation "denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung" (ebd. S.699), bekämpft aber gleichzeitig den bürgerlichen Nationalismus dieser Bourgeoisie, weil das "Streben nach Privilegien bei der unterdrückten Nation" (ebd. S.699) der Forderung des Proletariats nach abstrakter Gleichberechtigung und der grundsätzlichen Aufhebung selbst der geringsten Privilegien (vgl. ebd. S.698) widerspricht. Es geht um "die tagtägliche Agitation gegen alle nationalen staatlichen Privilegien für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat ... Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen." (ebd. S.701)

Im Interesse der internationalen Klassensolidarität der Arbeiter fordert Lenin vom Proletariat, jede Unterstützung der Privilegien der "eigenen" Bourgeoisie zu unterlassen, weil dadurch notwendigerweise Mißtrauen beim Proletariat der anderen Nation hervorgerufen werde (ebd. S.701). "Die Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung oder Lostrennung bedeutet in der Praxis jedoch notwendigerweise Unterstützung der Privilegien der herrschenden Nation." (ebd. S.702)

Man sieht, daß Lenin in seiner gesamten Argumentation von der besonderen Situation in Rußland ausgehend die Forderung nach einem Recht auf Lostrennung auf die gesamte sozialistische Bewegung ausdehnt und dabei notwendigerweise zu recht abstrakten Ergebnissen kommt. Er kann und will nicht Einzelfallösungen zustimmen, also etwa die Lösung der Ukraine von Rußland fördern und die Polens nicht oder anders herum. Andererseits ist ihm Nationalchauvinismus in nationalen Bewegungen bekannt und verhaßt und Nationalismus als Partikularinteresse der Bourgeoisie prinzipiell suspekt, obwohl er auch Nationalismus nicht grundsätzlich ablehnt, sondern ihm unter Umständen sogar fortschrittliche Inhalte unter- stellt. Auch geht es gar nicht um eine grundsätzliche Selbstverpflichtung der Marxisten, jede nationale Unabhängigkeitsbewegung aktiv zu unterstützen, sondern um die kompromißlose Anerkennung des Rechts auf nationale Unabhängigkeit. Es lassen sich zwei Gründe für diese abstrakt allgemeine Haltung anführen. Zum einen das Dilemma, in dem das Proletariat der herrschenden Nation in einem Nationalitätenstaat steckt, wenn es Separationsbestrebungen einer unterdrückten Nation im Staatsgebiet ablehnt, weil es dadurch automatisch in eine gefährliche Nähe zur nationalchauvinistischen Politik des herrschenden Blocks rücken würde. Andererseits aber eine unterstellte geschichtliche Notwendigkeit, die zur Bildung bürgerlicher, kapitalistischer Nationalstaaten drängt, die erst dem Proletariats der jeweiligen Nation die optimalen Entwicklungsvoraussetzungen einräumen. Weil die Solidarität der Proletariate über allem steht und weil die Nationalitätenstaaten zu Lenins Zeit in der Tat weitgehend vorbürgerlich und vorkapitalistisch strukturiert waren, hatten seine Thesen einen praktischen Bezug zur realen Situation, waren also als Handlungsmuster wenigstens begrenzt anwendbar für revolutionäre Politik.

Die allgemeine Abstraktheit der Forderung macht allerdings eine gehörige Portion Zuversicht notwendig, denn Mißbrauch dieses "Rechtes" unter Berufung auf die Sozialdemokratie waren auch damals nicht so ausgeschlossen, wie Lenin glauben machte. Der Befürchtung, es könnte durch demagogische Propaganda

bestimmter Gruppen in einer Nation zur Abspaltung eines ökonomisch nicht lebensfähigen Gebildes kommen, begegnet Lenin mit seinem ganzen Vertrauen in den Alltagsverstand der Massen. "Die Massen der Bevölkerung kennen aufgrund ihrer täglichen Erfahrungen ausgezeichnet die Bedeutung der geographischen und ökonomischen Zusammenhänge, die Vorzüge eines großen Marktes und eines großen Staates, und auf eine Lostrennung werden sie nur dann eingehen, wenn die nationale Unterdrückung und die nationalen Reibungen das Zusammenleben völlig unerträglich machen und alle wirtschaftlichen Beziehungen stören. Und in einem solchen Fall werden die Interessen der kapitalistischen Entwicklung und der Freiheit des Klassenkampfes gerade durch diejenigen vertreten, die sich loslösen" (ebd. S.710).

Demokratie - Bürgerliches Recht - Nation

In der kurzen Darstellung der Leninschen Thesen zum Selbstbestimmungsrecht wurde bewußt auf eine Kritik der verwendeten Kategorien bzw. der unterstellten historischen Notwendigkeiten verzichtet. Das ist nur vor dem Hintergrund seines Gesellschafts- und Geschichtsverständnis möglich, das im folgenden anhand zweier während des Ersten Weltkriegs entstandener Schriften - "Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen", 1916 und "Staat und Revolution", 1917 (2) skizziert werden soll.

Zentraler Grund für das Sich-Einlassen auf bürgerliche Nationalbewegungen war für Lenin der Kampf um Demokratie. Wie wir oben gesehen haben, hatte für Lenin selbst noch der Kampf des reaktionären polnischen Kleinbürgertums der Jahrhundertwende für nationale Selbstbestimmung einen objektiv demokratischen Inhalt, weil er sich gegen Unterdrückung richtete. Der Kampf um Demokratie aber ist für ihn Hauptaufgabe des Proletariats auf dem Weg zum Sozialismus. "Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken ... Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die volle Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten." ("Die sozialistische Revolution...", S.145) Zur wirklichen Entfaltung kann Demokratie aber erst im Sozialismus kommen und zwar innerhalb eines gegebenen Staates, genauso wie zwischen den Staaten. "Der siegreiche Sozialismus muß die volle Demokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, das heißt das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen." (ebd. S.144) Der Sozialismus in der Form der Diktatur des Proletariats ist Demokratie und zwar "Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, das heißt ihr Ausschluß von der Demokratie - diese Modifizierung erfährt die Demokratie" ("Staat und Revolution", S.391).

Nun ist Demokratie jedoch ein spezifisch bürgerlicher Begriff und auch politische Praxis im bürgerlichen Nationalstaat, Lenin konnte folglich seinen Begriff von Demokratie nur am schon bestehenden entwickeln. Tatsächlich bezieht er sich zur Gänze auf die Demokratie-Lehre der Aufklärung, die ihm letztlich zur Richtschnur für die Unterscheidung zwischen wahrer (proletarischer) und verfälschter (kapitalistischer) dient. "In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit". (ebd. S.392)

In seiner Polemik gegen die Demokratie als kapitalistische Demokratie wird nicht der Begriff und seine konsequente Realisierung im bürgerlichen Nationalstaat kritisiert, sondern ein aus den Idealen der Demokratie zusammengebackener "Demokratismus" ohne Einschränkungen gegen die "verfälschte" Demokratie im Kapitalismus ins Feld geführt und als noch zu realisierendes Prinzip mit Sozialismus gleichgesetzt. "Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man ... überall wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus ... zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen, daß die arme Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Teilnahme an der Demokratie ausgeschlossen, verdrängt wird." (ebd. S.390f) Wer so tief auf die wahre Demokratie sich einläßt, muß konsequenterweise das Hauptprinzip ihres Wirkens anerkennen, die Ausübung von Herrschaft vermittels demokratisch zustande gekommener allgemeiner und abstrakter Gesetze.

In der Tat findet sich bei Lenin keine prinzipielle Abrechnung mit dem parlamentarischen System, sondern wieder nur eine Kritik an seiner Verfälschung im Kapitalismus: "Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an: die eigentlichen Staatsgeschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt zu dem Zweck, das

'niedere Volk' hinters Licht zu führen." (Staat 356) Wie schon bei Rousseau in seinem "Gesellschaftsvertrag" von 1766 richtet sich die Kritik nicht gegen die Ausübung von Macht durch gesetzgebende Körperschaften, sondern gegen das Repräsentativprinzip und die Gewaltenteilung zugunsten der "aktiven Teilnahme" aller an Entscheidungsgremien, die wirklich die Macht haben - einer Macht, die sich freilich im allgemeinen und abstrakten Gesetz äußert. In Lenins Auffassung vom Recht wiederholt sich das bürgerlich-idealistische Mißverständnis, das schon in seiner Forderung nach totalem "Demokratismus" aufscheint. Recht und Gesetz sind ihm ein noch unerreichtes Ideal, das im bürgerlich-kapitalistischen Staat durch die "Privilegien", die es den Kapitalisten einräumt "verfälscht" wird und so die vollständige Gleichheit der Rechtssubjekte verhindert. Zwar bestreitet Lenin nicht, daß Recht ein abstrakter Verteiler von Gewalt ist, er geht aber ähnlich wie Rousseau davon aus, daß "demokratistisch" zustandegekommenes Recht, das niemanden privilegiert, keinerlei gesellschaftlichen Widerspruch entstehen läßt. "Der Gehorsam gegen das Gesetz, das man sich selber vorgeschrieben hat, ist Freiheit", schreibt Rousseau (3). Man ersetze das Wort Freiheit durch Sozialismus und der Satz wäre Lenin aus der Seele geschrieben.

Wie sehr Lenin dem bürgerlichen Recht zugetan war und wie viele "sozialistische Prinzipien" er darin bereits verwirklicht sah, belegt das folgende Zitat: "Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das 'bürgerliche Recht' nicht vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, das heißt lediglich in Bezug auf die Produktionsmittel. Das 'bürgerliche Recht' sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. Insofern - und nur insofern - fällt das bürgerliche Recht fort. Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen', dieses sozialistische Prinzip (!) ist schon verwirklicht; 'für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte'- auch dieses sozialistische Prinzip ist schon verwirklicht." ("Staat und Revolution", S.396) Weiter unter werden wir sehen, daß das juristische Denken Lenins nicht bei der Regelung der innerstaatlichen Beziehungen der Menschen endet, sondern sich auch auf die Beziehungen zwischen den Staaten erstreckt, also auch das bürgerliche Völkerrecht "sozialistisch" eingemeindet.

Der sozialistische Staat Lenins ist ein bürgerlich-demokratischer, in dem die Produktionsmittel nicht im Privateigentum, sondern unter Kontrolle des Staates stehen. Der gesamte Herrschafts- und Produktionsprozeß funktioniert nach dem erprobten Vorbild der am höchsten entwickelten bürgerlichen Nationalstaaten. Ökonomisch soll der sozialistische Staat nach dem Muster des kapitalistischen Monopols, besonders in seiner kriegswirtschaftlichen Ausprägung (Vorbild war das Deutschland des Ersten Weltkriegs) funktionieren. Es fehlt nur wenig, ist doch "der Mechanismus der gesellschaftlichen (!) Wirtschaftsführung hier (im kapitalistischen Monopol, Anm. jw) bereits fertig vorhanden". (ebd. S.359) "Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates - und wir haben einen von dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihre Arbeit, wie die Arbeit aller Staatsbeamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen." (ebd. S.359)

Die länglichen Ausführungen zu Lenins Vorstellungen über den sozialistischen Demokratismus und den sozialistischen Staat sind unerläßlich, um zu verstehen, warum bei ihm ständig von Rechten die Rede ist und warum unterschiedslos von Nationen geredet wird, wo die verschiedensten Zusammenballungen von Menschen gemeint sind. Das Leninsche Denken vollzieht sich vollständig in den Kategorien der politischen Theorie des Bürgertums und dessen - von ihm als geschichtliche Notwendigkeit und damit dogmatisch gesetzter - klassischer westeuropäischer Entwicklung zum kapitalistischen, konstitutionellen Nationalstaat. Diese bürgerliche Theorie denkt in Rechtskategorien, ist juristisch. Bei Lenin bleibt als Aufgabe des Proletariats lediglich eine Geburtshelferrolle, nämlich mit Gewalt den Abschluß einer vom ehernen Gesetz der Geschichte vorgezeichnete Entwicklung zu bewerkstelligen: Indem es unter Beibehaltung der Produktionsweise nur die Eigentumstitel ändert und unter Beibehaltung aller Rechtsgrundsätze die an sich schon vorhandene Demokratie endlich unverfälscht praktiziert, erringt es den Sozialismus.

Der Nationalstaat und sein Volk

Lenins Nationalstaatsgedanke orientiert sich an einer Theorie, die frühbürgerliche Vordenker schon zweihundert Jahre zuvor falsch aufgestellt haben, der Lehre vom Gesellschaftsvertrag. Nach dieser Theorie

geht der Entstehung des Staates die freie Übereinkunft nicht näher bezeichneter Individuen voraus, zum eigenen Schutz der individuellen Gewaltanwendung zu entraten und im allgemeinen Interesse eine Zentralgewalt einzurichten, die für den Ausgleich der vielen privaten Interessen Sorge zu tragen hat und (!) den Schutz nach außen garantieren soll. Dieses juristische Konstrukt diente der Bourgeoisie dazu, die herrschende Gewalt des Absolutismus des Vertragsbruchs zu bezichtigen, weil sie feudale Partikularinteressen vor das Interesse der Nation gesetzt hatte. Mit Nation waren offiziell alle Angehörigen des dritten und vierten Standes im gegebenen Staatsgebiet gemeint, sowie jene Repräsentanten von Adel und Klerus, die bereit waren, auf ihre Sonderrechte zu verzichten. Daß die Bourgeoisie in der politischen Praxis schon sehr bald Nation mit der eigenen Klasse gleichsetzte und den verarmten Rest lange Zeit mit Erfolg von der politischen Teilhabe ausschloß (bis eben auch sie zu bürgerlichem Eigentum gelangt wären), änderte nichts an der Zugehörigkeit auch der Habenichtse zur Nation (und ihres später mit Erfolg durchgesetzten Anspruches auf politische Teilhabe).

Der ursprünglich vernünftig gesetzte Nationenbegriff, der eine Ansammlung von Privatmenschen meinte, die - an Rechten gleich - ihrem privaten Glück nachjagen und solcherart den Wohlstand aller in der Weise fördern, daß irgendwann nur noch Besitzbürger das Land bevölkern würden, blamierte sich an der Realität und schlug um in seine unvernünftige, tendentiell barbarische Variante. Weil Staaten eben nicht durch Verträge entstehen, sondern durch Gewalt, und eine Folge dieser Gewalt "die Homogenisierung der im Staatsgebiet lebenden Menschen zu Staatszwecken" (vgl. J.Bruhn in ak 332) ist, fanden bürgerliche Revolutionäre bei der Nationalstaatsgründung bereits ein geformtes Staatsvolk vor, also ein Zwangskollektiv und nicht die freiwillige Assoziation von Menschen. Alles das, was an nationalen Besonderheiten zum Teil auch von Lenin so gerne vorausgesetzt wird, nicht nur Landestrachten, Verhaltensweisen etc., sondern auch die Sprache, sind Produkte staatlicher Formung, also unnatürlich und nicht ursprünglich.

Der Rekurs auf diese angeblich natürlichen nationalen Eigenschaften als Appell ans Kollektiv, über partikulare Interessen hinaus (etwa Klasseninteressen) das "organisch gewachsene" Ganze zuförderst zu berücksichtigen, ist die zweite notwendige Seite des Nationenbegriffs, die ein bezeichnendes Licht auf die Vernunftgemäßheit dieser staatlichen Ordnung wirft.

Lenin trat mit seiner optimistischen Lehre vom Nationalstaat in die theoretischen Fußstapfen der idealistischen und humanistischen Begründer des Nationengedankens in einer Zeit, als die barbarische, nationalchauvinistische Variante in schon existierenden Nationalstaaten, aber auch in solchen Bevölkerungen, die erst einer werden wollten, längst die Oberhand hatte. Das wußte er, seine Zurückweisung des bürgerlichen Nationalismus beweisen es.

Der Kunstgriff, den er anwandte, um das Modell der Geschichtsentwicklung über den bürgerlichen Nationalstaat hin zum sozialistischen Nationalstaat zu retten, ist die besondere Rolle, die er dem Proletariat bei der Nationalstaatsgründung zuwies. Was die Bourgeoisie nur noch objektiv durch Separationsbestrebungen zu leisten in der Lage war, die angeblich demokratische Tendenz, übernimmt nach Lenin an seiner Stelle der Demokratismus des Proletariats mit seinem ganzen Pathos der abstrakten Rechtsgleichheit, die unmittelbar vom englischen bzw. französischen Frühbürgertum abgeguckt ist. Was das westeuropäische Bürgertum in seinen Nationalstaaten "verraten" hatte und das osteuropäische Bürgertum schon gar nicht mehr im Programm führte, das Bekenntnis zum Demokratismus, wird vom Proletariat übernommen, das auf diesem Wege zum wahren Repräsentanten der ganzen Nation (abzüglich der "Schmarotzer" und Ausbeuter) wird. Die Gier des L eninschen Proletariats, die Macht im Nationalstaat zu übernehmen, korrespondiert mit der schon 1905 vollzogenen theoretischen Fusionierung von Volk und Proletariat, was wiederum eine Anleihe beim westeuropäischen Frühbürgertum darstellt, das die wahren Interessen des ganzen Volkes in den seinen aufgehoben sah: "Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes Volk. Sie verlangt, daß mit diesem Wort nicht das Verständnis für die Klassenantagonismen innerhalb des Volkes bemäntelt wird. Sie besteht kategorisch darauf, daß es für die Partei des Proletariats notwendig ist, ihre volle Klassenselbständigkeit zu bewahren. Sie teilt aber das Volk nicht in Klassen ein, damit die fortgeschrittenste Klasse sich abkapselt, ... sondern damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der ... Unentschlossenheit der Mittelklassen, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpft." (4)

Der Weg zur proletarischen Heimatliebe ist bei so intensiven Bemühungen ums Volk verständlicherweise nicht weit. "Ist uns großrussischen klassenbewußten Proletariern das Gefühl des nationalen Stolzes fremd? Gewiß

nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten dafür, daß ihre werktätigen Massen (d.h. neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum bewußten Leben erhoben werden, daß sie Demokraten und Sozialisten werden. Es schmerzt uns am meisten zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung und welchen Schmähungen die Zarenschergen, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat unterwerfen." (5)

Der unbedingte Wille, das Proletariat zum eigentlichen Staatsvolk bürgerlicher Nationalstaaten werden zu lassen, erklärt zuguterletzt auch die Selbstverständlichkeit, mit der bei Lenin "Nationen" entstehen, deren Staatswerdung mit Hilfe des Proletariats erst durchgesetzt werden muß. Bei nicht wenigen der von Lenin als Nationen titulierten Bevölkerungsgruppen handelt es sich im besten Falle um Nationen im Wartestand. Während die Polen immerhin auf eine lange Geschichte von Staatlichkeit zurückblicken können (bis 1795), als Bevölkerung also von einer polnischen Staatsgewalt geformt wurden, ist eine vergleichbare Vorgeschichte bei Ukrainern und Finnen nicht zu konstatieren. Lediglich die gleiche Sprache, die auf tribalistischen Ursprung und vorübergehende feudale Beherrschung der Bevölkerungsgruppe zurückweist, und ein halbwegs konstantes Siedlungsgebiet sind Indizien für eine bestimmte, quasi naturwüchsige "Zusammengehörigkeit".

Nation als politischer Begriff umfaßt dergleichen Populationen nicht, sondern meint die Bevölkerung eines bestimmten Territoriums, soweit sie unter einheitlicher Gesetzesherrschaft steht. Der bürgerliche Nationenbegriff erfährt bei Lenin unversehens eine völkische Wendung. In England und Frankreich (den beiden klassischen Prototypen bürgerlicher Nationen in Westeuropa) war die Nationwerdung lediglich ein politischer Akt des Bürgertums, das die absolutistische Staatsgewalt und den von ihr bereits geschaffenen Zentralstaat mit festen Gren- zen, einheitlicher Sprache und weitgehend zentraler Rechtsordnung umstandslos voraussetzte und vor diesem Hintergrund von allen Menschen (und nicht in erster Linie Franzosen oder Engländern) als abstrakt gleichen Rechtssubjekten reden konnte. Bei Polen, Ukrainern etc. tritt die Sezession von einem anderen Staat, die Aufgabe der Staatsgründung hinzu und damit das Problem der Grenzen. Die offensichtliche Unvernunft, Territorien abzuzirkeln und mit "eigener" Gewalt auszustatten, zu beherrschen, springt in solchen Fällen unvermittelt ins Auge. Denn eingetauscht wird lediglich eine Form von staatlicher Herrschaft, ausgeübt von der "unterdrückenden Nation" (hier Großrußland) durch eine andere, ausgeübt von polnischen, ukrainischen etc. Herrschern. Wo vorher "Fremd"herrschaft bestand, entsteht nun "Selbst"herrschaft. Um diese "Selbst"herrschaft zu legitimieren, braucht es mehr als nur einen bürgerlichen Herrschaftsanspruch, angemeldet von den die nationalen Bewegungen tragenden Bourgeoisien, denn ein bürgerlicher Herrschaftsanspruch wäre auch in Nationalitätenstaaten durchaus denkbar. Das ist die Einbruchstelle des völkischen Elements in den politischen Konflikt. Die oben angedeuteten "Gemeinsamkeiten" zwischen Ukrainern, Polen etc. müssen dafür herhalten, vorab die nationale Zusammengehörigkeit zu schmieden, wenn die Bevölkerungsgruppe geschlossen als "Volk" sich einer anderen Herrschaft unterwerfen soll als der bis dahin ertragenen. Der Appell an die gemeinsame Sprache, Kultur, die Mentalität und die Geschichte des ganzen "Volkes", die durch Fremdherrschaft bedroht gesehen wird (wobei häufig unklar bleibt, ob es nun wirklich die "unterdrückende" Nation ist, die da an der Identität nagt oder der objektive Universalitätsanspruch warenproduzierender Gesellschaften), wird bei Sezessionsbestrebungen von Anbeginn an vorherrschendes Argumentationsmuster.

Separatistische Volksbewegungen operieren ständig mit einem Ursprungsmythos, der Legitimationsgrundlage für ihr Recht auf Staatsgründung sein soll. Dabei wird weniger auf nachweisbare historische Anknüpfungspunkte in der Geschichte verwiesen, als vielmehr auf angeblich seit Urzeiten vorhandene "Eigenschaften" des Volkes bzw. der Nation. Das eifrige Sammeln von Märchen, Mythen, Legenden und Volksliedern fällt nicht zufällig in den verschiedensten Regionen in die Zeit des "nationalen Erwachens" eines "Volkes". Die Versammlung an Rechten gleicher Individuen droht bei nationalen "Befreiungs"bewegungen schon im Stadium der Nationwerdung zur Volksgemeinschaft zu mutieren, eine Tendenz, die dem Nationalismus "normaler" Nationalstaaten selbstverständlich auch innewohnt, aber eben nicht als ursprüngliche Intention der Bourgeoisie, sondern als Kehrseite eines Vernunftsanspruchs, der die auf ihm gründenden Erwartungen nie erfüllen konnte.

Es wäre gewiß völlig überzogen, Lenin zu unterstellen, er hätte mit dem bürgerlichen Nationalismus der Polen oder Ukrainer sympathisiert, sein Fehler liegt in der abstrakten Unterstellung, derartige Bewegungen hätten, soweit sie auf die Errichtung eines bürgerlichen Nationalstaats aus sind, eine objektiv demokratische und deswegen vom Proletariat bedingungslos zu unterstützende Funktion. Ein Fehler, der nicht nur im

abstrakt-dogmatischen Geschichtsbild Lenins wurzelt, sondern auch in seinem gründlichen Mißverständnis des Nationenbegriffs. Lenin faßt als Nation nicht die staatlich bearbeitete Bevölkerung eines bestehenden Nationalstaats, sondern jedes Konglomerat von Leuten, die sich zum Zwecke der Nationalstaatsgründung separatistisch betätigen. Damit wirft er die Begriffe Volk und Nation umstandslos in einen Topf.

Der Grund für diese Begriffsverwirrung liegt auf der Hand: Der Leninsche geschichtliche Fortschritt muß die Etappe des bürgerlichen Nationalstaats (die sehr kurz sein kann und unter Umständen als "juristische Sekunde" nachkonstruiert werden kann) durchlaufen, um in den Sozialismus münden zu können. Die immanente Logik der eigenen Argumentation zwingt ihn, in ähnlicher Weise wie die separatistischen Nationalbewegungen Leute vorweg als interessengeleitete Individuen zu entmündigen und nach mehr oder weniger objektiven Kriterien in Zwangskollektive zusammenzufassen, die durch allen Einzelmenschen gemeinsame Wesenseigenschaften definiert werden. Zufälligkeiten, die mit der sozialen Situation und den unmittelbaren Interessen des ukrainischen Arbeiters X nichts zu tun haben müssen, wie die Sprache, der Wohnort und die Landschaft, in der er liegt, werden so zu einer nicht zu durchbrechenden schicksalhaften Gemeinsamkeit mit dem Ukrainer Y, der zufällig Industrieller ist. Wer die "nationalen", oder besser: völkischen Eigenheiten bestimmt, die wirklich allen Ukrainern eigen sein sollen, bleibt genauso offen wie die Definition von "ursprünglichen" Eigenarten in Unterscheidung zu solchen, die als Produkt der Nationalbewegung erst nachgeschoben werden. Diese notwendig unklaren Volkseigenschaften sind häufig aber die Meßlatte des Grades der Unterdrückung des jeweiligen "Volkes" und damit natürlich für alle möglichen Zwecke instrumentalisierbar.

Es ist in diesem Zusammenhang kein Wunder, daß Lenin nie gegen Stalins offen völkische Definition von Nation Stellung bezogen hat, sondern dessen Auftragsarbeit aus dem Jahr 1913 als Schulungsmaterial zugelassen hat. Stalins ominöse, sich "in der Gemeinschaft der Kultur offenbarende psychische Wesensart"(6), die er der Leninschen Definition von Nation nur noch anfügt, erscheint zwar als dogmatisch-dümmlich, ist aber doch die konsequente Anknüpfung an der bei Lenin angelegten Unterstellung, das Ukrainer-sein sei etwas schicksalhaft Naturgegebenes. Wieviel Lenins vernunftgläubige Hoffnung wert ist, die Leute würden nicht jedem separatistischen Abenteurertum aufsitzen, sondern nur im Falle schwerer Unterdrückung und bei Aussicht auf eine funktionierende kapitalistische Ökonomie sich für die Lostrennung entscheiden, haben die Ereignisse seit 1918 hinlänglich bewiesen; sie diente offenbar allein der Selbstberuhigung.

Das Proletariat wird geopfert

Die erschreckendste Konsequenz der Leninschen Theorie ist der Ausverkauf des proletarischen Internationalismus zugunsten der Aufsplitterung der internationalen Arbeiterbewegung in nationale Einzelproletariate. Seine Hoffnung, die feste As- soziation aller Proletariate über die Staatsgrenzen hinweg sei geeignet, das jeweilige Einzelproletariat gegen nationalistische Anfechtungen zu feien, mußte sich notwendig blamieren. Nicht nur, weil das Sich-Einlassen aufs volksgemeinschaftliche Nationen-Kollektiv Partikularinteressen wie den Klassenkampf ausschließt oder mindestens dem nationalen Interesse unterordnet, also den erhofften sozialistischen Nationalstaat eher verunmöglicht als befördert. Auch die erhoffte Übergangsweltordnung als viele sozialistische Nationalstaaten, die unter Zurückstellung aller Partikularinteressen und Privilegien das bürgerliche Völkerrecht zur wahren Anwendung bringen sollen, um nur noch als abstrakt gleiche sozialistische Völkerrechtssubjekte miteinander in Beziehung zu treten, kann nicht zu Frieden und dem allmählichen Zusammenwachsen aller Staaten führen, sondern nur zur freien und gerechten Konkurrenz der vielen staatsmonopolistisch organisierten Nationalkapitale. Was in der Konsequenz Verlierer und Sieger auf dem Weltmarkt zur Folge haben muß und damit auch Verewigung nationalistischer Ressentiments zwischen den sozialistischen Völkern (also auch den in die Völker eingeschmolzenen nationalen Proletariatens) und im schlimmsten Falle Kriege.

Lenins Unfähigkeit, in der Warenproduktion, der Geldwirtschaft das Grundprinzip kapitalistischer Wirtschaft zu sehen, mit der Folge, daß er Sozialismus lediglich als die Ausschaltung der Privatkapitalisten, an dessen Stelle der sozialistische Staat als Gesamtkapitalist zu treten hätte, hatte die tendenzielle Verlagerung der Planlosigkeit des inneren Marktes auf den Weltmarkt zur Folge.

Der Leninsche Sozialismus übernimmt in der Tat nur das Prinzip der kapitalistisch organisierten Fabrik als Organisationsprinzip für den ganzen Staat. Die Kriterien der Wertproduktion, wie Rechnungsführung etc.,

diktieren als eherne Gesetze Sinn und Zweck der Einzelarbeiten, die sich nur in Form von Recheneinheiten aufeinander beziehen. Wie im stinknormalen Kapitalismus produzieren individualisierte Lohnarbeiter Kapital. Daß es Staatskapital ist und nicht Einzelkapital hat mit der von Lenin unterstellten Vergesellschaftung (die in Wirklichkeit Verstaatlichung ist) der Produktion nichts zu tun. Die bereitwillige Akzeptanz der Warenproduktion führte ihn notwendig zur kritiklosen Übernahme aller zentralen Kategorien warenproduzierender Gesellschaften: Allgemeines und abstraktes Recht, Demokratie, Nationalstaat. Alle unvernünftigen und unerwünschten Nebenfolgen warenproduzierender Staaten, Nationalchauvinismus, Volksgemeinschaft, Kriege konnten vor diesem Hintergrund nur als Verfälschung einer an sich für gut befundenen Sache erscheinen und nicht als unvermeidbare "Nebenprodukte" einer Staatsform.

Schluß

Wer sich heute auf Lenins Thesen vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen beruft, kann sich nicht mehr hinter dem kaum gebrochenen Zukunftsoptimismus von Kommunisten des Jahres 1930 verschanzen, die es vielleicht wirklich nicht besser wissen konnten. Der Zerfall lenini stisch geprägter Nationalitätenstaaten in trostlose Volksgemeinschaften, deren einziger Lebensinhalt neben dem Abschlachten von "Unterdrückern" und anderen fremdrassigen Volksschädlingen im Aufstellen von Zollhäuschen und dem Druk- ken von Banknoten der eigenen Währung zu bestehen scheint, müßte noch beim bibelfestesten Leninisten Zweifel am Dogma des Meisters aufkommen lassen.

War schon zu Lenins Zeiten der vernunftverlassene, zur rassistischen Barbarei neigende Charakter der bürgerlichen Nationalstaaterei kaum mehr zu übersehen, so müßte bei Linken des Jahres 1991 jeder Rekurs auf das nationale Selbstbestimmungsrecht nur noch schaudernde Abwehr hervorrufen. Es ist aber offensichtlich problemlos möglich, zu dieser Frage mit Kantschen Imperativen eine ablehnende Haltung von Linken zum Recht auf Lostrennung "a priori" auszuschließen, ohne innerhalb der revolutionären Linken auch nur ein Stirnrunzeln hervorzurufen. Die Geistesverlassenheit von Linken, die unter Bezugnahme auf Lenins Irrtümer in der nationalen Frage ungeniert in den Wettbewerb um die kompromißlosere Position zum Separatismus mit den Redakteuren von taz über FAZ bis "Mut" eintreten, ist dem revolutionären Praktiker und (leider) eher dürftigen Theoretiker Lenin beim besten Willen nicht mehr anzulasten. Der Verdacht liegt näher, daß das moralisch einwandfreie Bild des von seinen Nachfolgern so falsch verstandenen und mit seinem Lebenswerk tragisch gescheiterten Lenins dafür herhalten soll, einer leninistisch geprägten Linken den möglichst raschen Anschluß an die herrschende Volkstumspolitik der BRD zu erleichtern.

Wenn es aber wirklich "Völker" geben sollte, die unterdrückt werden und deren Verlangen auf Lostrennung von Linken unterstützt werden soll, dann darf das nicht prinzipiell geschehen, sondern nur ausnahmsweise und unter Anlegung strengster Kriterien. Damit vom Vorhandensein eines unterdrückten Volkes überhaupt die Rede sein kann, muß das unter dem Aspekt der Homogenisierungspraxis der Nationalstaaten, auf deren Territorium diese Gruppen leben, geschehen. Stellt sich heraus, daß einer Summe von Menschen von einem Staat, dessen Herrschaft sie unterworfen sind, systematisch per Zwang Merkmale aufgedrückt werden, die sie zu einem kenntlichen Kollektiv von Verfolgten formen, Stigmatisierten, denen es unmöglich ist, sich von den ihnen aufgezwungen Merkmalen zu lösen, dann ist es zum Schutz dieser Menschen unabdingbar, daß sie einen Zaun um sich ziehen können, um der Verfolgung zu entgehen. Insofern sind z.B. kurdische Bestrebungen nach Autonomie oder gar Eigenstaatlichkeit wegen der rassistisch motivierten Verfolgung durch die drei Staaten, auf deren Territorium sie leben, aus humanitären Gründen von Linken zu unterstützen. Aber ausschließlich deshalb und nicht etwa wegen der Schönheit der kurdischen Sprache oder irgendwelcher uralten Rechte auf den heiligen Staat Kurdistan und schon zweimal nicht, weil aus der Gründung eines kurdischen Nationalstaats irgendeine Beförderung weltrevolutionärer Tendenzen abzuleiten sei.

jw./westberlin, Gruppe K (auf Grundlage von Diskussionen mit und unter Verwendungen von Hinweisen von cl./westberlin)

Anmerkungen

1) Vgl. Lenin, "Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" in: Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band I, S.717

2) "Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Völker" wird zitiert nach: Lenin, Gesammelte Werke, Band 22; "Staat und Revolution" nach: Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band II

3) Rousseau, "Der Gesellschaftsvertrag", Stuttgart 1963, S.49

4) Lenin, "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution", in: Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band I, S.619

5) "Über den großrussischen Nationalstolz", in: Lenin, Ausgewählte Werke in drei Bänden, Band I, S.754

6) "Marxismus und nationale Frage", in Stalin:, Gesammelte Werke, Band II, S.272

11. Eine Gesellschaft im Umbruch: Zum Beispiel Rostock ...

Rubrik: Wiedervereinigung · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:13

Jede/r weiß es, in jeder Zeitung steht es: Der Osten wird abgewickelt. Die täglichen Meldungen über die Treuhandpo litik, Wirtschaftssanierungen, geplante oder tatsächliche Betriebsstillegungen, ungleiche Löhne etc.pp. haben meist nur noch ein hilfloses Schulterzucken zur Folge: Wer blickt noch durch, durch die ökonomischen und rechtlichen Kompliziertheiten, außerdem haben die Leute es doch selbst gewählt und überhaupt ist die hiesige Linke nicht zuletzt aufgrund der Entwicklungen im ehemaligen RGW weitgehend paralysiert. Mensch nimmt die Meldungen also zur Kenntnis wie einen Putschversuch oder sonstige Katastrophen in irgendeinem Land der Dritten Welt - bleiben doch für die meisten die eigenen Lebensverhältnisse von diesen Entwicklungen im eigenen Land unberührt, sieht mensch mal von der sogenannten "Solidaritätsabgabe" ab, von der der/die politische Aufgeklärte jedoch eh weiß, daß sie nicht allein wegen des Anschlusses der DDR erhoben wird.

Aber es mag uns passen oder nicht: Die FNL sind trotz partiell immer noch vorhandener Exotik für Alt-BRDlerInnen nicht Afrika, sondern Teil des eigenen Landes. Zugegeben: die Annäherung an diese "Gesellschaft im Umbruch" ist schwierig. Nicht, weil sich die Menschen und ihre Realitäten besonders widersprüchlich präsentieren - wer oder was täte das nicht? - sondern weil diese Widersprüchlichkeiten völlig quer zu unseren bekannten Kategorien liegen.

Außenansichten: Old meets new

Auf den ersten Blick sieht die Rostocker Fußgängerzone bereits aus wie eine x-beliebige Einkaufsstraße im Goldenen Westen: durchgestylte Geschäftsfassaden, bunt, Werbung, Reklameschilder - alles mit Wiedererkennungswert für die Westtouris, die herdenweise und mit Videokameras bewaffnet die Ergebnisse neuzeitlicher Eroberungspolitik begutachten und sich schon ganz heimisch fühlen können. Dazwischen immer wieder Baustellen - hier weniger, um dringend sanierungsbedürftige Gebäude zu retten, als vielmehr alte Schaufenster und Ladeneinrichtungen den Erfordernissen postmodernen Konsumstylings zu opfern.

Bereits eine Straße weiter offenbart sich noch weitgehend unberührt real-sozialistisches Häuserelend und die Umbruchsarchitektur schlechthin: der Container. Besonders Banken und Sparkassen, für die rechtzeitige Präsenz am Tatort ungeachtet ungeklärter Eigentumsverhältnisse als Garant des Erfolgs, sprich: Profits unabdingbar war, ließen sich in diesen Behältnissen nieder, die - z.T. zwei- oder dreistöckig - in einem kaum zu überbietenden Kontrast zu ihrer Umgebung stehen.

Auch die mobile Imbißbude prägt das nach-realsozialistische Straßenbild nachhaltig, geschuldet ebenfalls noch ungeklärten Eigentumsverhältnissen und neuen Konsumbedürfnissen zwischen Hamburgern und Kebab, jedoch auch Ausdruck von Wünschen, "das schnelle Geld zu machen" und/oder den Erfordernissen, die Existenzsicherung aufgrund der veränderten Lebenssituation mittlerweile auf diese Weise gewährleisten zu müssen. Unmittelbar vor den zahlreichen Imbißbuden sowie in Grünanlagen und auf den Plätzen der Stadt dominiert Hansa-Pils Dosenbier. Das Alkoholproblem, schon zu realsozialistischen Zeiten bekannt, tritt jetzt offen zutage: Wurde sich "früher" von der Betriebseinheit aus um diese Leute gekümmert und sie vielfach auf Kosten der Produktivität von der Brigade durchgeschleppt, sind sie jetzt bestenfalls Fälle der sozialen Wohlfahrtsverbände. Aber nicht nur bereits offensichtlich Arbeitslose oder Kurzarbeit-Null-Opfer frönen öffentlich dem Alkohol. Auch der alkoholisierte Kioskbesitzer, der beschlipste Angestellte mit Jackett überm Arm, Köfferchen in der einen, Bierdose in der anderen Hand, sind Teile des Ex-DDR-Alltagsbildes.

Andererseits erstaunlich viele neue und teure Westschlitten mit einheimischen Kennzeichen auf den Straßen - da hört und liest mensch von Arbeitslosigkeit und Verelendung des Ostens und sieht dann zur guten Hälfte Autos der Preisklasse über 25.000 DM im Straßenbild, der Trabbi ein Exot auch schon im Osten? Also doch der kapitalistische Wohlstand bei einem Großteil der Bevölkerung schon ausgebrochen? Mitnichten, wie der/die neugierig Nachfragende erfährt: Alles nachgeholtes Konsumbedürfnis mittels ersparter DDR-Mark aus alten Zeiten, das mit dem prestigeträchtigen Erwerb eines Westautos nach der Währungsunion - und sei es zum Tauschwert von 1:2 - befriedigt wurde, aber nichts über die aktuelle wirtschaftliche Lage der BesitzerInnen aussagt. Im Gegenteil: Oft sind selbst BMW oder Benz auf Pump finanziert und genauso schnell, wie

euphorisch in Erwartung besserer Zeiten erworben, wieder beim Händler, weil sich die Dinge nicht wie erwartet entwickelt haben. (Nebenbei: Das stark erhöhte Verkehrsaufkommen in den Städten hatte bisher nicht die vermehrte Aufstellung von Ampeln zur Folge. Wieviel Kinder werden dran glauben müssen - zumal diese vielen nicht verkehrsangepaßten Bäume in der Stadt die Straßenübersicht zusätzlich erschweren! - ehe die Kommunen Ampeln errichten, statt staatlich, da über ABM finanziert, die Wege im Zoo pflastern zu lassen?)

Nicht zu vergessen zwischen alledem die unauffällig-auffälligen Herren als Abgeordnete kapitalistischen Wohlstands und Glücks, für die die FNL in erster Linie ein Eldorado wirtschaftlicher Möglichkeiten und/oder privater Bereicherung darstellen - aber das ist ja hinlänglich bekannt.

Was ist hier eigentlich los?

An einer Baracke der Rostocker Warnow-Werft hängt kontrastreich ein funkelnagelneues Schild mit der Aufschrift: Einstellungsbüro. "Ist doch alles gelogen", sagt ein vorbeikommender älterer Werftarbeiter, "die haben doch schon ewig keinen mehr eingestellt!" Werden sie sicherlich auch nicht mehr, ist doch geplant, die Belegschaften des ehemaligen Schiffbaukombinats der DDR (heute: Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG) von ehemals über 50.000, nunmehr knapp 43.000, in Kürze auf rund 18.000 zu reduzieren. Dabei ist bemerkenswert, daß bisher noch keine Entlassungen vorgenommen wurden: Der bisherige Personalabbau erklärt sich aus Abgängen in die Vorruhestandsregelung oder durch Arbeiter, die sich als Pendler in westlichen Werften zu besseren und wahrscheinlich auch sichereren Konditionen verdingen. Soll heißen, die große Entlassungswelle hat noch gar nicht begonnen.

Daß die Arbeiter nichts Gutes zu erwarten haben, erschließt sich nicht nur aus den nackten Zahlen, sondern auch aus den eindeutigen Handlungsanweisungen, denen die Treuhand bei der Privatisierung ehemals volkseigener Betriebe folgen soll: Keine Rücksicht auf soziale Belange, die möglichst schnelle Einführung der Marktwirtschaft hat absolute Priorität. Auch wenn es der Stärke der IG Metall zu verdanken ist, daß es im Osten wenigstens im Metallbereich vermutlich keine Entlassungen ins Nichts, sondern gekoppelt an Qualifizierungsmaßnahmen in Beschäftigungsgesellschaften geben wird, bleibt das - berechtigte - Gefühl der Existenzbedrohung für viele. Mensch denke an das Hin und Her um eine Treuhandbeteiligung an den Beschäftigungsgesellschaften, was eine hohe Unsicherheit in den Belegschaften verursacht hat. Oder sehe sich die Konzeptionslosigkeit bisheriger Umschulungsmaßnahmen an, die auch dem/r gutgläubigsten und in kapitalistischen Praktiken unerfahrensten ArbeiterIn schnell offensichtlich wird: Z.B., daß eine Umschulung zum Computerfachmenschen, ohne im ersten halben Jahr einen Computer zu sehen, nicht gerade eine hohe Qualifikation für den sogenannten freien Arbeitsmarkt mit sich bringt, von obskuren Umschulungen zu Berufen mit einer eh hohen Arbeitslosenrate einmal ganz abgesehen. Das Ganze dient bislang eher der Beschäftigungstherapie und/oder einer Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld denn als Sprungbrett in eine neue Berufskarriere. Dies alles wird sehr wohl registriert - und es ist auch eine Ahnung davon da, daß sich die westlichen Ausbildungsträger auf ihre Kosten eine Goldene Nase verdienen -, es fehlt jedoch jede Idee, Kraft, Kampfmoral und Utopie, dem irgendetwas entgegenzusetzen.

Markt oder Plan oder Wohlstand

Wurde doch gerade von den Belegschaften der Sturz des SED-Staates unterstützt oder wenigstens begrüßt - und das kann auch nicht von uns "reichen" Wessies verächtlich als Konsumgeilheit abgetan werden. Denn, selbst wenn es nur das gewesen wäre, die SED und Co. standen doch nie für emanzipatorisch-demokratische Verhältnisse, geschweige denn für die sozialistische Alternative, die immer beschworen wurde und die im Gegensatz zu der von jedem/r erfahrenen Realität im Alltag oder am Arbeitsplatz stand.

Und jetzt? Freiheit durch Konsum oder Konsum durch Freiheit? Das mit dem Konsum mag ja - relativ gesehen - noch klappen, aber daß es mit der Freiheit nicht soweit her ist, und was die "Freiheit der Arbeitskraft" meint, wird täglich im eigenen Lebensbereich erfahren.

Dazu kommt, daß die Umstrukturierung von "Planwirtschaft" zu "Marktwirtschaft" teilweise als neuer Wein in alten Schläuchen aufgefaßt wird: Angefangen damit, daß die Geschäftsführer der jetzt Treuhand Gmbhs meist dieselben sind wie früher. Außerdem hört mensch immer wieder, daß es den ArbeitnehmerInnen in den Betrieben schwer fällt, einen Unterschied hinsichtlich der Hierarchisierung und Bürokratisierung zwischen den westlichen Gewerkschaften und dem ehemaligen FDGB zu erkennen. Oder wie wird es wohl bewertet, wenn von den ehemals 20 HO-Läden innerhalb Rostocks 18 von Spar übernommen werden?

Natürlich kann mensch den Ex-DDRlerInnen Naivität vorwerfen, wenn sie sich wundern, daß der goldene Wesen nicht bruchlos bei ihnen einzieht, sondern sie erstmal mit seinen Schattenseiten konfrontiert und z.T. in denselben Spuren wandelt wie die gerade abgeschafften Vorgänger. Hinsichtlich möglicher Widerstandspotentiale, die diese Situation hervorbringen könnte, ist es jedoch aufschlußreicher, die absolute Demoralisierung, Resignation und Hilflosigkeit zu registrieren: Den SED-Staat sind sie losgeworden - so weit, so gut -, der heilsverkündende Kapitalismus stellt sich für viele Ex-DDRlerInnen in seinen Unfreiheitsstrukturen ähnlich dar, teils sicherlich zu recht, aber die notwendigen Differenzierungen können aufgrund der eigenen Geschichte und Situation nicht gemacht werden. Hinzu kommt die Unsicherheit der persönlichen Existenzsicherung: Wenn auch das Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht alle betreffen wird, bedroht es doch alle, und betreffen tut in jedem Fall alle eine Veränderung ihrer Arbeitssituation in Form von Umschulung oder Arbeitsplatzwechsel. Die einzige Sicherheit, die geboten wird, ist die Sicherheit der Veränderung zentraler Lebensbereiche. M.E. erleben wir hier - entgegen allen Elendstheorien - die vorläufige Beantwortung der Frage, ob "die Arbeiterklasse" (noch) das sogenannte revolutionäre Subjekt ist bzw. sein will. (Erleben wir im Westen m.E. auch, aber aus anderen Gründen.) Das mit dem Sozialismus haben sie ausprobiert, mit dem Kapitalismus klappt's auch nicht: Bleibt die Tatsache des relativen Wohlstands der West-KollegInnen, der im Vergleich mit der eigenen Tristheit der Wohn- und Lebensbedingungen im Sinne einer nachholenden Entwicklung nicht nur erstrebenswert, sondern auch möglich erscheint. Und wer wollte ihnen dieses Recht absprechen, ihre materiellen Lebensbedingungen zu verbessern?

Daß dieser verständliche Wunsch mit politischen Forderungen verknüpft wird oder sich der berechtigte Frust und die Resignation in den FNL in politischen Kämpfen Bahn bricht, ist auf längere Zeit nicht zu erwarten. Daß über Einzelne hinaus sich größere Teile an linker Widerstandskultur beteiligen, erscheint nach dem Verlust jeder Utopie ebenfalls unwahrscheinlich: Die Gesamtheit der gemachten Erfahrungen vor und nach der Wende steht eher für eine absolute Entpolitisierung und für individualistisches Wohlstandsstreben.

Mal sehen, wie sich die Lage in zwei bis drei Jahren darstellt, wenn der Schock des Umbruchs abgeklungen ist und vielleicht ein differenzierteres Abwägen zwischen der eigenen Situation im Realsozialismus mit den dann vorliegenden Erfahrungen im Kapitalismus möglich ist ...

Zwischen Frust und Freiraum: Linke und soziale Bewegungen

Und was regt sich an Widerstand gegen die westliche Vereinnahmung im alternativen Spektrum, der Linken und der BürgerInnenbewegung?

Noch gibt es in Rostock das Haus der Demokratie, wo linke Organisationen, Gruppen der BürgerInnenbewegung, Öko- und Eine-Welt-Gruppen, Amnesty International, Asylberatung etc.pp. ihre Büros und Läden haben und die Gruppen sich treffen. Doch auch über dieses als Repräsentationsobjekt geeignete Haus fällt schon ein finanzkräftiger Schatten, diesmal in Gestalt der Deutschen Industrie- und Handelsbank, das Haus nebenan gehört ihr bereits.

Sollten die Schwierigkeiten der Kontaktaufnahme im Haus der Demokratie, z.B. zur VL oder zu Demokratie Jetzt, schon Ausdruck ihrer desolaten Situation sein? Es gibt jedenfalls keine noch so gering bemessene feste Bürozeit, so daß es ein Glücksspiel ist, wen oder ob mensch überhaupt jemanden antrifft. (Telefonisches Abklären vorweg ist nicht möglich, da ist der nach wie vor chronische Telefonmangel vor.) Kommt sowieso keine/r mehr? Öffentlichkeitsarbeit aufgegeben? In der Tat haben die ehemaligen TrägerInnen der Wende und sonstige linke Organisationen ihre Ausstrahlungskraft weitgehend verloren, Desillusionierung und Ratlosigkeit bei den noch verbliebenen AktivistInnen greifen um sich. Zeugen besserer Zeiten, als im Prozeß der politischen Ausdifferenzierung in der nachrealsozialistischen DDR die (Wahlkampf-) Gelder noch flossen und die Stimmen dieser Gruppen noch Gewicht zu haben schienen, sind die meist gut ausgestatteten Büros.

Mittlerweile durch die Realität bürgerlicher Demokratie geschrumpft und ernüchtert, gibt es bei verschiedenen Gruppen aus der BürgerInnenbewegung Überlegungen, sich zu einer Partei/Organisation zusammenzuschließen. Mensch darf gespannt sein, wie oder ob eine Abgrenzung zu den Grünen gelingt - aber das ist schon wieder eine typisch westliche Herangehensweise. Sich abgrenzen, Positionen beziehen und diese gegen andere vertreten, ist out: Verständlich, wenn mensch bedenkt, daß 40 Jahre SED auch 40 Jahre Beanspruchung des Wahrheitsmonopols durch diese Partei bedeuteten.

Ebenso befremdlich erscheint Westlinken der trotz erster negativer Erfahrungen nach wie vor positive Bezug auf den Parlamentarismus - kein Gedanke an die immerhin theoretisch vorhandene Möglichkeit, außerparlamentarische Opposition zu entwickeln.

Naiv? Unerfahren? Gar reformistisch? Oder haben sie nur noch nicht begriffen, daß sie mittlerweile genauso wenig zu melden haben wie wir im Westen?

Vielleicht auch das, aber wieder einmal versagen westliche Kategorisierungen beim Versuch, FNL-Phänomene zu erfassen. Denn Tatsache ist auch, daß gerade Gruppen der sogenannten sozialen Bewegungen wie Öko- und Eine-Welt- Gruppen - die sich hier übrigens als zusammengehörig verstehen - ziemlich geschickt die Freiräume ausnutzen, die die vielfach noch vorhandene Verhaltensunsicherheit offizieller Stellen in dieser Umbruchssituation bietet. So werden Projekte genehmigt und finanziert, Forderungen durchgesetzt, von denen in der Alt- BRD keine/r mehr zu träumen wagt. TrägerInnen dieser sozialen Bewegungen in den FNL sind Personen aller Alters- und Berufsgruppen, politisch wenig ausdifferenziert und festgelegt - s.o. -, was sicherlich eine Stärke und eine Schwäche zugleich ist.

Es scheint also gegenwärtig mehr inhaltlich Konkretes als allgemein Politisches gefragt zu sein, will mensch die zur Zeit entgegengesetzt verlaufenden Erfolgskurven von linken Gruppen und Gruppen der sozialen Bewegungen interpretieren. Wahrscheinlich ist beides Ausdruck der vorhandenen Perspektiv- und Utopielosigkeit und der Desillusionierung, aber auch von der noch nicht wie bei uns völlig festgefügten - und festgefahrenen - politischen Landschaft und Widerstandskultur.

Vielleicht trotzdem kein Anlaß zu Optimismus - aber allemal Anlaß, sich auch mit diesen Erscheinungsformen der FNL undogmatisch auseinanderzusetzen und vielleicht gar eigene Politikansätze zu überdenken?

P.S.: Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß laut Auskunft aller InformantInnen - seien sie aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, der Linken oder den sozialen Bewegungen - die PDS in keinem dieser Bereiche eine Rolle spielt ...

Ub./Bremen

12. Stern über Papenburg. Die neue Teststrecke von Daimler-Benz im Emsland

Rubrik: Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:14

Daimler-Benz, seit dreizehn Jahren in der BRD auf der Suche nach einem geeigneten Gelände für eine gigantische Teststrecke, hat sich nun dem emsländischen Papenburg zugewandt. Und die niedersächsische Koalitionsregierung - Sozialdemokraten und Grüne - gab ungeachtet aller vorherigen Versprechen in Sachen ökologischer Umbau der Industriegesellschaft, Naturschutz und Abrüstung am 7. Mai 91 grüne Licht für die Aufnahme des Genehmigungsverfahrens. Die ehemalige Greenpeace-Streiterin und jetzige niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn brachte die Nachricht eigenhändig nach Papenburg. Die Vermessungsarbeiten für die Teststrecke sind bereits aufgenommen worden.

Vor vier Jahren war der Versuch von Daimler-Benz, im badenwürttembergischen Boxberg die begehrte Teststrecke zu errichten, am vielfältigen und ausdauernden Widerstand der Bevölkerung endgültig gescheitert. Vor dem Bundesverfassungsgericht wurde ein Urteil erstritten, das Enteignung für privatwirtschaftliche Zwecke für rechtswidrig erklärt. Für Mercedes wurde diese Niederlage dadurch abgemildert, daß sich das Land Baden-Württemberg verpflichtet hatte, im Falle der Nichtgenehmigung dem Konzern die bereits aufgekauften Flächen wieder abzukaufen.

Nach Baden-Württemberg ist nun Niedersachsen dran. Das Gelände bei Papenburg, das vor Jahren einmal zur Renaturierung vorgesehen war, ist Eigentum des Landes Niedersachsen bzw. der Stadt Papenburg. Die Region wird auch deshalb als idealer Standort angesehen, da von der ansässigen größtenteils konservativen und erzkatholischen Bevölkerung kaum Widerstand erwartet wird. Die Rechnung scheint auch aufzugehen: Alle Parteien des niedersächsischen Landtages befürworten das Projekt; die Grünen, für die die Teststrecke ehedem ein Koalitionsprüfstein war, brüsten sich nunmehr, eine positive ökologische Gesamtbilanz durch Schaffung von 300 Hektar Ausgleichsflächen erreicht zu haben (Trittin). Für den Papenburger Stadtrat war der Tag der Zusage ein "Tag großer Freude" (Bürgermeister Hövelmann), denn die Schaffung von Arbeitsplätzen - 300 sind versprochen, und weitere Industrieansiedlungen sollen "im Zeichen des Sterns" folgen - steht im strukturschwachen Emsland an erster Stelle.

Bei dem Gelände handelt es sich um eines der größten zusammenhängenden Hochmoorgebiete der BRD, das zwar nicht mehr intakt ist, für das es jedoch, bevor Daimler-Benz sich dafür zu interessieren begann, in den 80er Jahren unter der Albrecht-Regierung Renaturierungspläne gab und von der Schaffung eines Nationalparks die Rede war. Jetzt aber wird das Moorgebiet, das fünfzig vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten beheimatet, als Ödland ohne Wert bezeichnet. Angesichts der Alternative Betonierung oder Renaturierung hat sich die "rot- grüne" Landesregierung für die "freie Fahrt des freien Bürgers" entschieden - die in den Koalitionsvereinbarungen versprochene "neue ökologische Verkehrspolitik" ist überrollt worden.

Militärflugplatz im Moor?

Die geplante Teststrecke ist ein gigantisches Betongebiet mitten im Moor: Eine Fläche von sechs Kilometer Länge und zweieinhalb Kilometer Breite - dies entspricht der Größte von 1600 Fußballfeldern - soll mit einem Lärm- und Sichtschutzwall umgeben werden. Hinter diesem Wall sollen zwei Betontrassen - die eine sechs Kilometer lang und sechzig Meter breit, die andere neunundzwanzig Kilometer lang und fünfundzwanzig Meter breit - sowie Wendeplätze und kleinere Teststrecken verschwinden. (In der Nähe des Projekts liegt übrigens das ehemalige Konzentrationslager Esterwegen.)

Daimler-Benz bestreitet eine militärische Nutzung der Teststrecke. In den Plänen für die Anlage in Boxberg gab es jedoch klare Hinweise auf militärische Planung: An den Ecken des Geländes waren vier "Ohren" vorgesehen, wo sich Flakgeschütze aufstellen ließen, eine Treibstoffpipeline der NATO ging quer durch das Gelände. Solch offensichtliche Hinweise fehlen in Papenburg, es ist jedoch unwahrscheinlich, daß der größte deutsche Rüstungskonzern nur Zivilfahrzeuge testen wird. Auf der Teststrecke würden selbst die größten Militärflugzeuge starten und landen können: Die sechs Kilometer lange sechsspurige Betonpiste ist wie geschaffen, um dem Mangel an großen militärischen Flugplätzen in der BRD abzuhelfen. In diesem Zusammenhang wird auch in der Informationsschrift zur Mercedes-Teststrecke "Der Moorbote" auf die Rolle des Konzerns als größtem Waffenproduzenten Nazi-Deutschlands hingewiesen.

Widerstand gegen die Testrecke formierte sich vor Ort bereits zu Beginn der Planungen 1989. - Anfangs ging es der BI gegen die Teststrecke und den örtlichen Grünen darum, einen Diskussionsprozeß in der Bevölkerung über Naturzerstörung, Verkehrspolitik und Rüstungspolitik in Gang zu bringen - man hatte ja noch Hoffnungen, das Projekt zu stoppen. Die Enttäuschung war dann jedoch groß, als die "rot-grüne" Landesregierung im Mai endgültig zusagte, das Gelände, wenn auch mit Auflagen statt mit Steuervorzügen, an Mercedes zu vergeben.

Am 4. Juli wurde das Baugelände besetzt. Initiatorin und Trägerin des mittlerweile entstandenen Hüttendorfes ist JANUN, die Jugendaktion Natur und Umwelt Niedersachsen, eine Koordination von Jugendlichen aus den Umweltgruppen BUND, DBV, BSH, DJN, Aktion Ameise und LBU. Die Besetzung soll bis zur Aufgabe des Bauvorhabens aufrechterhalten werden, einige BesetzerInnen haben sich auf ein Überwintern eingestellt. Für die BesetzerInnen steht die Teststrecke exemplarisch für viele andere umweltzerstörende Projekte.

In., Oldenburg

Informationen:

Initiative gegen Daimler, Zum Weinberg 4

2957 Westoverledingen, Tel. 04961/76259.

13. Von der Linde bis hinter die Oder Revanchismus in der Provinz

Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Nationalismus; Polen · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:11

Jedes Jahr veranstaltet der BdV einen "Tag der Heimat". Zu diesem werden von Landsmannschaften und BdV-Ortsgruppen bundesweit Treffen und Veranstaltungen abgehalten. In Göttingen hatte sich die Landsmannschaft Schlesien, die vor wenigen Jahren mit ihrem "Volk-ohne-Raum"-Thesen bundesweit von sich Reden machte, dieses Jahr einen ganz besonderen Referenten eingeladen, ein "Stück Heimat", wie er vorgestellt wurde, den Chef der deutschen Freundeskreise in Polen, Johann Kroll.

Traditionell finden solche Veranstaltungen in Göttingen im Gasthaus "Linde" statt. Vor uns betritt eine ältere Dame - "Wo geht's hier zum Schlesiertreffen?" - das Haus. Etwas befremdete Blicke ernten dann wir. Über eine Treppe, die eigentlich eher ein Hinterzimmer erwarten ließ, kommen wir in den ersten Stock und in den bereits vollbesetzten Saal. Vor Kopf eine Wand mit Fahnen - Schlesien, Ostpreußen, Pommern usw., im Saal fünf lange Tafeln, vollbesetzt mit etwa 200 kuchenspachtelnden Alten. Etwas konsterniert von dieser Zahl stehen wir an der Tür, werden reingewunken, da hinten sind noch Plätze frei ... mittendrin. Programme werden verteilt, jeden zweiten TOP nimmt die "Singegruppe" ein. Als nächstes werden Flugblätter der "Vereinigten Ostdeutschen Länder" und der "Nationalversammlung des Deutschen Ostens" verteilt, dann der Kaffee.

Die "Nationalversammlung" ist eine bereits 1969 gegründete revanchistische Vereinigung, der die Politik der neonazistisch durchsetzten Vertriebenenverbände nicht entschlossen genug ist, und die daher 1981 mit einer "Notverfassung" einen "ostdeutschen Staat unter dem Namen Vereinigte Ostdeutsche Länder" gründete.

Später sitzt der Vertreter der "Nationalversammlung" einträchtig ins Gespräche vertieft zusammen mit der Delegation von Hochschulgruppe Pommern und Studentenbund Schlesien und ihrem Chef, dem sattsam bekannten Göttinger NPD-Funktionär Hans Michael Fiedler.

Endlich fängt es an. Begrüßung von Kroll, der eben erwähnten Delegation, Totenehrung, Singegruppe. Dann Grußworte vom Kreisvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV) und vom Kreisvorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen. Der BdV-Vorsitzende hat etwas Schwierigkeiten mit seiner Rede. Er scheint auf dem besten Wege zum Ehrenvorsitzenden. Später stößt er beinahe die Videokamera um, mit der das ganze Spektakel festgehalten wird, wer will, kann sich die Kassette kopieren lassen. Das Ganze ist eine eigenartige Mischung aus Horrorkabinett und mitleidheischender Selbstgefälligkeit.

Dann schließlich wird Kroll angekündigt. Der Sprecher der Landsmannschaft Schlesien heizt ein. Heute, wo jedem Negerstamm das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, würde es den Deutschen nicht zugestanden. "Ist übrigens jemand vom Tageblatt da? Nicht, natürlich nicht! Über uns berichtet man ja nicht." Alle sind gegen sie, die Heimatlosen und Entrechteten. Regelrechte Verschwörungstheorien werden von den Revanchisten nicht nur hier gebastelt. Der stellvertretende Sprecher des Bundesverbandes der Landsmannschaft Ostpreußen, Wolfgang Thüne, sprach anläßlich einer Heldengedenkfeier des Landsmannschaft Ostpreußen Anfang September in Göttingen von den Medien als den "kollektiven Mächten", die "wie auf Befehl und im Gleichklang" "Ostdeutschland mit seiner mehr als 700jährigen Geschichte" wegmanipuliert hätten. Der Schlesier verweist jedoch auf die Stärke der Revanchisten, allein in Göttingen wären sie 25.000 Vertriebene, also etwa ein Viertel der Bevölkerung und wenn sie sich erst einmal einig wären ... Abgesehen davon, daß solche hohen Zahlen der dem BdV eigenen Zählung bis hin ins x-te Glied entspringen, wenn diese Drohung ein realeres Fundament als ein paar zusätzliche Stimmen für NPD, REP o.ä. hätte, wäre das "Göttinger Tageblatt" (GT) sicher erschienen.

Kroll tritt auf

Ein untersetzter Mann, weißhaarig, um die 70. Er fängt an mit seinem "Lebenslauf". 1937 Abitur, 1938 zum Militär, 1939 Einmarsch in die "Tschechei", dann folgt eine Mischung aus "Ostfront"- "Westfront"-Wechseln. Einmarsch in Polen, "zu Fuß bis nach Lemberg", "... sind wir nach Paris marschiert, dabei habe ich mir auch die Bretagne angesehen ...", Vorbereitung auf die "leider mißlungene" England-Invasion in der Normandie ("wir waren schon eingeschifft"), dann wieder in den Osten, "... ich habe die ersten Häuser von Moskau gesehen ..."

- Krieg als Spaziergang, Kriegsverletzung und Schluß. Nach dem Krieg kamen dann die mörderischen Horden aus dem Osten und vergewaltigten die deutschen Frauen. Kaum vorstellbar, daß der Mann das so glaubt. Dem Publikum gefällt's.

Schließlich läßt er von den mordenden und vergewaltigenden Russen und der Vertreibung ab und kommt auf's Thema: den Kulturverein der Deutschen in Schlesien. In drei Punkten will Kroll den Rahmen der Arbeit des Kulturvereins darstellen. Punkt eins: "Wir wollen alles, was wir im Jahr '45 verloren haben, alles, was mit dem Deutschtum zusammenhängt, wollen wir wiederhaben." Fiedler und der Vertreter der "Nationalversammlung" klatschen, der Rest des Saales folgt.

Punkt zwei: Der Kulturverein vertrete die Interessen der Deutschen bei polnischen Institutionen bis hin zum Sejm, aber auch in Deutschland. Er, Kroll, habe mit allen Ministern gesprochen, mit Kohl, Weizsäcker, Genscher und sogar mit dem Vogel. Lachen im Saal. Kroll lacht mit, ja, auch mit dem Vogel. Und der polnische Ministerpräsident habe sich extra bei der deutschen Minderheit eingeladen, um mit ihnen, "den einfachen Leuten", die sie seien, über den deutsch-polnischen Freundschaftsvertrag zu reden. "Wir sind schon eine Macht."

Punkt drei: "Wir wollen die Ausreise stoppen. Wir wollen dort bleiben, für die Heimat, für's Deutschtum, für Deutschland." Dann zählt er die Erfolge des Vereins auf: Deutschunterricht schon in 130 von ca. 270 Schulen, deutsche Kindergärten werden aufgebaut usw. Überall dabei die Bundesregierung, die deutsche Botschaft ... Deutlich wird, daß das, was sich da als "deutsche Minderheit" regt, seit kurzer Zeit überhaupt erst aufgebaut wird. "Wir versuchen zu retten, was zu retten ist ... Ich bin sicher, daß wir in kürzester Zeit das Deutschtum schon bei den Kleinsten retten werden. Und die werden dann Lehrer sein für ihre Eltern." Denn die sprechen auch kein Deutsch, "Deutsch" sind nur die Alten. Aber mit der mächtigen BRD im Rücken ist solche Arbeit leicht zu tun. Stolz stellt Kroll fest, daß die Deutschen in Polen wieder etwas zu sagen haben. Bei Wahlen im Oppelner Bezirk wurden beachtliche Erfolge erzielt, jetzt heißt das Ziel Sejm. Wahlen sind am 27. Oktober. Bielecki habe schon bei seinem ersten Besuch gesagt: "Wir müssen uns ja fürchten, ihr seid die stärkste der Parteien in Polen." Kroll erhofft sich fünf bis sechs Sitze für die Oppelner Schlesier. Wählen dürften übrigens alle, die einen polnischen Reisepaß besäßen, egal, ob gültig oder nicht, ergeht sein Aufruf an die Vertriebenen.

Neben der Liste des Zentralrats der Oppelner Schlesier gibt es auch in anderen Gebieten deutsche Listen, für die sich Kroll nocheinmal neun bis zehn Sitze erhofft.

In Widerspruch zur Versammlung begibt sich Kroll nur am Schluß: Der deutsch-polnische Freundschaftsvertrag wäre eigentlich nicht schlecht, leider bloß unzureichend, da keine direkten Rechte für die deutsche Minderheit ausgehandelt worden seien. Auch würde die zweisprachige Ausschilderung der Orte fehlen, aber da seien sie ganz pragmatisch und würden einfach 50 m hinter dem polnischen Ortsschild ein eigenes, deutsches aufstellen. Was aber vor allem fehle - und der Saal ist erleichtert - sei das Heimatrecht (Siedlungsrecht) für die Vertriebenen. Aber, das ist alles nicht so schlimm. "Die Grenzen sind anerkannt, aber das sind vorläufige Grenzen, (Beifall) alles drängt doch nach Europa ... Ein gemeinsames Europa könnte dazu führen, daß wir uns wieder zusammenfinden ohne Grenzen." Kroll beweist mit diesem Schluß, daß der Streit zwischen BdV und Bundesregierung um das richtige Vorgehen in Sachen Deutsche Ostgebiete doch letztlich ein reichlich konstruierter ist. Der Pragmatismus der Krolls & Co schafft mit Unterstützung der Bundesregierung Fakten, die der BdV sich nur erträumte.

Kroll bewegt sich - entweder vollkommen unbedarft oder ganz bewußt - mit seiner Politik ziemlich unbekümmert zwischen Unionspolitikern und Neofaschisten, gibt Interviews für die Nationalzeitung oder tritt bei der rechtsextremen Österreichischen Landsmannschaft auf; das Publikum im Saal entspricht dieser Bandbreite.

An Kroll zeigt sich, wo das Verbindende liegt - im Deutschtum. Allein die Bundesregierung stellt 200 Millionen DM für den Auf- und Ausbau der Logistik von Organisationen wie dem "Kulturverein der Deutschen in Schlesien" zur Verfügung. Nach Angaben von Kroll gibt es im Raum Oppeln ca. 700.000 Deutsche (nach polnischen Schätzungen die Hälfte), wovon ca. 200.000 im Kulturverein organisiert sein sollen, der wiederum aus dem Westen finanziert, mit Kopierern, Schreibmaschinen, Deutschlandfahne und -karten (mit den 37er Grenzen) ausgestattet wird.

Der Schlesier tritt wieder auf. Zur Diskussion habe er "für nachher" das Clubzimmer reserviert. Er sei sich sicher, daß Herr Kroll da noch einiges erzählen könne, was er am Mikrofon nicht habe erzählen wollen. Aber jetzt erst einmal die Singegruppe mit dem Schlesischen Heimatlied. Uns reicht's, wir gehen. Beim Rausgehen sehen wir, wie der Studentenbund Schlesien in einer Ecke und unterm Tisch seine "Nachrichten" verkauft.

KB-Gruppe Göttingen

AK "Schlesien bleibt polnisch"

14. Aufgeblättert - Broschürenvorstellungen

Rubrik: Frauen und der § 218; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:28

Infotelefon

Das Infotelefon existiert jetzt seit über einem Jahr und soll der schnellen Nachrichten-, Termin- und Info-Übermittlung dienen und damit helfen, das Informationsgefälle zwischen Stadt und Land zu überwinden und Gegenden erreichen, in die normalerweise kein Flugblatt vordringt. Andererseits soll es nach Erreichen eines großen Verbreitungsgrades zur schnellen Mobilisierung, z.B. bei kurzfristig bekanntgewordenen Terminen, Häuserräumungen und ähnlichem dienen. Das Infotelefon ist im wesentlichen ein Anrufbeantworter, auf dessen abhörbarem Teil all die Termine, Infos, Demos etc. zu hören sind, die die AnruferInnen vorher auf den nicht hörbaren Teil des Bandes gesprochen haben. Mindestens einmal am Tag werden diese Nachrichten von dem Infotelefon auf den abhörbaren Teil des Bandes gesprochen. Das Infotelefon ist unter der Nummer: 04221/17815 Tag und Nacht zu erreichen. Für weitere Infos oder Nachrichtenübermittlungen steht eine Postadresse zur Verfügung: Infotelefon c/o Album, Oldenburger Str. 13, 2870 Delmenhorst.

Kontrolliern, Selektieren, Normieren, Manipulieren

Beiträge gegen Bio-, Gen- und Fortpflanzungstechnologien sind jetzt in einer Dokumentation über eine Veranstaltungsreihe zusammengefaßt worden, die Anfang dieses Jahres in Hannover stattgefunden hatte. Die Beiträge befassen sich mit folgenden Aspekten: Gentechnologische Forschung und Anwendung in der BRD; Humangenetische Beratung, pränatale Diagnose und (bundes-) deutsche Rechtssprechung; Für das Recht auf ein behindertes Kind - gegen die Pflicht zum "Qualitätsbaby"; EG 92 und Gentechnologie; Gen- und Fortpflanzungstechnologie an der Tierärztlichen Hochschule Hannover; Medical Park und Expo 2000 (Entstehung und jetzige Situation des Medical Parks in Hannover, ökonomische Aspekte der Spitzentechnologien und ihr Zusammenhang mit der Expo in Hannover, Ideologie der Expo 2000). Darüberhinaus enthält die Broschüre einige interessante Schaubilder zum Stand der Gentechnologischen Forschung sowie aus aktuellem Anlaß Infos zur Genomanalyse gegen Antifaschisten in Braunschweig.

Kontakt und Bestellungen: Arbeitskreis Wissenschaftskritik im Stadtteilzentrum Linden-Nord, Stärkestr. 15, 3000 Hannover 91. Preis: 5.-DM.

Zur Lage in der Türkei und Kurdistan

Die Linke Liste Duisburg, ein Zusammenschluß von verschiedenen linken Hochschulgruppen und unorganisierten Linken, gibt eine Broschüre heraus zum Thema Türkei und Kurdistan. Die Broschüre solle interessierte Studierende ansprechen und ist als Einstieg für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Problematik gedacht. Die Broschüre enthält u.a. Beiträge zu den Themen: Die türkische Studierendenbewegung nach dem Militäputsch 1980; Die Stellung der Frau in der türkischen Familie; Frauenforschung aus der Türkei (Buchbesprechung); Gewalt gegen Frauen und die "Lila Dach"-Stiftung für ein Frauenhaus; Zur Situation der KünstlerInnen in der Türkei; Türkei hinter den Kulissen eines Wirtschaftswunders (Buchbesprechung); Völkermord in Kurdistan - wer ist schuld?

Bestellungen: Linke Liste, c/o ASTA GH Duisburg, Lotharstr. 65, 4100 Duisburg 1, Preis: 1.-DM.

USA-Justiz

Im Land der unbegrenzten Möglichkeiten ist auch der Rechtsbruch kaum begrenzt. Die Aufsätze von Michael Deutsch über politische Gefangene in den USA und der Washingtoner Rechtsanwältin O'Melveny über deren Behandlung vor Gericht bilden einen der Schwerpunkte der kritischen Justizzeitschrift "Demokratie und Recht" (H. 2/91). Die Rechtsprechung des höchsten US-Gerichts in Fragen der Rassen- und Geschlechtsdiskriminierung - letzteres auch für die bundesdeutsche "Quotendebatte" von Relevanz - referiert Sybille Raasch.

Demokratie und Recht, 19. Jg., Heft 2/91 ("Demokratie und Recht"-Zeitschriftenverlag, Hamburg). 120 S., Einzelpreis 15.- (Jahresabonnement, (4 Ausgaben, 60 DM)

amnesty international Jahresbericht 1991

Kaum ein Staat auf dieser Erde, in dem Menschen nicht aus politischen Gründen verfolgt werden; viele Staaten, in denen gefoltert wird - darunter nicht wenige, die sich zumindest bei Teilen der Linken hoher Achtung erfreuten oder noch erfreuen. Die Jahresberichte von amnesty international mögen anmuten wie Geschichten aus ferner Zeit, sind aber - selbst in ihrer Beschränkung auf die Vertretung "gewaltloser politischer Gefangener" - das Bild einer grauenhaften Gegenwart.

amnesty international: Jahresbericht 1991. Frankfurt (Fischer Taschenbuch Verlag) 1991. 505 S., 13.80 DM

Algerien

Salima Mellah, die in der BRD lebende Autorin der "Momentaufnahmen aus einem Land in Aufruhr", bereiste Algerien in diesem Jahr zweimal: zuerst direkt nach dem Ende des Golfkriegs und dann kurz nach der Verhängung des Ausnahmezustands im Juni. Wiewohl es sich tatsächlich vor allem in ihrer Subjektivität und der relativen Zufälligkeit der Auswahl um "Momentaufnahmen" handelt, hat diese Form der Darstellung doch ihren eigenen Reiz, indem sie ein anschauliches Bild des Alltagslebens der algerischen Bevölkerung in Zeiten des Umbruchs vermittelt.

Salima Mellah: Algerien. Momentaufnahmen aus einem Land in Aufruhr. Berlin (Schwarze Risse Verlag) 1991. 160 S., 18 DM

PDS/Linke Liste

Besonderes Interesse an den Themen "Vergangenheit und Zukunft der Linken" sowie "Aufarbeitung des Stalinismus" äußerten die Leser der "LILI-Korrespondenz". Die Redaktion der Zeitschrift ist diesem Verlangen in der neuesten LILI- Ausgabe weitgehend gefolgt. Harald Werner erörtert eine Problematik, die dereinst im Zentrum neulinker Debatten stand, derzeit aber kaum noch Beachtung findet: "Das historische Subjekt der Umbruchperiode und die Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse". Zur Entwicklung der SBZ, insbesondere den Chancen eines "deutschen Weges zum Sozialismus" äußert sich im Gespräch Wolfgang Leonhard, zwischen 1945 und 1949 Mitarbeiter der Agitprop-Abteilung der SED bzw. Professor an der Parteihochschule "Karl Marx", 1949 in den Westen geflohen. Auskunft über die historische Entwicklung des sog. Stalinismus gibt der sowjetische Wissenschaftler A.J. Watlin in seiner Detailstudie "Der heiße Herbst des Jahres 1928. Über die Stalinisierung der Komintern".

LILI-Korrespondenz. H. 5 (Juli/August 1991). Hg. PDS/Linke Liste, Landesverband Nordrhein-Westfalen. 160 S., 5 DM. (Jahresabonnement, sechs Ausgaben, 30 DM)

15. §218: CDU/CSU auf Memmingen-Kurs

Rubrik: Frauen und der § 218 · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:43

"Bloß kein einig Memmingen" forderte die Frauenbewegung im Verlauf der sogenannten Wiedervereinigung. Aber gerade Memminger Verhältnisse waren von der Mehrheit der CDU/CSU für das "vereinigte Deutschland" offenbar von vornherein geplant. Zwar hatte man den Frauen aus dem Osten noch eine Schonfrist gelassen - während einer Übergangszeit sollte auf dem Gebiet der ehemaligen DDR die Fristenregelung weiterhin gelten -, dies war aber nur, wie es sich jetzt zeigt, ein Trick, um zu beruhigen und um eine massive Verschärfung des §218 für die Frauen aus den beiden Deutschländern vorbereiten zu können.

Die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion hat sich nach einigem Tauziehen auf den von einer Kommission der Fraktion ausgearbeiteten Entwurf geeinigt, der eine verschärfte Indikationsregelung zum Inhalt hat. Der Gruppe um den Abgeordneten Herbert Werner (CDU), die auf etwa 70 Abgeordnete geschätzt wird, geht der Kommissionsentwurf allerdings noch nicht weit genug. Sie wird voraussichtlich einen eigenen Gesetzentwurf einbringen, bei dem Abtreibung nur noch bei Lebensgefahr der Schwangeren straffrei sein soll.

Auf Kritik stößt der Kommissionsentwurf allerdings auch bei einer Reihe von rund 40 CDU- Abgeordneten, die die letzte Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch der Frau überlassen wollen und die z.T. eine Fristenregelung mit Zwangsberatung befürworten.

Ärzte als Richter über Frauen

Der "Kompromißentwurf" der Parteikommission lehnt sich sehr eng an die von der CSU in ihrer "Ansbacher Erklärung" vom Juli vorgelegten Leitlinien an. Darin hatte die CSU gefordert, daß die Schwangere und der Arzt die Notlage schriftlich zu begründen haben. Der Arzt sollte die Abbruchentscheidung sogar "schriftlich dokumentieren". In der Begründung dazu heißt es: "Die Entscheidung des Arztes muß jedenfalls daraufhin überprüfbar sein, ob die Voraussetzungen einer Indikation offenkundig nicht vorgelegen haben, die Bewertung des Arztes also eindeutig nicht vertretbar war."(FAZ, 16.7.91) Dafür war die CSU von ihrer bisherigen Position abgerückt, daß für Indikationsfeststellung und Abbruch zwei verschiedene Ärzte notwendig sind. Im Ansbacher Beschluß heißt es dazu, die Zusammenfassung von indikationsfeststellendem und abtreibendem Arzt sei akzeptabel, "weil die ärztliche Verantwortung damit eindeutig feststellbar ist." (FAZ, 16.7.91)

In dem jetzt ausgehandelten Kommissionsentwurf sollen die ÄrztInnen die letzte Entscheidung darüber treffen, ob es sich um eine vom Gesetz vorgeschriebene Indikation handelt; sie sollen darüberhinaus gezwungen werden, die "wesentlichen ärztlichen Gesichtspunkte" ihrer Entscheidung schriftlich festzuhalten. Nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung braucht der Arzt/die Ärztin die Indikation nicht schriftlich zu begründen. Damit wird der Überprüfung durch Richter und Staatsanwälte - wie in Memmingen durchexerziert - Tür und Tor geöffnet. So ist es auch nicht verwunderlich, daß der Unionsentwurf sogar bei konservativen Ärzteverbänden auf Ablehnung stößt. Mit einem solchen Gesetz im Nak- ken würden nur noch sehr wenige Ärzte und Ärztinnen bereit sein, eine Indikation auszustellen und den Abbruch durchzuführen. Keine Frauenärztin und kein Frauenarzt wird das Risiko eingehen wollen, mit einem Bein im Gefängnis zu stehen. Die Frauen werden wie früher gezwungen sein, illegal abzutreiben oder zum Abbruch ins Ausland zu fahren.

Indikationen eingeschränkt

Der Gesetzentwurf sieht außerdem eine Reduzierung der Indikationen vor. Statt bisher vier, soll es nur noch zwei geben, die medizinische und die "psychosoziale" Indikation. Im Falle der "psychosozialen" Indikation dürfen nicht mehr als zwölf Wochen seit der Empfängnis verstrichen sein, sie ist zudem an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Der Arzt muß sich vergewissert haben, daß die Schwangere mindestens drei Tage zuvor beraten worden ist. Außerdem soll der Arzt die Schwangere - über die normalen ärztlichen Gesichtspunkte hinaus - über mögliche "psychische Auswirkungen" eines Schwangerschaftsabbruchs beraten.

In dem Gesetzentwurf wurden außerdem die eugenische und die kriminologische Indikation unter die "psychosoziale" Indikation gefaßt. Die bisherige Frist der eugenischen Indikation wurde von 22 Wochen auf 20 Wochen gesenkt. Die eugenische Indikation wurde offenbar deshalb nicht ganz gestrichen, weil man die behindertenfeindliche Auslesepolitik gezielter betreiben und mehr in die Hände der ÄrztInnen legen will. Für die Frauen bedeutet diese Änderung jedenfalls keine Verbesserung. Ihnen wird eine eigene Entscheidung

darüber, ob sie es sich zutrauen, ein behindertes Kind zur Welt zu bringen, möglicherweise genommen. Eine besondere Schweinerei ist, daß die kriminologische Indikation der "psychosozialen" Indikation zugeordnet wurde. Dies bedeutet, daß eine Frau zum zweiten Mal zum Opfer wird. Sie könnte keinen Anspruch mehr auf einen legalen, straffreien Abbruch nach einer Vergewaltigung geltend machen, wenn ein Arzt oder ein Gericht beispielsweise der Meinung ist, daß die Frau, trotz Vergewaltigung das Kind austragen und zur Adoption freigeben könne. Diese Aufassung wird von beinharten Lebensschützern schon länger vertreten.

Der Entwurf sieht außerdem bei Verstößen gegen das Gesetz wie bisher eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren für den vor, der eine Schwangerschaft abbricht. Auch die Frau kann weiterhin bestraft werden. Es soll bei der bisherigen Rechtslage bleiben, wonach die Schwangere sich nur dann nicht strafbar macht, wenn der Abbruch nach einer Beratung von einem Arzt vorgenommen worden ist. Allerdings soll der Zeitraum von bisher 22 Wochen, innerhalb derer ein Schwangerschaftsabbruch für die Frau straffrei bleibt, auf zwölf Wochen reduziert werden! Wer gegen die Beratungspflicht verstößt, kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr rechnen. Was Unionspolitiker unter "Beratung" verstehen, liest sich so: "Die Beratung dient der Schwangeren und dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat die Aufgabe, die Schwangere zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen." (Hervorhebung d.Vf.) Die Anerkennung der Beratungsstellen wird von diesem Beratungsziel abhängig gemacht. Dies könnte das Aus für Beratungsstellen bedeuten, die sich einem vorgegebenen Beratungsziel nicht von vornherein unterwerfen wollen.

Zugeständnis an Unions-Extremisten

Dieser Gesetzentwurf übertrifft alles, was von der CDU bisher an Verschärfungen in Sachen §218 geplant war und ist eindeutig ein Zugeständnis an die rechtsaußen angesiedelte Fraktion in der Union. Sollte dieses Gesetzeswerk parlamentarisch durchgesetzt werden, wäre dies ein Rückschritt hinter die Indikationsregelung von 1976.

Die Vertreterinnen eines sogenannten "Dritten Weges" wie Rita Süßmuth oder Frauenministerin Merkel, die ursprünglich die letzte Entscheidung über den Abbruch der Frau überlassen wollten, konnten sich in der Union nicht durchsetzen und gaben vorerst klein bei. Die Frauenministerin Merkel behauptet sogar, der vorliegende Entwurf sei eine Verbesserung für Frauen. Auch die ehemalige Volkskammerpräsidentin Bergmann- Pohl, die früher für eine Fristenregelung war, hatte für den ausgehandelten Kommissionsentwurf gestimmt. Nachdem die Gruppe um den Abgeordneten Werner allerdings angekündigt hatte, sie überlege, ob sie einen eigenen schärferen Gesetzentwurf im Bundestag einbringe, melden sich innerhalb der Union jetzt auch die zu Wort, denen der Kommissionsentwurf zu weit geht. Für den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Wallmann ist die Union in Sachen Abtreibung nicht auf der Höhe der Zeit, da eine Strafvorschrift, die nicht angewandt wird, sich selbst aufhebe und die "Glaubwürdigkeit des Staates zerstört". Er sprach sich im Magazin "Der Spiegel" für eine Fristenregelung mit Zwangsberatung aus. Der Abgeordnete Eylmann (CDU), kündigte an, eine Gruppe von ca. 40 Abgeordneten werde im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens durchzusetzen versuchen, die "letzte Entscheidung" bei der Abtreibung der Frau zu überlassen.

In der Union gibt es so gesehen keine einheitliche Linie. Kohl und die CDU-Führungsriege stehen immer noch vor dem Problem, eine Linie finden zu müssen, die sowohl die harte "Lebensschützerfraktion" einbezieht, als auch die, die von dem Eindruck der Strafverfolgung nach "Memminger Muster" Abstand nehmen wollen.

FDP-Poker

Die FDP, die zusammen mit der SPD, Bündnis 90/Grünen und PDS eine parlamentarische Mehrheit bilden könnte (maximal 343 Abgeordnete), hat sich bis heute nicht auf ein Fristenregelungsmodell mit der SPD eingelassen. Noch vor der Unterzeichnung des Einigungsvertrages hatten beide Parteien großspurig die guten Chancen für eine gesamtdeutsche Fristenregelung gepriesen. Es sieht aber alles danach aus, daß Liberale und Spitzenpolitiker der Sozialdemokraten gar kein ernsthaftes Interesse an einem gemeinsamen Entwurf haben, der eine tatsächliche Verbesserung der bisherigen Regelung für die Frauen in Ost und West und eine Alternative zum Unionsentwurf sein könnte. Zwar wird pro forma gegen den CDU/CSU-Entwurf protestiert, es werden aber kaum Anstrengungen unternommen, der Offensive der Konservativen etwas entgegenzusetzen. So warnen FDP-Politiker, wie der Bundesjustizminister Klaus Kinkel, vor einem "nicht unerheblichen verfassungsrechtlichen Risiko", falls die Indikationsregelung durch eine Fristenregelung ersetzt werden sollte und schlägt vor, die Straffreiheit von Abtreibungen möglicherweise von der geltenden Zwölfwochen-Frist auf

zehn Wochen zu verkürzen. Die FDP-Politikerin Schmalz-Jacobsen kündigte im Juli noch an, daß es einen gemeinsamen Gesetzentwurf der FDP mit der SPD nicht geben werde. Für sie sei überhaupt nicht klar, ob der SPD-Entwurf in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion überhaupt eine Mehrheit habe. Auch von der Zwangsberatung rückt die FDP bislang keinen Zentimeter ab. Einzelne SPD-PolitikerInnen dagegen verabschieden sich schon von ihrem recht weitgefaßten Fristenregelungsmodell, das im Gegensatz zum FDP-Gesetzentwurf keine Strafandrohung und Zwangsberatung vorsieht. (s. ak 332) Die FDP macht weiterhin Druck von rechts. So kündigt sie mittlerweile zwar Bereitschaft zur Verhandlung mit der SPD an, weist aber gleichzeitig darauf hin, daß SPD und FDP allein über keine ausreichende Zahl von Stimmen verfügen und man deshalb Stimmen aus der CDU gewinnen müsse. (Die Stimmen von Bündnis 90/Grüne und PDS werden schon gar nicht mehr mitgezählt.) Erste Zugeständnisse an die Union werden von der FDP-Führungsspitze schon gemacht.

PolitikerInnen der großen Parteien hatten unter der Losung "Hilfe statt Strafe" umfassende Programme sozialpolitischer Maßnahmen in ihre Gesetzentwürfe aufgenommen, durch die Schwangerschaftsabbrüche angeblich verhindert bzw. reduziert werden könnten. Diese sozialen Begleitmaßnahmen wurden von SPD und FDP als notwendige Voraussetzung genannt, damit ihre Gesetzentwürfe vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand haben. Von diesen Maßnahmen wird voraussichtlich nicht viel übrig bleiben. Nachdem Finanzminister Theo Waigel die sozialpolitischen Leistungen aus dem Unionsentwurf gekippt hat - die Erhöhung des Kindergeldes von 600 auf 750 Mark monatlich wurde abgelehnt, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz wurde auf das Jahr 1997 verschoben - macht die FDP-Führungsspitze erste Zugeständnisse. FDP-Fraktionsvorsitzender Solms sowie der FDP-Vorsitzende Lambsdorff wollen wechselnde Mehrheiten bei der Abstimmung um ein neues Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch nicht mehr für den sozialpolitischen sondern nur noch für den strafrechtlichen Teil zulassen. Die SPD hatte schon Anfang September den Kurs bestimmt: SPD-Chef Björn Engholm erteilte dem parteieigenen Gesetzentwurf eine Absage mit der Begründung, es gäbe kein Geld mehr für Leistungsgesetze.

Entscheidung erst 1992?

Ein Gesetzentwurf zur Neuregelung der Abtreibung braucht im Parlament die absolute Mehrheit. Die CDU/CSU hat 319, die FDP 79, die SPD 239, Bündnis 90/Grüne 8 und die PDS 17 Abgeordnete. Im Augenblick würde wohl kein Gesetzentwurf die nötige Mehrheit bekommen. Der Union fehlen für die absolute Mehrheit 14 Stimmen, aber noch ist die Union zu sehr gespalten, um die eigenen Abgeordneten auf ihren Entwurf zu verpflichten. Auch der FDP-Entwurf hat noch keine Mehrheit, auch wenn Teile der Union und einzelne Abgeordnete der SPD sich schon in Richtung FDP-Gesetz bewegen. Es ist auch noch nicht absehbar, ob die FDP einen Bruch mit ihrer Koalitionspartnerin, der Union, tatsächlich wahrmacht. So wird man wahrscheinlich in nächster Zeit weiterverhandeln. Bis Ende 1992 haben die Parteien noch Zeit. Sollte bis dahin kein Gesetzentwurf die erforderliche Mehrheit finden, würde die jetzige Regelung über die geplante Frist bis Ende 1992 hinaus vorläufig weitergelten, also im Westen die Indikationsregelung und in der ehemaligen DDR die Fristenregelung. Dann würde die Union sehr wahrscheinlich wie 1975 vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, diesmal gegen die DDR-Fristenregelung. Allerdings, das haben CSU-Politiker schon angekündigt, würden sie das Bundesverfassungsgericht auch für den Fall anrufen, daß sich der Bundestag mit Mehrheit für eine Fristenregelung entscheidet.

Ein frauenbewegter "heißer Herbst" steht an, damit nicht eine Regelung rauskommt, die noch hinter die alte Indikationsregelung aus dem Westen zurückfällt. Am 26. September werden die Gesetzentwürfe in erster Lesung im Bundestag behandelt. Dies darf nicht ohne die Stimmen der Frauen über die Bühne gehen.

Sy.

16. Nato, Mafia und Mittelmeer Zur Nato-Basis in Crotone

Autor: Alexander Muth · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:18

Italien, Ende der achtziger Jahre vorübergehend an die dritte Stelle der europäischen Industriemächte gerückt, erlebt verstärkt seit dem Golfkrieg Diskussionen, die deutschen Linken bekannt vorkommen müssen. Von gewachsener internationaler "Verantwortung" und "neuen Aufgaben" wird da geredet. Durch Umstrukturierung sollen die italienischen Streitkräfte für Interventionen fern der Heimat vorbereitet werden.

Leider etwas zu spät erreichte uns ein Aufruf von Alexander Muth aus dem Medienzentrum Wien, in diesem Jahr "politischen Urlaub" in den u.a. von Autonomen organisierten Anti- NATO-Lagern in Italien zu machen. Immer noch aktuell ist allerdings der Artikel, mit dem Alexander Muth über die NATO-Basis in Crotone informiert.

Italien ist übersät, und zwar gerade in den ärmsten Regionen - die jeweils entweder von der Mafia oder von den Christdemokraten beherrscht werden - von militärischen Einrichtungen der NATO: das geht von den größten Basen wie Taranto in Calabrien, Sigonella bei Neapel, Camp Darby in der Toscana, La Spezia in Ligurien, Aviano in Friaul und Gioia del Colle bis zu kleinen und kleinsten Kommunikationszentren, die alle während des Golfkriegs pausenlos aktiv waren. In dieser Zeit wurden auch drei zivile Flughäfen zu militärischen umgewidmet, darunter der Flughafen Malpensa bei Mailand, gegen den mit Demonstrationen und Blockaden vorgegangen wurde. Systematisch werden die südlichen Regionen Sizilien, Sardinien, Apulien und Calabrien zu weit ins Mittelmeer hinausragenden Waffenarsenalen ausgebaut.

Die Atom-NATO wird aus Spanien hinausgeworfen und dringt in Italien ein

In Spanien konnte vor einigen Jahren im Rahmen eines Anti-NATO-Volksbegehrens, das mit einer breiten radikalen Massenmobilisierung verbunden war, der Auszug der atomar bestückten F-16-Jagdbomber aus der Basis Torrejón bei Madrid erzwungen werden. Die NATO hat sich daraufhin bewußt und erfreut die Schwachstelle im europäischen Körper, nämlich den unterpolitisierten, apathischen und arbeitslosen Süden Italiens, in diesem Falle Calabrien, als Neustationierungsort für diese Mordinstrumente auserkoren. 76 F-16-Jagdbomber des 401. Luftwaffengeschwaders sollen bis zum 4. Mai 1992 in Crotone stationiert sein.

Zu diesem Zweck soll eine völlig neue Air Base gebaut werden. Die Entscheidung darüber wurde im Jahre 1988 von allen NATO-Staaten einhellig gefällt und anschließend durch eine Abstimmung im italienischen Parlament sanktioniert. Die Kosten für den Neubau werden auf etwa eine Billion 500 Milliarden Lire (umgerechnet etwa zwei Milliarden DM) veranschlagt. Die Bezahlung übernehmen die NATO-Mitgliedsländer. Der Personalstand des Geschwaders, militärische und Zivilpersonen zusammen, beläuft sich derzeit auf 4.800 Mann.

Die atomar bestückten Jagdbomber und die Basis von Crotone haben zentrale Bedeutung für die Neustrukturierung und die neue Strategie der NATO. US-Kriegsminister Cheney hat es schon im Jahre 1989 (als es noch den Warschauer Pakt gab) deutlich ausgesprochen: "Auch wenn bei den Wiener Verhandlungen morgen mit dem Warschauer Pakt eine Reduktion der Streitkräfte vereinbart werden sollte, so bliebe doch die Verlegung des 401. Geschwaders von vitaler Bedeutung für die Südflanke der NATO. Die Allianz braucht diese Flugzeuge, mit denen der Mittelmeerraum abgedeckt werden muß." (zit. nach: "La Gazetta del Sud") Wie frei ist erst die Südostflanke ohne Warschauer Pakt! - Im Oktober des vergangenen Jahres fordert die Bush-Administration vom Kongreß die Baugenehmigung für Crotone. Crotone sei für künftige Operationen am Golf und im Mittleren Osten unerläßlich. "La Repubblica" zitiert am 13.10.1990 einen hohen US-Beamten: Durch die Golfkrise sei klar geworden, wie wichtig im Mittelmeer eine hohe Anzahl von logistischen Stützpunkten sei, speziell für Flugzeuge. - Zu diesem Zeitpunkt war übrigens eines der drei Jagdgeschwader aus Torrejón gerade nach Saudiarabien verlegt worden. Wörner, Baker und Bush geben periodisch Statements ab, in denen die Notwendigkeit des Baus von Crotone betont wird. John Galvin, Oberbefehlshaber der NATO-Truppen in Europa: "Es gibt nichts Wichtigeres als die Errichtung dieser Basis, die die F-16 im Zentrum des Mittelmeers beherbergen wird."

Und tatsächlich: Das Funktionieren der italienischen Stützpunkte innerhalb des Gesamtnetzes ist aus geographischen Gründen - im Hinblick auf die Südostflanke, nachdem der Osten zum (großen) Teil seine Relevanz verloren hat - von wesentlicher Bedeutung; und gleichzeitig ist auf italienischem Territorium - was für ein Geschenk für die NATO! - diese Militärpolitik aufgrund des beinahe gänzlichen Ausverkaufs der italienischen Parlaments- und Parteipolitik and die NATO - derzeit wie kaum sonstwo leicht durchzusetzen. Das betrifft auch die zu einer NATO-Partei verkommene PDS (die ehemalige Kommunistische Partei Italiens). Zusätzlich fällt nunmehr der Warschauer Pakt als wesentlicher Eindämmungsfaktor für die monopolare Weltaggression weg.

NATO: Das ist, um die Terminologie der italienischen Autonomen - und nicht nur ihre - zu übernehmen: der bewaffnete Arm der neuen Weltordnung, der dann aktiviert wird, wenn die Friedhofsruhe und die Ausbeutungsmechanismen durch die Manöver des IWF, der Weltbank und der zu einer Schelle und Klapper der USA verkommene UN nicht mehr ausreichend garantiert werden können. Das atlantischste Land, das mit den stärksten Staatsterrorapparaten und das zentralst gelegene ist Italien. So wird in unmittelbarer Zukunft Italien zum Gendarmen des Mittelmeeres werden. Die F-16 Todesbasis hat hier primäre Bedeutung. Notwendig ist deshalb eine radikale und solidarische Einbindung sämtlicher europäischer antinuklearer Bewegungen gegen die NATO in Italien, und speziell gegen die F-16.

Erpressung und Verelendung

Die Region weist die höchsten Arbeitslosenzahlen von ganz Italien und das niedrigste Pro-Kopf-Einkommen aus. Insbesondere in der unmittelbaren Umgebung von Crotone ist eine soziale Infrastruktur nicht oder nur in Ansätzen vorhanden. Hand in Hand damit geht "die schreckliche Verbreitung des Heroins", um ein Flugblatt des Centro Sociale Gramna in Cosenza zu zitieren. Zusätzlich wird die Bevölkerung durch die "'ndrangheta", eine regionale, der sizilianischen Mafia ähnliche Organisation, die mit einem großen Teil der Unternehmerschaft verquickt ist, in Schrecken oder Klientelabhängigkeit gehalten. Aus diesen Gründen und angesichts der allgemeinen Verarmung und Arbeitslosigkeit zieht bei vielen Leuten die Argumentation: Durch die Basen käme Geld, kämen Arbeitsplätze ins Land, die Calabresen würden gute Geschäfte machen. Und woher sollte Geld, wenn überhaupt, sonst auch kommen? In Wirklichkeit wurde aber bisher nur Folgendes geboten: Im Umfeld der bereits existierenden Basen sind Mieten und Preise um ein Vielfaches gestiegen, und natürlich auch, was unabdingbar dazugehört zu Krieg, Mafia und Kapitalismus: die Vergewaltigungen!

Und schließlich braucht die Air Base Grund und Boden. Zu diesem Zweck müssen insgesamt 137 Familien, meist Bauern, enteignet werden. Für solche Enteignungen gibt es natürlich eine gesetzliche Basis: ein "Präsidentielles Dekret für öffentliche Nutzung". Die Grundstückspreise werden in die Höhe getrieben: derzeit betragen sie in Crotone das Dreifache des ortsüblichen Levels. Das bedeutet eine zusätzliche Verlockung und Korrumpierung der Eigentümer.

1989 begann man, die Enteignungsbedrohten zu bearbeiten. Treffen und Veranstaltungen mit Exponenten der Luftwaffe, ja mit dem amerikanischen Konsul in Neapel wurden - mit Zuhilfe der dienstfertigen Christdemokratischen Partei, der "Dollarpartei", wie sie dort genannt wird - organisiert. Militärs besuchten den ganzen Sommer 1989 hindurch jede einzelne der betroffenen Familien und traten dabei mit einem Gemisch aus Drohungen und großartigen Preisversprechungen auf. Bei dieser Gelegenheit konnte auch die Beschaffenheit der Grundstücke, sowie der jeweilige Grad der Bindung der Besitzer an ihr Eigentum genau erkundet werden. Den Kommunalbeamten wurden Reisen nach Torrejón und Ramstein finanziert. Ein Leutnant Dettolo bekam in der Lokalpresse breiten Raum: "Der Hafenbetrieb wird ausgeweitet werden können, das Straßennetz ausgebaut. Dasselbe gilt für den Bahnhof. Die Base bedeutet auch, daß die öffentlichen Institutionen eine gesunde Injektion von Effizienz und Konkurrenzdenken verpaßt bekommen: das betrifft die Justiz, das Gesundheitswesen, die Schulen. An den Stellen, wo jetzt die Stadt verfällt, werden zusätzliche Mittel für Renovierungen eingesetzt werden können, für die Sauberkeit der Straßen und Strände, für die Beseitigung des Verkehrschaos, für die Errichtung von Grünanlagen."

Zuschlagende Geheimregierung

Die örtliche Unternehmerschaft ist natürlich auf die Aufträge scharf und hat bereits - vor mehr als einem Jahr - einen eigenen Interessensverband gegründet, und gleichzeitig diplomatisch verkündet, auch norditalienisches wie internationales Kapital werde eingebunden werden. Auf den Druck der mit der Mafia der Region

zusammenarbeitenden Kapitalisten hin schickte der Verteidigungsminister sogar einen hohen Beamten nach Calabrien, um den lokalen Unternehmern, also indirekt der "'ndrangheta", in aller Öffentlichkeit eine Quote von 20% am Auftragskuchen zuzusichern. Doch schon bald mußte der Chef des Unternehmerverbandes von Crotone wild aufschäumen: Der Minister will uns nicht empfangen, mit keinem calabresischen Unternehmen und keiner Institution hat er Gespräche führen wollen. Und infam tönt er in einem Offenen Brief an den Präsidenten der Republik, Francesco Cossiga: "Vor wem müssen wir uns den verteidigen? Vor der Mafia oder vor dem Staat?"

Die Kenntnis der italienischen Verhältnisse läßt eine Phase befürchten, in der die örtlichen Mafien die Funktion von (mit niedrigen, dosierten und gezielten Einsätzen agierenden) Todesschwadronen gegen die Antinuklearen übernehmen werden.

Alexander Muth, Wien

Verwendete Materialien:

No alla NATO, no agli F-16, Dokumentation, 1990. Hrsg. Coordinamento Nazionale Antiimperialista Antinucleare. Einige Artikel aus dem "manifesto" aus dem Jahre 1989. Flugblätter der Centri Sociali.

17. Sozialisten für italienische Großmachtpolitik

Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:17

In Italien hat die Vorwahlkampfzeit begonnen. Eine der ersten zu diesem Zweck auf den Markt geworfenen Hochglanzbroschüren kommt von den Sozialisten. "Per il rinnovamento istituzionale e il progresso sociale" ("Für die Erneuerung der Institutionen und sozialen Fortschritt") heißt diese Schrift, die als "programmatisches Dokument" vom PSI-Kongreß im Juni beschlossen wurde. Die Partei, die mit Außenminister Gianni De Michelis einen profilierungssüchtigen Politiker in ihren Reihen hat, der allzu gern aus dem Schatten Genschers treten möchte, bekennt sich darin offen zu italienischer Großmachtpolitik. Die soll sich, selbstverständlich, nicht gegen die europäischen Partner richten, wohl aber in Konkurrenz zu den ökonomischen Supermächten USA und Japan treten: "Die Entscheidung für Europa wird also eine historische Entscheidung und eine große Gelegenheit: Gelegenheit für kollektive Entwicklung, die Europa auf das Niveau der beiden größten Wirtschaftsmächte, der Vereinigten Staaten und Japan, heben und ihm erlauben kann, sich schrittweise nach Osten auszudehnen und seine Verpflichtungen gegenüber den anderen benachbarten Regionen zu erfüllen".

Traditionell beanspruchtes italienisches Einflußgebiet ist nicht nur Südosteuropa, vor allem Jugoslawien und Albanien; zumindest mitreden will man auch im Nahen Osten. Ein möglicher Ansatzpunkt für eigenständige diplomatische Aktivitäten gegenüber Jugoslawien liegt in der unsicheren Lage der italienischen Minderheit in Istrien. Zwischen der italienisch-jugoslawischen Grenze bei Trieste und Rijeka (italienisch Fiume) leben heute noch offiziell 15.000 ItalienerInnen. 350.000 hatten nach 1945 die Region verlassen, die 1947 Jugoslawien zugeschlagen worden war. Fulvio Varljen, Sprecher der Italiener mit jugoslawischem Paß in Rijeka, der schon einen Hilferuf nach Rom geschickt hat, sieht die italienische Minderheit in höchster Gefahr: "Wir sind Geiseln, der Gnade der bewaffneten Banden ausgeliefert, die gegenwärtig Jugoslawien in Stücke hauen. Wir sind die einzigen Unbewaffneten in einem Land, in dem jede ethnische Gruppe ihre Miliz hat, und wo es leichter ist, sich eine Maschinenpistole zu besorgen, als ein Buch zu kaufen. Das ist ein höllisches Durcheinander, der Libanon vor den Toren von Trieste. Wer weiß, ob die in Rom sich darüber klar sind." (zitiert nach "Panorama", 14.7.91).

Offen revanchistische Forderungen gegenüber Jugoslawien erheben in Italien nur der neofaschistische MSI und die Liberalen. Die Sozialisten setzen einstweilen auf wirtschaftliche Expansion, für die sie Italien bestens gerüstet sehen: "wegen seiner Flexibilität, wegen der Lebendigkeit seiner Unternehmer, wegen seines besonders bei den jungen Leuten verwurzelten Europa-Bewußtseins". Daß der in Italien im Zuge der europäischen Integration vorausgesagte "noch nie erlebte Aufschwung" auch militärisch abgesichert werden soll, ist für den PSI kein Staatsgeheimnis: "Eine Außenpolitik ohne angemessene Unterstützung durch militärische Macht läuft Gefahr, wirkungslos zu werden". Der PSI unterstützt deshalb den Aufbau einer rein europäischen Schnellen Eingreiftruppe. Aus der internationalen Rolle Italiens ergibt sich für den PSI die Notwendigkeit der Umstrukturierung der Streitkräfte: "Italien braucht heute eine mobile, wirkungsvolle, technologisch hochentwickelte und nach neuer Risikoabwägung aufgestellte Verteidigung: eine Verteidigung, die nicht mehr nur territorial ist, sondern auch in anderen Gegenden als dem nationalen Territorium und vielleicht weit entfernt davon wirken können muß - aus Gründen unserer Verantwortung und möglichen Verpflichtungen zum Schutz des internationalen Rechts".

Js., Hamburg

18. Äthiopien - eine zweite Revolution? (Teil 1)

Rubrik: Äthiopien · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:21

Am 25. Mai brach in Addis Abeba nach 17 Jahren Herrschaft eines der brutalsten Regime auf dem afrikanischen Kontinent unter den militärisch koordinierten Schlägen mehrerer Befreiungsbewegungen zusammen. So schwierig die gegenwärtige Situation auch zu beurteilen sein mag, es ist wahrscheinlich, daß mit der angestrebten Unabhängigkeit der 1950 von Äthiopien annektierten Provinz Eritrea ein neuer Staat in Afrika entsteht, und diese Sezession wird möglicherweise ein weiteres Auseinanderfallen Äthiopiens nach sich ziehen.

Thema dieses Artikels sind die historischen und sozialen Hintergründe der Klassenkämpfe in Äthiopien, die zur ersten äthiopischen Revolution 1974, dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und dem Entstehen des "äthiopischen Sozialismus" führten. Die sozialen und nationalen Befreiungskämpfe der Völker Äthiopiens, insbesondere der Oromo, der Eritreer und der Tigreer gegen die im sozialistischen Vokabular schlecht verpackten Formen der Unterdrückung jeder demokratischen Opposition durch das Mengisturegime mündeten 1991 in der zweiten äthiopischen Revolution, deren Akteure mit dem Versprechen die politische Arena betreten hatten, die auf halbem Wege stehengebliebenen politischen und ökonomischen Forderungen der ersten äthiopischen Revolution 1974 (Landreform, Demokratie und politische Selbstbestimmung der Völker Äthiopiens) zu vollenden.

Ein zweiter Artikel, der in einem der nächsten AKs folgt, wird die aktuellen Geschehnisse seit Juni 1991 behandeln, d.h. der Frage nachgehen, inwieweit die ersten Schritte der "Befreiungsbewegungen als Staatsmacht" dazu beitragen, das Versprechen einer "Vollendung der äthiopischen Revolution" in die Praxis umzusetzen.

Äthiopien entstand als Staat in heutiger Größe im 19. Jahrhundert selbst als Kolonialmacht im Wettlauf mit dem britischen und italienischen Kolonialismus um die Unterwerfung der im Süden des alten äthiopischen Stammlandes ansässigen Völker. Bis dahin bestand das Kaiserreich Äthiopien hauptsächlich aus den Nordprovinzen Amhara (die Amharen sind bis heute das Staatsvolk, von dem mit einer Ausnahme alle Kaiser abstammten), Tigre und Shoa. Zugleich befindet sich Äthiopien im Rang eines der ärmsten und unterentwickeltsten Länder. Die innere Struktur des Landes war bis 1974 entscheidend geprägt von der Dominanz eines auf den Weltmarktexport orientierten Großgrundbesitzes und dessen Blockierung einer umfassenden Landreform, nur marginaler Industrialisierung und einem autoritären politischen Regime, durch das die herrschende Klasse einer Explosion der Widersprüche hauptsächlich mit nackter Gewalt vorbeugte.

Die traditionelle Feudalordnung in den Nordprovinzen beruhte darauf, daß die Bauernfamilien kollektive Landnutzungsrechte (RIST) besaßen und nur gezwungen waren, dem kaiserlichen Zentralstaat, den feudalen Granden und der christlich-äthiopischen Kirche fixe Abgaben (GULT) zu entrichten. Auf Grundbesitz beruhende Hörigkeitsverhältnisse (wie im klassischen europäischen Feudalismus) waren nicht entstanden, und die feudale Zentralgewalt beschränkte sich auf militärische und einige wenige politische Koordinierungsfunktionen.

Mit der Eroberung der Südprovinzen im 19. Jahrhundert (zwei Drittel des heutigen Äthiopiens) vollzog sich eine radikale Zerstörung der sozialen Lebensgrundlagen der dortigen halbnomadischen Bevölkerung. Grundbesitz und Landnutzungsrechte im Süden wurden großzügig an Aristokratie, Offiziere und Soldaten aus dem Norden verteilt, die unterworfene Bevölkerung in den halbsklavischen Zustand der Hörigkeit geworfen und ihnen ein Feudalsystem aufoktroyiert, das frappierende Ähnlichkeit mit dem klassischen europäischen aufwies.

Nachdem 1896 die koloniale Unterwerfung Äthiopiens durch Italien kläglich scheiterte (die italienische Kolonialarmee wurde bei Aduwa vernichtend geschlagen), vollzog sich bis 1936 unter Kaiser Haile Selassie eine sukzessive "Europäisierung" des äthiopischen Feudalstaates: Abschaffung feudaler Partikulararmeen zugunsten der Errichtung einer Nationalarmee, zentrales Steuersystem, bezahlter staatlicher Verwaltungssektor und Einführung eines "modernen" Bildungssektors, der allerdings nach wie vor in enger Verbindung mit dem Klerus gehalten wurde.

Die kurze Kolonialzeit, in der es 1936 dem faschistischen Italien gelang, ganz Äthiopien zu unterwerfen, wurde 1941 von britischen Truppen beendet. Diese Zeit hinterließ wenig soziale Spuren, aber die Anfänge einer

Infrastruktur (Straßen und Elektrifizierung) und einer Agroindustrie (Farmsystem und Verarbeitung), eine kleine Arbeiterklasse und eine schwache Bourgeoisie, die nie eigene politische Interessen artikulierte, sondern sich vollständig in die feudale Elite des Kaiserreiches integrierte.

Nach 1945 (1949 zogen die Briten aus Äthiopien ab) spielte der aufgeblähte Militärapparat eine wesentliche Rolle bei der Integration Äthiopiens in den kapitalistischen Weltmarkt und der Aufweichung der inneren Feudalstrukturen. Besonders die Abhängigkeit von Waffenlieferungen aus den USA und Großbritannien zwang das Land, sich dem Weltmarkt mehr als bisher zu öffnen (Devisen) und durch Einladung ausländischen Kapitals den aus italienischer Hinterlassenschaft übernommenen Agrarsektor weiter auszubauen. Dieser mit modernen Produktionsmitteln ausgestattete Sektor stand in schlagendem Kontrast zu einer nur mit primitivsten Mitteln wirtschaftenden bäuerlichen Kleinproduktion, die sich hauptsächlich auf Subsistenz beschränken mußte und insbesondere durch die drückenden Feudalabgaben bar jeder Entwicklungsperspektive war.

Die Revolution 1974

Als Resultat dieser Produktionsverhältnisse und einer politischen Herrschaftselite, die ohne ernsthaften Reformwillen das Land bis aufs Blut aussaugte, entstand Anfang der 70er Jahre eine explosive Situation, deren revolutionärer Ausbruch durch eine verheerende Hungersnot den letzten Anstoß erhielt. Hunderttausende krepierten elendiglich, während 1973 das Land 204.000t Getreide exportierte. Die Bevölkerung der Hauptstadt erfuhr durch Radiosendungen des Auslandes von der Katastrophe, weil die gleichgeschalteten Medien des Landes sich in Schweigen hüllten.

Eine Reihe anderer Faktoren trat hinzu, die die bestehenden Widersprüche verdichteten:

1. Seit 1961 führte das kaiserliche Regime einen fast aussichtslosen Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung der nationalistisch orientierten ELF (Eritrean Liberation Front) und der sozialrevolutionär orientierten EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front) in Eritrea. Von 1895 bis 1941 italienische Kolonie, hatte Eritrea eine teilweise andere Entwicklung erfahren als Äthiopien. Insbesondere hatte die italienische Kolonialpolitik deutliche soziale Spuren hinterlassen: starke Machtbeschneidung des Klerus der äthiopischen Kirche und der feudalen Granden (ihr Grundbesitz wurde z.T. zugunsten italienischer Siedler enteignet), eine auf die Kolonialbedürfnisse zugeschnittene Industrie und eine der bestorganisierten Arbeiterbewegungen des Kontinents. Die UNO- Entscheidung, Eritrea als autonome Provinz dem äthiopischen Staat anzugliedern, führte - ohne daß die Bevölkerung je gefragt worden wäre - 1950 zur Annexion Eritreas. Das Massaker äthiopischer Truppen an streikenden eritreischen Arbeitern 1958, die rigorose Unterdrückung der Opposition und die desolate wirtschaftliche Lage nach dem Abzug der Briten waren die Hauptfaktoren, durch die der bewaffnete Unabhängigkeitskampf in Kürze zum Flächenbrand wurde.

2. Die linke städtische Intelligenz, vor allem Lehrer und Studenten, trugen den revolutionären Marxismus aus der Studentenbewegung in den USA und Europa in die brodelnde Unruhe der Hauptstadt Addis Abeba während der letzten Jahre des kaiserlichen Regimes. Im Verein mit militanten Teilen der Gewerkschaftsbewegung wurden sie zur Speerspitze der Revolution.

3. Die unteren Militärränge revoltierten: Die schlechte Verpflegung und der Abnutzungskrieg gegen die eritreische Befreiungsbewegung ließ Soldaten und Offiziere zuerst nur mit an den Kaiser gerichteten Forderungen nach Reformen die politische Bühne betreten. Vom Strudel der städtischen Bewegung mitgerissen, radikalisierten sich die Militärs. Während die hohen Offiziere, die meist durch Korruption, Landbesitz und Verwandtschaft aufs Engste mit dem kaiserlichen Hof verflochten waren, zum Regime hielten, scherten das mittlere Offizierskorps und die einfachen Soldaten bäuerlichen Ursprungs nach links aus und solidarisierten sich mit Arbeitern, Bauern und der städtischen Intelligenz.

4. Die Bauern, d.h. mehr als 80% der Bevölkerung, trugen die Forderung nach Landreform bis auf die Straßen der Hauptstadt.

Als die Monarchie sich Anfang 1974 angesichts von Streiks und Demonstrationen isoliert fand, ohne den Sturm noch durch Einsatz militärischer Gewalt brechen zu können, versuchte sie vergeblich, sich durch Ankündigung von Reformen und Hilfsaktionen für die Hungeropfer zu retten. Am 28.6.1974 gründete sich das DERG (Koordinationskomitee der Streitkräfte) aus Offizieren der mittleren Ränge. Nur sechs Wochen später zwang das DERG den letzten äthiopischen Kaiser Haile Selassie, seine eigene Abdankungsurkunde zu

unterschreiben. Das DERG wurde das politische Machtzentrum des Landes. Es entstand ein Machtvakuum, das angesichts der nur in den Städten agierenden politischen Linken und dem Fehlen legaler politischer Organisationen von fortschrittlichen Militärs ausgefüllt wurde. Ähnlich wie im arabischen "Nasserismus" kam es zu einem zerbrechlichen Bündnis zwischen Offizieren und der städtischen Linken, einem Bündnis, das bald als Initiator tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen auftrat.

Bereits 1975 hieß der starke Mann im DERG Haile Mengistu, und wenn 1974 der propagandistische Slogan des DERG noch "Ethiopia tikdem" (Äthiopien zuerst) hieß, mußte er bereits ein Jahr später dem neuen Slogan "Ye-Hiopiahibretesebawinet" (Sozialismus zuerst) weichen. Das DERG kommandierte zwar die Gewehre, war aber bezüglich der politischen Neuordnung des Landes relativ konzeptionslos. Mengistu, der über Kontakte zur zivilen Linken verfügte, suchte und fand politisch-ideologische Beratung bei MEISON (Alläthiopische Sozialistische Bewegung). Bereits im April 1976 verlas Mengistu übers Radio das Programm der "Nationaldemokratischen Revolution" aus der Feder von MEISON: Wissenschaftlicher Sozialismus, führende Rolle der Arbeiterklasse, Landreform, Verstaatlichung von Boden, Banken, Industrie.

Außerhalb dieses Bündnisses blieb die stärkste Linksorganisation, die EPRP (Etiopian Peoples Revolutionary Party). Sie forderte eine "Provisorische Volksregierung", also die Übergabe der Macht vom DERG an die zivile Linke und eine radikale Demokratisierung des Landes, was mit dem militärischen Kommandostil des DERG unvereinbar erschien: Für die EPRP war das DERG ein Repräsentant des Kleinbürgertums im modernen Sektor.

Bereits am 1. Mai schossen Militärs in eine Demonstration für eine Zivilregierung in Addis Abeba, und Ende 1976 beschloß das DERG nach einer längeren Pressekampagne gegen die EPRP "angemessene revolutionäre Maßnahmen", die in der militärischen Zerschlagung der EPRP mündeten. Kurze Zeit später wurde auch MEISON ausgeschaltet, soweit seine Mitglieder nicht zur loyalen Zusammenarbeit mit und Unterordnung unter die Beschlüsse des DERG bereit waren. Die studentische Führung - besonders der MEISON - unterschätzte die machttaktischen Talente "ungebildeter" Offiziere. Die von der Linken eingenommene Rolle als Ideologiezentrum der Macht suggerierte die Vorstellung, ihre führenden Vertreter könnten wie graue Eminenzen im Hintergrund als die eigentlichen Regisseure des politischen Geschehens agieren.

Die Landreform

Divergenzen zwischen den Militärs und der zivilen Linken waren zahlreich. Die Kritik an der politischen Linie des DERG umfaßte die Eritreafrage, in der sich das DERG jenseits aller sozialistischen Floskeln als ebenso chauvinistisch erwies wie sein kaiserliches Vorgängerregime, ebenso drohte eine allzu weitgehende Demokratisierung das von den Militärs bestimmte Machtgefüge auseinanderbrechen zu lassen. Die Landreform, obwohl sie mit einem Streich sämtliche Feudalrelikte vom Tisch wischte, war auf Erhalt einer akkumulationsfähigen Oberschicht und eines privilegierten "modernen" Sektors zugeschnitten (der sich nun in den Staatsfarmen konzentrierte) und wäre, wenn es nach dem Willen der Bauern und der EPRP gegangen wäre, bald überholt gewesen.

Diese im März 1975 verkündete Landreform brachte offensichtliche Veränderungen im Süden des Landes. Alles Grundeigentum über 10ha wurde enteignet und auf die Bauernfamilien verteilt. Landverkauf und Ausbeutung von Lohnarbeit waren untersagt.

Um die Bauern bei der Wahrnehmung ihrer Rechte - insbesondere gegenüber den Großgrundbesitzern - zu unterstützen, wurden in der "Zemacha-Kampagne" Tausende von Studenten aufs Land geschickt. Diese wirkten auf die Radikalität der Bauern wie ein Katalysator, Enteignungen und Landbesetzungen gingen weit über die Grenzen der Reform hinaus. Die Reform gab nur Bodeneigentum über 10ha zur Verteilung frei, nicht aber die landwirtschaftlichen Betriebsmittel (Maschinen und Geräte). Dieser Pferdefuß der Landreform beließ dem ehemaligen Großgrundbesitzer immer noch genug Ressourcen, um seine ökonomisch dominierende Stellung zu bewahren, eine Privilegierung, die angesichts der Tatsache, daß landesweit die individuelle Parzellengröße (je nach Region) nur 0,8 bis 2,0ha betrug, schwer wog. Wo die Bauern diese Grenzen überschritten, gerieten sie häufig auch in bewaffneten Konflikt mit der Staatsmacht.

Abgesehen von diesen Halbheiten der Landreform konterkarierte die chauvinistische Politik des DERG (Bewahrung des Einheitsstaates mit militärischen Mitteln) alle Möglichkeiten einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte durch die im Zuge der Reform veränderten Produktionsverhältnisse:

- 1975-80 verdoppelten sich die staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft; gleichzeitig versechsfachten sich die Militärausgaben.

- Nach wie vor privilegierte das Preissystem den Anbau von Exportgütern (Kaffee), benachteiligte den Getreideanbau. Die Devisenerlöse flossen in den Militärhaushalt.

- Nach wie vor produzierte die Industrie für den modernen Exportsektor und den Konsumbedarf der städtischen Eliten, anstatt den Bauern einfache landwirtschaftliche Produktionsmittel zur Verfügung zu stellen.

Diese Politik erklärt, weshalb trotz der Landreform auch in Zukunft die Hungersnöte immer wieder auftreten und der Zuwachs der Nahrungsgüterproduktion langsamer als die Bevölkerungszahl des Landes wächst.

Die Konsolidierung des DERG-Regimes

Das DERG-Regime konsolidierte sich Ende der 70er Jahre, weil es nicht nur innerhalb seines Machtbereichs jede Opposition mit militärischer Gewalt erstickte, sondern weil es - trotz aller Mängel - notwendige Reformen in Gang gesetzt hatte und deshalb bei einem Großteil, besonders der amharischen Bevölkerung, Unterstützung genoß. Eine Unterstützung, die es in den folgenden Jahren Zug um Zug verspielte.

Hinzu kam die Unterstützung durch die UdSSR in Form von Waffen, militärischen Beratern und großzügigen Krediten, die es ihm erlaubte, den Krieg in Eritrea und gegen eine Vielzahl anderer nationaler Befreiungsbewegungen (der Oromos, der Tigreer u.a.) weiterzuführen.

Die Unterstützung durch die UdSSR (und zeitweise auch durch Kuba) war Folge eines Konfliktes mit Somalia, der 1977 entbrannte, als somalische Truppen zugunsten der WSLF (Western Somali Liberation Front) intervenierten, die seit Jahren im Ogaden für eine Loslösung des Gebietes aus dem äthiopischen Staatsverband kämpfte. Weil die USA - auf dem Hintergrund der innenpolitischen Entwicklung Äthiopiens - jegliche Waffenlieferungen an Äthiopien eingestellt hatten, wandte sich das DERG mit der Bitte um Hilfeleistung an die UdSSR, die nach anfänglichen erfolglosen Vermittlungsversuchen ihren bisherigen Verbündeten Somalia fallenließ. Mit Unterstützung der UdSSR und Kubas gelang es der äthiopischen Armee in wenigen Monaten, die somalische Armee aus dem Ogaden zu vertreiben.

Ein Jahr später benutzte das DERG die neu gewonnene militärische Schlagkraft, um mit massiver Hilfe aus der UdSSR den Krieg in Eritrea wieder aufzunehmen. In mehreren Offensiven gelang es, die ELF in Eritrea völlig zu zerschlagen und die EPLF in die Nordregionen (Sahelgebiete) zurückzudrängen, ohne aber den entscheidenden Sieg zu erlangen.

Diese zeitweiligen militärischen Erfolge trugen nur kurzfristig zur Konsolidierung des DERG-Regimes bei. Außerhalb Eritreas entstanden im Zuge der revolutionären Prozesse ab 1974 zwei Befreiungsbewegungen: die TPLF (Tigrays People Liberation Front) in der Provinz Tigre und die OLF (Oromo Liberation Front) in Südost- und Westäthiopien. Trotz großer militärischer Anstrengungen gelang es dem DERG nie, die von den beiden Bewegungen befreiten Gebiete unter seine Kontrolle zu bringen. Die TPLF kämpfte im engen Bündnis mit der EPLF in Eritrea für eine stärkere Selbstbestimmung der Tigreer im äthiopischen Staat und für eine Beseitigung des von ihr so titulierten "faschistischen Militärregimes" in Addis Abeba. Eine Sezession Tigres lehnte die TPLF ab. Im Gegensatz zu Eritrea und den äthiopischen Südprovinzen war Tigre immer fester Bestandteil des Kaiserreiches; die herrschende tigrinische Feudalklasse partizipierte wie die Amharen an den Pfründen des äthiopischen Kolonialismus. Im Wissen um die Tatsache, daß der amharische und tigrinische Rassismus gegenüber den Galla des Südens auch tief in der tigrinischen Bevölkerung verankert ist, wurde seitens der übrigen Befreiungsbewegungen jede Aussage der TPLF zur Nationalitätenproblematik in Äthiopien mit Argusaugen beobachtet. Ebenso wie der EPLF in Eritrea gelang der TPLF in den von ihr befreiten Gebieten in den 80er Jahren der Aufbau vorbildlicher neuer gesellschaftlicher Strukturen, die von der OLF und bürgerlichen äthiopischen Exilorganisationen mit dem Verdikt "stalinistische Hardliner-Organisation" belegt wurden. Seit Anfang der 80er Jahre kämpfte die TPLF in engem Bündnis mit der EPDM (Ethiopian Peoples Democratic Movement), einer multinationalen gesamtäthiopischen Sammlungsbewegung, die im Kern aus

einer Abspaltung der EPRP besteht, die in den Jahren des "Roten Terrors" 1977/78 völlig vom DERG zerschlagen wurde.

Die OLF trat bereits seit 1974 für einen unabhängigen Oromostaat bzw. für ein Referendum ein, in dem sich die Oromobevölkerung (die zu den im 19. Jahrhundert unterworfenen Völkern Südäthiopiens gehört und ca. 25% der äthiopischen Gesamtbevölkerung ausmacht) über Verbleib im oder Sezession vom äthiopischen Gesamtstaat entscheiden sollte. Ähnlich der EPLF in Eritrea definierte die OLF die Oromofrage als Problem des äthiopischen Kolonialismus, ohne aber die Verquickung von sozialrevolutionärer und nationaler Befreiung (wie im Falle der EPLF) in ihre politische Programmatik aufzunehmen.

Der Hunger als Waffe im militärischen Kalkül

1984/85 brach in Äthiopien eine verheerende Hungerkatastrophe aus, von der besonders die Nord- und Ostprovinzen und die von der äthiopischen Armee noch gehaltenen Teile Tigres und Eritreas betroffen werden. Nur vordergründig ist die Ursache in den verringerten Regenfällen dieser Jahre zu suchen. Mangel an Düngemitteln und effektiveren landwirtschaftlichen Produktionsmitteln forderten bei hoher Bevölkerungsdichte einen extensiven Ackerbau, der nur durch Abholzung der Wälder möglich war. Die dadurch mitverursachten verringerten Regenfälle lassen im Verein mit Bodenerosion und Bodenmüdigkeit die sinkenden Erträge zur Folge des ökologischen Raubbaus werden. Jahrelang hat die Regierung in Addis Abeba den Löwenanteil des Budgets in den Militärapparat und in die Staatsfarmen investiert, die für den Export produzieren, anstatt den Bauern die materiellen Mittel für die Hebung ihrer landwirtschaftlichen Produktivität bereitzustellen, dem einzigen Mittel, um dem ökologischen Raubbau und seinen ökonomisch-sozialen Folgen entgegenzusteuern.

Die Regierung Mengistu bezog den Hunger gezielt in ihr militärisches Kalkül ein. Die Befreiungsbewegungen wiesen immer wieder darauf hin, daß ein Großteil der internationalen Lebensmittelhilfe in den Depots der Armee verschwand. Im November 1984 begann die Regierung eine großangelegte Umsiedlung von ca. 1,5 Mio. Menschen in die dünner besiedelten Südprovinzen, hauptsächlich um den Befreiungsbewegungen das Wasser abzugraben. Die TPLF sprach von einer "geplanten Entvölkerung" Tigres.

Im selben Jahr wurde in Addis Abeba mit einem pompösen Staatsakt und mit einer Militärparade die Gründung der "Äthiopischen Arbeiterpartei" gefeiert, deren Generalsekretär Mengistu Haile Mariam heißt und die an die Stelle des DERG trat. Das Programm der "Arbeiterpartei" widmete sich weitläufig der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im sozialistischen Äthiopien. Das Programm blieb Papier. In den 80er Jahren bot das Mengisturegime vor allem den Eritreer, Tigreern und Oromos Verhandlungen über einen Autonomiestatus der betreffenden Provinzen und deren Bevölkerungen an. Die Befreiungsbewegungen, im Wissen um die eigenen Erfahrungen mit der säbelrasselnden Politikform des Regimes, lehnten ab.

Der Abgang des Mengisturegimes

1988 begann die äthiopische Armee eine weitere Großoffensive gegen Eritrea und Tigre, die kläglich scheiterte. Stattdessen gelang es der TPLF, den größten Teil Tigres, und der EPLF, ganz Eritrea bis auf Asmara und einige wenige Garnisonen zu befreien. Bereits 1988 signalisierte die UdSSR, daß sie in Zukunft nicht mehr bereit sein würde, die extensive Waffenhilfe fortzusetzen. Die durchschlagenden Erfolge der Befreiungsbewegungen (die TPLF stand 1990 nur noch 100 km vor Addis Abeba) trieb das Mengisturegime, nachdem im Mai ein Teil der Armee erfolglos putschte, in die Illusion, durch einen radikalen ideologischen Kurswechsel sein Überleben zu sichern. Quasi über Nacht verschwand 1990 das sozialistische Programm der Revolution von 1974 im Papierkorb, und die "Äthiopische Arbeiterpartei" wurde in "Demokratische Einheitspartei Äthiopiens" umbenannt. Die restriktiven Schranken für den Einfluß ausländischen Kapitals wurden aufgehoben, der äthiopische Außenminister signalisierte, daß es keinen "vitalen Interessenkonflikt" mit den USA gebe, und stimmte in der UNO sämtlichen Resolutionen gegen den Irak zu. Die USA ergriffen die ausgestreckte Hand und versuchten sich erfolglos als Vermittler zwischen Addis Abeba und den Befreiungsbewegungen. In einem letzten Kraftakt mobilisierte das Regime mit Appellen zur Rettung der Einheit Äthiopiens tausende von Studenten als Kanonenfutter gegen die vorrückenden Befreiungsbewegungen, bevor sich Ende Mai 1991 Mengistu über Nairobi nach Zimbabwe ins Exil absetzte und das Regime damit sang- und klanglos zusammenbrach. Auf der letzten Vermittlungskonferenz, die auf Bitten Mengistus noch im Mai in London stattfand, legten die USA den Befreiungsbewegungen nahe, Addis Abeba angesichts des dort zu erwartenden Machtvakuums zu besetzen.

Am 24. Mai eroberte die EPLF die Hauptstadt Eritreas, Asmara, und am 27. Mai nahmen die Truppen der EPRDF (TPLF und verbündete Organisationen) Addis Abeba ein.

Die TPLF hat in den 80er Jahren und besonders ab 1988 zielstrebig darauf hingearbeitet, durch ein breites Bündnis mit gesamtäthiopischen linken und nationalen Organisationen als stärkste Bewegung landesweite Akzeptanz zu finden, sich vom Stigma zu befreien, nur nationale Interessen zu verkörpern und an der Stelle amharischer Dominanz einfach eine tigrinische zu erstreben.

Im Dezember 1988 wurde das Bündnis der "Ethiopian Peoples Revolutionary Democratic Front" (EPRDF) aus TPLF und EPDM gegründet. Bis zum ersten Kongress der EPRDF im Januar 1991 schlossen sich noch vier weitere Organisationen an:

- ORDO (Oromo Peoples Democratic Organisation) wurde 1990 auf Initiative der EPRDF als Konkurrent zur OLF gegründet. Es bleibt eine Mutmaßung, ob dies erfolgte, weil die OLF starke sezessionistische Tendenzen zeigte und eine eher sozialdemokratische Programmatik hat. Auf jeden Fall aber wollte sich die EPRDF mit dieser Gründung ein politisches Standbein in der größten Bevölkerungsgruppe Äthiopiens schaffen. Die ORDO spricht sich für einen Verbleib der Oromos in Äthiopien aus.

- BPLM (Benishanguls Peoples Liberation Movement) und GPLM (Gambella Peoples Liberation Movement), die beide vorgeben, einen Teil der Bevölkerung der genannten Provinzen zu vertreten. Beide werden von Kritikern (analog zur ORDO) verdächtigt, EPRDF-Gründungen "von oben" zu sein.

- EDORM (Ethiopian Democratic Officers Revolutionary Movement) ist eine Anfang 1990 gegründete Organisation oppositioneller äthiopischer Offiziere.

Auf ihrem ersten Kongreß hat die EPRDF ein politisches Programm für den Neuaufbau eines demokratischen Äthiopiens verabschiedet. Darin spricht sie sich explizit - allerdings unter Ausgrenzung des "faschistischen DERG" und der konservativ-monarchistischen Organisationen - für einen Parteienpluralismus aus, was angesichts einer Vielzahl kleinerer nationaler Bewegungen und äthiopischer Parteien, vor allem aber der starken OLF, hoffentlich mehr als nur eine verbale Konzession bleiben wird.

Ebenso wichtig ist die Absage des Programms an die gewaltsame Aufrechterhaltung des äthiopischen Einheitsstaates. Letztere Position hat der EPRDF schon vor der Machtergreifung aus dem bürgerlichen, dem monarchistischen und dem Regierungslager den Vorwurf der "Vaterlandsverräter" eingebracht.

Das Programm schlägt vor, ein neues föderiertes oder konföderiertes Äthiopien auf freiwilliger Basis nach dem Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Völker aufzubauen. Als politisches Procedere sollen "international überwachte Referenden dort stattfinden ..., wo die betroffenen Völker dies wünschen und ... dem Volk in solchen Referenden alle möglichen Optionen angeboten werden ... Darüberhinaus stellt der Kongress fest, daß der Ausgang eines solchen demokratisch vollzogenen Referendums, welcher Art er auch sein mag, strikt und sorgfältig in die Praxis umgesetzt wird." Im Hinblick auf die mögliche Sezession einiger Völker wird knapp festgestellt, "dies wäre ein geringeres Übel im Vergleich zum gegenwärtigen Zustand des Bruderkrieges...". Zumindest im Falle Eritreas hat die EPRDF als dominierende Kraft in der gegenwärtigen Übergangsregierung ihre Position eingelöst. Nach zwei Jahren Übergangszeit, in der Eritrea sich selbst verwaltet, wird ein Referendum in Eritrea stattfinden.

Dennoch sind begründete Zweifel angebracht, ob das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes auch uneingeschränkt gegenüber den Völkern der Südprovinzen und den Oromos praktiziert wird. Jedenfalls hat die Ausgrenzung der OLF, die gleich dem eritreischen Widerstand eine bedeutende Rolle bei der Niederschlagung des Mengisturegimes gespielt hat, beim Einmarsch der EPRDF in Addis Abeba die tiefsitzenden Befürchtungen im Oromolager nur verstärkt.

AKE

19. Presseerklärung: Appell gegen die Blockade Kubas

Rubrik: Westdeutsche Linke, intern. Solidarität; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:30

Dokumentation

Appell gegen die Blockade Kubas

Seit gut 30 Jahren haben die USA gegen Kuba ein Embargo verhängt, das auch Lebensmittel und Medikamente umfaßt. 60 Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus elf Ländern fordern eine Aufhebung dieser Blockade.

Die Kombination von US-Embargo, das seit dreißig Jahren andauert, und drastischer Reduktion des Handels mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern hat in Kuba eine dramatische Situation geschaffen.

Lebensmittel und andere Güter werden immer knapper. Die unbestreitbaren Erfolge im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich sind bedroht.

Im Namen der Menschenrechte wird Kritik an den Mängeln der Demokratie in Kuba geübt. Aber die Kritik erlaubt nicht - zumal nicht im Namen der Menschenrechte -, ein Land wirtschaftlich zu erdrosseln.

Wir haben unterschiedliche Positionen zum kubanischen Regierungssystem. Dennoch verurteilen wir gemeinsam den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen.

Die einseitige Aggression durch die Weltsupermacht kann absolut nicht zur Freiheit dieses Volkes führen.

Wir fordern deshalb ein Ende der Blokkade, die ein Angriff auf das Leben und die Würde des kubanischen Volkes ist.

Bundesrepublik: D.Piermont, H.Breyer, D. Rogalla, C.Roth, M.Rothe, W.Rothley, W.Telkämper; Frankreich: C.Cheysson (ehemaliger französischer Außenminister), S.Ainardi, M.-C.Aulas, M.Elmalan, R.-E.Piquet, M.Siméoni, D. Tazdait, F.Wurtz; Großbritannien: K.Coates (Vorsitzender des Untersuchungsausschusses "Menschenrechte" des EP), R.Balfe, J.Bird, J.Buchan, P.Crampton, C.Crawley, M.Elliott, W.Ewing, A.Falconer, M.Hindley, S.Hughes, A.Lomas, M.McGowan, H.McMahon, D.Martin, S.Newens, E.Newman, C.Oddy, B.Seal, A.Smith, L.Smith, N.West; Belgien: J. Vandemeulebroucke, E.Glinne; Dänemark: J.Iversen; Spanien: H.Barrera y Costa, K.Landa Mendibe, D.Santos López; Griechenland: V.Ephremidis, A.Alavanos, D.Dessylas; Irland: N.Blaney, P.deRossa; Italien: L.Castellina, R.Bontempi, A.Langer, E. Melandri, M.Melis, P.Napoletano, T.E.Regge, D.Valent, L.Vecchi; Niederlande: H.Verbeek; Portugal: P.Canavarro, S.Ribeiro

20. Die Dialogpolitik der Guerilla Guatemalas. Hintergründe, Geschichte und aktuelle Positionen (Teil 1)

Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:08

Die Anfänge der Guerilla Guatemalas gehen bis zum 13. November 1960 zurück. Damals erhoben sich reformistische Armeeoffiziere gegen das Regime Ydigoras, weil er den USA das Land als Sprungbrett für ihre Angriffe auf Kuba zur Verfügung gestellt hatte. Die Armee konnte diesen ersten Aufstand ebenso gewaltsam niederschlagen wie die in der Nachfolge ab 1963 entstandenen Guerillagruppen "Fuerzas Armadas Rebeldes

" (FAR) und "Movimiento Revolucionario 13 de Noviembre" (MR 13), die 1967 endgültig scheiterten. Die Guerillareste formierten sich in den siebziger Jahren neu und gewannen zu Beginn der achtziger Jahre rasch an Einfluß. Es gelang der Armee unter Rückgriff auf die "Strategie der verbrannten Erde" (1978/80 - 1983) erneut, der revolutionären Bewegung schwere Schläge zu versetzen und sie zurückzudrängen. 1987 konnte die Guerilla ihre politische Isolierung und 1989 auch die militärische Einkreisung wieder durchbrechen.

Gegenwärtig kann die Armee die Aufständischen militärisch nicht besiegen. Eine Lösung der Krise des Landes ist nur noch mit und nicht mehr gegen die Befreiungsbewegung "Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas" (URNG) möglich.

Ähnlich wie die Befreiungsbewegung im benachbarten El Salvador wollen auch die politisch-militärischen Organisationen Guatemalas den Krieg in ihrem Land beenden. Auf Initiative der URNG begann im März 1990 ein Dialogprozeß, der im April, Juni und Juli 1991 in drei Gesprächsrunden mit der Regierung mündete. Konkrete Ergebnisse wurden noch nicht erzielt, jedoch wollen beide Seiten den Dialog fortsetzen.

Nachfolgend sollen zunächst Entwicklung und Politik der Guerilla Guatemalas und der legalen Massenorganisationen skizziert werden. In einem weiteren Artikel stellen wir dann die Dialogrunden im Einzelnen vor.

"Niederlagen sind die Kaderschule der Guerilla."

(Regis Debray 1974)

Die politisch-militärischen Organisationen

In Guatemala, dem größten, rohstoffreichsten und mit 9 Mio Einwohnern bevölkerungsreichsten Land Mittelamerikas, operieren heute vier politisch-militärische Organisationen (EGP, ORPA, FAR, PGT). Diese Organisationen sind Nachfolgerinnen der in den sechziger Jahren vernichtend geschlagenen Guerillagruppen. Sie lernten aus den Fehlern der Vergangenheit. So trat die "Guerillaarmee der Armen" (EGP) nach jahrelanger geheimgehaltener politischer und organisatorischer Vorarbeit erst 1975 mit militärischen Aktionen an die Öffentlichkeit. Die "Organisation des Volkes in Waffen" (ORPA) hielt ihre Existenz sogar von 1971 bis 1979 völlig geheim, bevor sie den Guerillakampf begann. Beide Organisationen sind schwerpunktmäßig in der indianischen Bevölkerung verankert, zu der in Guatemala ca. 65% der Einwohner zählen. Die massive Integration der indianischen Ethnien in den Befreiungskampf ist ein neues Phänomen und Ergebnis der Arbeit von EGP und ORPA. Beide, zahlenmäßig und politisch die bedeutendsten Organisationen, operieren vor allem im indianisch geprägten Hochland. Sie legen seit ihrer Gründung größten Wert auf den Kampf gegen die jahrhundertealte rassistische Ausgrenzung der Indianer. Diese bilden ihrerseits keine homogene sozio-kulturelle Einheit, sondern gehören 23 verschiedenen Sprachgruppen an.

Die "Rebellischen Streitkräfte" (FAR) bestehen bereits seit 1962 und haben eine wechselvolle Geschichte der Spaltungen, Niederlagen und Neuformierungen hinter sich. Die FAR, die 1977 den bewaffneten Kampf wieder aufgenommen hatten, operieren vor allem im nördlichen Dschungeltiefland, im Petén, sind gewerkschaftlich orientiert und haben auch bei Plantagenarbeitern an der Südküste Einfluß. Die kommunistische Partei, die "Gualtematekische Partei der Arbeit" (PGT), ist in mehrere Strömungen gespalten. Nicht alle sind Teil der URNG. Sie operiert ebenfalls an der Südküste und ist vor allem in der städtischen Gewerkschaftsbewegung stark. (1)

Die Massenbewegung

Neben den politisch-militärischen Organisationen erstarkte in den siebziger Jahren auch die Massenbewegung, die sich hauptsächlich aus drei Strömungen speiste:

- Im Gewerkschaftsbereich vereinigten sich mehrere hundert betriebliche Einzelorganisationen zu drei starken Dachverbänden (CNT, FASGUA, FTG). Diese schlossen sich 1976 im CNUS (Comité Nacional de Unidad Sindical) zusammen.

- Die Landarbeiter und indianischen Parzellenbesitzer schlossen sich 1978 im CUC (Comité de Unidad Campesina) zusammen und verfügten damit erstmals in der Geschichte über eine starke Organisation, welche arme Mestizen und indianische Saisonarbeiter zusammenschloß.

- Die seit Ende der sechziger Jahre entstehende basiskirchliche Bewegung führte zum Aufbau eines weiten Netzes christlicher Gemeindezentren, Gemeindekomitees und Genossenschaften, die Ziel der staatlichen Repression wurden. In der Folge radikalisierte sich die Basiskirche in den siebziger Jahren und bildete geheime Organisationsformen, um dem Terror nicht hilflos ausgeliefert zu sein.

Rückblende: Das Wiedererstarken der revolutionären Bewegung ist umso bemerkenswerter, als es der Armee 1967 mit einem sorgsam geplanten Counterinsurgency-Programm - dem Plan Zacapa - im Nord-Westen des Landes (Sierra de las Minas) gelungen war, die ca. 300 Personen starke FAR-Guerilla vernichtend zu schlagen und die Massenbewegung entscheidend zu schwächen. Die gualtematekische Armee war dafür von US-Militärberatern bereits ab 1956 präventiv in Strategien der Aufstandsbekämpfung ausgebildet worden. 3334 Soldaten wurden in den Jahren 1956 bis 1979 von US-Marines trainiert. Die Ausrüstungs-, Finanz- und Militärhilfe aus den USA betrug in den Jahren von 1953 - 1973 insgesamt 390 Mio US-Dollar, davon 19 Mio US-Dollar direkte Militärhilfe. (2)

Bei ihrem Feldzug gegen die FAR-Guerilla und deren Unterstützer hatten Armee und Todesschwadronen 1967 ein Blutbad angerichtet, das Schätzungen zufolge 4000 - 6000 Zivilpersonen das Leben kostete. (3) Zudem hatte die Armee das ganze Land mit einem Netz von Militärbeauftragten (comisionados militares) überzogen. Diese Militärbeauftragten - Zivilisten - die es praktisch in jedem Dorf und jeder Ansiedlung gibt, sind der Militärhierarchie untergeordnet. Sie dienen als Armeespitzel und sind wesentlich für die Zwangsrekrutierung junger Campesinos für den Militärdienst verantwortlich. Die Methoden, die zur Zerschlagung der FAR-Guerilla angewendet wurden, stellten eine neue Qualität dar. Die massenhafte Ermordung politischer Gegner aber auch Unbeteiligter war in hohem Grade organisiert und wurde von Militärs und Politikern politisch und logistisch unterstützt. Seither existiert eine bewußte Allianz zwischen ultrarechten Todesschwadronen und Regierungskräften.

Nach der blutigen Niederlage von 1967 bereiteten Überlebende die Wiederaufnahme des Guerillakampfes von langer Hand vor. Sie leisteten in mehrfacher Hinsicht Erstaunliches:

Erstens gaben sie nach einer vernichtenden militärischen Niederlage, welche die wenigen Überlebenden zur jahrelangen Einstellung bewaffneter Aktionen zwang, den Guerillakampf nicht auf. Nach mehrjährigen Strategiediskussionen wagten sie den Neuanfang.

Zweitens gelang es den politisch-militärischen Organisationen ihre politische und soziale Isolierung zu durchbrechen und sich - erstmals - gesellschaftlich zu verankern. Dabei ist die Einbeziehung der indianischen Ethnien von entscheidender Bedeutung.

Drittens erfolgte der revolutionäre Wiederaufschwung quasi unter den Augen der Militärs, welche seit 1954 das Land diktatorisch regieren. Dabei hatte die Armee das erklärte Ziel, bereits die Entstehung von Guerillagruppen zu verhindern.

Und viertens gelang der Durchbruch auch bei der Organisierung einer breiten, legal operierenden Massenbewegung - trotz flächendeckender Überwachung durch Militärspitzel (comisionados militares) und der Ermordung von Aktivisten.

Gründung der URNG (1982)

Die vier politisch-militärischen Organisationen EGP, ORPA, FAR und PGT-N schlossen sich am 9. Februar 1982 zur "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) zusammen. In dieser Phase war die revolutionäre Bewegung in Guatemala auf dem Höhepunkt ihrer militärischen Stärke angelangt. Die legale Massenbewegung verfügte noch über Einfluß, die sandinistische Revolution siegte gut zwei Jahre zuvor und in El Salvador waren die Guerillaeinheiten der FMLN auf dem Vormarsch. Bereits zur gleichen Zeit entfesselten jedoch Militärs und Todesschwadronen einen bis dahin unbekannten Massenterror, um den Vormarsch der Befreiungsbewegungen zu bremsen. Dies galt sowohl für Guatemala, als auch für El Salvador und unter anderen Bedingungen auch für Nicaragua, wo die Contra ihre Aktionen ausweitete. Die USA eskalierten ihre Einmischung in der ganzen Region beträchtlich (massive Militär- und Wirtschaftshilfe an befreundete Regimes; Aufbau der Contra; Aufbau interventionstauglicher Militärbasen in Honduras; Einbeziehung der EG in die politische und wirtschaftliche Absicherung ihrer Mittelamerikapolitik).

Unter diesen Bedingungen veröffentlichte die URNG ihr Gründungsdokument, das aus einer Analyse der nationalen und internationalen Lage und einem Regierungsprogramm bestand. Im außenpolitischen Teil betonte die URNG ihre Verbundenheit mit den Befreiungsbewegungen Nicaraguas und El Salvadors und wandte sich gegen die Interventionspolitik der USA.

Als innenpolitisches Ziel gab sie an, den "revolutionären Volkskrieg voranzutreiben, die völkermörderische Armee vernichtend zu schlagen, die Macht zu übernehmen und eine revolutionäre, volksverbundene und demokratische Regierung zu errichten." Dazu sollte "unter der Führung der revolutionären Avantgarde eine große patriotische Front der nationalen Einheit gebildet" werden. Das Regierungsprogramm, das die URNG 1982 veröffentlichte, umfaßt fünf Punkte:

Erstens: Beendigung der Repression und Wiederherstellung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Leben.

Zweitens: Schaffung aller Voraussetzungen, um die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit nach Land, Arbeit, Lohn, Gesundheit, Wohnung, Alphabetisierung und Kultur zu erfüllen. Beendigung der wirtschaftlichen und politischen Vorherrschaft der mächtigen, reichen in- und ausländischen Unterdrücker; Rücksichtnahme auf den kleinen und mittleren Landbesitz.

Drittens: Garantie der Gleichstellung von Indianern und Ladinos (Mestizen, Anm. d. A). Beendigung der kulturellen Unterdrückung und ethnischen Diskrimination.

Viertens: Garantie einer neuen Gesellschaftsordnung, in deren Regierung alle patriotischen, demokratischen und volksverbundenen Sektoren repräsentiert sind.

Fünftens: Garantie einer Politik der Blockfreiheit und internationale Kooperation auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker und zur Befreiung dieser aus ihrer Unterentwicklung. Auf dieser Grundlage erkennt sie ausländische Investitionen als nötig an. (4)

Ebenso wie die Guerilla Nicaraguas und El Salvadors definierte auch die URNG die Eroberung der politischen Macht als ihr Hauptziel. Dazu sollte die Armee militärisch geschlagen werden. Die URNG sah 1982 den Kampf um die Macht hauptseitig als militärische Auseinandersetzung. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß in jener Zeit politische Spielräume für legale Aktivitäten kaum noch existierten, denn seit 1980 hatte die Repression zunehmend dramatischere Formen angenommen.

Das Programm der URNG zeigt, daß diese - ähnlich wie die Sandinisten - auch nach Erringung der Macht eine flexible Bündnispolitik anstrebte. Sie steuerte auf ein gesellschaftliches Modell zu, das auf die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet sein sollte. Unter diesen Rahmenbedingungen erklärte sie sich bereit, die Aktivitäten kleiner und mittlerer Unternehmer zuzulassen. Es fällt auf, daß etwas für uns völlig Selbstverständliches, die Garantie des Rechts auf Leben, als erster Programmpunkt genannt wird. Dies reflektiert die Bedeutung, welche die URNG dem Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte seit jeher beimißt. Diese Schwerpunktsetzung war auch politisch erforderlich, da in Guatemala "politischer Mord als Regierungsprogramm" galt, wie amnesty international 1981 feststellte. Diese Aussage trifft auch heute - leider - noch zu.

Staatsterrorismus

Knapp zwei Monate vor der Gründung der URNG begann die Armee Guatemalas im schwer zugänglichen zentralen und westlichen Hochland eine beispiellose Kampagne des Terrors. Das Heer riegelte ganze Bezirke von der Außenwelt ab, unterband jegliche Kommunikation mit den übrigen Landesteilen und verfolgte die wehrlose indianische Zivilbevölkerung überaus grausam. Die verübten Greuel waren kein Resultat isolierter Übergriffe einzelner Truppen oder Truppenteile, sondern Ergebnis lange ausgetüftelter Techniken zur Massenunterdrückung. (5)

Einige trockene Zahlen: 1981 verübte die Armee 20 Massaker mit 1.698 Todesopfern. 1982 schnellte die Zahl auf 253 Massaker mit 11.709 Toten hoch. 1983 waren es noch 34 Massaker mit 1.051 Opfern. Die Zahlen spiegeln nur die Toten wider, die jeweils namentlich erfaßt werden konnten. Es gibt Hinweise auf 44 weitere Massaker, wo die Anzahl der Opfer nicht dokumentiert werden konnte. Von einzelnen Morden ganz zu schweigen. Über die Gesamtzahl der Opfer existieren keine gesicherten Angaben, aber es ist davon auszugehen, daß zwischen 50.000 und 70.000 Personen ermordet wurden bzw. "verschwanden". 440 Dörfer wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht, 100.000 Menschen flüchteten ins Exil und bis zu einer Million flohen innerhalb des Landes.

Die Angriffe der Armee richteten sich nicht direkt gegen die Guerilla, sondern zielten gegen die unbewaffnete Zivilbevölkerung. Diese sollte ein für alle mal eingeschüchtert und gelähmt werden, um so der Befreiungsbewegung die Unterstützung zu entziehen. Dabei verfolgte die Armee einige indianische Ethnien wie die "Ixiles" oder "Kanjobales" besonders schlimm, weil sie im Ruf standen, geschlossen die Guerilla zu unterstützen. Der Terror ging so weit, daß Angehörige dieser Ethnien ihre traditionelle Kleidung ablegten, um für die Verfolger nicht mehr so einfach identifizierbar zu sein. (6)

Erneuter Rückschlag

Der massive Staatsterror schwächte die revolutionäre Bewegung entscheidend.

Erstens: Die Armee zerschlug alle legalen Organisationsansätze auf dem Land. Die Guerilla konnte die sympathisierende Landbevölkerung nicht vor den Armeeangriffen schützen. Nachdem die Armee die Bevölkerung erst aus ihren Heimatorten getrieben hatte, begann sie ab 1983 die Vertriebenen systematisch einzufangen, in speziellen Lagern zu indoktrinieren und dann in Wehrdörfern anzusiedeln. Diese Dörfer wurden scharf bewacht. Die vom Staatsterror traumatisierten indianischen Campesinos waren der Armee mehrere Jahre lang völlig schutzlos ausgeliefert.

Zweitens: Die Guerilla geriet ab 1982 bis 1989 militärisch in die Defensive. Ihre Zellen in der Hauptstadt wurden zerschlagen. Auf dem Land wurde sie von der Armee eingekreist und mußte sich in weit entlegene Landesteile zurückziehen, um der völligen Aufsplitterung ihrer Einheiten zuvorzukommen. Es gelang der Armee, die Gebiete mit dauernden militärischen Konfrontationen auf drei Zonen zu reduzieren. Die URNG konnte im wesentlichen drei Fronten behaupten: "Ho Chi Minh" im Norden des Quiché, im Siedlungsgebiet der Ixil-Indianer. Das EGP operierte dort mit 600 - 700 Guerillas; die Front "Javier Tambriz" (ORPA; ca. 120 Guerillas) im zentralen Hochland (Sololá) und die "Feliciano Argueta"-Front im Urwaldtiefland des Petén, dem fast unbesiedelten Norden des Landes (FAR; ca. 200 Guerillas). Die URNG mußte sich weitgehend auf sporadische Überfälle und Aktionen der bewaffneten Propaganda beschränken. Damit war die URNG auf Jahre hinaus von ihrem unterstützenden Umfeld weitgehend abgeschnitten. Die URNG war in der Folge in den wirtschaftlichen und politisch wichtigen Zonen des Landes nicht oder kaum mehr präsent und konnte demzufolge bis 1987/88 keine politisch bedeutenden Initiativen mehr lancieren. In einzelnen Organisationen, vor allem im "Guerillaheer der Armen" (EGP), das am härtesten geschlagen worden war, traten Differenzen auf, die zur Abspaltung von kleineren Gruppen führten. Über Hintergründe und Verlauf dieser Debatten gibt es jedoch nur wenig Material. Die URNG gab dazu keine Erklärungen ab. (7)

Drittens: Die legale Massenbewegung in den Städten wurde weitestgehend zerstört, die führenden Kader fast ausnahmslos ermordet oder ins Exil getrieben. Eine der wenigen Ausnahmen war die Gewerkschaft bei Coca Cola, die selbst in Zeiten der schlimmsten Verfolgung weiter arbeitete. Mit der Gründung der Menschenrechtsvereinigung "Gruppe für gegenseitige Hilfe" (GAM; Juni 1984) und dem unabhängigen Gewerkschaftsdachverband (UNSITRAGUA; Februar 1985) begann die Reorganisation der Massenbewegung.

Viertens: Die Armee hatte sich nach ihrem Erfolg von 1967 als fähig erwiesen, die Guerilla zurückzudrängen. Ab 1982 riß sie das Gesetz des Handelns wieder an sich. Die Armee Guatemalas war als einzige in Mittelamerika in der Lage, ohne direkte US-Hilfe - aber mit Unterstützung enger US-Verbündeter wie Israel und Taiwan - gegen die Befreiungsbewegung vorzugehen. Ihre Strategie zur Aufstandsbekämpfung hatte sie selbst entwickelt und nicht wie die Armeen in El Salvador und Honduras oder wie die nicaraguanische Contra von US-Militärberatern übernommen. Trotz vervielfachten Terrors gelang es ihr jedoch nicht, den Guerillaverbänden eine strategische Niederlage beizubringen und sie aufzureiben.

Fünftens: Der Krieg führte zum massiven wirtschaftlichen Niedergang in den Konfliktgebieten und zu Produktionseinbußen in nahezu allen Bereichen. Zudem war Guatemala aufgrund der internationalen Isolation - Folge der staatsterroristischen Politik - von ausländischen Krediten weitgehend abgeschnitten.

Mitte der achtziger Jahre hatten die Generäle es zwar geschafft die Guerilla zurückzudrängen, das Land war jedoch wirtschaftlich am Boden. Innen- und außenpolitisch war das Militärregime nahezu jeglicher Legitimität beraubt.

Wahlen zur Aufstandsbekämpfung

Die Armee veränderte ab 1983 ihre Operationen zur Guerillabekämpfung. Sie ging von der "Strategie der verbrannten Erde" zu einer Phase der "Institutionalisierung der Aufstandsbekämpfung" über. Dabei spielten der Aufbau einer verfassungsmäßigen Ordnung und die Durchführung von militärisch kontrollierten Entwicklungsprojekten die entscheidende Rolle. Für die Militärs gab es im wesentlichen drei Ursachenbündel, die dafür sprachen, ihre Rolle in der gualtematekischen Gesellschaft und die Form ihrer Counter-Insurgency-Politik neu zu definieren. Der Rückzug in die Kasernen und die Übergabe der Macht an eine gewählte Regierung war Ergebnis folgender Faktoren:

Erstens: Die militärisch erfolgreichen Juntas unter General Efrain Rios Montt (März 1982 - August 1983) und General Mejia Victores (August 1983 - Dezember 1985) waren innenpolitisch und außenpolitisch schwach. Sie konnten weder die Wirtschaftskrise meistern noch internationale Kreditwürdigkeit erlangen.

Zweitens: Im Unterschied zur US-Politik erkannte die gualtematekische Armeeführung, daß der Erfolg der Befreiungsbewegung nicht Resultat äußerer Einmischung sondern Folge der sozialen Vernachlässigung breiter Bevölkerungsteile - vor allem der indianischen Ethnien - war. Ihr grundlegendes Konzept der "Nationalen Sicherheit" basierte demzufolge auf militärischer Repression, wirtschaftlicher Entwicklung und der Rückkehr zu den Formen bürgerlicher Demokratie. (8) Die Armee versuchte, sich nach außen als Garantin der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dazustellen. Dazu präsentierte sie ihre "Entwicklungsphilosophie" (Filosofia desarollista) auch der Öffentlichkeit, wenngleich sie dabei über die militärische Repression kein Wort verlor. (9) Dieses Konzept sah bereits in den Phasen finstersten Massenterrors auch Elemente der rechtlichen Absicherung der Repression vor. Ein aussagekräftiges Beispiel dafür sind die Militärsondergerichte (Tribunales de Fuero Especial). Sie wurden unter der Diktatur von Rios Montt eingerichtet, um Oppositionelle per Todesstrafe legal ermorden zu können. 15 Menschen wurden hingerichtet. (10) Die Rückkehr zur konstitutionellen Ordnung war schrittweise und unter Kontrolle der Militärs geplant. Diese Institionalisierung der Aufstandsbekämpfung bedeutete, den Krieg gegen die Guerilla nicht länger auf die militärische Auseinandersetzung zu reduzieren, sondern auch auf die ideologische, politische und wirtschaftliche Ebene auszuweiten. Die Armee Guatemalas orientierte auf eine Strategie, die im Kern auf die Köpfe der Unterdrückten zielte. Sie verwirklichte damit eine Linie, die von US-Militärs einige Jahre später als "Krieg niedriger Intensität" bezeichnet wurde.

Drittens: Mitte der achtziger Jahre hatten sich die außenpolitischen Rahmenbedingungen so verändert, daß die Aufrechterhaltung von Militärdiktaturen in Mittelamerika immer höhere politische Kosten erforderte.

Die zunehmende US-Einmischung in der Region erfolgte unter der Losung "Freiheit und Demokratie gegen Kommunismus". Der unruhig gewordene Hinterhof sollte wieder an die Kandare genommen werden. Die US-Regierung brauchte zum Aufbau einer Front gegen das sandinistische Nicaragua, der wichtigsten anti-imperialistischen Bastion, "demokratische" Bündnispartner. Dem Beispiel des revolutionären Nicaragua sollten "demokratische Gegenbeispiele" entgegengestellt werden. Die weitere Zusammenarbeit mit Militärjuntas war dazu hinderlich.

Die CONTADORA-Initiative orientierte ab Januar 1983 bis 1986 auf die friedliche Beilegung der Konflikte. Damit zeigten die wichtigsten lateinamerikanischen Staaten deutlich, daß sie weder den Sieg der Revolutionäre noch deren physische Vernichtung wünschten. Dieser Vermittlungsansatz wurde durch die Verträge von Esquipulas (August 1987) fortgesetzt. Die Präsidenten der mittelamerikanischen Staaten akzeptierten dieses Grundanliegen - wenigstens auf dem Papier - mit ihrer Unterschrift.

Die Europäische Gemeinschaft engagierte sich seit 1984 verstärkt und schloß 1985 mit den sechs zentralamerikanischen Ländern gegen den erklärten Willen der USA ein Kooperationsabkommen ab. Ihr wirtschaftlicher Beitrag lag dabei vor allem in der Gewährung von grundbedürfnisorientierter und humanitärer Hilfe, deren Hauptanteil (53%) von 1980 - 1987 nach Nicaragua floß. Guatemala kam erst seit 1986 in den Genuß von EG-Geldern. Der Gesamtumfang der EG-Hilfe betrug jedoch von 1980 - 1987 lediglich 438.4 Mio ECU (1 ECU = 2,07 DM). Die USA gaben im selben Zeitraum 5,6 Mrd. US-Dollar für Wirtschafts- und Militärhilfe aus. (11) Das politische Engagement der EG zielte ebenso wie die CONTADORA-Initiative auf die politische Befriedung der Region mittels Verhandlungen.

Die wichtigsten internationalen Akteure übten also Druck aus, daß gewählte Präsidenten die Macht übernähmen und die Militärs in die Kasernen zurückkehrten. Vor diesem Hintergrund leiteten die Streitkräfte Guatemalas eine kontrollierte politische Öffnung ein, die in Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung 1984 und Parlaments-und Präsidentschaftswahlen 1985 mündeten. An den Wahlen nahmen mit Ausnahme der unbedeutenden sozialdemokratischen Minigruppe PSD nur rechte und ultra-rechte Parteien teil. Die Christdemokratie gewann mit großen Abstand und im Januar 1986 trat Vinicio Cerezo das Präsidentenamt an.

Die schwierige Lage der Guerilla

Der neugewählte zivile Präsident konnte im Land selbst auf das Bündnis von Militärs und Christdemokratie und die Sympathien breiter Bevölkerungsteile bauen. International genoß er die Unterstützung der US-Regierung und der Europäischen Gemeinschaft und - mehr oder weniger - der internationalen Sozialdemokratie. Die internationale Konstellation konnte Cerezo im Grunde bis zu seiner Wahlniederlage aufrechterhalten, wenngleich die Unterstützung im Land aufgrund vielfältigen Versagens nachließ. Dort verlor die Christdemokratie ab 1987/88 zunehmend an Ansehen, was zum Wahldesaster vom November 1990 und Januar 1991 führte. (12)

Die Jahre von 1984 - 1988 waren für die Guerilla Guatemalas außerordentlich schwierig. Nach schweren Rückschlägen war sie militärisch in der Defensive. Sie sah sich darüberhinaus auch einer politischen Offensive der Aufstandsbekämpfungsstrategen gegenüber, die international breit getragen wurde. In dieser für sie sehr ungünstigen Situation - politisch und militärisch geschwächt und international weitgehend isoliert - setzte die URNG neue Akzente. Im militärischen Bereich schuf sie 1985 ein gemeinsames Oberkommando zur Koordination der militärischen Aktionen. Im Mai 1987 begann ein Radiosender der Guerilla, Voz Popular, seine wöchentlichen Programme auszustrahlen. Beide Maßnahmen trugen wesentlich zur besseren Abstimmung der Aktivitäten zwischen den einzelnen Organisationen und Kriegsfronten bei. Diese Schritte dokumentierten auch die Festigung der politischen Einheit der URNG. Zudem begann die URNG ab 1987 ihren militärischen Aktionsradius vorsichtig wieder auszuweiten.

Im politischen Bereich wurde die Massenarbeit verstärkt, wenngleich die URNG dabei aus naheliegenden Gründen nicht offen agieren konnte. Es gelang den politisch-militärischen Organisationen jedoch, in den wichtigsten Städten politische Strukturen aufzubauen. Besonders bedeutend war die erfolgreiche Reaktivierung der Campesinoorganisation CUC, was den Zugang zum Landproletariat eröffnete.

Die URNG versuchte darüberhinaus der gewählten christdemokratischen Regierung Cerezo auch im politisch-diplomatischen Feld Paroli zu bieten. So lehnte sie in einer Erklärung vom 7. Februar 1986 die gewählte Regierung zunächst nicht pauschal ab und sagte zu, den Präsidenten bei der Umsetzung seiner Versprechungen nicht zu behindern. (13) Die URNG führte während der ersten Monate christdemokratischer Regierung kaum offensive militärische Aktionen durch, was als einseitiger Waffenstillstand interpretiert wurde. Dies wurde von demokratischen Kreisen als "politisch verantwortungsvolle Haltung" gewürdigt.

Im Mai 1986 veröffentlichte die URNG anläßlich der Amtsübernahme von Oscar Arias in San José (Costa Rica) eine ausführliche Erklärung, welche ihren ersten ausformulierten Vorschlag für Verhandlungen mit der

Regierung enthielt. Darin analysierte die Guerilla die Wahlen zwar als "Teil einer weitreichenden und tiefgreifenden Aufstandsbekämpfungsaktion mit dem Ziel die revolutionären Organisationen zu vernichten" gab jedoch der "Regierung eine Chance zur Durchführung ganz bestimmter dem Volke dienender Maßnahmen". Sie forderte Maßnahmen zur Entmilitarisierung der Gesellschaft (Säuberung und Umstrukturierung von Armee und Polizei; Auflösung der Todesschwadronen; Auflösung der Zivilpatrouillien und der Entwicklungspole), die Bestrafung von Menschenrechtsverletzern und die Garantie demokratischer Freiheiten. Sollten sich diese Veränderungen nicht konkretisieren, erklärte die Guerilla, daß sie den "Kampf solange wie nötig und mit allen angemessenen Formen weiterführen" werde. (14)

In den folgenden Monaten gewann die Debatte um das Dialogangebot der Guerilla zunehmend an Bedeutung. Bei seinen Auslandsreisen (Mexiko/Juni 1986; Europa/Oktober 1986) versuchte der Präsident stets einen gesprächsbereiten Eindruck zu erwecken. Auch die Armeeführung lud die Guerilla dazu ein, "sich am verfassungsmäßigen Prozeß zu beteiligen". Diese Verhandlungsangebote von Regierungsseite hatten jedoch einen entscheidenden Haken: sie waren an die Bedingung geknüpft, daß die URNG vorher die Waffen niederlegen und sich in den "demokratischen Prozeß" integrieren müßte. Diese Vorbedingungen waren für die Guerilla unannehmbar.

Die Gesprächsangebote von Regierungsseite waren nicht ernsthaft gemeint und dienten nur dazu, sich international ein konziliantes Image zu verschaffen, was für die Akquisition von Wirtschafts-und Militärhilfe erforderlich war. Das strategische Ziel der Militärs blieb weiterhin - nun gedeckt von einer christdemokratischen Regierung - die militärische Vernichtung der Guerilla. Parallel zur scheinbaren Dialogbereitschaft begann die Armee die Vorbereitung einer der größten Offensiven in der Geschichte, der "Ofensiva de Fin de Ano".

Im zweiten Teil des Artikels fassen wir - ausgehend vom neuen politischen und militärischen Kräfteverhältnis - die Inhalte und Ergebnisse bisherigen Gesprächs- und Dialogrunden zwischen Guerilla und Regierung zusammen.

Al. Nürnberg, September 1991

Anmerkungen:

1) Näheres zu den einzelnen Organisationen: José González/Antonio Campos, Guatemala - Un pueblo en lucha - Madrid, 1983, S. 153 - 214; Iosu Perales, Guatemala Insurrecta, Madrid, 1990, S. 37 - 56.

2) Siehe: Wolfgang Heinz, Menschenrechte in der Dritten Welt, München 1986, S. 104ff

3) Mario Payeras, Wie in der Nacht die Morgenröte - Tagebuch einer gualtematekischen Guerilla , Zürich 1985, S. 129

4) Vereinigungsproklamation der URNG, in: Horst-Eckart Gross, Guatemala - Bericht über einen verdeckten Krieg -, Dortmund 1986, S. 211 - 215

5) Die dem Staatsterrorismus in Guatemala zugrundeliegende Logik kann hier nicht näher diskutiert werden. Siehe: CEIG, Contrainsurgencia y desarollo rural en Guatemala, a.a.O., S. 23 - 49

6) Siehe: Shelton H. Davis, Traumatisch wie die Conquista: Versuch einer Bilanz der Politik der verbrannten Erde (1978 - 1983), in: ILA Nr. 137, Juli/August 1990, S. 16 - 20

7) Zur militärischen Stärke der URNG von 1984 - 1988: Inforpress, Centroamérica 1987, Guatemala 1987, S. 11ff.; Inforpress, Centroamérica 1988, Guatemala 1988, S. 96ff; Zu den internen Debatten in der URNG: Monika Rodriguez, URNG - Faustpfand eines demokratischen Projekts, in: ILA Nr. 137, Juli/August 1990, S. 12

8) Eine außerordentlich differenzierte und überaus fundierte Darstellung der Logik und der verschiedenen Phasen der Aufstandsbekämpfungspolitik der Militärs legte die Gualtematekische Kirche im Exil (IGE) vor. Iglesia Gualtemateca en el Exilio (IGE), Guatemala: Seguridad, Desarollo y Democracia, Nicaragua Enero de 1989. Seit kurzem gibt es eine deutsche Übersetzung: Gualtematekische Kirche im Exil/Informationsstelle Guatemala/medico international (Hrsg.), Aufstandsbekämpfung in Guatemala - Demokratisierung als Waffe der Militärs, Stuttgart, Schmetterling Verlag 1991.

9) Zu diesem Thema liegt mir ein sehr interessantes Dokument der obersten Armeeführung vor, das für Propagandazwecke an ausgewählte Personen verteilt worden war. Ejército de Guatemala, Polos de Desarollo - Filosofia desarollista, Guatemala Octubre de 1984

10) Siehe: Comité pro Justicia y Paz de Guatemala, Los Tribunales de Fuero Especial, Guatemala August 1983

11) An dieser Stelle kann der widersprüchliche Charakter der EG-Hilfe nicht weiter ausgeführt werden. Näheres dazu: Barbara Schreiber, Imperialismus in humanitärem Gewand - Die Zentralamerikapolitik der EG, in: ILA Nr. 135, Mai 1990, S. 23 - 27; Barbara Schreiber, Tollwutbekämpfung - 14 Jahre Entwicklungskooperation EG - Lateinamerika, in: ILA Nr. 141, Dezember 1990, S. 14 - 17

12) Die Politik der christdemokratischen Regierung und die Ergebnisse der Wahlen von 1990/91 sind zusammengefaßt in: Guatemala: Simulierte Demokratie, ak 326 14. Januar 1991, S. 21f

13) Zitiert nach: Horst-Eckhardt Gross, Guatemala, a.a.O., S. 239ff

14) Siehe: Inforpress, Centroamérica 1987, a.a.O., S. 14

21. "Wir leben in einem US-amerikanischen Zeitalter." Gespräch mit Yacoub Zayadine, Generalsekretär der KP Jordaniens

Rubrik: Golfkrieg; Jordanien · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:07

Der über siebzigjährige Dr. Yacoub Zayadine, Generalsekretär der KP Jordanien, hatte während des Golfkonflikts eine in seinem Land einzigartige Position bezogen: Er sprach sich deutlich gegen die irakische Invasion Kuwaits aus und warnte vor dem möglichen Ausgang der Krise. Mit dieser Position hatte er sich im ganzen Land und sogar in der eigenen Partei isoliert.

Yacoub Zayadine wurde in der südjordanischen Stadt Kerak geboren. Er studierte in Beirut Medizin, arbeitete als Arzt in Jerusalem und spezialisierte sich später in der BRD auf Neurologie. Er praktiziert noch heute in Amman. 1956 wurde Zayadine ins Parlament in Ostjerusalem gewählt, kurz darauf aber wegen seiner politischen Tätigkeit zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Bis 1989 war er immer wieder Opfer der Repression des Hussain-Regimes. Als im Zuge der politischen Öffnung im Herbst 1989 Wahlen abgehalten wurden, hat Zayadine für Amman kandidiert, verfehlte aber knapp die erforderliche Stimmenzahl.

Das Gespräch mit Yacoub Zayadine führte Patrick Walder Anfang Juni 1991 in Amman.

"Die Kommunistische Partei Jordanien wurde 1951 gegründet. Sie ist die älteste Partei Jordaniens, und sie überlebte die ganze Zeit, obwohl sie immer härtester Verfolgung durch das Regime ausgesetzt war. 1948 wurde in Jordanien ein Gesetz gegen den Kommunismus erlassen. Deswegen waren unsere Kader und die Parteimitglieder von 1951 bis 1989 immer wieder im Gefängnis. Es gibt nicht ein einziges Mitglied der Partei, das nicht mehrere Jahre im Gefängnis verbrachte. Und wenn jemand nicht im Gefängnis war, so hatte er keine Arbeit, durfte das Land nicht verlassen und wurde Tag und Nacht von der Polizei verfolgt. Hunderte unserer Partei wurden im Gefängnis gefoltert oder gar unter der Folter getötet. Ende der fünfziger Jahre kamen deutsche Folterspezialisten (1) nach Jordanien, sie führten in unserem Land neue Methoden der Folter ein. Nicht nur die Gefangenen wurden gefoltert, auch deren Väter, Mütter und Geschwister. Dennoch haben wir widerstanden. Ich selbst war insgesamt zwölf Jahre im Gefängnis, vierzehnmal saß ich. Zwölf Jahre - das sind 144 Monate.

1956 wurde ich ins Parlament in Jerusalem gewählt, doch schon nach zwei Monaten wurde ich rausgeworfen und zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Acht Jahre, von 1957 (2) bis 1965, saß ich davon in einem Gefangenenlager in der Wüste Südjordaniens. Dort wurden wir gefoltert, einige von uns zu Tode geprügelt. Zweimal führten wir in dieser Zeit Hungerstreiks durch - es ging um einfache Forderungen: Essen von unseren Familien erhalten zu können, Besuche und Briefe zu bekommen, Zeitungen lesen zu dürfen. Das war alles nicht erlaubt. Wir kämpften für solch simple Bedürfnisse, nicht etwa um unsere Freilassung. Meine Frau mußte damals mit den Kindern fliehen, sie war zwölf Jahre in Westdeutschland im Exil, die Kinder lebten von 1957 bis 1970 außerhalb Jordaniens. (3)

1989, während der Revolte in Südjordanien, steckten sie uns von der KP ins Gefängnis. Auch mich haben sie gesucht, ich konnte mich aber verbergen und blieb sieben Monate im Versteck. Achtzig Parteileute saßen sechs oder sieben Monate. Seither war niemand von uns im Gefängnis, aber das Gesetz gegen den Kommunismus besteht noch immer.

Das politische Programm der KP war von Beginn an sehr präzise. Die wichtigsten Forderungen waren die Auflösung des britischen Vertrages und der Abzug der britischen Armee. Wir kämpften für Demokratie, für ein Gesundheitssystem, für das Recht der Frauen auf Ausbildung und Arbeit, für Freiheit in der Politik und für das Recht auf Gewerkschaften. Ich denke, wir haben viel für dieses Land getan. Wir sind noch immer hier und arbeiten täglich, auch wenn das ohne politische Freiheit nicht einfach ist. Jetzt erleben wir ein wenig Demokratie in Jordanien und hoffen, daß sie sich festigt. Bis jetzt ist es uns aber nicht erlaubt, im Fernsehen oder Radio zu sprechen, nur Zeitungen berichten über unsere Partei. Wir haben auch eine eigene kleine Presse, sie ist allerdings illegal. Die Partei hat gute Kontakte mit den Gewerkschaften. Unter den höher Gebildeten, den Medizinern, Anwälten, Zahnärzten sind wir stark. Unter den Bauern sind wir aber immer noch

schwach. Wir arbeiten unter den Studenten, agitieren in den Universitäten. Aber man muß dabei beachten, daß wir in diesem Land eine sehr schwere Vergangenheit haben."

Aufstand

"1989 begann in Jordanien eine Intifada - der Aufstand im Süden des Landes, in Maan, Kerak und Sabileh. Wir von der KP wurden als Anstifter betrachtet, als Partei, die den Aufstand vorbereitet und angezettelt hat. Tatsächlich waren wir damals die einzige Partei, die diesen Aufstand unterstützte. Die Regierung griff uns an und steckte unsere Kader ins Gefängnis. Der Aufstand war eigentlich ein Hunger-, ein Brotaufstand, hatte aber plötzlich auch Forderungen nach Demokratie aufgenommen. 1988 war der Dinar drastisch gefallen und der Ölpreis gleichzeitig gestiegen, es gab keine Arbeit mehr. Der Süden war davon mehr als jeder andere Teil des Landes betroffen. Dort arbeiten viele im Transportwesen zwischen Aqaba und Irak, sie traf die Preiserhöhung des Benzins am härtesten. Sie litten Hunger. Der spontan ausgebrochene Aufstand begann sich auszuweiten, auf die Stadt Safilah, dann Kerak, erreichte Salk. Und er fand in jenen Teilen des Landes statt, die für ihre freundliche Haltung gegenüber dem Regime bekannt waren. Die meisten Soldaten kommen traditionell aus den südlichen Gebieten. Das Regime waren darüber sehr erschrocken und begann bald Verhandlungen zu führen.

Schließlich kündigte das Regime Wahlen an. Nach zweiundzwanzig Jahren ohne Parlamentswahlen versprach das Regime Demokratie, und es begann, Häftlinge aus den Gefängnisse zu entlassen. Die meisten Gefangenen kamen nach ein paar Wochen wieder raus, wir Kommunisten jedoch erst nach sechs Monaten. Später gab es Wahlen, an denen auch die KP teilnahm. Aber ich denke, die Wahlen waren nicht gerecht, die Zeit war ungünstig. Während des Aufstands war der Großteil der Armee in und um Amman stationiert, um jeden Aufstandsversuch zu verhindern. Das Regime hatte große Angst, daß der Aufstand auf Amman übergreifen könnte. Wenn der Aufstand die Stadt erreicht hätte, hätte sich sehr viel mehr geändert.

Der Aufstand war der bisher einzige im Land. Er war spontan und zu Beginn nicht organisiert. Im Gefängnis fragten Genossen von uns einen Fahrer aus Maan: ‚Was ist passiert, ihr wart immer freundlich zu dem Regime?` Er erzählte: ‚Ich arbeitete gewöhnlich für acht Dinar pro Tag mit meinem Wagen. Für sechs Dinar kaufte ich Benzin und konnte so jeden Abend zwei Dinar nach Hause bringen. Das war wenig, aber es reichte knapp. Doch plötzlich mußte ich für das Benzin für das Auto acht Dinar bezahlen, und nichts blieb in meinen Taschen zurück. Wir hatten nichts mehr, wir schliefen, ohne gegessen zu haben und standen auf, ohne etwas essen zu können. Mir blieb nur die Wut. Ich ging auf die Straße und traf dort viele Leute in der gleichen Situation. Wir begannen zu demonstrieren, Häuser niederzubrennen, Soldaten zu töten, um unser Brot zu verteidigen.`"

Demokratisierung

"Nach dem Aufstand begann König Husain mit der Demokratisierung - er hatte keine andere Wahl. Außerdem zieht Husain große Vorteile daraus, er bekommt einen guten Ruf in der arabischen Welt. Aber wir leben in dieser Region in einem amerikanischen Zeitalter. Und werden die USA eine wirkliche Demokratie in einem solchen Land akzeptieren? Nein. Sie versprechen Freiheit für Parteien etc., aber ich glaube nicht, daß die USA, Israel und Saudi Arabien das akzeptieren werden. Ich bin skeptisch, was die nächsten Monate angeht.

Die ökonomische Situation ist sehr schlecht. Laut UNICEF-Angaben leidet eine Million der drei Millionen in Jordanien lebenden Menschen Hunger. Dreihunderttausend Kinder kommen jeden Morgen ohne Frühstück zur Schule. Wir haben achtundzwanzig Prozent Arbeitslosigkeit. Wir haben immer weniger Wasser und die Preise sind gestiegen. Das ist die Folge der kriminellen Politik des amerikanischen Imperialismus in dieser Region.

Nun will Baker eine Lösung für das Palästina-Problem finden. Was für eine Lösung? Was ist möglich in Jordanien? Die USA bleiben der größte Feind der arabischen Welt und der ganzen ‚Dritten Welt`. Die USA haben nicht die Absicht, hier die Menschenwürde zu verteidigen, sie sind interessiert am Öl. Und das Öl liegt hier unter dem Boden. Die Region ist voll von Erdöl, und doch ist die Mehrheit der Bewohner hungrig. Die Golfländer sind die Lakaien der US-Amerikaner. Wir werden unterdrückt, aber wir werden bis zum letzten Blutstropfen für unsere Sache kämpfen und unsere Rechte verteidigen. Dafür brauchen wir Hilfe. Was können wir in diesem kleinen Jordanien tun, mit einer Bevölkerung, die hungrig ist?

Die Muslimbrüder sind immer frei gewesen in diesem Land. Sie wurden von außen unterstützt, sie haben die Moscheen, sie haben die Prediger. Während wir für Jahre zu Hunderten im Gefängnis saßen, waren sie frei. Jetzt sind sie stark, nicht nur in Jordanien (4), auch in Ägypten, Algerien, Tunesien und im Sudan. Ich denke aber, daß das nicht ewig dauern wird. Die fundamentalistischen Politiker im jordanischen Parlament machen Fehler, sie beschäftigen sich mit Kleinigkeiten, mit der Trennung der Geschlechter, der Kleidung der Frauen - sind das die Probleme in diesem Land? Das Problem ist, wie man in diesem Land Arbeit findet, wie man die Preissteigungen aufhalten kann, wie man die Bevölkerung ernähren und den Leuten ein Haus geben kann. Und nicht, den Müttern zu verbieten, ihre Söhne in der Schule zu besuchen, oder den Vätern zu verbieten, ihre Töchter zu besuchen. Das aber ist nun verboten. Wir sind tausend Jahre zurück. Aber die Leute beginnen, sich dagegen zu wehren.

Aber es gibt auch Anzeichen, daß sich Teile des Regimes dem angesteuerten Demokratiekurs widersetzen, vor allem Kreise der Armee und des Geheimdienstes. Es werden wieder Leute verhaftet."

Golfkrieg

"Während der Golfkrise sind die Leute in Jordanien verrückt geworden. Sie träumten und waren närrisch. Vor allem die Medien, die mit der westlichen Propaganda verbunden waren, habe sie soweit gebracht. Sie trieben die Leute hin zu Saddam. Ich sagte von Beginn an, daß es vom Irak nicht klug war, Kuwait zu überfallen. Natürlich gab es Probleme zwischen Irak und Kuwait - sie sollten friedlich gelöst werden, mit Hilfe arabischer Länder. Saddam überfiel Kuwait, und er fand niemanden, der ihn unterstützte. Er zerstörte das Land. Allein in Jordanien haben wir eine viertel Million Arbeiter, die in Kuwait lebten und nach dem Krieg rausgeworfen wurden. Das bringt uns große Probleme, Hunderttausende von Menschen ohne Geld, Arbeit und Wohnungen. Der Konflikt hat schlimme Folgen für das jordanische Volk. Dieser verrückte Mann verursachte die Zerstörung von Kuwait und Irak. Natürlich, wir brauchten nicht über die USA zu reden - wir wissen, daß sie Korea, Vietnam, Grenada, Panama, Libanon, Palästina überfallen haben. Ich habe von Anfang an gewarnt. Aber die Menschen hier haben ihre Vernunft verloren.

Die Presse in Jordanien war sehr stark beeinflußt von amerikanischen Informationen. Sie hat ein falsches Bild gezeichnet, hat geschrieben, daß der Irak gewinnen und Amerika schädigen könne, daß der Irak 50.000 oder mehr amerikanische Soldaten töten würde. Die Leute hier hassen Amerika und Israel. Als sie hörten, daß ein arabisches Regime bereit ist zu kämpfen und Amerikaner zu töten, waren sie aufgeregt. Die Medien haben viel bewirkt, daß die Leute ihre Vernunft verloren haben. Wie soll ein Land der ‚Dritten Welt` alleine die USA, Großbritannien und Frankreich bekämpfen - die drei größten imperialistischen Staaten, die seit Jahrhunderten darin geübt sind, Menschen zu töten, Länder zu besetzen und auszubeuten? In einem Krieg gegen diese Mächte? Gegen Hunderte von Kriegsschiffen und Tausende von Flugzeugen - das ist verrückt.

Seit dem Ende des Kriegs sind die Leute deprimiert. Sie erleben die Kriegsfolgen und haben die Verbrechen der USA mit eigenen Augen sehen müssen. Im Irak soll nun unter Saddam eine Demokratie aufgebaut werden - unter Saddam, der soviele eigene Leute umgebracht hat, die Schiiten (5), die Kommunisten, die Kurden, die eigene Bevölkerung im Krieg. Unter Saddam, der den Krieg gegen den muslimischen Nachbar angefangen hatte und nach sovielen Tausenden Toten wieder einen Krieg begann.

Als ich diese Meinung öffentlich in Jordanien vertrat, und ich war der einzige im ganzen Land, wurde ich heftig angegriffen. Tag und Nacht belästigten mich Unbekannte am Telefon mit Morddrohungen. Alle Parteien, die linken, die palästinensischen, sie alle sind mit der Bevölkerung gegangen. Selbst Teile der KP gingen mit dieser hysterischen Bewegung. Nun haben wir die Aufgabe, die Leute wieder aufzurichten, sie zu ermutigen."

Sozialismus

"Die KP Jordanien hatte ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion, ich selbst war mehrmals dort. Ich verstehe die Perestroika als Revolution, als Versuch, die Fehler der vergangenen siebzig Jahre zu korrigieren. Aber während dort Fehler korrigiert werden, werden zugleich neue begangen. Die Sowjetunion steckt in großen Problemen - ökonomisch, politisch, die Bürokratie, das Nichtvorhandensein von Demokratie sind ein paar Stichworte. Ich hoffe, die Probleme können gelöst werden. Und ich hoffe, daß der Sozialismus siegen wird, denn der Imperialismus wird nie eine Lösung für die Probleme der Welt sein.

Wir bleiben Kommunisten. Ich glaube, daß wir im Nahen Osten den Marxismus besser verstehen als ihr im Westen. Es ist zu früh, über den Ausgang zu sprechen, aber auch zu früh, um zu sagen, das ist das Ende. Wir werden unseren Kampf hier weiterführen. Die KP in Jordanien war nicht in der Regierung, wir kämpften von unten und haben nicht dieselben Fehler gemacht wie die KPdSU. Aber wir sind vielleicht zu kritiklos der Politik der Sowjetunion gefolgt, wir stimmten jeder Parole und Theorie zu. Nun beginnt dazu eine Selbstkritik. Wir danken der Sowjetunion für den Anstoß dazu. Wir sehen aber jetzt den Einfluß des Westens in der Sowjetunion, und wir spüren diesen Einfluß auch hier, in unserer eigenen Partei. Einige Leute haben wegen dieser Veränderungen ihren Verstand verloren, sie trauen dem Marxismus nicht mehr. Wir leiden daran. Aber ich bin zuversichtlich für die Zukunft, einmal werden die Menschen aufstehen und die Kapitalisten hinwegfegen."

Anmerkungen der AK-Redaktion:

(1) 1958 wurden ehemalige SS-Männer ins Land geholt, die den jordanischen Geheimdienst aufbauten und KP-Mitglieder im Gefängnis folterten. Diese ehemaligen SSler blieben bis 1964 in Jordanien.

(2) Im Oktober 1956 gewannen erstmals links-nationalistische Parteien die Wahlen zum jordanischen Parlament. Im März 1957 wurde der britisch-jordanische Vertrag von 1948 nach Verhandlungen mit Großbritannien für beendet erklärt, mit dem Abzug der letzten britischen Truppen im Juli 1957 erhielt Jordanien endgültig seine Unabhängigkeit. Im selben Zeitraum entdeckte König Husain im Bemühen, die zunehmende Linksentwicklung aufzuhalten, eine syrisch-ägyptische Verschwörung gegen sich und löste das Kabinett auf. Dies führte zu Unruhen, in deren Folge alle politischen Parteien verboten wurden. Die USA betonten ihre Unterstützung Husains durch die Entsendung ihrer Sechsten Flotte ins östliche Mittelmeer und die Zuteilung wirtschaftlicher und militärischer Hilfen. (Vgl. Yaacov Shimoni, Hg.: Political Dictionary of the Arab World. New York (Macmillan) 1987, S.256f.)

(3) Selwah Zayadine, geboren in Syrien, ist Mitglied des ZK der KP Jordanien.

(4) Im November 1989, bei den ersten allgemeinen Wahlen seit 1967 in Jordanien, errangen bei einer Beteiligung von 54% aller Wahlberechtigten islamische ("fundamentalistische") Organisationen 31 der insgesamt 80 Sitze. (Vgl. Nahost. Jahrbuch 1989. Opladen (Leske + Budrich) 1990, S. 100.) - 20 Sitze davon gingen alleine an die Muslimbruderschaft, die unter der Losung "Der Islam ist die Lösung" angetreten war. Sie war nicht zuletzt deshalb im Vorteil, weil ihre Organisation als einzige 1957 (s. Anm. 2) nicht verboten worden war und sie ihre Tätigkeit durchweg ungehindert ausüben konnte. - Die (im weiteren Sinne) linken Parteien, die sich bei der Parlamentsbildung zum "Demokratischen Block" zusammenschlossen, erreichten nur elf Sitze plus drei sympathisierende Abgeordnete. (Vgl. ebd.)

(5) Die beiden muslimischen Hauptgruppen (von denen es jeweils wiederum zahlreiche Untergruppen gibt) sind die Sunniten, zu denen sich etwa 90% der Muslims rechnen, und die Schiiten.

22. 3. Oktober in Hamburg: "Feiern ohne Grenzen"

Rubrik: Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:35

Am 3.10., dem neuen deutschen Nationalfeiertag, werden die zentralen Feierlichkeiten in Hamburg stattfinden. Diesen Tatbestand verdankt Hamburg dem Umstand, daß dieser Tag künftig immer in dem Bundesland gefeiert werden soll, das den Bundesratspräsidenten stellt, und das ist derzeit der Hamburger Bürgermeister Voscherau.

Ganz einfach ist das mit der Feierei zum "Tag der deutschen Einheit" aber nicht. Angesichts der Probleme im Osten haben sich die GAL und die FDP sowie die Hamburger Morgenpost zunächst darüber mokiert, daß soviel Geld für zweifelhafte Jubelfeiern rausgeworfen werden soll. Und einige Linke befürchteten eine offen nationalistische Propagandaschau mit fahnenschwingenden Horden.

Irgendwie haben die Macher dieser Feier, Voscherau und Innenminister Schäuble, durch ihre Feiervorstellungen dies alles gegenstandslos gemacht. Im Einklang mit dem "Baumeister der Einheit" (so das Hamburger Abendblatt über Schäuble) verkündete Voscherau, daß der 3.10. "kein Datum der nationalen Nabelschau" sei, sondern es soll ein "Schaufenster des Förderalismus" sein. Und weiter betonte Voscherau, daß es kein "Hochglanzfest" geben werde, sondern daß es durchaus auch "kritische Töne zu hören" geben werde.

Was mensch darunter zu verstehen hat, wird an den geplanten Aktivitäten deutlich. Neben den ellenlangen Freß- und Saufständen auf einem Volksfest vor dem Rathaus, dem unvermeidlichen Feuerwerk und einem Festakt mit Reden von Bundes-Rita (Süssmuth) und Voscherau-himself werden u.a. der Kabarettist Werner Schneyder, Wolf Biermann, Udo Lindenberg und die Münchener Lach- und Schießgesellschaft auftreten. Desweiteren wird ein Kampnagelprogramm von nichtdeutschen Künstlern mit kritischen Würdigungen zum Thema "Was ist deutsch" stattfinden, was flugs in die Feierei eingemeindet wurde. Das Ganze nennt sich bürgernahes "Feiern ohne Grenzen". Grenzenlos scheint in der Tat der Opportunismus und/oder die politische Blindheit von sogenannten linken und kritischen Künstlern zu sein, denn von Protest gegen diese gesamtdeutsche Vereinnahmung war bisher nichts zu hören.

Noch vor dem Sommer hatte sich ein Bündnis zusammengefunden, daß sich vorgenommen hat, mit Aktionen und einer Demonstration gegen diese 3.10.-Feier zu protestieren. Die Crux dieses Bündnisses ist, daß es sich nicht konsequent gegen die Wiedervereinigung und jede Art von deutschen Nationalismus richtet, sondern die Motive der meisten Beteiligten kaum über "Gegen die Jubelfeier"und "Gegen die Folgen der Vereinigung " hinausgehen. Eine bestenfalls inkonsequente Haltung gegenüber der Wiedervereinigung sowie eine falsche Einschätzung darüber, wie isoliert die Linke gerade in der Frage des Kampfes gegen Nationalismus ist, haben von Anfang an verhindert, daß der Aufruf eine klare antinationalistische Stoßrichtung bekommen hat. Ob deshalb jetzt mehr Leute zur Demo kommen werden, darf bezweifelt werden.

Wir haben die hier abgedruckte Erklärung zum Aufruf in dem Bündnis verteilt, um es nicht beim Rumnörgeln zu belassen, sondern um eine Möglichkeit zur Auseinandersetzung zu schaffen.

Bei aller Kritik am Aufruf und der "Logik dieses Bündnisses" und abgesehen davon, daß es überhaupt schwierig ist, gegen diese Art Zeremonie zu protestieren, halten wir es trotzdem für sinnvoll, an diesem Tag zu demonstrieren und unterstützen deshalb die Demo als einen Versuch, die Reste der Linken gegen diesen Nationalfeiertag auf die Straße zu bringen.

bs

23. Gegen den Minimalkonsens. Offener Brief von einigen Mitgliedern der "Gruppe K"

Rubrik: Nationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:26

Liebe Freunde und GenossInnen des Aktionsbündnisses 3.10.91

wir werden den von Euch verschickten Aufruf für die Hamburger Demonstration nicht unterzeichnen, da wir erhebliche inhaltliche Widersprüche zur Stoßrichtung und einigen Aussagen Eures Flugblattes haben. Wir werden daher nicht der schlechten linken Praxis des "Minimalkonsenses" der letzten Jahre folgen und trotz "Bauchschmerzen" unterschreiben. Nicht zuletzt deswegen ist "die Linke" inhaltlich so auf den Hund gekommen.

Da uns allerdings das Motiv, den Herrschenden und Regierenden ihre Feier zu versauern - wenn wir das denn könnten -, Grund genug zum Demonstrieren ist (uns die Inhalte deswegen aber ganz und gar nicht egal sind), werden wir die Demo unterstützen. Vielleicht habt Ihr dafür ja eine Rubrik vorgesehen.

Die schriftliche Niederlegung und Veröffentlichung unserer Kritik ist daher auch der Versuch, einen Beitrag zur inhaltlichen Diskussion zu leisten.

Nun zu unseren Kritikpunkten im einzelnen, zunächst zwei grundsätzliche:

Nie wieder Deutschland

1. Die zum Teil staatspolitische Sprache Eures Textes scheint uns kein Zufall. Wenn in einem linken (das vermuten wir doch richtig?) Aufruf so en passant die "wiedererrungene nationale Einheit" nur deshalb kritisch erwähnt wird, weil sie kein Anlaß fürs Feiern ist (2. Satz), dann wird die Differenz offenkundig. Wir greifen nämlich nach wie vor die "wiedererrungene nationale Einheit" an, können in ihr auch ohne Feiern nichts zu Akzeptierendes entdecken, auch nicht im Sinne der Anerkennung der Realitäten, weil dies für die realpolitisch unbedeutende Linke sowieso irrelevant ist und mit realistischer Politik soviel zu tun hat, wie unsere Aussage "Nie wieder Deutschland". Also geht es vor allem um einen Inhalt, den man auch mit einer Aktion zu vermitteln hätte. Auch wenn Deutschland den Weltkrieg II mittlerweile gewonnen, und die von ihm überfallenen Völker der Sowjetunion und Jugoslawiens - die einzigen, die sich aus eigener Kraft vom deutschen Faschismus befreit haben - endgültig die Verlierer sind, müssen wir als Linke doch sagen, und wenn's die Nation einen feuchten Kehricht interessiert, daß eine "wiedererrungene nationale Einheit" Deutschlands unter keinen Umständen etwas Positives sein kann. Bereits die "neutrale" Verwendung dieses Kampfbegriffs durch Euch klammert aus, daß in puncto "nationale Einheit" der Deutschen das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, es um weitere Gebietsansprüche gehen wird, die sich bequem mit dem Mythos der nationalen Einheit belegen lassen, sofern sich nur eine deutsch-völkische Seele auf einstmaliger oder künftiger deutscher Scholle finden läßt. Das hat ein wenig damit zu tun, daß "die Nation" als völkisch-seelisch-kulturelle Einheit ein Konstrukt ist, das den politischen Gewaltcharakter der Nationenbildung (und der Veränderbarkeit ihrer Grenzen) verdecken soll. Ob, wann und wie diese Ausdehnung deutscher Nation sich auf die Tagesordnung setzen läßt, ist eine Frage politischer Opportunität für den BRD-Imperialismus und seiner expansiver gewordenen Außenpolitik, die sich heute, da Kriegsgewinner, nicht mehr den Vorwurf des Revanchismus machen lassen braucht und wird. Auf dem Wege ist er seit der elenden Vereinigung ein ganzes Stück weitergekommen. Am massivsten hat der Wechsel deutscher Politik mit der Intervention bis hin zu militärischen Drohungen (mit europäischen oder UN-Truppen) seitens der Bundesregierung in Jugoslawien begonnen. Deutschland forciert den Zerfall Jugoslawiens und schürt den Bürgerkrieg, um sich entlang historischer Einflußzonen aus der Zeit des Ersten und Zweiten Weltkriegs neues Einflußterrain zu sichern. Und es ist der "liberale" Genscher, der darauf hinweist, daß die Tatsache, daß Deutschland im Golfkrieg "nicht ambitiöser war, daß es nicht seine Verfassung gebrochen hat", keine "Politik des schlechten Beispiels" gewesen sei, sondern mittlerweile überwunden ist. Schließlich, so Genscher, habe Deutschland erst am 15.3.91 seine "volle Souveränität" dadurch erhalten, daß der oberste Sowjet den Zwei-Plus-Vier-Vertrag aus dem letzten Jahr ratifiziert habe. Diese Souveränität habe es im Falle Jugoslawiens erstmals angewandt, damit sei die Zeit von Verfassungsänderungen und mehr Rechten Deutschlands in den Vereinten Nationen (BRD als Sicherheitsratsmitglied) gekommen, so der Außenminister. Anders ausgedrückt: Die bisherige relative

Zurückhaltung war politisch motiviert, die Souveränität mußte politisch erkauft werden und jetzt ist die Zeit deutscher Ambitionen gereift.

Daher: Nach wie vor besteht die zu Teilen von Euch nicht neue, aber nichtsdestotrotz aktuelle Differenz der Ablehnung des neuen Deutschland. Daher widersetzen wir uns nicht allein der Wiedervereinigungsfeier, sondern nehmen diese zum Anlaß, unsere Ablehnung der Vereinigung inhaltlich zu untermauern.

Nationalismus

2. Die zweite zentrale Differenz berührt Euren Nationalismus-Begriff. Ihn zu klären ist für uns keine Begriffsfuchserei, sondern berührt ganz stark die Differenzen in der Einschätzung Deutschlands und seines Nationalismus. Eurem Flugblatt entnehmen wir, daß Ihr einen Begriff von Nationalismus benutzt, der denselben nur oder überwiegend sieht, wenn er als "Hurra-Patriotismus" oder als "Aufwallen nationaler Gefühlsregungen" daherkommt. Doch nach wie vor ist das äußerliche Aufwallen "nationaler Gefühlsregungen" in der BRD eher die Ausnahme und nicht die Regel, ist eher etwas für die "weniger zivilisierten" Völker auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion. In Deutschland ist der neue Nationalismus überwiegend in anderen Formen anzugreifen und aufzuspüren, weil er bislang diese Artikulation nicht in größerem Ausmaß benötigt. Gerade weil nicht wenige Linke Nationalismus fälschlicherweise nur mit "Gefühlsaufwallungen" identifizieren, sehen sie nicht nur nicht seine Gefahren, sondern sind nach den ersten nationalen Taumeln zur Jahreswende 1989/90 zur Tagesordnung übergegangen, was auch logisch ist: wenn nur der Taumel den deutschen Nationalismus gefährlich und abzulehnen macht, dann reicht die Feststellung, daß er zurückgegangen ist, zur Beruhigung aus.

Nur noch Deutsche

Dabei ist der nationale gesellschaftliche Wandel und der der Linken offenkundig:

- Die TAZ ist heute nicht nur das Blättle, das uns Linke in der Vergangenheit deswegen geärgert hat, weil neben allerlei linkem Krams auch häufig genug rechter Krams drinstand, sondern sie hat den deutsch-nationalen Konsens zur Blattlinie gemacht. Sie konkurriert mit der FAZ um die Avantgarde beim zum Teil militant (Jugoslawien) geforderten deutschen - europäisch getünchten - Marsch nach Osten. Bedeutsam ist dieses Konkurrieren der "Kinder-FAZ" (Gremliza) mit ihrer Elternausgabe nicht wegen ihrer gleichgewichtigen Relevanz für die politischen Eliten Deutschlands, sondern wegen ihrer Wirkung auf "die" (ehemalige) Linke. Deren größere Teile machen heute die Stärke der BRD-Ökonomie und die Grundprinzipien der KSZE-"Charta für ein neues Europa" mit ihren Kampfbegriffen "Marktwirtschaft, Demokratie und Selbstbestimmung" zum Ausgangspunkt ihrer Politik. Sie reden von Zivilgesellschaft und Menschenrechten und geben vor, damit gegen Nationalismus gefeit zu sein. Dabei finden wir denselben durchaus im zivilgesellschaftlichen Gewand wieder, denn die zivilen Linken lehnen zwar nationales Gelärme und Skin-Rabaukentum auf der Straße ab, wenn es sich nicht gerade Volksfest nennt, sie meinen aber deutsche Pflicht zur Einmischung gerade aufgrund angeblicher größerer Zivilisiertheit der deutschen Demokratie.

- Die SPD versucht die aus realpolitischen Gründen außen- und ostpolitisch "gemäßigter" agierende Bundesregierung nicht nur wegen des Rollenspiels zwischen Regierung und Opposition rechts zu überholen (insbesondere zu Jugoslawien), sondern weil sich die von ihr konzipierte Ostpolitik als das erweist, was einer ihrer "Väter", der Friedensforscher Egon Bahr, bei jeder Gelegenheit zum Besten gibt: Sie ist deutsch-national. Dafür stehen heute auch Gestalten der 68er Generation wie Voigt und Gansel. Die SPD ist damit wieder ernsthafter außenpolitischer Konkurrent der CDU/ CSU, weil sie nicht gegen, sondern für eine bessere Politik des deutschen Ostgangs konkurriert. Gleiches vollzieht sich beispielsweise innenpolitisch, wo die SPD die härteste antikommunistische Kämpferin für die vollständige Liquidierung jedes Restes DDR ist, der an den Versuch einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft erinnern könnte. Gleiche qualitative Ununterscheidbarkeit ist in der Asyl- und Flüchtlingspolitik festzustellen.

- Im Schlepptau der politischen Entwicklung zum nationalen Konsens schippern im übrigen die Grünen und die institutionalisierten Bürgerbewegungen, die nicht gegen den Trend, sondern nur für einige Modifizierungen stehen.

- Damit haben wir in nicht friedlichen, aber Friedenszeiten seit der Wiedervereinigung den Zustand der Kriegszeit von 1914 erreicht, als Wilhelm Zwo nicht mehr Parteien sondern nur noch Deutsche kannte. Auch heute gibt es nur noch Deutsche in parteipolitisch unterschiedlichen Formationen.

Gegen den Hamburger Konsens am 3.10.

Zurück nach Hamburg am 3.10.91: was macht Ihr, wenn es keine hurrapatriotische Jubelfeier am 3.10. geben wird? Wir erwarten dies im übrigen eher, als den von Euch prophezeiten "gefühlsaufwallenden" Hurra-Deutschland-Jubel. Wir erwarten "normalen" Volksfestcharakter (der in der Regel deutsch genug ist), die übliche Feierei, bei der die Leute wie auf dem Alstervergnügen ihre Würste lutschen und Feuerwerk bewundern, dazwischen das bei jeder Sportveranstaltung übliche, eklige schwarz-rot-goldene Fähnchenschwenken und wenige noch ekligere Reichskriegsfahnen. Wir erwarten eine "gemäßigte" Deutschlandfeier der Honoratioren aus Politik und Wirtschaft. Wir erwarten von einer sozialdemokratischen Stadtregierung, daß sie sich nebenbei auch eine "kritische" Deutschlandwürdigung leistet. Und siehe da: am 3.10. findet auch noch Kabarett mit den "Kugelblitzen" und der "Münchener Lach- und Schießgesellschaft" statt, Wolf Biermann gibt sein Konzert "Nur wer sich ändert bleibt sich treu". Metropolis-Filme über Deutschland werden genauso in den Konsens der Deutschen-Feier einbezogen, wie ein Kampnagelprogramm mit nichtdeutschen Künstlern zum Thema "Was ist deutsch?" (so im Hamburger Abendblatt). Und nicht einer diesen national vereinnahmten Kritischen hat u.W. bislang dagegen protestiert bzw. solche Meldungen widerrufen.

Was nun? Stimmen damit die deutschen Charakterisierungen nicht? Hätten damit nicht die zum nationalen Konsens gehörende GAL und die FDP ausreichend gehandelt, als sie die Feierkosten angesichts der Probleme in Ostdeutschland für "überflüssig" erklärten?

Weil Ihr den deutschen Nationalismus überwiegend als äußeres Phänomen definiert, können wir uns schon die - angesichts vermutlich gar nicht so zahlreicher Mobilisierung zum 3.10. - enttäuschten Rufe derjenigen vorstellen, die nur das als nationalistisch und gefährlich an Deutschland glaubten, was Ihr geschrieben habt und möglicherweise in dieser Form gar nicht vorfinden werden: so schlimm und bedeutsam war das doch alles gar nicht. Eure Kritik bleibt stumpf gegenüber den weniger spektakulären Erscheinungsformen, die sich darunter nicht fassen lassen, die aber derzeit noch entscheidender für das neue deutsche Nationalgefühl sind, als die "Aufwallungen". Und weil wir in der Vergangenheit schon häufiger darüber gestritten haben: immer noch sind wir nicht der Meinung, daß radikale Linke sich erstlinig an den Folgen der deutschen Vereinigung aufzuhalten haben, die Vereinigung aber als akzeptierend hinnehmen, um dabei den Blick für das Wesentliche der Entwicklung zu verlieren. Gerade vor dem Hintergrund der Herstellung eines nationalen Konsenses bekommen diese Folgen ihre Brisanz: Die absehbaren und möglichen ökonomischen und sozialen Folgen der Vereinigung fallen dann auf einen Resonanzboden, dem zu widerstehen keine relevante (schon gar nicht, wenn sie national ist) Linke und keine nichtnational agierende Klasse absehbar ist. Noch hat die BRD einen großen Deregulierungsspielraum, dessen Abbau erst begonnen hat. Der tägliche faschistische Terror gegen Immigranten und Asylantenheime - nicht nur in Ostdeutschland - läßt ahnen, was passieren kann, wenn die nationale Seele Schuldige für ihr relatives Elend sucht. Der Feind ist dann nicht die herrschende Klasse, sondern das Nichtnationale: deutsche Nation grenzt ein, wer völkisch dazugehört, und die Nation enthält zugleich eine Ausgrenzung, wer nicht dazugehört.

Neben einer Aktion am 3.10. und über den Tag hinaus sind wir an einer Auseinandersetzung um Deutschland, den deutschen Nationalismus, um den Zusammenbruch deutscher Größe befürchtenden Prognosen, die BRD habe sich an der DDR ökonomisch verschluckt ("Honeckers Rache"), der Analyse der Ideologiedebatten der Herrschenden und ihrer sich so nennenden Intelligenz über die Herausbildung eines neuen deutschen Geschichtsbildes sowie der neuen Qualität deutscher Außen- und Ostpolitik interessiert. Kein Interesse haben wir an Debatten, die die Wiedervereinigung nach linkem business as usual als quantitativen Verstärker für sowieso schon laufende Prozesse, die es auch vorher schon gegeben hat (Sozialabbau, Asylverschärfung etc.) diskutieren wollen und nicht mehr reflektieren, daß radikale Linke nicht mehr so weitermachen können wie bisher.

Einige Mitglieder der Gruppe K/Hamburg

Die Gruppe K ist von ehemaligen Mitgliedern der KB-Minderheit gegründet worden. Kontakt: Gruppe K, derzeit noch: c/o Hamburger Satz und Verlag, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36

24. "Auch ich habe eine Vergangenheit." (Erklärung von Jutta Braband)

Und wieder einmal zu spät

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:24

In der vergangenen Woche wurde über das ND eine Erklärung von Jutta Braband veröffentlich, sie habe in der Zeit von 1969/70 bis 1975/76 als IM für das MfS gearbeitet. Diese Erklärung kam insofern überraschend, als Jutta Braband eine der bekannten Personen der DDR-Bürgerrechtsbewegung ist. Sie wurde wegen ihres Eintretens für Wolf Biermann, Rudolph Bahro u.a. 1979 zu neun Monaten Haft verurteilt. 1989, beim Umbruch der DDR, schloß sie sich der Vereinigten Linken an. Anders als andere Personen der Bürgerrechtsbewegung trat sie für eine Zusammenarbeit mit der PDS ein und setzte sich gegen die Diffamierung als SED-Nachfolgepartei ein. Sie ist in den vergangenen Monaten oft mit der Forderung an die PDS und ihre Mitglieder herangetreten, mit der eigenen Vergangenheit, insbesondere der Stasi-Vergangenheit, offen umzugehen - nun steht sie selbst im Kreuzfeuer.

Jutta Braband, Abgeordnete der PDS/Linken Liste im Bundestag, Mitglied der Vereinigten Linken, zu ihrer früheren Tätigkeit für das MfS

Ich war von 1969 oder 1970 bis ungefähr Ende 1975 Inoffizielle Mitarbeiterin der Staatssicherheit. Meines Wissens habe ich keine Verpflichtungserklärung unterschrieben, keine finanziellen Zuwendungen erhalten. Für die politische Beurteilung und Auseinandersetzung mit diesem Thema erachte ich dies als vernachlässigenswert.

Ich habe viel zu spät begonnen, mit anderen Menschen darüber zu reden und dies öffentlich zu machen, lege aber Wert auf die Feststellung, daß diese Erklärung ohne den Druck drohender Entlarvung erfolgte. Zu spät kommt diese Erklärung unter anderem deshalb, weil wahrscheinlich gerade ein "Fall" wie der meine, erst Stasi, dann als Oppositionelle im Knast, etwas zu der vielfach eingeforderten differenzierteren Aufarbeitung von DDR-Geschichte hätte beitragen können. Für diejenigen, denen dieser erste karge Satz mehr Fragen aufwirft, als Antwort bietet, will ich versuchen, diese absurd anmutende, aber gar nicht so absurde Biographie, soweit mir das möglich ist, aufzuhellen. Außerdem möchte ich versuchen zu erklären, wo meiner Meinung nach meine persönlichen und politischen Fehler und Versäumnisse in dieser Sache liegen.

Die DDR als Identifikationspunkt

Durch meine Eltern, beide überzeugte SED-Mitglieder, in einem strengen realsozialistischen Glauben erzogen, der unter allen Umständen das eigene Handeln als notwendig für den Aufbau des Sozialismus erachtete, hatte ich eine ungebrochen positive Einstellung zur DDR.

Vor diesem Hintergrund entwickelte sich mein Ehrgeiz, in allen Bereichen zu den Besten zu gehören. Ich war in der Schule sehr gut, auch später in der Lehre. Ich war stolz, an meinem 18. Geburtstag in die SED aufgenommen zu werden, die Verpflichtung dazu hatte ich anläßlich des xten Parteitages abgegeben. Und ich war stolz, als etwa 1970 zwei Herren von der Staatssicherheit in meine Berliner Wohnung kamen und mich um meine Mitarbeit baten, wobei sie sich auf mein Verhalten während der Aufklärung eines Wirtschaftsverbrechens in meinem damaligen Betrieb (Kombinat Robotron Stralsund, ca.1967) bezogen. Dieses Kombinat hatte DDR-weit eine Verschrottungskampagne von überwiegend neuen Ersatzteilen für Büromaschinen im Werte von ca. 1/2 bis 1 Mill. Mark durchgeführt, um dadurch einer Strafverzinsung für zu hohe Lagerbestände zu entgehen. Ich war empört, weil ich meinte, daß durch solche Aktionen einfach aus betriebsegoistischen Gründen (die Höhe des Kultur- und Sozialfonds hätte darunter gelitten) Arbeit vernichtet wurde. Der Meldung dieses Vorganges durch meinen Vater, der meine Empörung teilte, verdankte ich offenbar drei Jahre später den Besuch der Stasi. Ich hatte keinerlei Bedenken, mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten, außer daß ich meinte, mich gar nicht dafür zu eignen, irgendwelche Geheimnisse zu haben. Als mir aber die Wichtigkeit der Verhinderung bzw. Aufklärung ähnlicher Fälle wie im Kombinat Robotron für die DDR-Wirtschaft auseinandergesetzt wurde, begann ich einzusehen, daß ich nicht das Recht hatte, wegen persönlicher Macken wie Vergeßlichkeit und Schwatzhaftigkeit eine Aufgabe, die scheinbar nur ich ausführen konnte, nicht zu übernehmen. Denn ich wollte doch unbedingt, daß die DDR erhalten würde (da

gab's nicht den geringsten Zweifel!) und daß vor allem ihre Feinde, die sämtlichst aus der BRD und den USA gesteuert wurden, keine Chance hätten.

Die Stasi als "kritische Instanz"

In der Folgezeit hatte ich in unregelmäßigen Abständen Treffen in einer Privatwohnung in der Karl-Marx-Allee (kurz vor dem Strausberger Platz), die aber offensichtlich keinem der Männer gehörte. Nach meiner Erinnerung kamen die Treffen durch wechselseitige Anrufe zustande, wie häufig das geschah, kann ich heute nicht mehr sagen. Im Laufe der Zeit entwickelte ich zu einem dieser beiden Männer, der sich mir mit dem Namen "Engelhardt" vorstellte (ich lernte zwischendurch noch einen dritten kennen und vermute heute, daß mehrere ausprobiert wurden, aber auf "Engelhardt" reagierte ich offenbar am besten), so etwas Ähnliches wie ein Tochterverhältnis. Alle Probleme, die schon damals in meiner Parteigruppe nicht diskutierbar waren, konnte ich mit ihm abarbeiten. Meine Fragen wurden nicht abgewiesen als die einer jungen (also noch dummen) Genossin, sondern ernstgenommen und diskutiert, was mir das Gefühl gab, endlich verstanden zu werden, weniger in persönlicher, denn in politischer Hinsicht. Diese sehr allgemein angelegten Gespräche politischer Natur erstreckten sich von daher auch auf Erlebnisse in meinem Betrieb, der Fachschule für Außenhandel, an der ich studierte, und Personen aus meinem Umfeld. Zum Teil habe ich dies auf Nachfrage auch schriftlich niedergelegt. Ich forderte keine Rechenschaft über die Verwendung meiner Berichte, denn ich war davon überzeugt, daß sie dort in den richtigen Händen waren. Daß sich im Laufe der Zeit meine Kritik mehr und mehr auch auf die Rolle der Partei und des Staatsapparates, beispielsweise im Umgang mit Andersdenkenden, bezog, änderte an unserem guten Verhältnis nichts. Denn der Genosse Stasivater hatte für all diese Fragen und Kritik ein offenes Ohr und ich damit das Gefühl, an der richtigen Stelle zu sein, denn in den Parteiversammlungen war nichts zu bewegen, obwohl ich es immer wieder versuchte. Mir wurde immer wieder von ihm klargemacht, daß trotz meiner richtigen Kritik bestimmte Dinge, wenn sie nicht gerade auf Irrtümern und Fehleinschätzungen beruhten, nicht zu ändern seien, weil doch der Klassenfeind an der Grenze stünde. Deshalb hatte ich zwei Gründe, die mich durchaus motivierten, diese Gespräche weiterzuführen:

- Mir wurde vermittelt, ich könnte etwas dazu beitragen, daß Fehler vermieden werden konnten, weil ich bestimmte Dinge erklären konnte, gewissermaßen von der Basis her.

- Ich war bereit, einem Feind, sollte ich ihm begegnen, das Handwerk zu legen, denn alles war besser als Kapitalismus.

Die Tatsache, daß diese Beschreibung mehr Motivation und Verlauf dieser Tätigkeit schildert, als detailliert konkrete Stasitätigkeit offenbart, liegt darin begründet, daß ich mich nur fragmentarisch daran erinnern kann. Dies ist zum einen dem Umstand geschuldet, daß ich offensichtlich eine große Verdrängungsleistung vollbracht habe.

Die Opposition als andere Form der Gesellschaftskritik

Mitte der 70er Jahre wurde ich zum erstenmal massiv mit einer anderen Seite der Stasi konfrontiert, die auch für mich nicht mehr zu rechtfertigen war: Ich lernte sehr viele Menschen kennen, deren Auffassungen meinen sehr ähnlich waren, die aber andere Schlüsse daraus zogen. Diese Leute wurden wegen ihrer Auffassungen und weil sie sie artikulierten in Büchern, Liedern, während Veranstaltungen, im Institut, an der Uni von staatlichen Leitern gemaßregelt, aus der FDJ, der SED, manchmal sogar aus der Gewerkschaft ausgeschlossen, von der Stasi beobachtet, diffamiert, verhört und verurteilt. Ich versuchte mit meinem "Stasivater" darüber zu reden, aber nach und nach reichten seine Antworten nicht mehr aus. Außerdem arbeitete ich nicht mehr in einem Betrieb. Das einzige Umfeld, das ich hatte, waren diese Freunde. Damals wurde mir klar, daß, wenn ich weiter diese Gespräche führte und Informationen lieferte, ich sie nur über meine Freunde und ihre Umstände liefern konnte, also genau über die einzigen Menschen, denen ich mich nicht nur persönlich, sondern auch politisch sehr verbunden fühlte. Ich begriff über die Auseinandersetzungen mit ihnen, daß eine positive Änderung innerhalb des herrschenden Systems in der DDR nicht möglich war und daß ich, wenn ich es weiter versuchte, selbst Schuld daran trug, daß es einfach so weiterging: Daß Tag für Tag sich Tausende von Menschen immer wieder disziplinieren ließen mit dem Verweis auf den Staatsfeind und dabei das, was wir (viele jedenfalls) wollten, nämlich eine bessere Gesellschaft als die im "Westen", in immer weitere Ferne rückte. Das politische Begreifen meines untauglichen Versuchs, durch Einflußnahme innerhalb der Partei und letztlich auch des Geheimapparates etwas zu erreichen, was den Strukturen dieser Partei und

dieses Apparates diametral entgegenstand, machte es für mich notwendig, meine Angst zu überwinden und meinem "Stasivater" eine endgültige Absage zu erteilen. Ich fand den Mut, ihm zu sagen, daß ich keinen Sinn mehr in der Fortführung unserer Gespräche sähe, weil ich mich längst zu den anderen zählte, die der Meinung sind, daß auf diese Weise der von uns allen gewollte Sozialismus nicht zu erreichen ist. Den monatelangen Versuchen, wieder an mich heranzukommen, konnte ich trotz einer gewissen Angst (die übrigens nicht durch Drohungen begründet war) widerstehen. Meine Parteimitgliedschaft ließ ich zu diesem Zeitpunkt schon ruhen. Den Entschluß zum Austritt aus der Partei faßte ich erst 1979.

Kein Unrechtsbewußtsein

Aus der heutigen Sicht ist mir die Naivität bewußt, mit der ich in der beschriebenen Übergangsphase meinen Stasivater davon überzeugen wollte, daß die "Andersdenkenden" eigentlich zu den "Guten" gehören. Und wenn ich auch nach meiner Erinnerung, durch die zunehmende Verunsicherung über die Funktion des Geheimapparates, vorsichtiger wurde in dem, was ich erzählte, kann ich doch keine Garantie dafür übernehmen, daß nicht auch über meine neuen Freunde und Bekannten aus den letzten Gesprächen Informationen gezogen wurden. Daß ich nach der Beendigung des Kontaktes mit der Stasi mit meinen Freunden nicht darüber sprach, liegt daran, daß ich Angst hatte vor Anerkennungsverlust und Zurückweisung. Deshalb blieb es damals nur bei einem halbherzigen Versuch, in dem ich es nicht über mich brachte, die ganze Wahrheit zu sagen.

Seit meiner Absage an die Stasi war für mich klar, daß ich nun auch weitergehende Konsequenzen zu ziehen hatte, als nur die, von nun an keinerlei Kooperation mit den Sicherheitsorganen mehr einzugehen. Es gab jetzt für mich die Möglichkeit, auf ganz andere Art offen und öffentlich mit anderen zusammen dem zu begegnen, was unsere Kritik herausforderte. Unsere Proteste gegen die Ausbürgerung von Biermann, die Verurteilung von Rudolph Bahro und schließlich die Unterschriftensammlung gegen den Ausschluß von Schriftstellern aus ihrem Verband hatte dann auch zur Folge, daß ich im Herbst 1979 von der Stasi verhaftet und zu einer neunmonatigen Haftstrafe wegen "Beihilfe zur ungesetzlichen Verbindungsaufnahme" zu Freunden aus Westberlin, die am Solidaritätskongreß für Bahro teilnahmen, verurteilt wurde. Nach meiner Haftentlassung war ich dann folgerichtig auch von den einschlägigen Maßnahmen der Sicherheitsorgane wie Hausarrest anläßlich drohender öffentlichkeitswirksamer Aktionen einer sich formierenden Opposition und von Reiseverbot betroffen.

Bis vor wenigen Monaten hatte ich kein Unrechtsbewußtsein für mich, denn genauso wie ich mich in einer bestimmten Situation entschlossen hatte, diesen Kontakt zu haben, habe ich mich entschlossen, diesen Kontakt abzubrechen. Und ich habe darüber hinaus in der Folge aktiv die Verhältnisse bekämpft, deren Mitträgerin ich zuvor war. Ich habe die daraus entstandenen Konsequenzen getragen, und dieses Verhalten der letzten 16 Jahre wurde für mich das Bestimmende meiner Biographie. Aus diesem Verständnis, indem für mich die Stasivergangenheit abgegolten war, gab es keinen Offenbarungsdruck.

Während der Diskussionen um das auch von mir mitgeforderte Stasi-Hearing der PDS ist mir klar geworden, daß gerade meine Biographie zu der geforderten differenzierten Aufarbeitung hätte beitragen können. Die Angst davor, in eine Reihe mit denjenigen gestellt zu werden, die bis zum Schluß ungebrochen an das System der DDR geglaubt haben, und den möglichen Konsequenzen für meine Kinder, die aus so einem Bekenntnis erfolgen könnten (meine Tochter hat schon einmal erfahren, was es heißt, wenn die Mutter als "Verbrecherin" in der gesellschaftlichen Wahrnehmung gehandelt wird), hat mit zu meinem politischen Fehler, mehrere Zeitpunkte für die Veröffentlichung verpaßt zu haben, beigetragen und entschuldigt diesen nicht.

Dieser Fehler darf nicht gegen die Sache gewendet werden

An meinen Positionen zum Umgang mit DDR-Geschichte und Stasi-Vergangenheit, wie ich sie schon früher, zuletzt im Zusammenhang mit besagtem Hearing, vertreten habe, hat sich nichts geändert. Mir ist es wichtig, daß die Debatte über das Sicherheitskonzept der SED, die Verflechtung zwischen Partei, Staat und Sicherheitsorganen sowie die Wirkungsmechanismen der oben genannten Aspekte in die DDR-Gesellschaft geführt wird. Denn nur dann kann der Dämonisierung des Stasi-Themas entgegengewirkt werden und die offene Auseinandersetzung des einzelnen mit seiner jeweiligen Verantwortung und individuellen Rolle zum Erhalt und Funktionieren des repressiven Systems erfolgen. Mit dieser Intention lehne ich nach wie vor jeden

Schulterschluß mit jenen, die eine ungeschminkte Aufarbeitung des Themas Staatssicherheit vermeiden möchten, ab.

Die genauen psychologischen Ursachen für die Verdrängung eines bestimmten Teils in einer bestimmten Phase meines Lebens weiß ich nicht. Was ich weiß, ist die Tatsache, daß Erinnern Arbeit ist, anstrengend, unbequem, schmerzhaft und mit wenig rühmlichen Ergebnissen für mich. Ich weiß nicht, ob die heutige Auseinandersetzung mit meiner Stasi-Tätigkeit mir wirklich nur die Erinnerung an reales Geschehen zurückbringt oder ob heutiges Wissen über die Funktion der Stasi allzuschnell aus Vermutungen Gewißheiten werden läßt. Ich werde meine Erinnerungsarbeit mit meinen politischen und persönlichen Freunden fortsetzen und habe meine Überprüfung bei der Gauck-Behörde beantragt, um Einsicht in meine Täterinnen-Akte zu erhalten.

Und wieder einmal zu spät

Positionspapier von Berliner Mitgliedern der PDS-Strömung

1. Wir anerkennen den Schritt von Jutta Braband, mit "ihrer Geschichte" an die Öffentlichkeit zu gehen. Es ist ein Schritt, den wir mit unseren Beschlußanträgen, die vom Berliner Landesparteitag und dem Bundesparteitag um Juni angenommen wurden, erreichen wollten. Gerade Juttas Fall demonstriert die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der Verwicklung vieler DDR-Bürger in die Tätigkeit des MfS besonders deutlich.

2. Jutta Braband bewies in ihrem politischen Handeln, sowohl durch ihr Engagement in der DDR-Opposition als auch durch ihr Eintreten für eine konsequente und differenzierte Aufarbeitung der DDR- Geschichte, einschließlich der Tätigkeit des MfS, daß sie nicht nur aklamatorische, sondern politisch-praktische Schlußfolgerungen gezogen hat. Aus dem politischen Bruch mit dem MfS Mitte der 70er Jahre entwickelte Jutta eine Position, die sie konsequenterweise auch in Opposition zur gegenwärtigen politischen Macht und deren Geheimdiensten führte.

3. Diese gebrochene Biographie unterscheidet sie von vielen Menschen innerhalb und außerhalb der PDS, die vormals für das MfS tätig waren. Dennoch konnte auch sie sich nicht jenem Verdrängungsmechanismus entziehen, der ein Denken und eine Haltung hervorbringt, "selbstverständlich" davon auszugehen, die "Stasi"-Debatte betreffe eine/n nicht, da man/frau sich nichts vorzuwerfen hätte. Obwohl jede/r anerkennen muß, daß Juttas "Unbetroffenheitsgefühl" weit begründeter war als bei vielen anderen DDR-Bürgern, so ist der politische und psychologische Mechanismus doch der gleiche.

4. Der "Fall Braband" zeigt erneut, daß mit der vereinfachenden Gegenüberstellung von "Opfern" und "Tätern" die Geschichte der DDR und das Phänomen "Stasi" nicht ernsthaft aufgearbeitet werden kann. Ganz abgesehen davon, geht es in der gegenwärtig wieder forcierten Stasi-Hysterie manch einem Stasi-Aufarbeiter offensichtlich weniger um eine differenzierte Geschichtsaufarbeitung als vielmehr um Machtinteressen, um die politische Ausschaltung unliebsamer und unbequemer Personen oder einfach um die Verwirklichung persönlicher Ambitionen. Auch AktivistInnen der Bürgerbewegung sollten sich fragen, wie sie dem selbst gesetzten Anspruch einer differenzierten Aufarbeitung der Geschichte in den letzten Monaten gerecht wurden und werden.

5. Gerade wegen ihrer besonderen Biographie waren Jutta auch besondere Möglichkeiten gegeben, in den Diskussionsprozeß der letzten Monate zu diesem Problemkomplex "ihre Geschichte" einzubringen und so einen wichtigen Beitrag zur Differenzierung zu leisten. Daß sie diese Möglichkeit nicht genutzt hat, betrachten wir als einen schweren politischen Fehler.

6. Unbestreitbar hat Jutta mit der späten Veröffentlichung ihrer IM-Tätigkeit einen politischen Fehler begangen. Unabhängig davon, wieviel menschliches Verständnis dafür aufgebracht wird, hat ihre politische Glaubwürdigkeit objektiv darunter schwer gelitten. Hat sie doch gegenüber anderen, gerade auch in der PDS, immer wieder Offenheit und Transparenz eingeklagt. Daß sie das für sich erst so spät wahrgemacht hat, schadet sowohl ihrer politischen Stellung als auch allen Bemühungen für eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR.

7. Unsere bisherige Diskussion der politischen Konsequenzen für Jutta und für unser gemeinsames Tun ist vor allem von viel Unsicherheit geprägt. Konträre Positionen zeigen sich insbesondere in der Frage der Niederlegung des Bundestagsmandats. Für einen Rücktritt vom Mandat sprechen viele Argumente über

verlorene Glaubwürdigkeit. Einige von uns betrachten Juttas politische Handlungsfähigkeit im Bundestag als zerstört und fragen, was ihr Mandat eigentlich heute noch wert ist. Gegen einen solchen Rücktritt spricht die stets von uns vertretene Position, daß die Mitarbeit für das MfS allein kein Grund zur Niederlegung sein kann. Einige von uns sehen trotz allem eine Chance, an Juttas Beispiel eine differenziertere Bewertung der DDR- und MfS-Geschichte zu erreichen und einfacher "Stasi-raus"-Demagogie entgegenzuwirken.

8. Der "Fall Jutta Braband" hat uns vor Augen geführt, daß es richtig war, spätestens auf dem Juni-Parteitag die MfS-Problematik zu thematisieren und einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Zugleich stellen wir uns die Frage, ob wir ausreichend für die Umsetzung dieser Beschlüsse gewirkt haben.

Berliner Mitmacher in der PDS-Strömung

Michael Nelken, Dieter Hummel, Rainer Börner, Sonja Kemnitz, Roswitha Steinbrenner, Helga Adler

25. Stasi-Mitarbeit aus Überzeugung. Der "Fall Jutta Braband" und das Ende einfacher Wahrheiten

Rubrik: Stasi-Debatte; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:38

Jutta Braband, 42 Jahre alt, Mitglied der Bundestagsgruppe der PDS/Linken Liste, eine der bekannten Persönlichkeiten der Vereinigten Linken, 1979 wegen "Beihilfe zu ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" (Kontakt zu Linken in Westberlin) zu neun Monaten Haft verurteilt (die sie vollständig absaß), vierzehn Jahre lang in der DDR-Opposition tätig, gab am 18. September im "Neuen Deutschland" (ND) bekannt, daß auch sie - für das MfS gearbeitet habe. In der Zeit von 1969/70 bis 1974/75, den genauen Zeitraum kann sie nicht eingrenzen, ebensowenig wie die genauen Inhalte dieser Zuarbeit (siehe die Dokumentation ihrer Erklärung).

Damals war sie 20/21 Jahre, das Ende der Tätigkeit liegt bei 26/27 Jahren.

Kein Fall wie jeder andere. Jutta Braband gilt als eins der lebenden Beispiele, daß frau DDR-Oppositionelle gewesen sein kann und dennoch Linke bleiben und sogar weiterhin an der Idee des Sozialismus festhalten konnte. Und sie gab ein Beispiel, daß die Verfolgung durch das SED-Regime nicht zum Unvereinbarkeitsbeschluß, zur gesellschaftlichen Ächtung der PDS führen mußte.

Jetzt hören wir von einer anderen Seite dieser Persönlichkeit. Eine Biographie, die für ein stinknormales Mitglied der Westlinken undenkbar ist: Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Eine Tätigkeit, die im vereinigten Deutschland einen Stempel aufgedrückt bekommen hat, der größeren Makel signalisiert als die Mitgliedschaft und Unterstützung der Mordbanden der NSDAP, der SS und der SA.

Von der Mitgliedschaft in der SED zur Informellen Mitarbeiterin der Stasi, über die kritische Hinterfragung der Gesellschaft zur Opposition, für das offene Eintreten für diese Haltung in den Knast, danach Jahre der beengten politischen Wirkungsmöglichkeit. Das ist sicherlich kein Paradebeispiel für eine revolutionäre Linke, aber es spiegelt über den "Fall Braband" die DDR-Wirklichkeit besser wider als die wenigen Beispiele, die im Westen in all den Jahren bekannt waren.

Mit ihrer "Offenbarung" erfährt das Thema MfS-Mitarbeit eine Ausweitung, die darauf hinweist, wie kompliziert und widersprüchlich das Phänomen Stasi gewesen ist. Ihrer eigenen Erklärung zufolge hat sie mehrere Jahre freiwillig und aus Überzeugung für die Stasi gearbeitet. Der manchmal geäußerte Hinweis auf die Jugend kann dies nur unwesentlich relativieren, denn mit 20/21 Jahren wird mensch nicht nur verführt, sondern hat ein eigenes Urteilsvermögen. Es sollte deshalb davon ausgegangen werden, daß sie diese Entscheidung bewußt getroffen hat. Jutta beschreibt die Selbstverständlichkeit mit der (sicherlich vor allem auch jugendlichen) Bürger der DDR die Zusammenarbeit mit der Stasi als Sicherung und Verteidigung der DDR angesehen haben. Der inneren Verlogenheit dieser Art des Staatssicherheitssystems hatten gerade diejenigen wenig oder nichts entgegenzusetzen, die es ernst mit der Verteidigung des Sozialismus meinten.

Die Kategorien "Täter" und "Opfer" greifen in der herkömmlichen Art ganz offensichtlich nicht für das Phänomen Stasi.

Die Opfer können wir ausmachen: Das sind diejenigen, die in Opposition zum Regime standen und dies nicht verschwiegen, diejenigen, die sich nicht anpassen wollten, auch wenn dies ganz "unpolitisch" geäußert wurde ("Ich zieh' mein FDJ-Hemd nicht an, weil ich kein blau mag"), diejenigen, die aus welchen Gründen auch immer als Querulanten und Saboteure "erkannt" und denunziert wurden, diejenigen, die "Verbindung zum Klassenfeind" hatten (auch wenn es sich dabei nur um Personen handelte, die auf der anderen Seite der Mauer ebensowenig zu melden hatten wie man selbst).

Aber die Täter sind offenkundig ganz unterschiedlich. Wer will denn einen Herrn Mielcke mit einer Jutta Braband gleichsetzen? Eine Gleichsetzung, selbst ein Vergleich kommt nicht wegen des Ranges nicht in Frage, sondern wegen der Motivation. Die Einsetzung eines Repressionsapparats zur Machterhaltung und die Zuarbeit für diesen Apparat als vermeintliche Verteidigung eines vermeintlichen Sozialismus sind durchaus verschiedenen Dinge. Aber das kann keine Absolution für eine 20jährige sein. Denn es muß auch davon gesprochen werden, daß andere schon erkannt hatten, daß dieses System grundlegenden Reformforderungen repressiv begegnete, weshalb sie gezwungenermaßen eine illegale Opposition aufbauten. Man muß also auch aussprechen, daß Mitarbeit beim MfS ein Fehler und zwar ein (objektiv) vermeidbarer Fehler gewesen ist.

Arthur Köstler beschreibt in seinem Spanischen Tagebuch (er war damals im Auftrag der Komintern "getarnt" als britischer Journalist in Spanien tätig, wurde verhaftet und zum Tode verurteilt; das Tagebuch beschreibt die Zeit in der Todeszelle, in Erwartung auf die Vollstreckung des Urteils) die Tätigkeit der Justizvollzugsbeamten (wie das in Neudeutsch heißt). Er schildert sie als menschlich, als Menschen mit denen auszukommen, mit denen zu Reden, zu Scherzen und zu Lachen ist. Aber letztlich, sagt er, ist das entscheidende doch immer, daß die gleichen Menschen einen aus der Zelle zum letzten Gang holen.

So dramatisch war es nicht in der DDR. Aber, wer als MitarbeiterIn der Stasi gearbeitet hat, hat nicht nur abstrakt zur Aufrechterhaltung des Systems beigetragen, sondern selbstverständlich auch zur Niederhaltung oppositioneller Gedanken, Strömungen und unangepaßten Denkens. Dies wird nicht dadurch besser, daß mensch zum Zeitpunkt des Handels erst 20 war, nicht dadurch, daß mensch nur den vermeintlichen Sozialismus verteidigen wollte. Es wird erklärbar, aber eben nicht absolutierbar.

Damit kommen wir zu einem nächsten Punkt der DDR- und Stasi-Geschichte. Im vereinigten Deutschland interessiert fast nur, ob mensch zusammengearbeitet hat oder nicht. Die Motivation und die konkrete Handlung tritt in den Hintergrund. Hat jemand mit dem MfS zusammengearbeitet, erfordert dies den Rücktritt aus dem politischem Leben. Es ist der Makel an sich. Dies ist erklärbar, ja sogar verständlich für die normale BRD-Gesellschaft, da jede aktive Tätigkeit für die DDR als Hochverrat angesehen wird. Es hat aber auch eine Entsprechung in der PDS. Die Abkehr vom alten System stellt die Frage in den Vordergrund, wieweit sich jede/r Einzelne auf die Zusammenarbeit mit dem Regime eingelassen hat. Da die PDS eine Mischung aus Menschen ist, die einerseits etwas ganz anderes wollten als die DDR, aber eben doch nicht die BRD, und Menschen, die am Alten anknüpfend in die neue Gesellschaft hineinwachsen, mischt sich auch die Haltung gegenüber dem Alten. Will die eine Seite einen Bruch mit dem Alten, was auch eine moralische und politische Verurteilung beinhaltet, wollen die anderen Vergangenheit Vergangenheit sein lassen und damit in Ruhe gelassen werden. Wenn die einen die Stasi-Vergangenheit zurückholen wollen, um eine politische Aufarbeitung zu betreiben, wollen die anderen von dieser Vergangenheit nichts mehr hören, nicht weil sie nur belastend ist, sondern weil sie im neuen Leben nur hinderlich ist. Das Ergebnis ist, daß sich fast nur vordergründig um die Frage gestritten wird, wieweit Stasi-Mitarbeit für ein politisches Mandat hinderlich ist. Noch krasser wird dies, wenn die Frage allein darauf reduziert wird, ob jemand seine Zusammenarbeit bekannt hat oder nicht.

Hier liegt ein grundlegender Fehler in der Behandlung der Frage. Wir sollten uns nicht dazu verleiten lassen, die Tätigkeit des MfS unterschiedslos zu bewerten und soweit denn jemand dazu steht, dies als gegeben hinnehmen. Es ist ein Unterschied, ob jemand die BRD ausspioniert hat oder für das MfS zuständig für die Energieprobleme der DDR war oder ob er/sie Menschen ausgehorcht und ans Messer geliefert hat. Es ist ein Unterschied, ob jemand per gesellschaftlicher oder bürokratischer Stellung zwangsläufig mit dem MfS zu tun hatte oder ob er/sie gepreßt wurde oder aber freiwillig mitmachte. Es ist ein Unterschied, ob jemand freiwillig mitarbeitete, um den vermeintlichen Sozialismus gegen den Klassenfeind zu schützen (auch wenn wir dann immer noch über dieses politische Feindbild sprechen müssen, worin sich einerseits richtigerweise die internationalen Kräfteverhältnisse spiegelten, das andererseits aber nur die verlogene Fassade für die Abschottung des Systems war) oder ob er/sie aus Gründen persönlicher Vorteile, Eitelkeit und Opportunismus mitmachte. Es ist ein Unterschied, ob sich jemand in das Vertrauen Oppositioneller einschlich und dieses Vertrauen mißbrauchte oder ob ein des Lebens in der DDR Überdrüssiger ihr/sein Überleben mit der Zusammenarbeit mit dem MfS bezahlte.

Das Beispiel Jutta Braband zeigt, daß es nicht genügt, die Forderung aufzustellen, offen mit der Vergangenheit umzugehen. Es gibt für jede/n Einzelne/n tausend gut nachvollziehbare Gründe, dies nicht zu tun. Das Beispiel zeigt auch, daß es ein völlig unterschiedliches "Unrechtsbewußtsein" gibt. Die so einfache wie falsche Formel, es könne heute nicht Unrecht sein, was damals Recht gewesen ist, trifft auf die ebenso einfache Antwort, das SED-Regime sei immer ein Unrechtsystem gewesen. Die Begründung, man habe nur die Verteidigung des Sozialismus im Auge gehabt, muß sich gefallen lassen, daß die Erkenntnis, daß es sich nicht um Sozialismus gehandelt hat, sehr spät kommt (während andere wegen genau dieser Erkenntnis und ihrem daraus resultierenden Handeln schon im Knast saßen oder gesellschaftlich ausgegrenzt wurden). Die Begründung, man habe dies in der Jugend, vor zwanzig Jahren, gemacht, muß sich daran messen lassen, daß es auch Jugendliche gab, die diesen Weg bewußt nicht mitgegangen sind. Das alles ist kein Plädoyer für neue

Moralgerichte. Es ist auch keine Verdammung jeden einzelnen Beweggrundes. Es stellt sich aber die Frage nach den Kriterien für die Arbeit im MfS.

Wichtiger als zu erfahren, wer denn nun Mitarbeiter des MfS gewesen ist, wäre für die Linke die Frage, weshalb und mit welcher Motivation diese Tätigkeit ausgeübt wurde. Und noch wichtiger wäre eine politisch-wissenschaftliche Aufarbeitung, was das MfS war, wie es gearbeitet hat, wie es die Gesellschaft durchdrungen hat.

Denn erst mit dieser Erkenntnis könnten alle, die darin verstrickt sind sagen, was sie heute angesichts der Geschichte der DDR immer noch richtig finden, was sie falsch finden oder ob sie die ganze Geschichte denn für verdammenswert halten.

he., Hamburg

Gregor Gysi:

1. Jutta Braband hat von sich aus erklärt, von ihrem 18.(!) Lebensjahr an einige Jahre freiwillig gewollt und überzeugt mit verschiedenen und vor allem aber einem Mitarbeiter der MfS in Form von Gesprächen, Berichten etc. zusammengearbeitet zu haben.

Durch eigenes Erleben veränderte sich ihr Ein-und Ansehen, voller bisheriger und gewesener neuen Überzeugungen. Wiederum freiwillig gewollt und überzeugt, aber diesmal in Erwartung von Nachteilen, in Überwindung von Angst und mit Zivilcourage brach sie diese Zusammenarbeit ab. Das ist nun etwa 16 Jahre her.

In ihrer Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR wurde sie immer rigoroser, gerade weil sie wirklich demokratisch sozialistische Verhältnisse wollte. Ihre Freundinnen und Freunde waren ausschließlich Oppositionelle, sie selbst wurde beobachtet, überwacht, das Verhältnis zum MfS hatte sich verkehrt. Proteste gegen die Ausbürgerung Biermanns, die Verurteilung Havemanns, den Ausschluß von Schriftstellern aus dem Schriftstellerverband bestätigen ihre politischen Aktivitäten und führten unter anderem zur Verhaftung, zur Verurteilung und vollständigen(!) Verbüßung einer Freiheitsstrafe.

2. Im Herbst '89 war sie in der Bürgerbewegung aktiv, und nun sitzt sie als Abgeordnete im Deutschen Bundestag, gewählt über die Liste der PDS, ohne ihr je anzugehören (Austritt aus der SED 1979).

3. Rechtfertigt ihre Biographie die Aufrechterhaltung des Mandats? Ich glaube, sie verlangt es. Der Bruch allein hätte schon genügt. Und deutlicher sind Brüche nicht zu vollziehen. Deutlicher ist Konsequenz hinsichtlich eigener Überzeugung kaum an den Tag zu legen, und die letzten 16 Jahren ihrer Biographie wiegen schwerer als einige Jahre in der Phase des Erwachsenwerdens.

4. Damit bleibt aber der Vorwurf an Jutta, sich nicht rechtzeitig offenbart zu haben. Aber dieser Vorwurf trifft uns - auch die Mitglieder der PDS - schwerer als sie selbst. Welche Atmosphäre wurde hier erzeugt, nicht von uns, aber eben auch von uns zugelassen. Daß ein Mensch in diesem Deutschland Angst hat, zu einer solchen Biographie zu stehen, ein Mensch, der über Jahre bewiesen hat, Angst überwinden zu können. Eigentlich ist es diese Tatsache, die mich das Fürchten in Deutschland lehrt. Ich weiß nicht, ob und wielange sie alle den zu erwartenden Angriffen standhalten, wie sie mit bröckelnder Solidarität fertig werden und der Verlust des politischen Umfelds verkraftet wird. Ich weiß nur, daß ihre Niederlage auch unsere wird und ein Stück DDR-Identität, und zwar eines der besseren, zerstören kann.

Meine Empfehlung an Jutta Braband: Stehe zu Dir und zeige die Zivilcourage, die Dich seit vielen Jahren auszeichnet.

Bundestagsgruppe der Linken Liste/PDS:

... Die Kritik an der relativ späten Offenlegung wird in der Abgeordnetengruppe geteilt, die Forderung nach einer Mandatsniederlegung nicht. Im Gegenteil: Fast alle Abgeordneten stimmten ausdrücklich der Auffassung von Gregor Gysi in seiner gestern veröffentlichten Erklärung zu, daß gerade die Biographie von Jutta Braband eine Beibehaltung des Mandat verlangt...

Der "Fall" Jutta Braband belegt nach Meinung der Abgeordnetengruppe im übrigen, daß es falsch und ungerecht ist, wenn pauschale Verurteilungen ausgesprochen werden. Nötig ist eine differenzierte

Aufarbeitung der DDR-Geschichte, die die zum Teil der komplizierten und widersprüchlichen politischen Biographien unvoreingenommen zur Kenntnis nimmt und die vor allem dafür sorgt, daß die Ursachen und Umstände aufgehellt und verstanden werden, warum das System des realen Sozialismus mit all seinen bedrückenden Verästelungen die Überzeugungen vieler Menschen so lange beeinflussen konnte. Bei dieser Aufarbeitung dürfen auch die internationalen Zusammenhänge nicht ausgespart werden, die in weiten Teilen der DDR-Gesellschaft Überzeugungen und Handlungen legitimieren halfen, die zumindest aus heutiger Sicht nicht mehr zu legitimieren sind. (...)

Als Konsequenz aus der Offenlegung von Jutta Braband hat die Abgeordnetengruppe ferner beschlossen, daß die Bereitschaftserklärung der Abgeordneten der PDS/LL, sich hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit mit der früheren DDR-Staatssicherheit überprüfen zu lassen, bereits nächste Woche zusammen mit dem Antrag auf sofortige Überprüfung vom Vorsitzenden der Abgeordnetengruppe Gregor Gysi an die Gauck-Behörde übergeben werden sollen ....

Die Abgeordnetengruppe bekräftigte desweiteren ihre Forderung, daß auch eine mögliche Zusammenarbeit mit anderen in- oder ausländischen Geheimdiensten in die Überprüfung einbezogen wird.

26. Mielke & Co. sind keine Antiimps Betr.: Freiheit für Mielke (AK 333)

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS-Debatte, linke · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:33

Das bislang größte Projekt der Nachkriegs-BRD, der Anschluß der DDR scheint weitgehend störungsfrei zu verlaufen. Die westdeutsche Linke (die radikale inbesondere), aufgerüttelt nach dem Mauerfall, suchte hastig nach theoretischen Analysen über die zukünftige Entwicklung und entfaltete im Jahr Eins nach dem Anschluß hektische Projekte, um der neuen Situation Herr zu werden. Die kurze Phase der entschiedensten Gegnerschaft zur Vereinigung - gerahmt durch zwei Demonstrationen im Mai und im November 1990 unter dem Motto Nie wieder Deutschland - wich der Abstinenz gegenüber dem konkreten Anschlußprozeß. Zwar wurde immer wieder begründet, ohne das Nein zur Wiedervereinigung sei jede Kritik an der Annexionspolitik stumpf, die konsequente Ablehnung der Wiedervereinigung sei überhaupt der Schlüssel, die Lähmung der Linken zu überwinden. Heute müssen wir jedoch feststellen, daß diesem Nein nichts gefolgt ist. Das neue Deutschland fundiert seine gesamte Anschlußpolitik in Abrechnung mit der DDR und dabei wiederum in besonderer Weise mit der PDS. Und es stößt damit bei Westlinken kaum auf Widerstand.

Seit dem November 1989 bis zum August 1990 hat die Linke mittlerweile schon das dritte Mal eine neue Seite im Geschichtstagebuch beginnen müssen mit der Überschrift: Einschnitt, Zäsur, Zusammenbruch. Bereits bei der Maueröffnung entbrannte die Debatte um die Neubestimmung der Potenzen des deutschen Imperialismus, aber auch um die neu zu entwickelnden Gegenstrategien der Linken. Der Golfkrieg - nächste Zäsur und historischer Beleg nicht nur für die Gewinnbarkeit von Kriegen sondern auch für weltpolitische Ambitionen Deutschlands. Und nun der Doppelputsch in der Sowjetunion, Auftakt zum Zerfall des letzten Relikts realen Sozialismus in Europa und unwiderrufliches Ende der bipolaren Weltordnung.

Nie wieder Deutschland

Das Jahr 1990 war geprägt durch heftige Debatten und hektische Aktivitäten, die auf unterschiedliche Weise versuchten, aus den neuen Konstellationen eine linke Strategie, eine linke Antwort zu entwickeln. "... eine ausdrücklich antinationalistische und antideutsche Sicht, um die aktuellen Vorgänge zu begreifen und Gegenstrategien entwickeln zu können" (Jürgen in ak 315) war ein Ansatz. Die Hoffnung auf eine sich an den Anschlußfolgen organisierende massenhafte soziale Protestbewegung ein weiterer, und andere versprachen sich, daß der Zusammenbruch des Poststalinismus den Weg freimachen würde für eine neue Sozialismusperspektive. Aus dem positiven Bezug auf die emanzipatorischen Kräfte des Herbstes 1989 forderten wiederum andere eine Debatte um eine über Sozialismus und Kapitalismus hinausweisende Perspektive. Beschleunigt wurde auch der Prozeß der Abgrenzung vom Anspruch linker Politik in den Grünen einerseits als auch das Zusammenbrechen der Linken in SPD und Gewerkschaften (die Sozialdemokratie hat sich als der historisch richtige Weg erwiesen) andrerseits.

Anfang des Jahres 1991 formierte sich gegen den Golfkrieg eine breite Bewegung, die zunächst über innerlinke Differenzen hinaus einen radikalen Pazifismus artikulierte, in deren Verlauf die Linke sich aber spaltete und so zum schwächsten Bestandteil wurde.

Seitdem ist Ebbe

Zum Vergleich: Immerhin wurde im vergangenen Jahr noch erbittert über Massenmobilisierungen gestritten. Die Nie-Wieder-Deutschland-Kampagne schaffte eine kraftvolle, wenn auch kurze Formierung der radikalen Linken. Wenn auch sicher nicht alle Beteiligten den dezidiert antideutschen Kurs teilten, so schafften es die VeranstalterInnen doch, das Unbehagen am neuen Deutschland und über die Machtlosigkeit der westdeutschen Linken angesichts des Anschlußkurses zu mobilisieren. Das Unbehagen umfaßte ja vor allem auch den Verlust der alten Koordinaten, in denen sich linke Politik in der BRD vorher bewegt hatte: Dem Herbst 89 direkt vorausgegangen war z.B. die Konstituierung der Radikalen Linken auf einer Plattform, die einem ökologisch, friedens- und frauenpolitisch frisierten Kapitalismus und der rosa-grünen Hegemonie den Kampf ansagte. Bereits einige Monate später mußte umorientiert werden, damit "unsere Überlegungen nicht von der schwarz-rot-goldenen Flut fortgespült werden und überhaupt noch wahrgenommen werden" (ebenda).

Die Kampagne Nie-wieder-Deutschland als "einen konkreten Vorstoß aus der Deckung zu kommen" (de. in ak 315) - wahrhaft ein Wechsel von der Offensive in die Defensive.

Das Jahr 1990 war auch das Jahr der Konferenzen und Bündnisse, die in Zusammensetzung und Inhalt Antworten auf die veränderten Verhältnisse suchten. Zu den verschiedenen Demoprojekten kamen z.T. ganz beachtliche Bündnisse zustande. Interessiert an Handlungsfähigkeit waren nahezu alle Linken. Schon ein Jahr später (z.B. angesichts der marginalen Versuche, zum Jahrestag der deutschen Einheit 1991 sich als Linke noch mal zu Wort zu melden) scheint es kaum vorstellbar, daß noch vor einem Jahr zu dezentralen und zentralen Bündnisverhandlungen weit über 100 Menschen als Organisationsdelegierte zusammenkamen. Zu den als Neuanfang postulierten Sammlungsversuchen (Rote Tische, Linke Liste, Oppositionskonferenz) kamen Menschen zusammen, die ihre Kritik am Deutschen Triumphalismus benannten, die Sammlung der Opposition wollten und vor allem Fragen formulierten. Die PDS in Person von Gregor Gysi hat in diesem Zusammenhang sicher die intelligentesten und spannendsten Fragen aufgeworfen, was nichts über ihre Politik aussagte, aber ihr Sympathie einbrachte, solange nicht klar war, daß sie zur Beantwortung selber nicht viel beitragen würde. (Das ändert aber nichts daran, daß dieselben Fragen auch von den radikalen Linken bislang kaum diskutiert, schon gar nicht beantwortet wurden - Stichworte: Marktelemente im Sozialismus, Scheitern des Sozialismus, Scheitern der Westlinken.)

Nach der Herbstdemo der Radikalen Linken (Der Tod ist ein Meister aus Deutschland) und mit dem Parteigründungsprozeß der Linken Liste als PDS verabschiedete sich ein nicht unerheblicher Teil der westdeutschen Linken von der Bildfläche als eigenständig operierende Oppositionskraft. Der vorläufig letzte Versuch einer Oppositionskonferenz von Linken aus Bürgerbewegungen, Grünen, radikalen Linken und PDS im Januar 1990 bewegte sich zwischen dem Anspruch der Überwindung von Grabenkämpfen und der Suche nach einem nicht-sozialdemokratischen und nicht- grünen Profil. Das Ergebnis des Treffens war, daß mensch an dem gemeinsamen Anspruch festhalten wollte, aber darüber hinaus kein einziges Wort einer inhaltlichen Orientierung formulieren konnte. Folgerichtig wurde eine neue Oppositionskonferenz beschlossen, die inzwischen mehrfach verschoben und mittlerweile (gerade liegt die Absage in der Post) aufgegeben wurde.

In der Antigolfkriegsbewegung waren Linke zunächst organisierend präsent, TrägerInnen waren aber von linker Politik weitgehend unbeleckte Jugendliche. Die Orientierungsfähigkeit der Linken wurde in der Nach-Golfkriegsdebatte ziemlich vollständig paralysiert. Mit den aktuellen Ereignissen in der Sowjetunion und dem Krieg in Jugoslawien scheint die Ratlosigkeit in der Linken auf dem Höhepunkt angekommen zu sein.

Und dennoch geschieht in diesem Staat einiges, was Anlaß zur Intervention wäre: Die Debatte um das Eingreifen der Bundeswehr in kriegerische Konflikte out of area, das neue Ausländergesetz, die Initiative zur Änderung des Asylrechtes, die Neufassung des §218, die Deregulierungskampagne, die Konzentration der Geheimdiensttätigkeit und all das, was unter Abwicklung der DDR zusammenzufassen ist. Fast alle diese Initiativen werden von den Herrschenden in Bezug auf die oben beschriebenen Zäsuren entwickelt: Von der Rentenversicherung bis zum Anspruch eines Hegemoniestatus der BRD. Aus dem Anschluß wird nicht nur die Solidarabgabe begründet, sondern auch der Angriff auf die Karenztage, das Festhalten an Berufsverboten, die Begründung der Souveränität und damit großmachtpolitischer Ehrgeiz und vor allem natürlich der Anspruch auf geistige Hegemonie als Sieger der Geschichte. In Abwicklung der DDR entwickelt der BRD-Staat seine Potenzen und trägt seine gewachsenen Ambitionen massiv vor.

All dies konnte spätestens seit den Volkskammerwahlen befürchtet werden und die Parole vom Nie-wieder-Deutschland war als "Synthese aller Übel" (mir. & mar. in ak 326) und damit Synthese aller Befürchtungen auch von Wert. Aber die ihr zu Grunde liegenden theoretischen Analysen über die zukünftige Entwicklung der DDR wurden mit dieser Parole und der Propagierung des antideutschen Kurses abgeschlossen. Die HauptakteurInnen und "Köpfe" der Radikalen Linken begründeten Nie-wieder-Deutschland mit der deutschen Geschichte als alleinigem Argument gegen den Anschluß, da mußte der konkrete Vollzug der Wiedervereinigung gar nicht mehr interessieren, konnte doch die konkrete geschichtliche Entwicklung nichts anderes als die folgerichtige Erfüllung der Prognosen sein. Aber nicht nur die analytischen Fähigkeiten waren damit blockiert, auch die Praxis wurde gleich mit diskreditiert. Verkündet wurde der Abschied von der Massenfreundlichkeit als zentralem Politikkriterium der radikalen Linken (als ob es jemals so gewesen sei) und Exklusivität und das sektiererische Abseits gepriesen. Die Radikale Linke sollte sich hüten den Eindruck zu erwecken, sie sei mehr als eine Gruppe "hypermarginalisierter outlaws" (Gremliza, Radikale-Linke- Kongreß 1.6.90), Einmischung in praktische Politik stände in Gefahr, an der eigenen Qualität Abstriche zu machen,

Kritik anderer linker Ansätze ja, aber nicht in der Bündnispolitik, sondern von der Pose, daß der Ansatz grundfalsch sei (nicht antideutsch, nicht antinational, nicht kommunistisch, etc.). Es entstand die irrsinnige Konstellation, daß radikale Linke ihre grundsätzliche Gegnerschaft zu Deutschland zwar auf den Punkt bringen konnten, aber zum größten Teil darauf verzichteten, gegen eine der konkreten Erscheinungen dieses Deutschlands Politik zu entwickeln, während diejenigen, die den konkreten Erscheinungen politische Praxis entgegensetzten, dafür wegen ihrer nicht prinzipienfesten Haltung verhöhnt wurden. Das beliebtest Argument war: Wer die Folgen des Anschlusses bekämpfen will, suggeriert schon, daß sie/er mitgestalten will und damit einen positiven Bezug auf die Wiedervereinigung. Das war und ist ein Blockadeargument, denn es diskreditiert jeden praktischen Widerstand gegen die Anschlußpolitik.

Die Wiedervereinigung ist gelaufen - die Anschlußfragen bleiben

"Nie-wieder Deutschland hieß aber doch gerade, daß wir nicht zulassen wollten, daß hierzulande Rassisten den Ton angeben, daß der hier illegal angehäufte Wohlstand gegen internationale Wiedergutmachungsforderungen abgeschottet wird, daß gegen Osteuropa Annexionspolitik betrieben wird, daß Deutschland weltwirtschaftlich zur Nummer Eins avanciert und sich demnächst auch wieder militärisches Sendungsbewußtsein erlauben kann" kritisierten mir. & mar. in ak 326 die in der Radikalen Linken vorherrschende Bündnisfeindlichkeit gegenüber denjenigen, die eben "bloß" Folgen des Anschlusses kritisierten und bekämpfen wollten. Gerade diesen Satz hätten aber große Teile der ausgegrenzten Linken unterschreiben können.

Gegenüber der PDS wurde die Abgrenzung geradezu exemplarisch betrieben: Einerseits war schon suspekt, daß es sich hier um eine Massenpartei handelte, wo mensch gerade das Sektierertum zur neuen Qualität an sich erhoben hatte, andrerseits teilte die PDS keine der zentralen antinationalen Losungen, sondern wollte vor allem Interessenvertreterin der AnschlußverliererInnen sein (wobei sie eine andere Gruppe im Kopf hatte als die Radikale Linke).

Dabei spielt die PDS bei der Abrechnung mit der DDR und dem Sozialismus durch die Bourgeoisie eine bedeutende Rolle. Politisch wird die Annexion an der PDS exekutiert. Kampagnen gegen die Stasi-Partei, die zu Beginn nicht weit weg waren von dem alten Fascho-Spruch "KZ- DDR", die Gleichsetzung von Rechts und Links angesichts eines zunehmenden Rechtsextremismus, die teilweise Enteignung und Kriminalisierung, der Aufbau der Inneren Sicherheit in der DDR, das Herunterspielen der BND/VS/BKA-Aktivitäten zu einzelnen Skandälchen, allenfalls im Westen mit Schulterzucken und einem "Ja, was habt Ihr Euch denn gedacht?" zur Kenntnis genommen - die Westlinke hat bei all diesen Dingen nicht reagiert. Die Debatten in der PDS wurden nicht wahrgenommen, diejenigen, die die PDS überhaupt im Blick hatten, konnten ein ums andere Mal die Reaktionen der Partei als kompromißlerisch, anpasserisch, poststalinistisch etc. abbuchen und zum Vorwand nehmen, sich nicht einzumischen.

Alle Analysen, die der PDS Sozialdemokratismus, illusionäre Hoffnungen auf die kapitalistische Gesellschaft, auf Rechtsstaat und Konfliktabbau international und national nachgewiesen haben, waren vermutlich richtiger und weitreichender, als manche AutorInnen selbst glaubten; die falsche und schädliche Konsequenz daraus war, die PDS nicht nur abzuschreiben sondern in der praktischen Politik geradezu zum Maßstab der eigenen Abgrenzung zu machen. Weil die PDS und auch die anderen emanzipatorischen Kräfte der DDR den Ansprüchen der Westlinken nicht genügten, brauchte mensch sich erst gar nicht mehr mit der Organisierung von Widerstand gegen die Annexionspolitik zu beschäftigen, geschweige denn sich in ein Bündnis mit den DDR-Linken zu begeben. Zumindest wird die Radikale Linke sich vorwerfen müssen, es der BRD um keinen Deut schwerer gemacht zu haben in der Abrechnung mit der DDR, dem Realsozialismus und dem Sozialismus überhaupt.

Die Fragen und Aufgaben linker Politik, die die Anschlußpolitik aufgeworfen hat, werden mit keiner Parole der westdeutschen Linken gelöst. Sie stellen sich alt und neu zugleich. Und die Kontroversen derjenigen, die noch den Anspruch haben, der herrschenden Politik auch praktisch was entgegenzustellen, sind die Kontroversen der Westlinken wie der Ostlinken, der PDS wie der Radikalen Linken.

Beispiel 1: §218

Es gibt in der BRD zur Zeit keine Bewegung für die Abschaffung des §218, schon gar keine emanzipatorische, die der Gesellschaft ein Stückchen Frauenbefreiung abringen will. Daß es derzeit dennoch eine Chance zur

Liberalisierung des §218 gibt, liegt daran, daß dieses Stückchen zivilisatorischen Fortschritt des DDR-Staates in einer sonst keineswegs freiheitlicher verfaßten Gesellschaft als der West-BRD den in der Gesetzgebung festgesetzten Konsens im Westen in Frage stellt, einfach, weil der Konsens nicht mehr von der Mehrheit geteilt wird. Aber der Konsens ist eben nicht, wie es nach linker Logik gedacht wurde, aus der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung, durch Kämpfe geändert und verschoben worden, sondern durch Zusammenpacken zweier Gesellschaften. Es könnte also dazu kommen, daß aus einem Abwehrkampf ein bißchen Liberalisierung erreicht werden könnte. Was nun? Die Feministinnen in der PDS und im Unabhängigen Frauenverband haben die Diskussion um die Neufassung des §218 zum Anlaß genommen, in ihren Verbänden für die ersatzlose Streichung zu werben und haben damit letztlich Mehrheiten erreicht. Die Frauenbewegung hier fand es zunächst natürlich langweilig, nach zig Jahren wieder um die ersatzlose Streichung zu feilschen, die ganzen alten Argumente wieder auszugraben (und sich anzuhören!). Aber im Gegensatz zu den abgegrasten linken Organisationen des Westens stießen sie bei den DDR-Frauen auf überaus interessierte DiskussionspartnerInnen, jedenfalls soweit der Westfeminismus sich nicht als Westchauvinismus offenbarte. Die Frauen aus Ost und West brachten alle möglichen Ost-West-Konflikte hinter sich (inklusive Redeverbot für Westfrauen und bittere Vorwürfe), haben bislang aber als einzige Oppositionelle einen gemeinsamen Kongreß (§218-Tribunal) mit gemeinsamer Positionsbestimmung und Aktionsorientierung bei Ost- West-Gleichberechtigung geschafft.

Beispiel 2: Antifa

Die Übergriffe gegen AusländerInnen, der von Teilen der DDR-Bevölkerung lautstark eingeklagte Abschied vom Antifaschismus (Ravensbrück) provozieren in der Westlinken u.a. folgende Reaktionen: In der Konkret wird für einen starken Staat zum Schutz der bedrohten Menschen argumentiert und vor allem gegen diejenigen Front gemacht, die Demokratisierung auf ihre Fahnen schreiben, denn diese würden keinen einzigen der rechten Übergriffen zu verhindern in der Lage sein. Eine andere Variante begegnet der Darstellung extremer AusländerInnenfeindlichkeit im Osten mit dem Beharren darauf, hier im Westen sei es genauso schlimm. Natürlich ist es auffällig, daß der Rechtsextremismus im Osten in den Medien ausführlich dargestellt wird (ganz im Gegenteil zum Westen, wo das Agieren von Neonazis runtergespielt wird), was aber der Logik der Herrschenden, auch diese Nach-Anschluß-Erscheinung als Produkt der DDR-Gesellschaft zu verkaufen, entspricht. So wird jede rechtsextremistische Erscheinung im Osten gekontert am linken Stammtisch mit "Ja, schlimm, aber geh nur mal da und da hin (im Westen), da ist es genauso schlimm." Der Rechtsextremismus im Osten wird in seiner Existenz schon als Verharmlosung desselben im Westen aufgenommen. Der Umgang der DDR-Linken mit den Neonazis treibt nun manch einer/m gestandenen Westlinken restlos das Wasser in die Augen: Reden mit den Glatzen statt Schlagt die Faschisten wo Ihr sie trefft. Oder - in der PDS besonders beliebt - es werden Rechts- und Linksextremismus in einem Atemzug verurteilt und schlimmstenfalls noch auf die Rechtsstaatlichkeit gepocht.

Einmal abgesehen von der Frage, was im Einzelnen die wirkungsvollste Strategie ist, so müssen doch die ehemaligen DDR-BürgerInnen in der politischen Auseinandersetzung mit den neuen Rechten ein ums andere Mal feststellen, daß sie aus ein und derselben Gesellschaft kommen; die DDR hat sowohl die einen als auch die anderen hervorgebracht (und es ist die Frage, ob die Annexion nur den Geburtshelfer gespielt hat). Von den Herrschenden wird diese Tatsache schlichtweg funktionalisiert.

Heißt das nun, daß die Bedingungen für die Entstehung von Rechtsextremismus andere sind, als die Linke im Westen analysiert hat, oder daß er anders bekämpft werden muß, oder sollte sich die Linke lieber dem hier verharmlosten (Neo-)Nazitum zuwenden, dabei aber auf eine eigene Meinung zu den in der Öffentlichkeit diskutierten Fällen verzichten?

Die Kritik an der konkreten Politik muß die Auseinandersetzung mit den AkteurInnen suchen

Diese beiden Beispiele könnten noch ergänzt werden um weitere aus den Bereichen Asylrecht, Europadiskussion, Blauhelme. Alle diese Fragen werden im linken bis liberalen Lager äußerst kontrovers diskutiert, daß aber die manchmal bekloppten Reaktionen der PDS die eine, das politische Problem, um das es jeweils in Abrechnung mit DDR und besonderer Weise mit PDS geht, die andere Sache sind, wird nicht unterschieden. Die radikale Linke findet allemal einen Grund, nicht eigenständig die Auseinandersetzung zu suchen, obwohl gerade das nötig wäre. Gerade die PDS verrennt sich zunehmend in das Kriterium Glaubwürdigkeit, macht den Opportunismus - sei es gegenüber den Bürgerbewegungen oder dem Rechtsstaat

- zur Leitlinie. Es ist richtig, das anzugreifen, aber es ist noch viel wichtiger, und keineswegs aussichtslos, die PDS mit argumentativer linker Kritik einzudecken, sie in der Auseinandersetzung um die aktuelle Politik mit Alternativen zu konfrontieren und praktisch und intellektuell zu fordern.

Ein letztes Beispiel, weil es im letzten ak thematisiert wurde: Unter der Überschrift "Freiheit für Mielke" (ak 333) wurde die Anwendung des BRD-Rechts in der Abwicklung der DDR analysiert, die Strategie der BRD-Justiz dargestellt und angegriffen. Richtig wurde festgestellt, daß "die Verletzung von individuellen Rechten Einzelner durch rechtswidrige Praktiken von Staat und Justiz prinzipiell jeden Demokraten interessieren müßten" (ebenda). Wenn das wirklich ernstgemeint ist, dann muß sich der Autor auch die Frage gefallen lassen, ob er mit seiner Aufforderung wirklich eine Bewegung "Freiheit für Mielke", für die zur Zeit kein Hund hinter dem Ofen vorgelockt werden kann, initiieren wollte, oder ob es ihm nur um eine Provokation geht, der im Grunde nichts folgen kann. Den Tausenden von Menschen, die sich von der alten DDR-Führungsclique betrogen sehen und tatsächlich drangsaliert, bespitzelt und ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beraubt wurden, kann mensch nicht das Recht absprechen, mit den ehemaligen Herrschenden abrechnen zu wollen. Sie sind darin nicht mehr souverän, die neuen Herren rechnen mit den DDR-BürgerInnen unterschiedslos ab, in der Erledigung der früheren Staatsmacht werden die früheren Untertanen gleich mit erledigt. Ehemalige MfS-MitarbeiterInnen sind hin und her gerissen zwischen Schuld und Selbstverteidigung (vor den Gerichten und vor den DDR-Oppositionellen). Kurz und gut, die DDR-Linke, verunsichert bis in die Knochen, steht nun mal vor dem Dilemma, daß ihre eigene Auseinandersetzung mit ihren "alten Gegnern" verstrickt ist in den westlichen Rechtschauvinismus.

Wenn die Intervention Gehör finden soll, muß sie dieses Dilemma annehmen. Selbst wenn Modrow in Dresden wegen Wahlfälschung angeklagt wird und sein früherer Kompagnon Berghofer den Kronzeugen machen wird, findet sich in der PDS kaum jemand, der eine sachliche Prozeßarbeit macht, weil jeder positive Bezug auf die DDR entweder als Makel oder als Nostalgie ausgelegt wird. Wenn in allen Parlamenten der DDR diejenigen, denen an der Stasi-Mitarbeit ein positiver Bezug auf die DDR nachgewiesen wird, geschasst, werden, findet sich auch in der Westlinken niemand, der die Ostlinke in eine aufklärerische Diskussion um die MfS-Aufarbeitung fordert.

Um auf den Anfang zurück zu kommen: Die richtige Haltung (wie die Parole "Freiheit für Mielke und alle anderen politischen Gefangenen") muß sich auch in Politik ausdrücken können, wenn sie nicht nur Pose sein will. Dafür gibt es u.E. eine Chance, wenn radikale Linke eigenständig den Streit mit den potentiellen TrägerInnen solcher Politik suchen. Selten haben die radikalen Linken es einer Partei mit linkem Anspruch so leicht gemacht, wie der PDS; da wurde sich selbst mit den Grünen noch viel mehr rumgestritten, als diese schon längst nicht mehr links sein wollten.

Cl., ab., hel., sc

27. Dokumentation: Alle ziehen ihre Lehren aus aus dem Golfkrieg - wir auch: Verweigert den Kriegsdienst

Rubrik: Militarismus; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:46

Alle ziehen ihre Lehre aus dem Golfkrieg - Wir auch:

Verweigert den Kriegsdienst

Zahlmeister und Nachschubbasis im Golfkrieg - der Bundesregierung reicht es nicht länger, nur Kriegspartei im Abseits zu sein: Grundgesetz-Änderung, schnelle Eingreiftruppe, Bundeswehr weltweit - eine starke Truppe für ein starkes Land.

"Verantwortung" angesichts "globaler Herausforderungen" - das sind die Schlüsselworte des neuen deutschen Selbstverständnisses. Die herrschende Lehre aus dem Golfkrieg: Krieg ist für die Bundesrepublik ein Mittel der Politik.

Sonnenfinsternis in Kuwait, schwarzer (Öl-)Regen auf dem indischen Subkontinent, Massenmord im besiegten Irak. Der Krieg hat die Probleme in der Golfregion nicht gelöst. Im Gegenteil: Sie sind größer geworden.

Und dennoch wird in der bundesdeutschen Politik kaum ein Gedanke darauf verschwendet, wie die Bundesrepublik Deutschland künftig einen größeren Beitrag zur friedlichen Konfliktlösung leisten kann.

Deshalb unsere Lehre (nicht nur) aus dem Golfkrieg:

Kein Soldat soll zum Mörder werden. Verweigert den Kriegsdienst!

UnterzeicherInnen

Anna Ammonn, Hamburg

Andrea Lederer, Bonn

Dr. Hanne-Magret Birckenbach, Hamburg

Hans Peter de Lorent, Hamburg

Prof. Dr. Werner Buckel, Karlsruhe

Konrad Lübbert, Wedel

Dr. Dieter Engels

Prof. Mohsen Massarat, Osnabrück

Hanne-E. Fetköter, Hamburg

Alfred Mechtersheimer, Starnberg

Ulrich Finckh, Bremen

Dr. Regine Mehl, Bonn

Prof. Dr. Elisabeth Freund-Mölbert

Ottfried Nassauer, Hamburg

Prof. Dr. Bernhard Gonsior, Köln

Gudrun Pausewang, Schlitz

Adrienne Göhler, Hamburg

Michael Rölen, Berlin

Dr. B. Hörener

Sabine Stamer, Köln

Prof. Dr. Ferdinand Hucko, Berlin

Dr. Christian Wellmann,Hamburg/Kiel

Theo Huß, Hamburg

Gisela Wiese, Hamburg

Dr. Gerhard Knies, Hamburg

Gerhard und Ingrid Zwerenz, Schmitten<
 Prof. Erich Küchenhoff, Münster

Liebe ZeitungsmacherInnen, liebe FriedensfreundInnen!

Aus Anlaß des Internationalen Friedenstages der UN wurde der folgende Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung am 17.9.91 veröffentlicht und wir bitten auch Euch, für eine Weiterverbreitung zu sorgen.

Es handelt sich dabei nicht darum, irgendeinen weiteren KDV-Aufruf den zahlreich existierenden hinzuzufügen, sondern es geht um den Versuch, eine neue Runde im Streit um die Kriegsdienstverweigerung als politischen und nicht nur individuellen Schritt einzuleiten.

Die Notwendigkeit dafür ist offenschichtlich: Seit der Wiedervereinigung und insbesondere seit dem Golfkrieg möchte die Bundesregierung die Pläne für den "weltweiten" Einsatz der Bundeswehr endlich in die Tat umsetzen. Schritt um Schritt sollen die Weltöffentlichkeit und die Bevölkerung hier politisch und juristisch darauf vorbereitet werden.

Im aktuellen Jugoslawien-Konflikt will die Bundesregierung (noch) einmal mehr auf die direkte Entsendung deutscher Soldaten verzichten, damit die Erinnerung an den letzten Weltkrieg, deutsche Kriegsführung und deutsche Truppen und speziell in Jugoslawien nicht allzusehr in Erinnerung gerufen wird. Doch eine zentrale politische, finanzielle und militärisch logistische Funktion würde die BRD einnehmen, wenn der Plan der Entsendung von WEU-Truppen in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte. Und auch das wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege zum direkten militärischen Eingreifen im internationalen Rahmen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen des Widerstands, wenn im ersten Halbjahr 1991 die Zahl der Kriegsdienstverweigerer-Anträge auf über 100.000 angestiegen ist. Doch das ist kein Grund, uns ‚zur Ruhe' zu setzen, denn nur wenn es uns gelingt, auf breiter Ebene der Bundeswehr jede Legitimität des internationalen Kriegseinsatzes zu bestreiten, werden wir auf Dauer eine Chance haben, diese Pläne zu durchkreuzen. Der folgende Aufruf soll dazu ein Beitrag sein.

Der vorliegende Aufruf wurde von der Berliner Ärzteinitiative betreut. Wir, die Hamburger Friedenskoordination, haben uns an dieser Initiative und deren Organisierung aktiv beteiligt.

Um uns den langen und teuren Weg einer großen Zeitungsanzeige zu ersparen, haben wir uns schließlich auf das Versprechen der ‚Frankfurter Rundschau' eingelassen, diesen Aufruf exklusiv zu dokumentieren. Das war offenkundig ein Fehler. Statt der Dokumentation wurde "ersatzweise" ein Zehnzeiler veröffentlicht, der die einfachste journalistische Sorgfaltspflicht vermissen läßt (Wer hat Wann Was gesagt?).

Wir haben also selbst dazu beigetragen, wenn Ihr jetzt weniger Lust habt, ersatzweise und im nachhinein einzuspringen. Aber auch so verliert der Aufruf nicht seine Bedeutung und kann eine Anregung zu weiterer Initiative sein. Mit freundlichen Grüßen und vielen Dank für Eure Veröffentlichung

Hamburger Friedenskoordination

28. Gramsci und die Zukunft der ak-Kritik. Entgegnung auf "Gramsci und die Zukunft des ak" (ak 333)

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:03

Liebe Bremer Genossinnen und Genossen,

es geht Euch also um die Frage, "ob eine Zeitung wie der ak den Anforderungen der Zeit noch entspricht". Das ist - und Ihr wißt das - eine rhetorische Frage, die Ihre Beantwortung bereits enthält: Der ak entspricht den Anforderungen der Zeit nicht und hat ihnen nie entsprochen. Die Liste der Leerstellen, der bisher nicht bearbeiteten und auf absehbare Zeit nicht bearbeitbaren Themen, ist nicht erst seit neuerem ziemlich lang. Trotzdem haben wir in diesem Wissen und unter besonders ungünstigen Umständen (KB-Spaltung und -auflösung) gerade beschlossen, diese Zeitung auch weiter herauszubringen.

Ihr bezeichnet Eure "Polemik" als "Versuch, das behäbige ‚Weiter so' aller ehemaligen KB-Teile etwas zu stören". Lassen wir mal dahingestellt, ob Euer Urteil, "alle ehemaligen KB-Teile" zeichneten sich durch konservative Behäbigkeit aus, stimmt oder nicht. So oder so fragt sich, ob Euer Artikel seinem selbstgesetzten Ziel dienlich ist. Wer eine immer noch nicht ganz kleine Zahl träger Denkfaulpelze aus ihrem Trott reißen will, sollte schon etwas Sorgfalt auf die Wahl seiner Argumente verwenden. Insbesondere die beliebte Methode, dem Diskussionsgegner Ansichten zu unterstellen, die er gar nicht vertritt, müßte sich für ein so ehrgeiziges Unternehmen eigentlich verbieten.

Mein Text "Gramsci und die Hegemonie des Proletariats" - 260 Zeilen als Zugabe zum zweiten Teil der Gramsci-Biographie (ak 329, S. 38) - ist Euch "ein Musterbeispiel" dafür, daß im KB "abstrakte Bestimmungen der revolutionären Haltung gepflegt" wurden, welche "jetzt die dringliche Neubestimmung kommunistischer Theorie und Politik" behindern würde. Geschrieben hatte ich: "Aus der Sicht revolutionärer Linker problematisch scheinen mir vor allem zwei Aspekte von Gramscis Hegemoniekonzept:

- seine Betonung der Rolle der Intellektuellen (Gramsci definiert den Begriff allerdings sehr viel weiter als allgemein üblich; er versteht darunter ‚die ganze soziale Masse, die organisatorische Aufgaben im weiten Sinn erfüllt, sei es im Bereich der Produktion, sei es im Bereich der Kultur, sei es im politisch-administrativen Bereich'.)

- die Behauptung, das Proletariat könne und müsse bereits vor der Revolution die hegemoniale Klasse sein. Ist das Idealismus? Louis Althusser, einer der ‚Erben' Gramscis, scheint dieser Meinung zu sein: ‚Seiner (Gramscis) Meinung nach kann und muß eine Klasse führende Klasse werden, bevor sie eine politisch herrschende Klasse ist, sie kann die Hegemonie vor der Eroberung der politischen Macht erringen'. Althusser sieht darin eine ‚illegitime Verwendung des Hegemonie-Begriffs'."

Was den ersten Satz betrifft, bin ich mit einer Umformulierung einverstanden. Lassen wir also die "abstrakte Bestimmung der revolutionären Haltung" weg und schreiben schlicht: "Aus meiner Sicht problematisch ..." Problematisch - das Wörterbuch erklärt dieses nicht ganz ungebräuchliche Fremdwort so: "problematisch (Adj.) schwierig, schwer zu lösen (< grch. problematikos; -> Problem"); "Problem schwierige, ungelöste Aufgabe od. Frage" (Gerhard Wahrig: Deutsches Wörterbuch, Gütersloh 1968).

Meine von Euch zitierten Sätze über das "Problematische" bei Gramsci würden unter Verzicht auf Fremdworte einfach nur heißen: Ich sehe hier eine schwierige, bislang ungelöste Frage. Wer sie klären will, muß 1. Gramscis Texte genau lesen und 2. den Meinungsstreit um ihre aktuelle Bedeutung suchen. Statt dazu etwas beizutragen, unterstellt Ihr lieber, "daß Js. nicht zur Kenntnis nehmen will, welche große Rolle die Intellektuellen in der Restlinken spielen". Mein "Problem" mit Gramsci ist ein ganz anderes. Hat Gramsci übersehen, daß die Oktoberrevolution und die anschließenden Versuche zum Aufbau des Sozialismus zu wenig Selbstbefreiung der Massen, zu viel stellvertretende Aktion einer Elite gewesen sind?

Selbst wenn mensch das den RevolutionärInnen nicht als Fehler ankreidet, sondern als "historisch unvermeidlich" akzeptiert - leistet Gramscis Betonung der Rolle der Intellektuellen nicht der Verfestigung dieser verhängnisvollen Arbeitsteilung Vorschub? Die Gramsci-Expertin Sabine Kebir sieht das "Problem" in der tendenziösen, weil vom Rechtfertigungsinteresse der Intellektuellen bestimmten Gramsci-Rezeption: "Gramsci hat die Determinierung der Zivilgesellschaft durch die sozioökonomische Basis und die politische Gesellschaft

durchaus gesehen und beschrieben. Es scheint mir eher ein Problem der Gramsci-Rezeption zu sein, deren Vertreter - wie die Angehörigen jeder intellektuellen Schicht - leicht in Gefahr geraten, eine idealistische Rechtfertigung ihrer eigenen intellektuellen Funktion zu suchen, wodurch dann die Eroberung der Zivilgesellschaft schnell zum Hauptagens der sozialen Transformation würde. Eine solche Verkürzung von Gramscis Theorien unter dem Motto einer Überwindung der sogenannten Grundfrage der Philosophie bedeutet dann leicht eine Reduktion der Aktivität der Linken auf das ihr legal zustehende Maß an politischer Aktivität, zumal - insbesondere nach dem 2. Weltkrieg - der mögliche Nonkonformismus innerhalb der Zivilgesellschaft beträchtlich ist" (Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft. Hamburg (VSA) 1991, S. 57). Es spricht einiges dafür, daß Sabine Kebir Recht hat - die Meinung der Bremer GenossInnen dazu würde ich gern kennenlernen.

Wenig verspreche ich mir von einer anderen Anregung in Eurem Artikel. Ihr schreibt: "Ein Nachdenken darüber, warum Gramscis Texte zwanzig Jahre im KB nicht zu den selbstverständlichen theoretischen Grundlagen gehörten, findet im ak nicht statt". Was soll dabei anderes herauskommen als das banale Eingeständnis, daß wir in den letzten 20 Jahren einiges an politischen Entwicklungen verschlafen haben? Warum nennt Ihr nur Gramsci, nicht aber Althusser und Poulantzas, die doch einiges über die Arbeiten der "Klassiker" Hinausgehende zu linker Theoriebildung beigetragen haben? Soll Gramsci der neue Oberklassiker werden? Solange Ihr Euch auf die - teilweise (s.o.) auch noch schräge - Kritik an bereits erschienenen ak-Artikeln beschränkt und nicht Eure eigenen Ansichten zur Diskussion stellt, lauft Ihr Gefahr, nicht ernstgenommen zu werden. Das wäre schade. Die Andeutungen in Eurem Artikel über "Keimformen neuer Hegemonie-Errichtung" und "Errichtung der Gegenwelten zur bürgerlichen Gesellschaft" lassen darauf schließen, daß Ihr versucht, Gramsci auf die neunziger Jahre anzuwenden. Auch darüber würden vermutlich nicht nur die wenigen Gramsci-SpezialistInnen unter den ak-LeserInnen gern mehr wissen.

Js.

29. "... man muß dem Verrat grundsätzlich abgeneigt sein ..." Gespräch mit H.L. Gremliza

Ein Gespräch mit Hermann L. Gremliza

Rubrik: Golfkrieg; Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:45

Als der Golfkrieg in seine letzte Etappe ging, erschien die März-Ausgabe der konkret. Mit Verweis auf die vermeintlich vom Irak ausgehende Existenzbedrohung Israels wurde darin für "das Schreckliche, das jetzt geschieht" Partei ergriffen und im großen Aufwasch die Antikriegs- bzw. Friedensbewegung in der Bundesrepublik des Antisemitismus' und des nationalistisch motivierten Anti-Amerikanismus' bezichtigt. Mit dieser Parteinahme stand konkret freilich nicht allein: In den Wochen zuvor hatte sich nach den USA-Unterstützern Enzensberger und Biermann eine bunte Palette der sich progressiv verstehenden Prominenz von der Position der Kriegsablehnung verabschiedet und sich auf die Seite der Bombenteppiche fliegenden "Zivilität" geschlagen.

Unmittelbarer Anlaß für das folgende Gespräch mit Hermann L. Gremliza war eine im AK veröffentlichte Polemik, in welcher dem konkret-Herausgeber der Vorwurf gemacht wurde, nach der Befürwortung des US-Eingreifens im Golfkriegs eine grundsätzlich gegen den Antiimperialismus gerichtetet politischen Neuorientierung vorgenommen zu haben (vgl."konkret kurios" in AK 332). In seiner Replik erwiderte Gremliza, die These vom Anti-Antiimperialismus ja gerne diskutieren zu wollen, was aber unmöglich sei, da AK-Autor max. in seinem Beitrag dutzendweise und vorsätzlich gefälscht habe. (Daß in jenem Artikel in einem Punkt tatsächlich schlurig zitiert wurde, sei an dieser Stelle nicht verschwiegen.) Auf die eigentlichen Vorwürfe war Gremliza in der Augustnummer der konkret nicht eingegangen.

In dem folgenden AK-Gespräch, das am 9. September aufgezeichnet wurde, wird dies zumindest teilweise nachgeholt. Zentrale Widersprüche blieben erwartungsgemäß auch hier ungeklärt und nicht alle der uns interessierenden Fragen wurden tatsächlich thematisiert. Einige Passagen - etwa die Aussage über Ströbele, Schwarzer und die Friedensbewegung - wurden erst in der abschließenden Redigierung Gremlizas ergänzt. Zwar glauben wir nicht, daß unser Versuch, sich zumindest über den Charakter der Differenzen zu verständigen, vergeblich gewesen ist. Von dem eigentliche Prozeß einer Klärung sind wir nach wie vor aber weit entfernt. Fragensteller waren hr. und max.

ak: Würdest Du Dich als Anti-Imperialist bezeichnen?

Hermann L. Gremliza: Das Wort "Anti-Imperialist" klingt mir, gemessen an meiner Tätigkeit als Autor und Redakteur, viel zu geschwollen. Natürlich kann ein Marxist, ein Gegner der kapitalistischen Ordnung, nicht "Pro-Imperialist" sein. Andererseits scheint mir derzeit bei den deutschen Anti-Imperialisten sowohl theoretisch als auch praktisch-politisch so vieles in Unordnung zu sein, daß ich mich auch deshalb der antiimperialistischen Bewegung nicht zugehörig fühlen kann. Ich bin Verleger einer relativ kleinen linken Monatszeitschrift. Kollektiver Organisator zu sein, oder andere hehre leninistische Vorstellungen von dem, was ein Zeitschriftenprojekt sein könnte, habe ich - wenn ich die je gehabt haben sollte - schon sehr lange nicht mehr. Mir kommt es darauf an, daß so rücksichtslos wie möglich ausgesprochen wird, was auszusprechen ich für nötig halte. Und zwar ohne Rücksicht auf seine politische Wirkung - weil ich mir unsicherer denn je bin, worin die politische Wirkung von Geschriebenem besteht und ob es überhaupt eine gibt. Ich halte mich lieber an den Maßstab, den Adorno und Horkheimer aufgestellt haben: Daß es gesagt sei und nicht mit uns verschwindet. Mir ist es lieber, daß ich das, was ich schreibe, in 20 Jahren noch einmal lesen kann, ohne mich schämen zu müssen, als daß es nächsten Monat im privaten oder politischen Bekanntenkreis auf besonderen Beifall stößt.

Deine jüngeren Texte erwecken den Eindruck, als werde mit dem Wegfall des RgW das Verhältnis zwischen unterdrückten und unterdrückenden Ländern neu bewertet. Als nunmehr entfesselt gelten die "Saddams dieser Welt". Und die Schlußfolgerung liegt nahe, daß der Imperialismus, der daran gemessen geradezu zivil und respektierlich erscheint, nunmehr die Aufgabe hätte, jene Barbaren im Zaum zu halten.

Man würde sich etwas in die Tasche lügen, wenn man nicht für möglich hielte, daß sich Unterdrückte barbarischer aufführen können als manche derer, die diese Unterdrückung ausüben oder sie herbeigeführt

haben. Natürlich gibt es das. Welche Schlüsse man daraus zieht, ist wieder eine ganz andere Frage. Aber es nützt ja nichts, zu sagen: Weil die Verursacher benennbare imperialistische Staaten sind, ist das nicht barbarisch, was sich da oder dort abspielt. So ist die antiimperialistische Linke doch ganz erheblich und ziemlich lange auf Pol Pot hereingefallen. Jede Meldung über das, was sich dort abgespielt hat, wurde als amerikanische oder bundesdeutsche Greuelpropaganda dargestellt, weil man dachte: Rebellen gegen die US-Herrschaft können so nicht sein. Natürlich wußte oder ahnte man, daß die da unten nicht mit Engelsschwingen durch die Gegend fliegen. Aber was wirklich war, hat man nicht für möglich gehalten. Inzwischen weiß man es besser, Pol Pot ist abgehakt, das war mal, alle sagen: Wir haben daraus gelernt. Ich bin mir nicht sicher, daß - und was? - wirklich daraus gelernt wurde.

Hätte man damals die USA oder eine andere imperialistische Macht auffordern sollen, Pol Pot von der Macht zu bomben?

Darum geht es nicht. Man hätte rechtzeitig oder doch schneller begreifen sollen, was sich da tatsächlich abspielte. Man hätte sich weniger vorlügen sollen. Die USA aufzufordern, Pol Pot womöglich mit Napalmeinsatz zu beseitigen - das ist völlig absurd. Abgesehen davon, daß sich die USA mit Beschlüssen der westdeutschen Linken zurecht immer nur den Hintern gewischt haben - sie hätten bei einer Intervention in Kambodscha wahrscheinlich Vietnam gleich mit abgeräumt. Die Linke hätte sich damals an die Sowjetunion wenden und diese auffordern können, gegen Pol Pot einzuschreiten, wie es dann später Vietnam tatsächlich getan hat, ohne dafür von der westdeutschen Linken den verdienten Beifall zu erhalten.

Ich sehe da noch eine etwas andere Problematik. Ich bestreite nicht, daß es diese Barbarei und Ähnliches gibt. Du hast m.E. völlig Recht, zu kritisieren, daß wir das viel zu lange verdrängt haben und das andere bis heute noch verdrängen. Mir geht es darum, wie man diese Zustände zu analysieren oder zur Diskussion zu stellen versucht. Wolfgang Pohrt, den Du ja relativ privilegiert in Deiner Zeitung behandelst, hatte in seinem Artikel "Schöne neue Welt" nicht nur diese Entwicklung zur Barbarei in auch von mir geteilten Passagen dargestellt. Sondern er hatte etwa mit der Aussage: "Wo Hussein hinkotzte und das Geschirr zerschlug, dienerte als Ausputzer die westliche Führungsmacht mit Wischlappen und Kehrichteimer herbei" ("konkret" 6/91, S.11) eine andere Wertung eingeführt. Da wird nicht nur versucht, einen Zustand und seine möglichen Verursacher zu analysieren, sondern da wird eine Wertung herbeigeführt, die implizit die Aufforderung enthält, rigider mit diesen Umständen umzugehen. Am Beispiel Kambodscha: Da zu intervenieren. Ich habe den Verdacht, daß sich in "konkret" daran möglicherweise ein Positionswechsel andeuten könnte, der der Erklärung bedarf.

Ein Wort zu dem "relativ privilegierten" Wolfgang Pohrt: Er kommt deshalb häufig und ausführlich zu Wort, weil er in den letzten zehn Jahren nie auf die jeweils neuesten Moden der Linken - von Öko über Pax bis Nation von Links - hereingefallen ist und zudem präziser denkt und besser schreibt als die meisten linken Autoren. Zum "Positionswechsel": Es gibt unter "konkret"-Autoren auch in dieser Frage unterschiedliche Aufassungen. Es gibt auch solche - da bin ich nicht einmal der rigideste - die darauf beharren, immer wieder zu sagen, wer diese barbarischen Entwicklungen verursacht hat - und zwar auch dann, wenn es für eine bestimmte aktuelle Situation politisch nicht mehr viel hergibt. Gesetzt den Fall, es gäbe irgendwo irgendeinen Potentaten, der es geschafft hätte, sich ein größeres Arsenal biologischer Waffen zu beschaffen, und nun anfinge, seine Umgebung oder den Rest der Welt damit zu terrorisieren - dann bliebe alles das wahr, was über die Entstehung solcher Zustände gesagt wurde, aber es hülfe im gegebenen Fall überhaupt nichts. Weil ich weiß, wie wenig meine Meinung zählt und daß ich nicht den geringsten Einfluß auf den Verlauf und die Ziele einer von mir befürworteten Intervention hätte, würde ich mich, solange es geht, aufs Analysieren beschränken.

Wobei ja gerade Pohrt nicht aufklärt darüber, wie die Scheiße aufs Dach kommt, sondern mit seinem Rezept, wie die Scheiße vom Dach herunterkommen soll, eher zur Gegenaufklärung beiträgt.

Der Fehler in eurer Frage ist die Verallgemeinerung. Es ging nicht um Pol Pot oder Savimbi, um Kambodscha oder Angola - es ging um Israel und die Deutschen am Morgen nach der Gründung ihres Vierten Reichs und wie eine deutsche Linke sich in dieser Lage verhält. Man braucht sich nur Wolfgang Pohrts Analyse der Jugoslawien-Krise in der letzten "konkret" anzusehen, um festzustellen, daß das Gerede vom "Positionswechsel" ausgemachter Quatsch ist. Der Golfkrieg war, weil es um das Verhältnis der linken deutschen Söhne und Töchter zu den Juden ging, ein unvergleichlicher Fall. Es könnte in Panama nichts Vergleichbares geschehen. Daß Israel bedroht ist, muß für einen, der mit deutschem Paß herumläuft, einen Unterschied machen, einen entscheidenden Unterschied. Den hat es - auf schlimme Weise - ja auch für

Stroebele, Schwarzer und die Friedensbewegung gemacht, die sich, weil Israel involviert war, viel heftiger für den Frieden (und Saddam) echauffiert haben als in anderen Fällen.

Pohrt ist nicht immer leicht zu ertragen, besonders dann nicht, wenn man fest glaubt, auf der Seite des Guten zu stehen. Daß einer seiner besten Polemiken gegen die Friedensbewegung 1983 nicht in "konkret" erschienen ist, nehme ich mir noch heute übel. Ich hatte ihn abgelehnt, weil ich erstens die vielen netten Menschen, die da mitgelaufen sind, schonen wollte und weil ich mich in politischer Taktik üben zu müssen glaubte, nach der Melodie: Nächste Woche ist Sitzung des Koordinationsausschusses, da wollen wir das Bündnis erweitern, also jetzt bloß niemanden vor den Kopf stoßen ... und all so`n Scheiß. Natürlich wäre es richtig gewesen, rechtzeitig so scharf wie möglich gegen diese nationale Erweckungsbewegung vorzugehen, die plötzlich entdeckt hatte, daß Atombomben deswegen etwas Schreckliches sind, weil ja die ersten auf deutschen Boden fallen könnten.

Wobei Pohrt nun die führerlose Nation beklagte und eine Bundeswehr, die nicht den Mut hat, zu intervenieren.

Das war ein sarkastischer Seitenhieb auf Leute, die sich vorm Ersatzdienst gedrückt und zum leichteren "Dienst an der Waffe" gedrängt haben. Wenn die nun bei der ersten Gelegenheit, bei der sie das tun sollen, was sie so freiwillig und freudig geübt haben - nämlich Menschen totschießen bzw. sich selber totschießen lassen - wenn sie da anfangen zu heulen und zu jammern, dann ist das erstens saukomisch und zweitens in ihren eigenen Ehrbegriffen, mit denen die uniformierten Jungs sonst jedem Zivilisten auf den Wek- ker gehn, nichts anderes als feige.

Daß sie Angst haben, sich selbst verpulvern zu lassen, ist etwas, was man in der deutschen Tradition eigentlich bisher zuwenig erlebt hatte ...

Das könnte auch Franz Alt gesagt haben.

Der Golfkrieg und wir

Laß uns zunächst versuchen, sich diesem Golfkrieg einmal unter Weglassung der eingespielten Pauschalverurteilungen - hier der Antisemit, dort der Kriegstreiber - zu nähern. Ich stimme zu, daß es angesichts unserer Schwächeposition verrückt wäre, zu glauben, man könne in die Politik der USA etwas hineinlegen oder sie in irgendeiner Weise beeinflussen. Gibt es da zu dem vorherigen Beispiel Pol Pot nicht doch eine Analogie, wenn Du im Golfkrieg die USA mit Verweis auf das Richtige, was sie aus falschen Beweggründen vielleicht machen, unterstützt? ("konkret" 3/91, S.8) Wo doch klar ist, daß sich die USA in ihrem Handeln nicht von unseren Wünschen sondern allein von ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten leiten läßt?

So hatte ich im Märzheft mein Argument eingeleitet: Dies sei ein Krieg, den die USA für ihre Interessen führten. Ich konnte nur hoffen, daß das Schreckliche, was sie ohne mein Zutun und aus falschen Gründen tun, das jetzt Richtige sei - und zwar aus einem einzigen Grund: weil die Existenz Israels und das Leben seiner Bewohner auf dem Spiel stehe. Mit diesen Argumenten habe ich in meiner Kolumne die Diskussion in dem ominösen März- Heft von "konkret" eröffnet, eine Diskussion, die, wie ich glaube, nicht darum geführt wurde, ob "wir" die US-Politik oder den Krieg unterstützen sollten oder nicht, denn es gab kein "wir", das zu den politischen Entscheidungen etwas Nennenswertes beizutragen gehabt hätte. Die Diskussion war von Anfang an eine über antisemitische Tendenzen in der Haltung der westdeutschen Friedensbewegung gegenüber Israel.

Der Krieg war für diese Diskussion nur eine Art Tableau, vor dem eine Auseinandersetzung darüber spielte, wie sich das, was einmal die westdeutsche Linke war, gegenüber Israel, gegenüber der deutschen Vergangenheit, gegenüber dem Vierten Reich der Deutschen verhalte oder zu verhalten hätte. Es wäre der Streit über den Golfkrieg in dieser Schärfe nicht ausgebrochen, wenn nicht zuvor die Linke vor der wiedergeborenen Nation kapituliert hätte. Die nationale, die völkische "Wir sind ein Volk"-Aufwallung der linken Mehrheit hat dem antinationalen Teil der Linken die Augen darüber geöffnet, wie tief der eigene Verein in der deutsch-nationalen Tradition lebt und ihr verhaftet ist. Wir haben 300 Telefon-Interviews mit Abo-Abbestellern geführt. Erschreckend daran war, daß fast niemand seine Abbestellung mit dem Golfkrieg begründete, sondern fast alle mit der anti-antisemitischen Parteinahme von "konkret".

Es gibt beides: Das nationale Element wird von denen, die früher Linke genannt wurden, seit der Wiedervereinigung positiv besetzt. Gleichzeitig erleben wir die massenweise Hinwendung vieler ehemaliger Linker zum Imperialismus als Zivilität. Man könnte vielleicht sagen, daß eine bestimmte Reaktion auf Deine

März-Kolumne anders ausgefallen wäre, wenn man nicht tatsächlich die Sorge haben müßte, in einer Phase, wo so viele sich hinwenden ...

Richtig, es herrscht zur Zeit ein Klima, in dem man von keinem mehr weiß, ob er nicht morgen auf der anderen Seite stehen wird. Aber solche Zeiten hat es seit dem Oktober 1917 für Kommunisten immer wieder gegeben: Immer wieder gab es Gelegenheiten, die es einem erlaubten zu sagen: Bis hierher und nicht weiter, das ist mein Damaskus, ich verabschiede mich. Spanien 38, Ungarn 56, Prag 68. Alle paar Jahre bot die Geschichte der Kommunisten eine einleuchtende Begründung für einen Frontwechsel. So erst recht jetzt, da die ganze KPdSU sich auflöst. Da ist einer vierzig oder fünfundvierzig und hat all die Jahre zugesehen, wie rechts und links von ihm die größeren Idioten sich ein schönes Leben machen. Und er fragt sich nun: Wofür eigentlich? Die Perspektive ist eh lausig. Und er hat recht: Sie ist lausig. Wer jetzt Kommunist bleibt, muß ein sehr gutes psychisches Korsett haben. Und eine gewisse Liebe zur Konsequenz dazu. Man muß dem Verrat grundsätzlich abgeneigt sein. Man muß das einfach nicht mögen.

Nun wurde die Diskussion während des Golfkriegs absolut parteilich geführt: Entweder man war pro Israel, d.h. Unterstützer der israelischen Regierungspolitik. Oder man stand als Gegner der Juden da. Es gab kaum die Position, den Antisemitismus zu bekämpfen und gleichzeitig der imperialistischen Kriegsführung entgegenzutreten.

Man kann selbstverständlich den Antisemitismus bekämpfen und gleichzeitig die israelische Regierungspolitik ablehnen. Das tut sogar der Henryk Broder, der mich vor Jahren als Antisemiten überführt hat. Was nicht geht: Man kann nicht gegen Antisemitismus auftreten und das Einzige, was das Überleben von Juden tatsächlich heute sichert und in den letzten Jahrzehnten gesichert hat, nämlich die Existenz des Staates Israel, in Frage stellen.

Richtig. Nur: Was bedeutet das für die Einschätzung der israelischen Regierungspolitik?

Gar nichts - solange man nicht an der Regierungspolitik vor allem die Absicht der Regierung kritisiert, die Existenz des Staates Israel zu verteidigen. Es ist ja eine ganz fabelhafte Position, wenn sich ein Deutscher - ob Linker oder nicht, ist schon fast wurscht - hinstellt und sagt: Ich bin kein Antisemit, aber ich bin gegen diesen Staat. Denn damit sage ich: Wenn die Juden, weil sie keinen eigenen Staat haben, dort bleiben müssen, wo sie verfolgt und totgeschlagen werden, kann man halt nichts machen. Sich selber helfen dürfen die sich nicht. Oder Waffen zur Verfügung gestellt kriegen, mit denen sie eine bestimmte Art von Angriffswaffen unschädlich machen können. Daß ausgerechnet die nicht geliefert werden sollen, nachdem die deutsche Linke nicht verhindern konnte, daß über -zig Jahre alle möglichen Waffen an die Feinde Israels geliefert wurden, das, denke ich, geht auch nicht.

Das ist mir wieder zu realpolitisch ...

In dieser Sache kann ich gar nicht Realo genug sein.

Der Einfluß der deutschen Linken ist doch auch hierbei völlig unerheblich.

Nicht ganz so unerheblich wie sonst. Die Frage nach der Lieferung von Abwehrraketen war tatsächlich ein innenpolitischer Streitpunkt. Darüber wurde in der SPD diskutiert, es wurde in der FDP diskutiert und bei den Grünen war es ein erbitterter Streit, über den beispielsweise Micha Brumlik aus der Partei ausgetreten ist.

Was meintest Du vorhin mit dem Zusammenhang von Antisemitismus und deutscher Wiedervereinigung?

Ich habe in den Monaten seit dem Herbst 1989 an mir selber entdeckt, daß mich nicht so sehr der Marxismus-Leninismus, sondern eine grundsätzlich antinationale, man könnte auch ruhig sagen: antideutsche Haltung zum Linken gemacht hat. Das wichtigste an der DDR war nicht, daß sie sozialistisch war, sondern daß ihre Existenz eine Halbierung des Deutschen Reichs und die beste Versicherung gegen seine Wiederkehr bedeutet hat. Und vieles von dem, was ich an der DDR einerseits geschätzt und andererseits, weil ich es nicht habe schätzen können, gerne übersehen habe, habe ich geschätzt oder übersehen, weil es mir darauf nicht so sehr angekommen ist. Es hat sich jedenfalls diese antideutsche politische Position als das eigentlich Movens herausgestellt. Und so habe ich in der deutschen Friedensbewegung nicht primär eine Bewegung erkannt, die den Krieg am Golf be- oder verhindern wollte, sondern eine deutschnationale Bewegung, die im Einklang mit den politisch und gesellschaftlich Herrschenden den Golfkrieg dazu nutzen wollte, dem neuen Deutschland

größeren außenpolitischen Spielraum zu verschaffen. In keiner internationalen Auseinandersetzung der jüngeren Zeit hat die Bundesrepublik so entschieden und lange den USA sich verweigert wie in diesem Fall. Kohl hat mit seiner Beschwerde, daß die Deutschen früher immer gescholten worden seien, zu kriegerisch zu sein, und heute beschimpft würden, nicht kriegerisch genug zu sein, die deutsche Friedensbewegung und ihre weißen Kapitulationstücher gegen die USA verteidigt. Gegen diese deutsch-nationale Annäherung habe ich um so vehementer Position bezogen.

Der Golfkrieg und die politische Klasse

Ein einziges Mal möchte ich da doch etwas in Erinnerung bringen. Im Maiheft hast Du erklärt, daß die Gegnerschaft gegen den Krieg, je länger er dauerte, schließlich die ganze Nation umfaßt habe. ("konkret" 5/91, S.11) Du selbst hattest aber Deine März-Kolumne mit dem Hinweis eingeleitet, daß Dich "die große Koalition von 81 Prozent der Deutschen ... die einig wie nie den Krieg preisen" um ein Haar zu pazifistischen Manifestationen verführt hätte. Dies war Mitte Februar, also gut einen Monat nach Kriegsbeginn, eine m.E. sehr richtige Beobachtung.

Heute leuchtet mir der Satz aus der März-Kolumne weniger ein, als das, was ich später im "konkret"-Streitgespräch gesagt habe. Diese Umfrageergebnisse gab es, aber ich hatte die Zahlen überbewertet. Die Stimmung war von Anfang an eine andere. Die Deutschen waren zu Beginn des Krieges nicht zu 81 Prozent Anhänger von Wolfgang Pohrt. Das war etwas anderes, und es wäre vielleicht interessant zu untersuchen, was das war.

Im Vorfeld des Golfkrieges hatte sich Lafontaine bereit erklärt, mit den Christdemokraten das Grundgesetz zugunsten eines militärischen Optionsausbaus zu verändern. Zuvor hatte bereits der "Stern" das Titelbild von der weinenden Soldatenbraut aus Bremerhaven gebracht. Deine Überlegung, wonach die deutschen Machthaber mit dem Prinzip "rent a cop" ganz zufrieden sind und deutsche Soldaten an der Front eigentlich gar nicht haben wollen, habe ich nie nachvollziehen können. Damit wird der Wiederholungszwang der Deutschen, der sich auch militärisch artikuliert, enorm unterschätzt. Daß der Golfkrieg für die hiesigen Eliten als eine Kulisse genutzt wurde, um sich neue militärische Optionen zu eröffnen, halte ich für ganz unbestreitbar. Die Differenz innerhalb der westlichen Imperialismen bestand u.a. doch darin, daß zwar die USA und Großbritannien sich mehr moralische Unterstützung von den Deutschen, keineswegs aber deutsche Soldaten an der Front gewünscht hatten. Während die Bundesregierung ...

... für ihre Unterstützung etwas kriegen wollte: die Erlaubnis, daß die Deutschen künftig militärisch wieder vor Ort tätig werden können?

Richtig. Mit Erlaubnis oder auch ohne.

Mag sein. Es gibt aber auch Leute, die das für antiquiert halten und auf andere, modernere Weise Deutschlands imperialistische Interessen weltweit durchsetzen wollen. Wenn ich "modern" sage, meine ich nicht die SPD, die sich zur Zeit als die eigentliche deutschnationale Vaterlandspartei erweist. Wer die Herren Voigt und Gansel als Blutsbrüder der kroatischen Klerikalfaschisten erlebt, flüchtet sich dann fast schon lieber in die Arme von Teltschik und anderen zuverlässigen Reaktionären.

Ist das nicht nur die Freiheit der Opposition, lauter sagen zu können, was gemeint ist?

Nein, es ist mehr. Die nach Tilgung, Vernichtung, ja Ausrottung des letzten kommunistischen Straßennamens schreienden Ausbrüche kommen alle aus der SPD. Ich habe die vaterländischen Töne der SPD immer für taktische Schutzbehauptungen als "vaterlandlos" diffamierter Sozialdemokraten gehalten. Irrtum! Die sind und waren tatsächlich so. Der deutschnationale Außenpolitiker der BRD war über all die Jahre der Egon Bahr. Im Unterschied zu diesen Afterpolitikern hatte die herrschende Klasse ein Minimum an Verständnis dafür gewonnen, daß sie innerhalb eines globalen Kontextes Politik zu machen hatte. Und daß sie sich ein paar Sachen besser nicht leisten sollte.

Dieses Verständnis schwindet ...

Es nimmt ab, und viel schneller als man befürchten mußte. Daß sie schnell noch vor den Amerikanern gleich zwei Baltendeutsche als Botschafter ins Baltikum schicken; wie Genscher in Bezug auf Jugoslawien die Europäer und in Bezug auf Osteuropa die USA herumkommandiert und düpiert. So wie die Deutschen über ihn

reden, muß sich der niederländische Außenminister fast schon vorkommen wie ein gerade überführter KGB-Agent. Es überrascht wohl alle, mit welcher Geschwindigkeit die politische Klasse hier all das erfüllt, was man ihr irgendwann mal unterstellt hat. Sie hat in fünf Jahrzehnten an Aggressivität offenbar nichts verloren. Selbst ich, der ich nie an den Quatsch von der zivilisierten deutschen Gesellschaft geglaubt habe, hatte doch gedacht, daß man ihnen wenigstens ein paar einfache Tischsitten beigebracht hat. Aber nicht einmal das.

Lenin und das Naabtal-Duo

Du hast vor unserm Gespräch gesagt, daß die USA auf ein Gelingen des Moskauer Staatsstreichs gesetzt hätten, um den Einfluß Deutschlands, der mit dem sowjetischen Zerfall automatisch gestärkt würde, aufzuhalten. Gibt es konkrete Anhaltspunkte, daß es eine solche Debatte in den USA gegeben hat?

Auf die erste Nachricht hin hatten sich die USA auf den Umsturz eingerichtet. Man kann übrigens nicht ausschließen, daß im kommenden Februar oder März, beginnend mit irgendwelchen Hungerrevolten, noch einmal etwas Ernsthafteres in dieser Richtung versucht wird. Denn an der "Verteidigung der Demokratie" hat sich ja die Bevölkerung nicht beteiligt. Es leben allein in Moskau neun Millionen und in Moskau plus Umgebung 20 Millionen Einwohner. In den entscheidenden Stunden haben sich 20.000 Leute zur Verteidigung von Jelzins "Weißem Hauses" dort eingefunden. Das waren prozentual etwa halb so viel Leute, wie früher in Hamburg oder Frankfurt DKP gewählt haben: ein Promill. "Die Bevölkerung" oder wie man jetzt sagt "das Volk" hat sich aus dieser ganzen Geschichte völlig herausgehalten - in beiden Richtungen. Die haben sich weder am sogenannten Putsch noch an dessen sogenannter Niederschlagung beteiligt, man weiß also nicht, was passiert und in welche Richtung etwas passiert, wenn die sich mal beteiligen.

Zurück zu eurer Frage. Die Sowjetunion ist ja ökonomisch keine Macht, und die einzelnen Staaten sind als Marktwirtschaften auch keine Mächte. Die einzige Macht war die durch militärisches Potential bestimmte politische Macht Sowjetunion mit ihrem nuklearen Arsenal. Wenn die wiederhergestellt worden wäre, wären die USA als Gegenpol wieder gefragt gewesen.

Auf unserem letzten Treffen als Gruppe K wurde die vage Hoffnung artikuliert, daß von einem noch lebenden Lenin die Sache spätestens 1929 massiv begrenzt, das heißt, in die Opposition gegangen worden wäre. Zwar mußten mit dem Sieg des Faschismus alle anderen Faktoren in den Hintergrund rücken - dennoch ist im RgW doch wohl auch die Logik gescheitert, immer weiter halten zu wollen, was irgendwie noch zu halten war.

So wird das inzwischen von sehr vielen Kommunisten gesehen, Georg Fülberth steht diesem Gedanken ganz nahe, er hat also was für sich. Er ist für die Zukunft möglicherweise lehrreich. Nicht mehr lehrreich ist er zur Beschreibung und Kritik kommunistischer Politik nach 1933. Seit diesem Zeitpunkt gab es keinen Moment mehr, an dem man die Staatsmacht hätte abgeben und in die Opposition gehen können. Hätte man es 1940 getan, gälte in Nischni-Nowgorod, vormals Gorki, heute Russisch als dritte Fremdsprache nach Deutsch und vielleicht Finnisch. Aber der Gedanke als solcher - wir haben im Moment ja nichts besseres zu tun, als uns solche Fragen zu stellen.

Das ist wahr ...

Auch weil die Antworten, die wir geben, keinerlei politische Folgen haben. Das hat natürlich auch Vorteile. Wir können uns nun einigen Fragen wie der Verifikation linker Grundweisheiten stellen, z.B. wie einsichtig eine nicht durch privatkapitalistische Ausbeutung geprägte Ordnung den an ihr Beteiligten ist. Ich erinnere mich an ein Erlebnis vom Anfang der achtziger Jahre, das mich, der ich selten reise, also nicht wirklich in der Welt herumkomme, wirklich mitgenommen hat: In der Volksrepublik Polen gab es damals schon seit 35 Jahren keinen Privatbesitz an Produktionsmitteln mehr. Da steht, mitten in Warschau, an einer Ecke eine Frau von vielleicht 50 Jahren vor einem Haufen gebrauchter Plastiktüten mit Aufdrucken von Marlboro und Coca- Cola, die sie gegen Valuta verkauft. Und vor ihr steht eine Schlange von Menschen, die diese gebrauchten Plastiktüten, die ja keine Sau zu irgendetwas braucht, kaufen wollen, und andere schlendern an dieser Szene vorbei, ohne sie als besonders widerwärtig oder auch nur störend zu empfinden. Ich habe mich gefragt: Was hätte wohl Marx gesagt, wenn man ihm diese Geschichte hätte erzählen können?

Das kam bei ihm nicht vor.

All solche Geschichten wird man sich nun in aller Ruhe überlegen können. Man muß sich ernsthaft, nicht nur rhetorisch, fragen, was es bedeutet, daß die Massen sich so perfekt im Griff der Bewußtseins-und

Befindlichkeitsindustrie befinden; daß sowohl die Psyche wie auch der Intellekt in großindustriellem Maßstab produziert und betreut werden können.

Ich konnte früher des Fernsehprogramm der DDR nicht empfangen und erfahre erst jetzt, da das Westfernsehen einen Teil der beliebtesten DDR-Sendungen übernommen hat, mit was für einem Dreck die Realsozialisten das Volk bedient haben: Musikantenstadl, die Musi kommt, holodero - der ganze völkische Gefühls- und Gesinnungsmüll. Die linke Kulturkritik tut so, als lechzten die Deutschen nach Rock und Rap und Hiphop. In Wahrheit ist gemessen am Plattenverkauf des Naabtal-Duos auf dem deutschen Musikmarkt Madonna ein Programm für Sektierer. Was bedeutet das?

In keinem der Staaten des Nordens findet sich ein Beispiel auch nur ansatzweiser Bildung proletarischen Klassenbewußtseins. Wie soll es noch einmal entstehen? Wo gibt es Ansätze? Der Unfall, der der internationalen Bourgeoisie mit Lenin 1917 passiert ist, war ihr eine Lehre, für die sie 70 Jahre lang teuer bezahlt hat. Das wird ihr nicht noch einmal passieren. Und um eine Wiederholung zu verhindern, braucht man heute nicht so sehr wie im 19. Jahrhundert die Polizei, das stehende Heer und die Geheimpolizei - es gibt andere Mittel der Lenkung von Massen, die sehr viel wirkungsvoller greifen.

Bürgerliche versus direkte Demokratie

Das berührt möglicherweise auch das Verständnis von Volk und direkter Demokratie, wie es in Deiner Juli-Kolumne "Société Allemande" zum Ausdruck kam. ("konkret" 7/91, S.8) Du gehst darin davon aus, daß sich in der Politik der herrschenden Parteien des Bürgers Wille zivilisiert und anerkannt werden muß, daß ein Schönhuber letztlich viel demokratischer und ziviler ist als seine Anhänger.

Das ist einfach wahr. Wenn ich Wähler von Schönhuber reden höre, muß ich sagen, daß Schönhuber deren Gewaltphantasien selbst dann nicht teilte, wenn er besoffen wäre. Nicht jeder Nazi war gleich blutdürstig, der Nazi Schönhuber ist es weniger als die meisten seiner Wähler. Vergleichbares gilt für die CDU und ihre Wähler oder die SPD und ihre kleinbürgerliche Klientel. In der Klassengesellschaft trägt jede Brechung, Eindämmung, Mediatisierung des "Volkswillens" zu dessen Entschärfung bei. Ich habe das vor 25 Jahren in einer wissenschaftlichen Arbeit über Plebiszite untersucht: Das Überspielen der Klasseninteressen durch die Fiktion eines Volks, das einen gemeinsamen Willen habe und äußern könne, führt zwangsläufig in faschistische Experimente. Einen allgemeinen Willen kann es schon theoretisch nur in einer klassenlosen, nicht-antagonistischen Gesellschaft geben. Plebiszite in Klassengesellschaften haben nie etwas Progressives bewirkt.

Ich teile die ak-Kritik von max. an Deiner Demokratie-Kritik nicht und glaube, daß Du hinsichtlich der Funktion von direkter Demokratie in der Klassengesellschaft Recht hast. Meine Bedenken betreffen einen anderen Punkt. Ich mache das fest an jenem Satz von der herrschenden Ordnung (gleich die Ordnung der Herrschenden), die Du gegen jeden protestantisch-populistischen Angriff verteidigen würdest.("konkret" 7/91, S.8) Dahinter steht ja das Bild, daß eine Erschütterung der herrschenden Ordnung durch derartige Diskussionen möglicherweise erfolgt. Insofern möchte ich Dich fragen, ob Du tatsächlich solche Gefahren heraufziehen siehst. Zweitens übersehe ich nicht, was da an völkischer und nationaler Mobilisierung angefangen hat. Verheerend finde ich, daß Du meinst, daß gerade die Parteien das aufhalten könnten, die von oben viel unternommen haben, diesem Pöbel seine Legitimation zu verschaffen.

Einverstanden. Es geht hier wirklich nur um den einen Punkt - und die Verallgemeinerung ist falsch. Es geht darum, daß uns in diesem einen Punkt eine Mehrheit der Bundestagsparteien vor der Aufnahme plebiszitärer Regelungen in die Verfassung bewahrt. Wer jetzt überall Wendehälse am Werk sieht, kann meine Formulierung so mißverstehen, als wolle ich die bürgerlichen Parteien jetzt generell salvieren. Ich geb zu, daß es natürlich nicht schwer ist, das so zu interpretieren - zumal wenn man das ohne den Kontext vorgetragen bekommt. Aber mit wem unterhalte ich mich in diesem Text? Ich unterhalte mich nicht mit Kohl, Vogel oder Lambsdorff, ich unterhalte mich mit einer Linken, die für diese Verfassungsreform anfällig ist, und fordere sie auf, sich an solch einem Scheiß nicht zu beteiligen.

Staatliche Antifa?

Es ging in diesem Zusammenhang ja darum, daß max. im ak unterstellt bzw. gefragt hatte, ob im Gefolge der "konkret"-Position zum Golfkrieg jetzt eine Neubestimmung von Positionen im Sinne einer Annäherung an

politische Kräfte erfolgt, von denen man sich bisher immer abgesetzt hat. Für mich ergab oder ergibt sich ein Teil dieser Befürchtung auch deshalb, weil gerade Wolfgang Pohrt zwei Nummern zuvor in seinem "Stop den Mob"-Artikel den Staat als letzte Hoffnung gegenüber der Mobilisierung des Mobs ins Spiel gebracht hatte. Ist das momentan ein zutreffendes Bild der gesellschaftlichen Entwicklung oder wird hier möglicherweise der Staat in einer Weise dargestellt, die das Wechselspiel zwischen der herrschenden Politik und den Ereignissen an der Basis der Gesellschaft übersieht? Ich habe das Gefühl, daß das letztere bei Pohrt nicht mehr reflektiert wird.

"Stoppt den Mob!" - was ist das? Man kann es verstehen als eine Orientierung auf den Staat, man kann es natürlich auch verstehen als eine Denunziation des Staates, der ja, wie Figura zeigt, nichts weniger tut, als etwa so zu funktionieren, wie Pohrt es von ihm verlangt. Das, was er zu tun hätte, nämlich diese Leute zu schützen, tut er gerade nicht.

Genau wie Pohrt über die USA sagt, daß sie die Kurden schützen müßten - sie schützen sie ja nicht ... Aber wieso hat man diese Erwartung oder diese Hoffung?

Weil der Staat USA der einzige wäre, der die Macht hätte, sie zu schützen. Die Linke hat dazu nicht den Willen und ganz bestimmt nicht die Macht. Wer sagt, ein bestimmter Staat wäre verpflichtet, diese Macht zum Schutz von Asylbewerbern oder Kurden anzuwenden, stellt zugleich die Frage, warum er das nicht tut. Aber hier kommen wir in einen ganz komplizierten Bereich: Wie lese ich einen solchen Text? Als Ratschlag, als Gebrauchsanweisung, als Konfirmierung dessen, was der Leser sich irgendwie auch schon gedacht hat?

Auf der Ebene der realen Politik wird die Situation jedenfalls nicht dadurch verbessert, daß man erklärt, der Staat sei die Instanz, auf die man hofft.

Der Staat tut einen Teufel. Herr Schäuble hat 500 zusätzliche Grenzschützer nach Görlitz verlegt. Damit diese Leute gar nicht erst in das Land hineinkommen, wo sie im nächsten sächsischen Kaff verprügelt werden können, machen die das jetzt an der Grenze. Und wenn das ein paar Jahre so weitergeht, werden noch viele tote Russen die Oder herunterfließen, nachdem sie in Maschinengewehr-Feuer hineingelaufen sind.

Zum Abschluß: Gibt es hierzulande eigentlich noch eine Linke?

Als organisatorisch und programmatisch greifbare Formation gibt es "die Linke" nicht mehr - allenfalls eine "deutsche Linke", die mehr Wert auf das Adjektiv als auf das Substantiv legt und mich deshalb nicht interessiert. Natürlich gibt es linke Individuen und kleinere Zirkel. Und natürlich viele Formen alter und neuer Opposition. In kleinen Bereichen auch Rebellentum. Vielleicht kommen ein paar Neue hinzu. Vielleicht begreifen erst jetzt ein paar Leute, was der Wegfall des dem imperialistischen Lager Paroli bietenden Systems auch für sie bedeutet. Für Leute, die die schärfsten Gegner dieser Ordnung waren oder zu sein glaubten und nun merken, daß diese Ordnung auch ein Schutz für sie war, ein ökonomischer, ein politischer, auch ein psychischer. Damit meine ich, daß sie nicht das Gefühl haben mußten, die Ordnung, in der sie hier leben, sei das Ende der Welt. Auch wenn sie in der anderen Ordnung nicht leben wollten, wußten sie, es gibt da ein paar Kilometer weiter etwas, wo die hiesigen Herren nichts zu sagen haben. Was dieses Gefühl für die sozialpsychologische Verfassung der Massen bedeutet hat, wird sich vielleicht erst später zeigen. Zur Zeit hat man das Gefühl, daß sich da und dort in der Gesellschaft etwas tut, was sich politisch noch nicht beschreiben läßt. Wo immer man hinkommt - die Leute sind furchtbar durch den Wind, haben, nach dem Sieg der Demokratie und dem Ausbruch des internationalen Völkerfrühlings mehr Angst als zuvor.

Wir danken Dir für das Gespräch.

30. Auf ins Offene? - Achtung Sackgasse! Diskussionsbeitrag des AK (Drinnen und) Draußen Celle

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:15

Die Vielzahl an Wende-Papieren, mit denen sich die radikale Linke in der BRD seit Monaten auseinanderzusetzen hat, wurde Anfang des Jahres um einen "Beitrag zur Debatte mit den Gefangenen und der RAF" ergänzt. "Auf ins Offene!" (1) von H. C. fand eine relativ große Verbreitung. Als Resonanz hat dieser Text bisher Kritik-Papiere aus Hamburg und Berlin hervorgerufen. Öffentliche Zustimmung fand Hanna Cash zwar kaum; gleichwohl dürften ihre Positionen im aktuellen Klima eines neuen Revisionismus auf offene Ohren stoßen. Wir halten es deshalb für erforderlich, die bisher vorgetragene Kritik um einige Aspekte zu ergänzen.

Auch wenn sie es bestreitet, Grundlage ihres Beitrags ist die Aufgabe einer revolutionären Perspektive! Festzumachen ist dies einerseits an den Begründungen für ihre Forderung, die RAF solle ihre "Hinrichtungsaktionen" aussetzen, andererseits an dem von ihr vorgeschlagenen Wertekatalog für eine Neuorientierung der Linken, der zurückfällt auf die Ideologie der bürgerlichen Revolution.

Hanna Cash im Schnelldurchlauf

H. C. erörtert in ihrem Beitrag Bedingungen und Mittel für die Erreichung des Ziels "Zusammenlegung der politischen Gefangenen!" Ausgehend von der Prämisse, die Haftbedingungen wären abhängig von "Legitimationsmöglichkeiten staatlichen Handelns", fordert H. C.: "die RAF setzt ihre Hinrichtungsaktionen zumindest vorläufig aus und gibt das öffentlich als eine politische Erklärung bekannt. Damit würden dem Staatsschutz Legitimationsmöglichkeiten für seinen Terror gegenüber (einzelnen) Gefangenen genommen." Die Einstellung der Aktionen sei auch deshalb kein besonderer Verlust bzw. nötig, da sie "schon lange nicht mehr politisch zu vermitteln" seien. Die fortgesetzten "Hinrichtungsaktionen" könnten revolutionärer Politik keine Perspektive und Orientierung geben.

Cash bemüht sich im folgenden, ihren Vorschlag von der Strategie der "Lochte-Linie" und dem sogenannten "Verhandlungsangebot der Bundesregierung" abzugrenzen. Denn beide setzen in ähnlicher Weise die Haftbedingungen in ein Verhältnis zu den Aktionen der RAF. Hoffe mensch auf Lochte, so ihre Kritik, würde alles dem Staatsschutz überlassen. Die Bundesregierung verlange "Kapitulation", was - so H. C. - eine "Demoralisierung für alle Menschen bedeute(n), die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben." Mit ihrem Vorschlag dagegen würden wir "die politische Initiative auch in einer Situation der Niederlage ... behalten."

Der Schutz für die Gefangenen müsse dann "von einem Großteil der ‚sozialen` Gefangenen und von uns draußen politisch durchgesetzt ... werden." Wie das gehen soll, umreißt H. C. in einem mit "Perspektiven" überschriebenen Schlußkapitel. Für zentral erachtet sie die thematische Trennung des Kampfes um Freilassung und bessere Haftbedingungen von einer Neubestimmung der Politik der RAF. Dies sei nötig, um "Konfusionen" in der Bündnisarbeit zu vermeiden: "Die Frage der Haftbedingungen muß endlich von uns einen eigenständigen politischen Stellenwert unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla zugestanden bekommen." Die "Menschenrechte" müßten in den Mittelpunkt der Argumentation gerückt werden. Dies sei überhaupt "in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik". Schlüsselbegriff für einen linken "Normenkatalog" soll "die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen" werden.

Diese Argumentation ist nicht neu. Sie ist uns während des letzten Hungerstreiks begegnet und wir waren bereit, mit den Kräften zusammenzuarbeiten, die diesen Standpunkt vertreten. Wir sollten die dahinterstehende Verzweiflung über die Lage der Gefangenen ernst nehmen, also die Menschen ernstnehmen - und ihnen unsere Sicht der Dinge entgegnen.

Die demokratischen Traumtänzereien von Hanna Cash

Schon mit ihrer Prämisse sitzt H. C. einem durch und durch bürgerlichen Politikversprechen auf: Staatliches Handeln brauche Legitimation. Das mag gestimmt haben, solange die bürgerliche Gesellschaft ihre

Interessenkonflikte tatsächlich oder vermeintlich noch "politisch" regelte, also vielleicht bis 1914. Aber seitdem? Legitimation im Sinne H.C. wird beliebig geschaffen, ist nicht mehr Voraussetzung, sondern Begleitmusik staatlichen Handelns. Im Kern reduziert sich Legitimation inzwischen auf das staatliche Gewaltmonopol.

Ein Kräfteverhältnis, das für die Durchsetzung dieser oder jener Forderung günstig oder ungünstig ist, stellt sich gleichfalls nicht über öffentliche Meinung her, also im Streit der Argumente oder im Gemenge der Emotionen. In Fragen, die uns interessieren, bestimmt sich das Kräfteverhältnis als Stand der Entwicklung der Klassenkämpfe (im umfassenden Sinn als antikapitalistisch, antipatriarchalisch und antirassistisch). Als solches ist es in der Tat gewichtig für den staatlichen Umgang mit politischen Gefangenen. D.h.: Eine interventionsfähige revolutionäre Linke, die sich nicht abstrakt über das Menschenrecht zu den Gefangenen verhält, sondern in ihnen die eingekerkerten GenossInnen sieht, wäre der beste Schutz für die Gefangenen.

Der Stand der Klassenkämpfe aber kann uns in der Tat nicht froh stimmen. Die radikale Linke in der BRD bewegt sich zu Beginn der 90er Jahre am Rande der Bedeutungslosigkeit. Gesellschaftliche Verankerung oder soziale Verwurzelung ist praktisch nicht vorhanden. Es fehlt fast jeder Ansatz von Gegenmacht. In der Tat eine Situation, in der die Zusammenlegung oder gar Freilassung der Gefangenen nur als Staatsschutz-Strategie oder Gnadenakt möglich scheint. (Eine Situation, in der an den Gefangenen Exempel statuiert werden, weil in ihrem Kampf um Zusammenlegung und Freiheit einer der wenigen Kristallisationspunkte für die Neuorientierung einer gesellschaftsverändernden Linken aufscheint.) Also: Freilassung gibt es vielleicht als Gnadenakt in Einzelfällen, Freiheit aber gibt es nur, wenn eine Linke in der BRD die Voraussetzungen dafür schafft, gesellschaftliche Gegenmacht entwickelt; wenn die Idee von "Befreiung/Emanzipation" nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet, sondern von uns auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Zu Bedingungen und Aufgaben der Linken

Zugegeben: Aktuell deutet kaum etwas darauf hin, daß wir in diesem Jahrhundert in der BRD dahin kommen. Aber die Bedingungen, die für das Kräfteverhältnis konstituierend sind, verändern sich: Die Modernisierungsphase des Kapitals hat ihre Kehrseite nicht nur in Verarmungsprozessen für Teile der Bevölkerungen (und dem fortwährenden Sterben im Trikont). Sie mündet gleichzeitig in einer "Sinnkrise" der bürgerlichen Gesellschaft: Die Gestaltung ihrer Lebenswelt, also was Politik im Kern ausmacht, sehen Menschen wahrnehmbar zu reiner Verwaltung verkommen. Der Konsens von Herrschenden und Beherrschten trägt noch, aber der dünne ideologische Faden, der Gesellschaft und Staat zusammenhält, ist enormen Belastungen ausgesetzt. Es zeichnet sich ein Vakuum sozialer und politischer Ideen ab, das eine revolutionäre Linke durch neue Zielbestimmungen (auch als identitätsstiftende Kraft) füllen müßte. Was Brückner (hier nur stellvertretend für andere zitiert) 1972 als geschichtliche Aufgabe so einforderte, hat durch das Auf und Ab diverser sozialer Bewegungen ja nichts an Gültigkeit verloren: "Wenn eine soziale Ordnung, die wir als Bedingung unseres Lebens vorfinden, Überleben und geschichtliche Errungenschaften nicht mehr sichert, sondern in eine Bedrohung des Überlebens wie der Errungenschaften verkehrt, wenn Leben, Denken, Hoffen, Lieben ... gleichsam mürrisch in ihrer Haut werden und ihre Lebenstätigkeit sich zu vielen entfremdet, dann bilden sich großflächig gesellschaftliche Bewegungen, Unruhezustände aus, deren Potential dem Sog der Regression entrissen und planvoll in Richtung auf die nun geschichtsangemessene, emanzipatorische Zukunft gewendet werden muß."

In diesen emanzipativen Zusammenhang, der sozialem Sinn und Politik von unten zum Durchbruch verhelfen will, ist auch das Zusammenlegungsprojekt der Gefangenen integriert. Karl-Heinz Dellwo hat den Kern der Zusammenlegung so bestimmt: "... uns den gesellschaftlichen raum zu schaffen, den wir für die weiterentwicklung unseres aufbruchs brauchen. gegen dieses system ohne lebenssinn gibt es nur da hoffnung, wo wir von unseren bestimmungen aus den totalitätsanspruch des kapitals durchbrechen."

Also: Wer den Kampf der Gefangenen um Zusammenlegung und Freiheit aus seinem emanzipativen Kontext löst, kann zwar die Frage des Kräfteverhältnisses auf ein Problem der öffentlichen Meinung reduzieren; als Bestandteil des Kampfes um Befreiung aber ist die Durchsetzung dieser Forderungen eben abhängig von der Stärke des Lagers der Emanzipation. Das Kräfteverhältnis in diesem Sinne verbessern, heißt die oben skizzierten Aufgaben in Angriff nehmen.

Hanna Cashs Staat und seine pawlowschen Reflexe

Pragmatisch versucht H. C. die "Aktionen der RAF" auch unter dem Gesichtspunkt des direkten Schadens oder Nutzens für die Gefangenen zu diskutieren. Bewaffnete Aktion fordere den Staat aufs Schärfste heraus und setze die Gefangenen seinen Racheaktionen aus. Auch deshalb soll die RAF ihre Attentatspolitik beenden.

H. C. sitzt dabei ganz offensichtlich zwei Illusionen auf. Zum einen: Die Politik der RAF bestimmt sich nicht von der Situation der Gefangenen her. Natürlich bezieht sich Guerilla auf ihre Gefangenen, aber diese Frage darf nicht im Zentrum ihrer Politik stehen. Es gibt keine Befreit die Guerilla-Guerilla. Zum andern: H.C. begreift als quasi Reiz-Reaktions- Mechanismus, was im Kern Klassenkampf ist. Sie verschleiert, daß Staat auch losgelöst von Legitimation präventive Strategien ausübt. Daß sich der Apparat mit Hilfe einer willfährigen Presse jederzeit die nötige Legitimation beschaffen kann, ist in der durch die Bundesanwaltschaft gesteuerte Medienkampagne in den letzten Monaten deutlich genug geworden.

Die Hoffnung, daß sich die Situation der Gefangenen - für den Fall der Aussetzung der Aktionen der RAF - gravierend verbessert, ist trügerisch. Klar: Primäres Ziel des Apparats ist, über die Gefangenen den bewaffneten Kampf weg kriegen. Als Geiseln sollen ihm die Gefangenen zur Demonstration der These dienen: Der Kampf der Kräfte der Emanzipation ist sinnlos, Widerstand unmöglich. Deshalb sein Interesse, die Gefangenen kleinzukriegen und über die Isolation in die Unterwerfung, das Abschwören zu zwingen. Gegenüber den Gefangenen ist diese Strategie gescheitert. Wenn dennoch der Versuch nicht abgebrochen wird, so vor allem deshalb, weil er offenbar draußen Wirkung zeigt. Das ist die präventive Wirkung der Isolationshaft. Daß uns draußen also beim Gedanken an Knast die Angst in die Knochen fährt, das ist der z.Zt. aus staatlicher Sicht nützlichste Aspekt des "Geiselstatus".

Unterm Strich ist H. C. eingeforderte "politische Initiative" nichts anderes als die vom Staat gewollte Kapitulation. Auch sie will über die Gefangenen den bewaffneten Kampf wegbekommen. Ihre Hoffnung ist, daß Aufgabe und Rückkehr in die Scheinwelt bürgerlichen Humanismus' vom Staat honoriert werden könnte.

Hannas Reise in die Vergangenheit

Es geht nicht nur um Taktik, wenn H. C. fordert, die Frage der Haftbedingungen von der Diskussion um die Neubestimmung revolutionärer Politik zu trennen. Die Frage der Haftbedingungen soll einen "eigenständigen politischen Stellenwert - unabhängig von der jeweiligen Politik der Guerilla" zugestanden bekommen. Mit der "Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen ... würden sich viele und ganz neue Bündnisfelder erschließen."

In der Konsequenz bedeutet dies, die Gefangenen zu dem zu machen, was auch der Apparat permanent und vergeblich versucht, zu Objekten. Ihre Situation aber ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der revolutionären Front. Wer das auflösen will, betreibt die Isolation der Gefangenen.

Der von H. C. aufgeworfene Werte-Katalog führt nicht "ins Offene", sondern ist eine Reise in die Vergangenheit. Es sind die auf dem Boden des Kapitalismus nicht-realisierbaren Werte der bürgerlichen Revolution. Mit einer solchen perspektivlosen alternativen Verfassungsdiskussion ist uns nicht gedient. Agnoli hat sehr richtig geschrieben, daß Ziel der Emanzipation sei "die Garantie der Abschaffung der Herrschaft (und nicht bloß die Verteidigung der Menschenrechte, die Herrschaft voraussetzt)."

H. C.s Schlüsselbegriff "Existenzrecht" ist aktuell nicht mehr als eine schöne Phrase. Der Imperialismus erklärt eine Mehrheit der Weltbevölkerung zu unnützen Essern, konkret: das Sterben von 40.000 Kindern täglich an Hunger und seinen Folgekrankheiten. Wer würde diesen Zustand nicht gern ohne Blutvergießen beenden, doch es ist evident, daß die Profiteure dieser (Un-)Ordnung nicht mit sich reden lassen.

Freiheit gibt es nur im Kampf um Befreiung

Die Neubestimmung revolutionärer Politik und die Neuformierung der revolutionären Linken geschieht - wenn überhaupt - nicht im luftleeren Raum. Dabei liegen die zentralen Schwierigkeiten weniger darin begründet, ob die RAF Aktionen macht oder nicht. Die bewußtlose Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu diesem Leben hier, was uns auf der andern Seite die Luft zum Atmen, sprich zur befreienden Theorie und Praxis zu nehmen scheint: Das ist eine Bedingung, die uns lähmt.

Daß auch die RAF diesen Konsens von Herrschenden und Beherrschten nicht aufgebrochen hat, ist offensichtlich und macht nach selbstgestellten Kriterien ihre Erfolglosigkeit aus. Deshalb steht natürlich auch die Politik der RAF zur Diskussion. Aber das ist doch auch für die Gefangenen und die Kommandos längst kein Tabu-Thema mehr. Nur diese Diskussion darf nicht isoliert die RAF auf dem Prüfstand stellen - sie macht nur Sinn unter Einschluß aller Bemühungen der vergangenen 20, 25 Jahre zu radikaler gesellschaftlicher Veränderung. Die Erfolglosigkeit unserer Bemühungen läßt sich nicht durch die Abwicklung des Projekts bewaffneter Metropolenguerilla verschleiern. Etliche politische Gefangene haben dies besser begriffen und formuliert, als es uns draußen offenbar möglich war. In ihrer Erklärung zum Abbruch des Hungerstreiks schrieb Eva Haule: "Wir machen nicht mehr weiter wie bisher: aus der totalen Vereinzelung und ohne Möglichkeit zur Kommunikation unter uns. Das ist eins. Das andere ist: die Notwendigkeit der politisch-inhaltlichen Diskussion mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und innerhalb des Spektrums des Widerstands ist im Verlauf des Hungerstreiks total deutlich geworden. Die Arbeit und Auseinandersetzung für die Grundlagen und konkreten politischen Inhalte einer wirklich verändernden Politik - das alles liegt als Herausforderung auf dem Tisch. ... Es gibt nichts anderes, als jetzt die Diskussion zu beginnen, dafür die Menschen/Gruppen zusammenzubringen, die eine grundsätzlich andere gesellschaftliche Realität wollen, sie mit ihren unterschiedlichen Vorstellungen respektieren und ernst nehmen; den ganzen Unsinn, der diese Diskussion blockiert, einfach mal liegenzulassen und über Inhalte zu sprechen - für die Entwicklung einer politischen Kraft, die in der Lage ist, sich, die menschlichen Ziele gegen diesen technokratisch-faschistischen Apparat durchzusetzen, den die kapitalistische Macht hier und in Westeuropa aufrichten will. Es gibt nichts anderes, denn die Fragen stellen sich zwingend überall: Wie können die Interessen der Menschen gegen diese Macht durchgesetzt werden? Wie ist das tatsächlich möglich zu erreichen, was als brennende Notwendigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen hier wie international spürbar ist? Wie sehen die Wege und Perspektiven aus? Zu Lösungen für diese Fragen zu kommen, kann nur das Ziel der Diskussion sein. Sie muß, und ich glaube, sie kann jetzt von allen solidarisch zusammen geführt werden, die sich darin einig sind. Jeder wird gebraucht mit seinem Wissen, Erfahrungen, Vorstellungen. Das ist und verlangt eine andere Haltung und Herangehensweise in den Auseinandersetzungen als bisher. Nicht Abgrenzungen, hohle Parolen, ideologische Modelle ... stehen im Zentrum, sondern die Menschen. Ihre Gedanken, ihre politische Aktion - allein daraus können Lösungen kommen." Der Beitrag der RAF in dieser Diskussion ist u.a. ihre Erfahrungen im und mit dem bewaffneten Kampf. Ihr Beitrag sei, so Eva Haule, bewiesen zu haben, daß es geht: "Die neu entstehende revolutionäre Bewegung kann aus dem Selbstbewußtsein kämpfen, daß sie immer alle Mittel hat (und braucht) für ihre Ziele. Daß das möglich ist, dafür hat unser Kampf in den ganzen Jahren mit die Grundlage geschaffen, und es ist jetzt immer ‚nur` die Entscheidung, wie und wann - also mit welchen präzisen Bestimmungen im und für den Umwälzungsprozeß die Mittel eingesetzt werden."

Unser Problem ist aktuell gleichwohl, daß wir zuwenig Mittel zur Hand haben. Aus dieser Problemlage heraus gewinnen die Aktionen der RAF eine die Diskussion derart bestimmende Dominanz. Bewaffneter Kampf kann sich aber nur im Kontext mit anderen emanzipatorischen Bemühungen erfolgreich entwickeln. Zentral geht es darum, den gesellschaftlichen Raum für die Weiterentwicklung des Aufbruchs zu schaffen. D.h. auch, die Suche und Entwicklung neuer Lebens-, Arbeits- und Kampfformen wieder aufzunehmen und voranzutreiben. Dabei, ganz klar, darf es nicht um Emigrationsnischen gegen die innere Kolonisation gehen (Subjektivismus). Neue Subjektivität: das wäre der "im kollektiven Zusammenhang sich entwickelnde Prozeß der Aufhebung der Entfremdung im Kampf" (Sigurd Debus). Sigurd Debus hat den privilegierten und einzigen Ort hierfür in der Guerilla gesehen. Der Prozeß kann dort (muß aber nicht, wie die DDR-AussteigerInnen zeigen) eine Beschleunigung erfahren. Und es war vielleicht in den 70er Jahren die einzige Möglichkeit. Leben gegen den Dreck allerdings weiterhin im Spannungsfeld legal/illegal zu polarisieren, scheint fragwürdig. Jeder emanzipative Kampf gegen Herrschaft wird von dieser, wo er nicht aufgesogen werden kann, illegalisiert. Und: Antizipation muß mehr umfassen als ein Aufscheinen der Machtfrage. Engels beschrieb Revolution als kollektiven Lernprozeß unter beschleunigten Bedingungen, an dessen Ende die Machtfrage gestellt werden könne. An den Bedingungen zu arbeiten und den kollektiven Lernprozeß zu organisieren, ist mithin zentrale Aufgabe. D.h.: Antizipation befreiter Formen zwischenmenschlichen Verkehrs. Karl-Heinz Dellwo: "der vorgriff des aufhebungszustandes ist der nach tauschwertfreien verhältnissen und zonen." Oder Johannes Agnoli: "Neue Perspektiven ergeben sich aus Prozessen und Erfahrungen, die zuweilen nicht ohne Härte sind und die sich nur im Kampf gegen die Formen praktisch entwickeln, die es zu überwinden und zu stürzen gilt." In diesem Zusammenhang ist vielleicht der Verweis auf die soziale Qualität "befreiter Gebiete" hilfreich, wie sie die Frankfurter LUPUS-Gruppe mal mit Blick auf Lateinamerika beschrieben hat: "Sie sind der lebendige

Beweis einer Gegengesellschaft, in der die Menschen bereits heute - in Ansätzen - das leben und verwirklichen, was morgen erst gesellschaftlich erkämpft werden kann. (...) Die Existenz solcher Orte der Gegenmacht, die Erfahrung und Gewißheit, daß es möglich ist, selbstbestimmt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu leben, sind viel explosiver als jede Bombe, viel überzeugender als die vielen, leeren Absichtserklärungen auf die Frage: Wofür kämpft ihr?" Sympathie für und Hoffnung in das Andere würden sich in einem langwierigen, alltäglichen Kampf ergeben. Und auf die BRD bezogen argumentieren die GenossInnen weiter: "Hier ist und wird es nicht anders sein: auch hier sitzt die Angst vor ‚Anarchie und Chaos` tiefer, als die Angst vor einem ungelebten, versargten Leben. Jede revolutionäre Bewegung hier wird sich das Vertrauen selbst schaffen müssen. Und da es auf absehbare Zeit in der BRD keine exterritorialen, ‚befreiten` Gebiete geben wird, müssen andere Wege gefunden werden, die Keime einer neuen Gesellschaft sichtbar zu machen. Die Strukturen dieser Gegenmacht werden jedenfalls innerhalb dieser Gesellschaft liegen, ein ‚außerhalb` wird es in der allseitig-erschlossenen BRD nicht geben. Umso wichtiger wird hier die Waffe des eigenen Beispiels sein, umso entscheidender wird es sein, Strukturen von Gegenmacht innerhalb und über soziale Bewegungen hinaus dauerhaft zu entwickeln." Nach einer kurzen Analyse, die eine Totalität des Warenverhältnisses behauptet, werden sie etwas genauer: "Ein Befreiungskampf also, der sich auf die ökonomische und militärische Gewalt fixiert, verharrt und beharrt auf eine historische Entwicklung, die das Kapital in den Metropolen längst qualitativ überschritten hat. Ein Befreiungskampf hier würde in einem viel stärkeren Maße bedeuten, die soziale Identität, Kultur und Lebensräume und -zusammenhänge zurückzuerobern bzw. neu zu entwickeln." Das wäre vielleicht der Boden, auf dem sich radikale Bedürfnisse entwickeln, die dann Antriebskraft für gesellschaftliche Transformation werden.

Wenn dies alles wenig konkret, wenig faßbar erscheint, so deshalb, weil es eben nicht oder kaum Bestandteil unserer Kämpfe, unseres Alltags ist.

AK (Drinnen und) Draußen Celle

(1) Abgedruckt in ak 329 vom 8.4.1991

31. Den Michel hänseln. Anmerkungen zu Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit

Rubrik: Nationalismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:09

Die Wiedervereinigung hat die deutsche Rechte auf mehreren Ebenen berührt: Das "Nationale" prägt wieder stärker das Selbstverständnis der Republik. Organisatorisch stagniert die Rechte, seitdem die REP bei Wahlen eingebrochen sind, und auf der Militanz-Ebene häufen sich die neonazistischen Übergriffe in den neuen Bundesländern.

Diese Verschiebungen lassen nach einer Prognose für faschistische Bewegungen in der BRD fragen. Wolfgang Pohrt begutachtete sie im Februar 1990: Ein wiedervereinigtes Deutschland ist im Stande, die irrationalen Prozesse der beiden deutschen Reiche zu wiederholen.

Die Prophezeiungen über die Deutschen wurden ihrem Realitätsgehalt entsprechend aufgenommen: die Stirnen legten sich in Sorgenfalten, aber die Achseln zuckten. Die Warnung gründete auf Spekulation. Um sie überzeugender vorbringen zu können, legte Pohrt jetzt eine sozialwissenschaftliche Studie vor: Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit, Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990, Hamburg 1991, 317 Seiten, 34,-DM, Vorabdruck in "Konkret" 5/90 bis 4/91.

Aufgangspunkt ist "The Authoritarian Personality" (AP) (1), die berühmte Untersuchung von Adorno und anderen über den autoritätsgebundenen Charakter in den USA. Pohrt liefert einen politischen Lagebericht, interviewt drei Kandidaten rechtsextremer Parteien, und er entwickelt parallel zur Faschismus-Skala der AP eine Liste mit Behauptungen, die von Testpersonen bewertet wird: Die Michel-Skala. Am Michel wird ein Syndrom entdeckt, das Wahnsystem, in einer feindlichen Umwelt zu leben. Die Befragungsergebnisse werden präsentiert mit der Interpretation von Skalen, die einmal auf die extremen Meinungen und zum anderen auf den allgemeinen Konsens abgestellt sind. Abschließend werden Schlußfolgerungen über die Wahrnehmung und Bearbeitung von Realität gezogen.

Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit

Für Pohrt ist die AP Maß und Stütze. Bei diesem Vorbild hinterfragt er nicht das Konzept einer Bewußtseinsmessung (2), problematisiert nicht das methodische Vorgehen (3), und auch die Selbstkritik Adornos (4) läßt ihn nicht nachdenklich werden: Wenn so etwas Komplexes wie Alltagsbewußtsein in Zahlen gefaßt werden soll, spielen noch ganz andere Dimensionen des Denkens und Verhaltens einer Person als die gewünschte Dimension (Faschismusanfälligkeit) in die Befragung hinein. Unbeabsichtigt kann mit dem Sprachstil die Bildung der Befragten gemessen werden oder die Befragungssituation schafft erst Zusammenhänge, die von den Wissenschaftlern für die pure Realität gehalten werden. (5)

Die Skalierung muß das soziale Bewußtsein einerseits vollständig erfassen, andererseits präzise Ergebnisse liefern. Pohrt überspielt dieses Dilemma ("Die einzige Alternative dazu ist, daß man es gleich bleiben läßt." (S.229 - alle weiteren Zitate, wenn nicht anders vermerkt, aus dem besprochenen Buch)). Er kümmert sich nicht darum, wie die quantitative Erfassung selbst die Einstellungen einschränkt und verändert. Wenn er diese grundsätzlichen Schwierigkeiten schon ignoriert, hätte er wenigstens den Standard der AP oder späterer Untersuchungen anstreben müssen, solche Verzerrungen zu mildern.

Zur Repräsentativität der Authoritarian Personality merkte Ludwig von Friedeburg an, die Ergebnisse seien gültig gewesen für "die weiße, in den USA geborene und in den Großstädten der Westküste lebende Mittelschicht" (6). Für seine Stichprobe entwirft Pohrt kein Auswahlverfahren; er befragte "wer erreichbar und willig war". (S.169) Mit Hilfe dieses Versäumnisses suggeriert er nach eigenem Gutdünken, wie repräsentativ seine Resultate sind. Er hält nicht viel davon, seine methodischen Entscheidungen zu dokumentieren oder Fehlerquellen anzugeben. Bei der Pohrtschen Amateurversion von Sozialforschung bleibt offen, zu welchen Aussagen die Daten berechtigen. Er handhabt das Problem mit einem Wechselspiel von Pauschalurteilen und Offenbarungseiden wie beispielsweise: "Die Untersuchung wird daher über weite Strecken wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht." (S.27)

Das vorausgesetzte Ziel

Wie bei der methodischen, so kann Pohrt bei der inhaltlichen Konzeption nicht angegeben, was sich in der Sozialforschung seit dem Erscheinen seines Vorbildes, der AP, entwickelt hat und wie sie heute bewertet wird (7). Er grenzt seine Studie von der AP ab anhand der verschiedenen Perspektiven. Während es damals etwas Bekanntes zu identifizieren galt, hat er heute ein Suchbild zu entwerfen. So unvoreingenommen fahndet Pohrt aber nicht: Unentwegt paßt er die Realität in Gegensatzpaare ein wie genußfähig/lustfeindlich oder eigenständig/autoritär. Das Forschungsziel entpuppt sich als Voraussetzung. Offensichtlich war das potentiell Faschistische den Deutschen immer schon eigen: "Anders als in der Authoritarian Personality wird in dieser Studie ein Nationalcharakter unterstellt, und zwar als Worst-Case-Hypothese." (S.148)

Indem Pohrt von einem Nationalcharakter ausgeht, lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Eigenheiten einer Nation, statt auf eine gesellschaftliche Konstellation innerhalb dieser Nation. Damit bastelt er ein Gesamtsubjekt "die Deutschen", das bei seinen Aktionen losgelöst zu sein scheint von den sozialen Prozessen in diesem Deutschland. Zum einen rührt er damit sämtliche Gruppen und Klassen zu einer deutschen Masse zusammen, als ob eine faschistische Bewegung ohne die soziale Herkunft ihrer Mitglieder, ohne ihre Bündnisse oder ohne den Inhalt ihrer Herrschaft verstanden werden kann. Zum anderen kann er am deutschen Faschismus bestenfalls das Deutsche, aber nicht mehr das Faschistische ausmachen, während der Rassismus einen gesamteuropäischen Aufschwung erlebt und im Europäischen Parlament die rechtsextremen Parteien zusammenarbeiten.

Pohrts Hantieren mit seine "Worst- Case-Hypothese" läßt alle Annahmen unterhalb des politischen Super-Gaus als belanglos erscheinen, und sie werden mit Nicht-Behandlung gestraft.

Pohrts gesamter Ansatz beschränkt sich auf die Frage nach subjektiven Befindlichkeiten: "Die Frage war also, ob das Bewußtsein schon existiert, welches gegen den Faschismus als großen Problemlöser wenig einzuwenden hätte, immer vorausgesetzt selbstverständlich, daß es dafür die politischen Voraussetzungen und die ökonomischen Gründe gibt." (S.19) Mit einer solchen Fragestellung wird gleich reichlich Antwort geboten. Thema ist das faschistische Bewußtsein (wird synonym mit Empfinden und Gemüt gebraucht), das offensichtlich unabhängig vom Faschismus existieren und agieren kann. Der Faschismus braucht nicht mehr als politischer Lösungsversuch sozialer Kräfte gefaßt werden. Natürlich bleiben "Gründe" und "Voraussetzungen" vorausgesetzt, d.h. alle möglichen Details aus Wirtschaft und Politik können beliebig in die Argumentation ein- oder ausgeschaltet werden.

Nachdem der Faschismus so als "Gemütsbewegung" eingeführt ist, wertet Pohrt die Umfragedaten "teilweise spekulativ" (S.270) aus. Da er die faschistischen Tendenzen nicht in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verorten kann, spricht er Verdächtigungen in alle Richtungen aus: Der Faschist scheint neben, über und in uns zu lauern. Pohrt rationalisiert seine Unfähigkeit mit der Feststellung, es mache gerade des Deutschen "Unberechenbarkeit und Gefährlichkeit ... aus, daß er ein klares, in sich stimmiges Bild von sich und seinen Wünschen besitzt." (S.127) Jede Gegentendenz wird Pohrt zum Indiz, jeder Vorbehalt erscheint ihm als Hinterhalt, jede Einzelheit wird vereinnahmt in sein Verfolgungsszenario.

Einmal geißelt Pohrt die Unfähigkeit der Deutschen zur Moral, um Seiten später die mörderische Effizienz der Wehrmachtssoldaten aus ihrem Moralismus abzuleiten. Der deutsche amoralische Moralist, er hat kein stimmiges Bild von sich.

Was folgt?

Welche Prognose folgt aus dem ermittelten "Wahnsystem", welche Chancen sind einer faschistischen Massenbewegung einzuräumen? Nach Pohrt kann sich das Kollektivbewußtsein der BRD leicht mit einer solchen Bewegung arrangieren, und dem Rechtsradikalismus fehlen nur noch "zwei Dinge, ein Feind und ein Führer" (S.271). Diese dramatische Aussage nimmt Pohrt so bedenkenlos wieder zurück, wie er sie ausspricht. Dann erscheint ihm seine Studie wie ein Abschiedsfoto aus einer guten alten Zeit, und über die künftigen Entwicklungen, das Ziel seiner Bemühungen, schweigt er sich aus. Warum kann er nicht zu seiner Interpretation des Nationalcharakters stehen, wenn er sie doch aus den "tieferen Bewußtseinsschichten" (Klappentext) folgerte? Wer allgemeine Aussagen über eine "seelische Grundhaltung - Identifikationsunfähigkeit und Lieblosigkeit" (S.149) macht, der kann nicht beliebig Vorhersagen aufstellen und widerrufen. So demaskieren sich die "tieferen Schichten" als oberflächliche Vermutungen.

Lesbar ist dieses Buch in einzelnen Beschreibungen, bei Miniaturen von Zuständen in Deutschland. Dann gelingen Pohrt Pointen, er kann den Michel hänseln. Nur sollte er nicht seine Sehschärfe mit einem Röntgenblick verwechseln, und nicht mit Zahlen versuchen, was nur in Worten auszudrücken ist. Eine aussagefähige Gesellschaftsanalyse hat er gescheut, er ist wieder am Ausgangspunkt, bei seinem Polemikerdasein: Als kritischer Kritiker nimmt er stets eine üble Seite der Gesellschaft ins Visier. Diese Einseitigkeit gestattet ihm einen Standpunkt der Exklusivität, auf daß er bei der nächsten Attacke einer anderen gesellschaftlichen Seite übel mitspielt. So reproduziert Pohrt selbst seine Witze und Feinde; sein Themenvorrat wächst schneller, als er mit Vorwürfen nachkommen kann.

Ch./Berlin

Anmerkungen:

1) Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a.M. 1973

2) Siehe: Hartwig Berger: Untersuchungsmethode und soziale Wirklichkeit. Eine Kritik an Interview und Einstellungsmessung in der Sozialforschung. Frankfurt a.M. 1974

3) Siehe: Erich H. Witte: Die Autoritarismus-Skala: eine Skala? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 24, Heft 3, S.523- 532, Wiesbaden 1972

Ursula Jaerisch: Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie. Frankfurt a.M. 1975

4) Theodor W. Adorno: Soziologische Schriften I, Frankfurt a.M. 1979, S.542

5) Jürgen Kriz: Methodenkritik empirischer Sozialforschung. Eine Problemanalyse sozialwissenschaftlicher Forschungspraxis, Stuttgart 1981

6) AP, S.XI

7) Christel Hopf: Zur Aktualität der Untersuchungen zur "autoritären Persönlichkeit", Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungspsychologie, 7. Jg. 3/1987

Ali Wacker: Zur Aktualität und Relevanz klassischer psychologischer Faschismustheorien. Ein Diskussionsbeitrag. In: Paul, G./Schossig, B. (Hrsg.): Jugend und Neofaschismus. Provokation und Identifikation? Frankfurt 1979

32. Franz Jung: Nach Rußland! Schriften zur russischen Revolution (Buchbesprechung)

Rubrik: Geschichte der Kommunisten; Sowjetunion und Nachfolgestaaten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:01

Wie immer auf der Höhe der Zeit empfiehlt der ak, pünktlich zum Ende der alten UdSSR, den geneigten LeserInnen ein Buch zur Lektüre, das sich positiv, ja werbend für die Sowjetunion einsetzt: Artikel, Broschüren und Bücher von Franz Jung - geschrieben zwischen 1920 und 1924 - sind im Frühjahr dieses Jahres von der Edition Nautilus in einem Band veröffentlicht worden.

Jung hielt sich in diesen Jahren als politischer Delegierter der III. Internationale in der jungen Sowjetunion auf. Er beobachtete den wirtschaftlichen Aufbau und den gesellschaftlichen Umbruch in Rußland; als Wirtschaftsfachmann und Organisator der Internationalen Arbeiterhilfe von Münzenberg hatte er umfassende Einblicke in die unterschiedlichsten Industriesektoren und die verschiedensten Lebensbereiche der Menschen. Sei es der Versuch, eine Fabrik zu reorganisieren, die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes kritisch zu hinterfragen, Jung verfolgt die Entwicklung mit einem gewissen Enthusiasmus, ohne dabei in eine vorbehaltlose Glorifizierung der Verhältnisse zu verfallen.

Sicherlich erscheint es auf den ersten Blick merkwürdig, zum jetzigen Zeitpunkt ein Buch vorzustellen, das sich mit der Frühphase der UdSSR beschäftigt; aber wo vielfach gerade innerhalb der Linken die Stimmen laut werden, sich mit der Geschichte der SU erneut und vor allem kritisch zu befassen, ist es mehr als lohnenswert, sich mit zeitgenössischen, solidarischen, aber dennoch kritischen Publikationen zur Aufbauphase der SU auseinanderzusetzen. Denn vieles, was heute als systemnotwendige Fehler erscheinen, war in den ersten Jahren der UdSSR Gegenstand lebhafter Debatten und Auseinandersetzungen. Auch davon zeugt das Werk von Franz Jung.

An diesem Buch sollte niemand vorbeigehen, der sich intensiv und von unterschiedlichen Standpunkten her mit der Sowjetunion und ihrer Geschichte auseinandersetzen will.

as

Franz Jung: Nach Russland!

Schriften zur russischen Revolution

Hamburg 1991 Edition Nautilus

Gebunden ca. 68 DM; Franz. Broschur ca. 54 DM

33. "Pretty woman" und die Logik des Antisemitismus

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:20

Mann trifft Frau, reich trifft arm. Kennenlernen, Mißverstehen, Versöhnung - Liebe, Heirat, großes Glück. Nach diesem Muster sind unzählige Filme gestrickt - auch die Hollywoodproduktion "Pretty Woman", Kino-Hit 1990 und anhaltender Renner in den Videotheken. Und doch gibt es Gründe, die Tiefenstruktur dieses Filmes genauer zu beobachten: sie gleicht der Struktur des modernen Antisemitismus.

I.

Vivian ist Prostituierte. Der Straßenstrich am Hollywood Boulevard wirkt witzig, aber ihr fehlt Kohle zur Miete, und manche Männer sind widerlich. Als der reiche Edward im Lotus angefahren kommt und nach einer edlen Adresse fragt, beginnt die Verwirklichung ihres Traums. Der ist: von einem Ritter auf weißem Schimmel erlöst zu werden.

Vivian ist "Pretty woman". "Pretty" meint "hübsch" und "nett" zugleich - Vivian verkörpert unmittelbaren Charme und natürliche Schönheit. Ihr schlüpfriger Straßenslang ist nur äußerlich: Der schreiende Gegensatz zu steril-gedämpften Umgangsformen der Reichen liefert Stoff für Komik.

Edward ist Finanzspekulant und ganz oben, aber irgendetwas stimmt nicht. Das riesige, elegante Penthouse kann er nicht genießen, ihm wird dabei schwindelig. Er ist gefangen in seiner abstrakten Arbeit. Als er zufällig Vivian aufgabelt, beginnt seine Fahrt ins Glück. Ihre Natürlichkeit erlöst ihn. Er kauft sie zunächst für eine Nacht, eine Woche. Als sie ablehnt, seine Geliebte mit Appartement und Scheckkarte zu werden, ringt er sich endlich zur Ehe durch (1) und rast im weißen Straßenkreuzer zum Happy End.

Stuckey ist widerlich. Sind Vivian und Edward schlank, groß, aufrecht, ist er dicklich, klein, und meist etwas gebeugt. Sein anzügliches Grinsen, sein serviler Tonfall und seine Körperdistanz mißachtende Art stoßen ab. Stuckey ist Edwards Advokat, und er sucht seinen Chef an die leblosen Geldgeschäfte zu binden. Unter Vivians unaufdringlichem Einfluß trennt sich Edward langsam von ihm. Nachdem Stuckey versucht, Vivian zu vergewaltigen, wird er endgültig rausgeschmissen.

An seine Stelle tritt der sympathische ältere Mr. Morse, dessen Konzern "Morse industry" Edward ursprünglich zerstückeln wollte. Mr. Morse ersetzt ihm den Vater. Der nämlich, auch Unternehmer, hatte sich mies verhalten und war Edward abhanden gekommen. Deswegen fing Edward an, Firmen zu zerhauen. Die kaputte und unvollständige Familie, stellt sich heraus, war eines von Edwards Problemen gewesen.

Alle Figuren sind entweder gut, oder schlecht, das ist unveränderbar in ihnen angelegt. Gute lassen sich höchstens verführen, Böse sich höchstens in Schach halten. Äußeres, sozialer Status und Charakter müssen übereinstimmen: In "Pretty Woman" gelten die Formgesetze, die schon den alten Ritterroman prägten, und die in moderner Trivialliteratur regieren. Über Oper sagt Edward: "Die einen lieben sie - die andern nicht. Die andern - tun mir leid."

Die Erzählspannung entsteht durch eine Störung dieser Ordnung. Die Erzählung handelt von der Beseitigung dieser Störung. Der böse Stuckey verdient zunächst gut - das muß sich ändern. Edward, positiver Held, ist zunächst durch unglückliche Umstände und bösen Einfluß gehandicapt - das kommt ins Lot. Vivian ist gut, aber arm, was durch die Spielhandlung korrigiert werden muß: "Hast ja sowieso nie dahin gepaßt", wird ihre Kollegin über den Strich später sagen.

Die spontane, heitere Vivian verkörpert die heilende Kraft: konkrete Natürlichkeit. Ihr schöner Körper ist dem Film das Zentrum des Guten. Stuckey steht dagegen für das abstrakte Böse, dem Sinnlichkeit wie Gefühl wesensfremd ist. Daß Stuckey eine üble Type ist, erkennt Vivian auf den ersten Blick - noch bevor sie über sein Tun irgendetwas weiß. Und auch dessen Frau wird sofort als gefühllos entlarvt, obwohl die Kinobesucher sie nach Augenschein fälschlich für eine Durchschnittsamerikanerin halten könnten:

(Edward stellt Stuckey und dessen Frau Vivian vor)

Stuckey: "Ich bin Philip Stuckey, das ist meine Frau Elizabeth."

(Händeschütteln)

Elizabeth: "Es ist immer ein Vergnügen, Edwards Freunde kennenzulernen." (Elizabeth entdeckt eine Bekannte und entfernt sich plappernd)

Stuckey: "Sie ist die unangefochtene Aerobic-Königin. Ein absolutes Energiebündel. Freunde, darf ich euch zu einem Drink einladen? Vivian, sie können gleich mein Glas nehmen, ich bin sofort wieder da. ..." (Gibt ihr ein Sektglas, geht weg)

Vivian (sarkastisch): "Ein 'angenehmer' Mann... Wer ist das?"

Edward: "Mein Anwalt. Ist in Ordnung."

Vivian (blickt angewidert zur Seite): "Und seine Frau ist so kalt wie 'ne Hundeschnauze."

Edward: "Wir könnens ihr ja nachher sagen."

Vivian: "Und mit dem bist du befreundet?"

Frage: Was hat das alles mit Antisemitismus zu tun? Erste Antwort: Der Film transportiert die Vorstellung, die Welt sei in angeboren gutes und böses Personal eingeteilt, und müsse bloß von der Verkörperung des Bösen befreit werden. Diese Denkstruktur liegt dem Antisemitismus zugrunde. Sie ist allerdings Grundlage unzähliger Ideologiemuster, und fast alle unterhaltenden Spielfilme sind danach aufgebaut. Also weiter -zweite Antwort: Die Figur "Stuckey" entspricht in einigen Merkmalen dem Bild, das sich der Antisemit vom "Juden" macht. Die kleine, dickliche, gebückte Gestalt bildet in antisemitischen Karikaturen häufig den "Juden" ab. Das "Anschleimen", das bei Stuckey allerdings eher dezent angedeutet ist, gehört zur antisemitischen Stereotypie. Adorno/Horkheimer schreiben in "Dialektik der Aufklärung" über die Entstehung solchen Vorurteils, mit dem Bild vom wuchernden Krämerjuden werde "Berühren, Anschmiegen, Beschwichtigen, Zureden" verbunden, indem jene "den Käufer durch Schmeicheln, den Schuldner durch Drohen, den Gläubiger durch Flehen zu erweichen suchen." Die antisemitische Reaktionsbildung ist demnach Wut auf "eigene tabuisierte mimetische Züge". Allerdings ist "Stuckey" in "Pretty Woman" weder als Jude bezeichnet, noch trägt er die kennzeichnende "jüdische" Hakennase.

Also weiter zu einem dritten Punkt, der im Mittelpunkt steht: Der Film stellt das Prinzip des konkreten Natürlichen (=Vivian) gegen das unnatürlich Abstrakte (=Stuckey). Und alles Negative, auch im Wirtschaften, hat ausschließlich mit dem Abstrakten zu tun. Um diesem dritten Hinweis nachzugehen, soll hier zunächst ein Text zur Tiefenstruktur des modernen Antisemitismus etwas ausführlicher dargestellt werden. Es geht um den bereits 1979 veröffentlichten Aufsatz "Die Logik des Antisemitismus" von Moishe Postone (2). Postone beobachtet an antisemitischen Äußerungen, daß den Juden ungeheure Macht zugeschrieben wird. Diese Macht entspringt einer besonderen Qualität, die mit dem Juden in Verbindung gebracht wird: "Seine besondere qualitative Andersartigkeit im modernen Antisemitismus wird mit Attributen wie mysteriöse Unfaßbarkeit, Abstraktheit und Allgemeinheit umschrieben." Postone beobachtet weiter, daß der Antisemitismus stets beansprucht, die Welt systematisch zu erklären. Er kommt aus diesen Beobachtungen zur These, "daß eine sorgfältige Überprüfung des modernen antisemitischen Weltbildes das Vorliegen einer Denkform deutlich werden läßt, in der die rasche Entwicklung des industriellen Kapitalismus durch den Juden personifiziert und mit ihm identifiziert wird."

Um diese These zu präzisieren, greift Postone auf "Das Kapital" von Marx zurück. Marx analysierte darin, daß Geld, Ware und Kapital nicht bloße Gegenstände, sondern Ausdrücke gesellschaftlicher Verhältnisse sind. Am Beispiel der Ware entwickelte Marx, daß im Kapitalismus dieser Zusammenhang verschleiert wird. Es kommt im falschen Bewußtsein zur Trennung von abstraktem Tausch einerseits, einer konkreten "Ware" als bloßem Ding andererseits. Für diese falsche Wahrnehmung prägte Marx den Begriff "Fetischcharakter der Ware". Postone sieht in diesem marxschen Gedanken einen erkenntnistheoretischen Ansatz, den er auf die moderne Gesellschaft fortschreiben will. Heute, im entwickelten Kapitalismus, ist nicht mehr der Waren- oder Geldfetisch, sondern der Fetischcharakter des Kapitals entscheidend. "Kapital ist nach Marx in seiner prozessualen Form als selbstverwertender Wert charakterisiert ... Es erscheint in der Form von Geld sowie in der von Waren, das heißt, es hat keine fertige und endgültige Gestalt. Kapital erscheint als rein abstrakter Prozeß", schreibt Postone. Er erklärt aus diesem Zusammenhang, daß der Versuch, am Kapital das Konkrete, den Fetisch abzuspalten, im späten 19. Jahrhundert zu organisch-biologischen Erklärungsmustern führte. Ein

verkürzender "Antikapitalismus" entsteht, der nur das "parasitäre Finanzkapital" als abstrakte Seite des Kapitalismus verurteilt. "Das industrielle Kapital" erscheine dagegen "als ausschließlich materieller schöpferischer Prozeß."

Die nationalsozialistische Ideologie griff diese Denkmuster auf, sie muß insofern als verkürzend antikapitalistisch begriffen werden. Doch vollzog die NS-Ideologie den weiteren Schritt, der zum modernen Antisemitismus führte: "Der ‚antikapitalistische' Angriff bleibt jedoch nicht bei der Attacke auf das Abstrakte als Abstraktes stehen. Selbst die abstrakte Seite scheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs wird nicht nur die konkrete Seite naturalisiert und biologisiert, sondern auch die erscheinende abstrakte Seite, die nun in Gestalt des Juden wahrgenommen wird. So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassischen Gegensatz von Ariern und Juden. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus - der selbst nur unter der Form der erscheinenden Abstrakten verstanden wird - als internationales Judentum." Postone entwickelt hier einen Gedanken Adornos/Horkheimers weiter, die Antisemitismus als Aburteilung kapitalistischer Ausbeutung im Bild vom Wucherjuden ansahen: "Meiner Deutung nach wurden die Juden also nicht nur mit dem Geld, d.h. der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt."

Postone sieht vor diesem Hintergrund "Auschwitz, nicht 1933" als "die wirkliche ‚Deutsche Revolution'. ... Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. ... Auschwitz war eine Fabrik zur ‚Vernichtung des Werts', d.h. zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten".

II.

Die Liebesgeschichte "Pretty Woman" reproduziert ein Muster, das schon hundertfach verfilmt wurde, das die ZuschauerIn also bereits kennt. Das hindert natürlich nicht daran, sich in die Liebesdinge am intensivsten einzufühlen. Trotzdem wird so ein zweiter, unterlegter Handlungsstrang zur eigentlichen Substanz des Films. Er betrifft Edwards Arbeit.

Vivian: "Also du produzierst nichts, und du baust nichts... Und was geschieht, wenn du eine Firma gekauft hast?"

Edward: "Ich verkaufe sie wieder. Praktisch ist es so: Ich kaufe Unternehmen und verkaufe dann nicht das Ganze, sondern Teile davon. Dadurch vergrößert sich mein Gewinn."

Vivian: "Genauso machen es Autodiebe. Zuerst klauen sie ein Auto, und dann verscherbeln sie es scheibchenweise."

E: "Ja, so ungefähr, aber legal..."

Die abstrakte, der Produktion entfremdete Kapitalvermehrung wird in "Pretty Woman" als gefühllos und kalt dargestellt - analog zur Prostitution.

Edward: "Ich lasse mich bei geschäftlichen Verhandlungen nicht von Gefühlen beeinflussen."

Vivian: "Ja, das kenne ich auch. Kits sagt immer zu mir: Laß die Gefühle aus dem Spiel, wenn du einen Kunden hast. Und Küssen geht nicht ohne Gefühl. Es ist ähnlich, wie bei dir, man bleibt kalt und läßt sich nicht einwickeln. Wenn ich mit einem schlafe, dann bin ich wie ein Roboter, ich tu es..." (schaut leicht betroffen zu ihm) "...vielleicht nicht immer... das ist mit dir anders ..."

Edward (leicht ironisch): "Sowas erwarte ich auch... Ja ja, bei uns beiden gibt es gewisse Ähnlichkeiten, Vivian. Wir beide legen die Menschen für Geld aufs Kreuz."

Ganz anders ist es mit dem Kapitalismus, der konkret etwas produziert. Er ist im warmherzigen Mr. Morse repräsentiert. "Früher", charakterisiert ihn sein Enkel, "hat mein Großvater die größten Schiffe der Welt gebaut. Männer wie er haben dieses Land groß gemacht."

Edward gehört eigentlich auch zu dieser warmherzigen Spezies der Produktivkapitalisten. Doch Philip Stuckey hat ihn auf Abwege gebracht. Unter Vivians Einfluß wird er sich dessen langsam bewußt. Doch Stuckey versucht weiter, ihn zu verführen:

(Edward stapelt umgestülpte Gläser zu einem Turm)

Stuckey: "Was ist? Du wirst doch nicht etwa den Alten vom Haken lassen?"

Edward: "Weißt du, was als Kind am aufregendsten war?"

Stuckey: "Was denn?"

Edward: "Bauklötze. Damit habe ich die höchsten Türme gebaut."

Stuckey: "Ich habe viel lieber Monopoly gespielt: Wie kommt man schnell an viel Geld... Worauf willst du hinaus?"

Edward: "Unsere Firma baut nichts, Phil, wir produzieren nichts."

Stuckey: "Wir machen Geld. Wir haben ein Jahr harte Arbeit investiert. Du kriegst, was du wolltest: Ich servier' ihn dir auf dem silbernen Tablett. Morse ist uns auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Wir brauchen nur noch zuzuschlagen. Ruf die Bank an. Na los." (Schnitt)

Übrigens: "Monopoly" wird in einigen Gegenden Deutschlands noch heute "das Judenspiel" genannt.

Schließlich schlägt sich Edward auf die richtige Seite, die Produktion. Es wird ihm etwas erleichtert, indem ein Großauftrag der Navy in Aussicht steht - 10 Zerstörer, 350 Millionen Dollar. Edward schickt Stuckey raus und bespricht sich unter vier Augen mit Mr. Morse. Danach kann Morse vor dem gedemütigten Stuckey freudestrahlend verkünden:

"Mr. Lewis und ich haben beschlossen, Schiffe zu bauen. (Ansteigende Stimme:) Große, mächtige Schiffe." Panzerkreuzer.

Auch linken FilmbetrachterInnen wird zunächst entgehen, daß hier die Zerschlagung eines Rüstungskonzern, also ein klassischer Fall von Rüstungskonversion, hintertrieben wird. Wie schrieb Brecht über die narkotisierende Wirkung der Einfühlung? "Der Zustand der Entrückung, in dem sie" - die Zuschauer - "unbestimmten, aber starken Empfindungen hingegeben scheinen, ist desto tiefer, je besser die Schauspieler arbeiten, so daß wir, da uns dieser Zustand nicht gefällt, wünschten, sie wären so schlecht wie nur möglich." (3) Die Leistungen der Stars Julia Roberts (=Vivian) und Richard Gere (=Edward) scheinen beachtlich zu sein. Jedenfalls ist "Pretty Woman" ein großer Erfolg. Eine kleine Umfrage im Bekanntenkreis ergab eine recht hohe Sehbeteiligung und immerhin vier "Fans", die sich den Film dreimal oder öfter zu Gemüte geführt hatten. Und die Spielzahlen geben der Stichprobe recht: In der Bundesrepublik hatte der Film allein im Kino über 10 Millionen Zuschauer (4), weltweit über 100 Millionen.

Johanna W. Stahlmann geht in einer Kritik zu "Pretty Woman" (5) davon aus, durchschnittliche Kinobesucher müßten mit Ablehnung auf die dargestellte Konstellation reagieren: "Daß die Folge nicht Haß gegen die im Film personifizierte Spekulation sein kann, Raiderpogrome nicht die soziale Folge, dürfte schon aus der einfachen Tatsache klar sein, daß vielleicht ein nicht unbeträchtlicher Teil der zumeist jungen Kinobesucher selbst spekuliert oder zumindest mit Geld und Aktien konfrontiert wird." Der Film handle von der "Moral vergangener Zeiten", könne Brisanz gar nicht mehr entwickeln. Stahlmann nimmt den Film dementsprechend zum bloßen Anlaß, die untergegangenen Ideologieformen noch einmal Revue passieren zu lassen.

Der faktische Erfolg zeigt aber, daß der Film "Pretty Woman" aktuelles Bewußtsein der 90iger Jahre ansprechen konnte. Er ist ein Beleg dafür, daß die Setzung des abstrakten Kapitals gegen die konkrete Produktion auch heute auf Massenebene Wirksamkeit entfalten kann. In Stahlmanns Herangehen scheinen mir drei Fehler zu liegen. Zum ersten analysiert sie nur die Figur Edward ("gefühlskalter, aber in seinem Inneren grundanständigen Raider") und übersieht völlig, daß die Figur Stuckey in "Pretty Woman" alle negativen Emotionen auf sich zieht. Nichts spricht dafür, daß dies nicht gelänge - auch wenn der Film eher darauf abzielt, lächerlich zu machen, als gleich "Haß" zu erzeugen.

Zum zweiten nimmt sie die von Postone vorgeschlagene Unterscheidung nicht auf, zurückliegende Bewußtseinsformen, die auf den Fetisch des Geldes zurückzuführen sind, vom modernen "Antikapitalismus" zu unterscheiden, der auf den Fetisch des Kapitals bezogen ist. Die Kritik des Geldes ist dem Film "Pretty Woman" tatsächlich nebensächlich. Daß Geld die Welt regiert, ist im Film über umfängliche Einkaufstouren Vivians abgebildet. Es bietet zwar Anlaß für Ironie, geht aber insgesamt in Ordnung: mann hats ja, und frau

(=Vivian) jetzt auch. Die Tätigkeit von Edward und Stuckey bewegt sich auf einer anderen Ebene: Sie sind ausschließlich damit beschäftigt, Kapitalressourcen umzuformieren.

Zum dritten scheint Stahlmann ein durchgängiges Entwicklungsmodell des Kapitalismus vorauszusetzen, das über stetig voranschreitende Prozesse der Vergesellschaftung den Moment revolutionärer Veränderung naturwüchsig heranreifen läßt (6). Sie geht davon aus, daß mit dem Arbeiter im Blaumann auch die falsche Idealisierung kapitalistischer Produktion gegenüber einem abstrakten Gegenüber verschwinden wird: "Objektiv wie subjektiv ist die Zeit des produktiven Arbeiters vorbei; wo er noch existiert ist er eine peinliche Existenz neben anderen, hat er weder als marxistisches Wertschöpfungsvehikel noch als schaffender Arbeitsmensch irgendeine Ausstrahlung, nicht einmal auf sich selbst. eine Gesellschaft jenseits der Arbeitsgesellschaft ..." (S. 71).

Die Idealisierung "konkreter" Arbeit ist an den "Blaumann" aber nicht gebunden. Historisch unterstützten z.B. gerade solche Bevölkerungsgruppen verstärkt die Naziideologie, die in Distribution, Verwaltung, Handel etc. beschäftigt waren. Bei Produktionsarbeitern fand die ideologische Überhöhung von Blut, Boden und Maschine eher wenig Resonanz. Es ist zwar richtig, das in der modernen kapitalistischen Gesellschaft in den Metropolen das traditionelle Bild des Produktionsarbeiters in der Tendenz schwindet (was allerdings noch keinesfalls heißt: verschwindet). Doch ist es augenscheinlich falsch, das Bewußtsein der Menschen unmittelbar aus ihrer ökonomischen Stellung abzuleiten.

Die Faktoren, die zum Bewußtsein des konkreten Individuums beitragen, sind nur schwer zu bestimmen. Als These wäre immerhin zu untersuchen, ob nicht gerade die Arbeitsbeziehungen, die an Stelle der traditionellen Fabrikverhältnisse treten, eine größere Identifikation mit der eigenen konkreten Arbeitstätigkeit mit sich bringen. Solche Identifikation könnte sich zur Idealisierung der "konkreten" Arbeit gegen "das Abstrakte" fortsetzen. Dies Abstrakte kann verschiedenste Projektionsflächen finden - von der Umweltkatastrophe bis zum Juden.

Die Computerisierung vieler Arbeitsbereiche bringt mit sich, daß - allerdings im eng begrenztem Rahmen - größere Selbständigkeit, mehr "Kreativität" gefordert wird. Dies gilt z.B. für einen Teil der Belegschaft in Großbetrieben. Bevorzugte Bezahlung könnte bei solchen Gruppen die Identifikation mit dem eigenen "Schaffen" und "der Firma" noch begünstigen. Die verstärkte Ausbreitung von innovativen Kleinbetrieben, aber auch von Klitschen in Handel und Dienstleistung (7), zeigt ähnliche Wirkung. Der Begriff "Yuppie" steht durchaus für die kulturelle Seite einer realen ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenz, die "Leben" und "Arbeit" in eine neue Übereinstimmung zu bringen verspricht.

Die Folgen sind auch im Umfeld der Linken unmittelbar zu beobachten. Politische Resignation schlägt oftmals in den Willen um, Selbstverwirklichung über eine Berufskarriere zu suchen. Der Wunsch, auch im Kapitalismus über die scheinbare Nische konkreter Arbeitstätigkeit zufrieden zu werden, kann dazu führen, die wesentlichsten Brüche und Widersprüche übersehen zu wollen.

III.

Moishe Postone analysierte die Entgegensetzung der guten konkreten und der bösen abstrakten Seite des Kapitalismus als verbreiteten, verkürzten Antikapitalismus. Er folgerte aus Marx' Analysen, daß solche Ideologie bereits in der kapitalistischen Ökonomie angelegt ist. Zum Antisemitismus wird diese Ideologie allerdings erst dann, wenn das Negative, Abstrakte auf "den Juden" projeziert wird.

Wie bereits erwähnt: In "Pretty Woman" kommt das Wort "Jude" nicht vor, und auch nicht die kennzeichnende "jüdische" Hakennase. Doch sammelt sich das Böse in der Figur "Stuckey". Er verführte Edward jahrelang dazu, schöne Produktionsbetriebe zu "zerstückeln". Untergründig ist eine homoerotische Beziehung zwischen Stuckey und Edward angedeutet. Daß Edward mit Stuckey viel Zeit verbrachte, findet Vivian jedenfalls von vornherein unnatürlich:

Vivian: "Und mit dem bist du befreundet?"

Edward: "Ich verbringe mit ihm die meiste Zeit."

Vivian: "Ach ja? Kein Wunder."

Edward: "Kein Wunder was?"

Vivian: "Kein Wunder, das mit uns mußte so kommen."

Als Vivian gesiegt hat, ist Stuckey eifersüchtig:

Stuckey (angetrunken, sehr böse): "Glaub' mir, das waren schöne Zeiten, als wir beide (betont:) immer zusammen waren. Damals hätte er ein Milliarden Dollar Geschäft nicht einfach sausen lassen, das hätte er nicht. Schade, daß er jetzt nicht mehr auf mich hört, sondern auf dich, wirklich schade. Auch was trinken?..."

Das in der ZuschauerIn vorausgesetzte antischwule Vorurteil wird der Verstärkung der Ablehnung Stuckeys dienstbar gemacht. Stuckey ist die Verkörperung des abstrakten, zerstörerischen Prinzips. Wem diese Zuordnung während der Spielhandlung noch nicht deutlich wurde, dem gibt "Pretty Woman" zum Ende die Auflösung mit auf den Heimweg:

(Stuckey versucht, Vivian zu vergewaltigen. Edward kommt und prügelt Stuckey zur Tür.)

Edward: "Du mieser, kleiner Betrüger, du!"

Stuckey: "Verdammter Mist - du hast mir die Nase gebrochen. ... Du spinnst! Ich habe 10 Jahre investiert, ich hab 10 Jahre getan was du wolltest."

Edward: "Das ist Blödsinn. Mich wickelst du damit nicht ein! Dir hats doch Spaß gemacht, andere fertigzumachen. Du bist durch mich reich geworden, weil ich genau das getan habe, was du wolltest." (schreit:) "Und nun geh endlich."

Stuckey: "Aber ich..."

Edward: "Nein, raus hier!"

Im Film ist nicht nur die abstrakte Seite des Kapitals vereinseitigt und abgelehnt, sondern diese Ablehnung wird auch noch auf eine der Figuren gemünzt. Ohne den "Juden" einzuführen, gibt der Film damit ein vollständiges Muster vor, das nur noch antisemitisch ergriffen zu werden braucht. Diese Analyse vorausgesetzt, wird unsinnig, die "Gretchenfrage" zu stellen, ob dieser Film, obwohl er nicht von Juden handelt, als "antisemitisch" klassifiziert werden muß. Entscheidend ist, sich bewußt zu machen, welche Schablonen hier über das Massenkommunikationsmittel Kinofilm reproduziert werden.

Antisemitismus ist nicht bloßes "Vorurteil gegen Juden". Der "Jude" im Kopf der AntisemitIn ist von der Existenz realer Juden weitestgehend unabhängig. Wäre es anders, dürfte es in Deutschland dank der Nazis und der Shoah faktisch keinen Antisemitismus mehr geben - nur ca. 30.000 Juden leben noch in Deutschland, eine verschwindende Minderheit. Das Gegenteil ist aber der Fall. Nach wie vor weisen empirische Untersuchungen im Volk die weite Ausbreitung eines massiven Antisemitismus nach.

Eine 1990 in der Ex-DDR durchgeführte Studie befragte die Einstellung zu 24 Aussagen wie "Juden haben zuviel Einfluß" oder "Die meisten Juden sind überheblich". Über 60% der Antwortenden stimmten mindestens einer Aussage zu. 20% bekannten sich zu mehr als vier, 6% sogar zu mehr als neun der Antisemitismen. 11% meinten z.B., "Alle Juden sollten nach Israel gehen", und ebenfalls 11%, es gebe Fehler, die den Juden "im Blut liegen". Eine spezielle Jugendstudie ergab sogar noch etwas krasser antisemitische Einstellungen. Unter den dort befragten Jugendlichen wollten z.B. 20% alle Juden in Israel sehen, und 15% vermuteten Fehler, die den Juden "im Blut liegen". (8)

Eine der letzten Studien in der alten BRD ergab 1987 ein ganz ähnliches Bild. Untersucht wurde mit drei Fragearten: Nach antisemitischen Stereotypen, nach der gewünschten sozialen Distanz und nach realem Verhalten. 20% antworteten auf mindestens einer Skala mit deutlichen (!) antisemitischen Vorbehalten, 12% sogar in allen Bereichen. Diese Studie ergab, antisemitische Vorurteile seien unter jüngeren Menschen weniger nachzuweisen - auch in den unteren Altersgruppen blieben aber die ermittelten Zahlen relevant. (9)

Für beide empirischen Studien ist zu bedenken, daß hier nur die offen geäußerten Vorurteile erfaßt werden konnten. Insbesondere Höhergebildete dürften antisemitische Einstellungen aber verbergen. (10)

IV.

In "Pretty Woman" verhält sich die Prostitution zur Ehe, wie die Spekulation zum produzierenden Kapital (11). Das eine hat jeweils alles Negative auf sich zu nehmen, damit das andere davon gereinigt wird. Wie aber die

Ausbeutung des produzierenden Konzerns von Kapitaltransaktionen nicht zu trennen ist, ist im Film auch bei der Ehe ein struktureller Unterschied zur Prostitution nicht ersichtlich. Die Differenz beschränkt sich auf die "Gefühle", die mit dem positiv bewerteten "Natürlichen" verbunden werden.

Natürlich sind da schmelzende Blicke, romantische Stimmungen. Diese "Gefühle" wirken aber wie angefügtes Kolorit. Durch sie ist nicht berührt, daß beide sich bis zum Schluß völlig in den Bahnen traditioneller Herrschaftsbeziehungen zwischen Mann und Frau verhalten. Und Vivian weiß, kaum daß sie Edward kennt, bereits, daß sie ihn haben will - nicht von wegen "Liebe", sondern von wegen sozialem Aufstieg:

Vivian: "Baby, ich werde so nett zu dir sein, daß du nicht mehr willst, daß ich gehe."

Edward: "Ich werde dich gehen lassen." (Er geht weg)

Vivian (murmelnd): "Das werden wir ja sehen."

Gesagt - getan. Tun, das heißt zunächst: Prostitution. Allerdings hat es Edward, da er ja reich ist, nicht nötig zu eilen: "Irgendwie habe ich den Eindruck, daß Sie unter einem sehr großen Zeitdruck stehen. Ich glaube, ich sollte diese Last von Ihnen nehmen. ... Was kostet die ganze Nacht?" Erst nach Champagner mit Erdbeeren und nach Erledigung seiner Arbeit ("Ich bin ein workaholic. Siehst du das nicht?") geht es an die ihre.

Spätere Szene: Hotelbar. Sie kommt im Morgenmantel näher, er spielt vor Hotelangestellten auf einem Flügel.

Vivian: "Ich habe mich da oben so einsam gefühlt."

Edward: "Gentlemen, würden sie uns bitte allein lassen. (Die Umsitzenden stehen auf.) Ich danke Ihnen."

Vivian: "Machen die Leute immer alles, was du von ihnen verlangst?"

(Er zieht sie zu sich heran, zieht ihr den Morgenmantel aus, drückt sie an sich)

Vivian (glasiger Blick): "Ja, sie tun es."

(Er hebt sie aufs Klavier. Er will sie auf den Mund küssen, sie wendet sich ab. Sie legt sich aufs Klavier. Angedeuteter Beginn eines Liebesakts, Blende.)

Der Übergang zwischen Prostitution und Eheglück ist im Film fließend. Und Vivian erfüllt für Edward in beiden Beziehungsformen Zwecke, für die dessen bisherige Freundin Jessica nicht mehr unbegrenzt verfügbar bleiben wollte. Eingangsszene des Films "Pretty woman":

(Dargestellt ist eine Geschäftsparty.) Edward (telefoniert):

"Meine Sekretärin sollte doch alles arrangieren. Hat sie dich nicht angerufen?"

Jessica (als Stimme im Telefon): "Das hat sie. Neuerdings spreche ich mit ihr öfter als mit dir."

Edward: "Ich verstehe."

Jessica: "Ich kann hier einfach nicht weg."

Edward: "Die Geschäfte in Los Angeles sind sehr wichtig für mich. Ich brauche dich hier."

Jessica: "Du sagst mir niemals vorher Bescheid. Ich springe nicht, wenn du anrufst. (...) Vielleicht sollte ich ausziehen. (...) Dann packe ich meine Sachen! Auf Wiedersehn."

Solche Probleme wird Edward in Zukunft vermeiden.

Vivian (versteht nicht, warum Edward 3.000 Dollar für eine Woche mit ihr ausgeben will): "Du bist doch ein gutaussehender Mann. Du kannst alle Frauen umsonst haben."

Edward: "Ich schätze Profis. Mit Amateuren hatte ich in letzter Zeit Schwierigkeiten."

Und Vivian ist Profi - als Prostituierte wie als "feste" Frau. Bei verschiedenen Gängen zu Essen, Empfängen etc. erkundigt sie sich pflichtgemäß, vor welchem geschäftlichen Hintergrund sie ihren Charme diesmal auszuspielen hat. Sie läßt sich, da sie zuerst zappelig, etwa wie ein Äffchen, dargestellt wird, für Edward willig

"zähmen" und dressieren. Nur einmal scheint überraschend die Möglichkeit auf, Vivian könnte wirklich gegen ihren Status aufbegehren:

"Warum mußte ich mich eigentlich so schickmachen?"

Edward (überrascht): "Ganz einfach: Weil du mir so am besten gefällst..."

Doch: Sich auf Anordnung "für ihn" schickzumachen ist Teil der (Ehe-)Konvention. Vivian stellt dies nicht in Frage.

Vivian: "Nein, das meine ich nicht...."

Sie will stattdessen nur besser vor Stuckey geschützt werden:

"...Wenn du schon jedem erzählen mußt, daß ich eine Nutte bin, wieso darf ich dann nicht meine eigenen Sachen anziehen, wieso nicht? In meinen eigenen Klamotten fühle ich mich sicher, wenn mich so ein schmieriger Kerl wie Stuckey anmacht, dann bin ich vorbereitet."

Die Ehe ist im Film sorgsam aller Kritik enthoben. Dem dient nicht zuletzt, daß der Sündenbock Stuckey entfernt wird. Denn er bindet nicht nur in Kapitalfragen, sondern auch bei der Prostitution alles Unwürdige an seine Person. Prostitution ist im Film nämlich als eigentlich lustige Angelegenheit abgebildet - wären da nicht Kriminalität im Umfeld, Geldmangel und vulgäre Frauenfeinde. Für letzteres steht Stuckey. Er bezeichnet sie abfällig als "kleine Nutte", ist widerlich zu ihr und sucht sie schließlich zu vergewaltigen. Edward ist der Gegenmann, der Vivian vor ihm rettet. Edward kann daher mit Prostitution nichts zu tun haben, und auch nicht mit Ausbeutung der Frau in der Ehe. Bei ihm muß es echte Liebe sein.

Der Film "Pretty Woman" wirbt mit der Sympathieträgerin kecke, "selbstbewußte" Frau, und ist damit auf gesellschaftlichem Stand: ein bißchen Emanzipation muß "irgendwie" schon sein. Diese Sympathieträgerin dient einem Film, der einige wesentliche antisemitische Denkstrukturen transportiert - also einen reaktionären Inhalt. In dieser Verknüpfung kann aber auch das vermittelte Frauenbild nur reaktionär sein (12). Die Frau repräsentiert das Konkret-Natürliche. Wie "die Familie" ist auch "die Frau" als quasi biologischer Gegenpol zur Verselbständigung des Abstrakten definiert. Sie wird damit reduziert auf Körper und Gefühl, die dem berufstätigen Mann zurecht verfügbar sind, solange er mit ihnen stilvoll umgeht. Es ist, als wollte der Film "Pretty Woman" nachweisen, was autonome Flugblätter manchmal etwas gebetsmühlenhaft nur behaupten: Daß Patriarchat mit Kapitalismus, Faschismus und anderen schlechten "-ismen" notwendig zusammenhängt. Bloß, daß der hier diskutierte "-ismus" in solchen Aufzählungen meist keine Erwähnung findet.

Be., Gruppe K Hamburg

Anmerkungen:

1) Eine Heirat ist im Film nicht mehr gezeigt - die Logik des Films erlaubt aber, am Schluß das Eheverhältnis vorauszusetzen.

2) Postone schrieb ursprünglich einen Beitrag ("Antisemitismus und Nationalsozialismus") für die "New German Critic". Er erschien in im Juni 1979 in der Frankfurter StudentInnenzeitung "Diskus", eine veränderte Übersetzung im Oktober 1979 in der "Autonomie" Nr. 14. Den zweiten Teil des Beitrags veröffentlichte Postone in überarbeiteter und etwas ergänzter Form unter dem Titel "Die Logik des Antisemitismus" in Merkur I, 36. Jahrgang, Stuttgart 1982. Diese Textfassung wurde in den von Dan Diner herausgegebenen Sammelband "Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz", Frankfurt a.M. 1988, übernommen. Der Text wurde inzwischen auch im Zirkular der Gruppe K ("Bahamas-News", Nullnummer) sowie in der Sommernummer '91 (4/5) der Zeitschrift "Kritik und Krise" (Hrsg. "Initiative Sozialistisches Forum" Freiburg) abgedruckt.

In der Radikalen Linken wurde der Text erst 1990 durch eine Zusammenfassung des Beitrags von Bettina Hoeltje in die Diskussion gebracht ("Zu einigen Problemen der linken Analyse des deutschen Faschismus", veröffentlicht im zweiten Reader der Radikalen Linken: "Deutschland? Nie wieder!". Kongreß der Radikalen Linken", Frankfurt a.M. 1990); darin findet sich auch eine erste Diskussion der mit den Erkenntnissen verbundenen Konsequenzen.

3) Bertolt Brecht in: "Kleines Organon für das Theater", hier zitiert nach: "Über Politik auf dem Theater", Frankfurt a.M. 1971, S. 61

4) Nach Angaben der Verleihfirma Warner Bros. waren es genau 10.514.228.

5) "Pretty Woman. Reflexionen über einen Kinobesuch oder warum dem Überdruß des Raffens keine Renaissance des Schaffens folgt", in: Krisis, Zeitschrift der Initiative Marxistische Kritik (IMK), Nr. 10, S. 53ff; Stahlmann ist Krisis-Redakteurin.

6) Die beschriebene Tendenz scheint zum theoretischen Grundstock der IMK zu gehören; vgl. Robert Kurz, "Auf der Suche nach dem verlorenen sozialistischen Ziel. Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie", Erlangen 1988.

7) Zu den Entwicklungstendenzen kapitalistischer Ökonomie vgl. z.B. Joachim Hirsch, "Auf dem Wege zum neuen Postfordismus? Die aktuelle Formierung des Kapitalismus und ihre politischen Folgen", in: Das Argument 151/1985.

8) "Antisemitismus in der ehemaligen DDR: Ergebnis der ersten Repräsentativumfrage und einer Befragung von Jugendlichen", April 1991; Untersuchung des Lehrstuhls für Soziologie an der Universität Erlangen; befragt wurden 1.000 ausgewählte Personen, von denen ca. 90% antworteten. Auf die teilweise sehr fragwürdige Auswertung der Umfrage durch das Institut kann hier nicht näher eingegangen werden.

9) Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität Berlin in Zusammenarbeit mit dem Institut für Demoskopie Allensbach, Oktober 1987; vgl. in: Frankfurter Rundschau, 31.5.1991, S. 8.

10) So vermutet die Erlanger Forschungsgruppe auch verstärkt antisemitische Einstellungen innerhalb der Gruppe von ca. 10%, die Antworten verweigerte.

11) Vgl. die oben zitierte Szene, in der Edward und Vivian diese Parallele explizit herstellen.

12) Der Film befindet sich dabei in "bester" Gesellschaft. Auch in "Nicht ohne meine Tochter" ist der untergründige Rassismus, wie Irandokht Shahbakhshi und Anna Boolour in einem kleinen Buch überzeugend und witzig nachweisen, von reaktionären Frauenbildern begleitet ("Doch ohne meine Tochter", Saarbrücken 1991). Demgegenüber wirkt die Rechtfertigung von Buch und Film in der letzten Ausgabe von "Emma" peinlich.

Auch Euthanasie wurde übrigens in den vergangenen Jahren in einem Lifestyle-"Liebesfilm" gerechtfertigt und propagiert. In "37 1/2 Grad C am Morgen" ist die liebenswert-verrückte Filmheldin zum Filmende schwer behindert. Für das zuvor heftige Liebesleben nicht mehr geeignet, erstickt ihr Ex-Liebhaber sie mit einem Kissen. Dieser Mord wird in weichen, romantischen Bildern zur letzten "Liebeshandlung" verklärt.

"Für den antisemitischen Manichäisten ... liegt in der Betonung auf der Zerstörung. Es handelt sich nicht um Interessenkonflikte, sondern um den Schaden, den ein böser Geist der Gesellschaft zufügt. Demzufolge besteht das Gute vor allem darin, das Böse zu vernichten. ... Es kann nicht davon die Rede sein, eine neue Gesellschaft aufzubauen, sondern nur die bestehende zu säubern."

Jean Paul Sartre 1944 In: "Betrachtungen zur Judenfrage", hier zitiert aus: "Drei Essays", Frankfurt/ - Berlin - Zürich 1985, S. 128; "Manichäismus" war zwischen dem 2. und 14. Jahrhundert eine auf radikalen Dualismus des Guten und Bösen in der Welt beruhende Religion.

"Der Nationalsozialismus stellt den Arbeiter und den Bauern, den Handwerker und den Angestellten, mit einem Wort, alle schaffenden Deutschen in den Mittelpunkt seines Denkens und Handelns und damit in den Mittelpunkt seines Staates, und den Raffenden und den Bonzen macht er unschädlich"

Robert Ley 1933 In: Walter Hofer (Hrsg.), "Der Nationalsozialismus", Frankfurt 1957; hier zitiert nach: Stahlmann, S.64.

34. Eine Neurose: Das Überbordwerfen bisheriger linker Positionen als Selbstzweck

Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:19

Nachdem wir in cl.s Artikel "ak dubios - oder: Der Wille zur Verurteilung" zunächst ausführlich darüber belehrt werden, was Kritik ist, welche Art von Kritik dieses Wortes unwürdig ist, nämlich die der deutschen Volksfront für den Frieden an "Konkret", und wie Kritik nicht zu sein hat, damit sie ja nicht als Generalverurteilung erscheint, vermittelt uns der Autor seine unmißverständliche Botschaft: Alle bisherigen linken Grundsätze sind künftig über Bord zu werfen, und zwar unabhängig von einer Beurteilung davon, ob sie richtig oder falsch waren. Wenn Kritik an Kriegsbefürworterpositionen jener "Konkret"-Autoren (deren Positionen aus der Neurose erwachsen sind, unbedingt etwas ganz anderes sagen zu müssen, wobei dieses ganz andere sich auf innerhalb der Linken reduziert; in gesellschaftlichen Kategorien sind diese Positionen ja durchaus konsensfähig) geübt wird, so muß diese Kritik schon deshalb falsch sein, da sie Ähnlichkeiten zu bisherigen linken Positionen aufweist. Sie wird dann von cl. seinerseits dogmatisch unter der Kategorie Dogmatismus abgestempelt, indem deren Autoren vorgeworfen wird, sie argumentierten nur auf dem Niveau von überholtem Barrikadendenken.

Dem Zweck der diametralen Umkehrung linken Denkens diente denn auch die Thematisierung des Antisemitismus in der Linken während des Goldkrieges, die cl. für "genau zum Zeitpunkt ... und in jener Form (für) grundrichtig ..." hält. In dieser Thematisierung sollte zunächst einmal suggeriert werden, daß alle Deutschen ohnehin Antisemiten seien, wobei die deutsche Linke (speziell die Friedensbewegung) eine besonders scheußliche Form des Deutschtums, und damit des Antisemitismus darstelle. Hiermit war denn auch gleich der Weg frei für den "Tabubruch" Kriegsbefürwortung. Eine Thematisierung von linkem Antisemitismus wäre in der Tat angebracht gewesen, nicht jedoch ihre Instrumentalisierung, um die Umkehrung linker Positionen als Selbstzweck zu betreiben.

Unübertrefflich in Sachen "Tabubruch" ist bislang Wolfgang Pohrt, zu dessen Verteidigung cl. dann auch gleich übergeht. Es sei noch mal angemerkt, daß es sich um jenen Propagierer präventiver Atomschläge seitens Israels gegen den Irak während des Golfkrieges handelt, der in "Konkret" 3/91 den Artikel "Musik in meinen Ohren" schrieb. Pohrts Zirkeltheorien, in denen er Antiimps und Autonome mit Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend vergleicht, will cl. nicht "als Ausfluß der billigen rot-braun-Analogie" abgetan wissen. Bleibt die Frage, weshalb er diese Theorien als billig degradiert, wenn er doch drei Zeilen später selber auf sie zurückgreift, "angesichts der Tatsache, daß die Übereinstimmungen von Nazis und Linksradikalen in Sachen Antisemitismus wirklich schon mit Händen zu greifen sind". "Jede Wahrheit im emphatischen Sinne", folglich auch die Aussagen in Pohrts Artikel über Antiimps und Nazis seien "eben heillos übertrieben". Man braucht nicht viel Mühe, um hier klammheimliche Freude über die Ausbrüche des publizistischen Amokläufers Pohrt zwischen den Zeilen zu lesen, entsprechen seine Behauptungen doch im Kern der Wahrheit, und sind sie doch nur emphatisch, also eindringlich formuliert, und das kann der jetzt sich diametral zu wendenden Linken ja wohl nicht schaden. Bleibt meinerseits die Aufforderung, daß die Verbreitung solchen billigen Zirkel-Theorie-Irrsinns im ak künftig zu unterbleiben hat!

Es stände Teilen der radikalen Linken gut an, mit der vielgepriesenen Neuformulierung antikapitalistischer Kritik und mit der in der Tat notwendigen Aufarbeitung bisheriger falscher Prinzipien endlich zu beginnen, und sie nicht durch ein neurotisches und pauschales Umwerfen bisheriger linker Grundsätze zu ersetzen, daß zum Selbstzweck verkommen und nur dem Umstand geschuldet ist, sich um eine differenzierte Herangehensweise herumzumogeln!

Ulrich, Gruppe K, Hamburg

35. Betr.: Sowjetunion

Rubrik: Leserbriefe · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:29

Mielke & Co. sind keine Antiimps

Die Preiserhöhung des "ak" wird mich nicht von euch abschrecken, eher solche Artikel, wie z.B. "Freiheit für Erich Mielke".

Der Autor (natürlich ein Wessi) fordert eine Kampagne "Freiheit für Erich Mielke" und vergleicht sie mit der Kampagne zur Unterstützung von Forderungen hungerstreikender Gefangener aus RAF und Widerstand. Mielke, Honecker, Stoph, Schalck ... und weitere können nur auf eine Stufe mit Bush, Schamir, Botha, Strauß, Kohl und Pinochet gestellt werden. BND, Stasi, CIA, FBI, Verfassungsschutz ... sind für mich ein und dasselbe. Weil die oben genannten so gut zusammenpassen, haben sie auch oft zusammen gearbeitet. Das wollen einige Westlinke nicht begreifen oder nicht wahrhaben.

Mielke und Co. sind keine "Antiimp-Helden", sondern Schmarotzer, Verräter und Täter!

Ich meine jetzt nicht Stasi und SED als Ganzes, ich meine die Staats- und Parteiführung, die verantwortlichen "Vordenker".

Mielke & Co. haben den Marxismus/ Leninismus, den Sozialismus und die Idee des Kommunismus mißbraucht, verraten und verkauft. Sie haben ihr Recht auf Freiheit verwirkt. Daß nun die BRD- Gerichte gerade die Typen verfolgen und anklagen, ist wie den Bock zum Gärtner zu machen. Aber jw. aus Westberlin braucht keine Angst zu haben, daß die BRD-Justiz ihresgleichen bestrafen wird. Beispiele dafür sind Schalck, Götting und Tisch. Damit der Autor weiß, warum ich als Ostlinker gegen seine Kampagne bin, hier acht Gründe:

1. Die Staats- und Parteiführung der DDR hat Waffen an die Contras in Nicaragua, an die Regierungen von El Salvador, Südafrika, Chile, Israel und an die Unita von Angola geliefert.

2. Die Staats- und Parteiführung der DDR hat eng mit der BRD und der NATO zusammengearbeitet, d.h. Daten und militärische Geheimnisse verkauft. Denn Wandlitz war teuer.

3. Gemeinsame Waffengeschäfte zwischen BRD und DDR an Drittländer.

4. Die Staats- und Parteiführung der DDR hat DDR-Linke und andere Demokraten verfolgt.

5. Die Stasi unterstützte faschistische Parteien, Vereine, Gruppen- und Einzelpersönlichkeiten in der BRD, Westberlin und in der DDR.

6. Mielke & Co. waren Schmarotzer und luxusgeile alte Männer.

7. Die Staats- und Parteiführung der DDR verkaufte sich und die DDR.

8. Mielke & Co. lebten wie gewöhnliche Kapitalisten, nämlich auf Kosten der DDR-Bevölkerung.

Es gibt noch mehr Gründe, und daß die Stasi auch die RAF, die PLO und andere unterstützt haben, reicht für "strafmildernde Anträge" nicht aus.

Der Autor stellt selber fest: "... daß einer Kampagne gegen die Kriminalisierung von Funktionären der DDR der Wind heftig ins Gesicht blasen würde, ist unbestreitbar und wäre nichts Neues ...".

Ich hoffe, daß der Wind vor allem von uns Linken kommt!!!!!!!

Marcel R. F./Ostberlin

Betr.: Sowjetunion

Kaum daß die Panzer verschwunden waren, erfolgte in der Sowjetunion der wirkliche Putsch: Jener nationalistisch-separatistische Teil des Staatsapparates beseitigte, außerhalb jeglicher Legalität, aber die Gunst der Stunde nutzend, ein zentrales Organ der verfassungsmäßigen Ordnung, nämlich die kommunistische Partei. Daß deren Generalsekretär nach anfänglichem Protest daran selbst mitwirkte, macht

die Aktion um nichts rechtmäßiger. Nicht zum erstenmal hätte eine bürokratisierte Organisation der ArbeiterInnenbewegung ihr faktisch schon verhängtes Verbot auch noch demütig-diensteifrig mit ihrer Selbstaufgabe gekrönt; nicht zum erstenmal wäre es übrigens auch vom Jubel reaktionär verhetzter Massen begleitet.

Es zeugt von der allgegenwärtigen Newspeak a la Orwell, wenn eine solche Repressionsmaßnahme, die eigentlich eher für die faschistische Variante bürgerlicher Herrschaft typisch ist, von den Herren der Meinungsfreiheit als "kompromißlose Demokratisierung" gewürdigt wird. Es ist dies die gleiche lügnerische Sprache, wie wenn die Jelzinisten, die Leningrad wieder nach einem Zaren benennen wollen und dauernd "Rußland, Rußland" schreien, ausgerechnet ihre Opponenten als "rechte Reaktionäre" brandmarken. Oder wenn etwa die vor fünf Jahren begonnene und nun zu Ende gebrachte Zerstückelung und Zerstörung der Sowjetunion unverdrossen als "Reform" tituliert wird. Man stelle sich vor: in einem halben Jahrzehnt nur wurde dieses Land derart "reformiert", daß aus der zweiten Weltmacht dieses Globus' eine Ansammlung von separatistisch beherrschten, abhängigen und um ein paar läppische Milliarden bettelnden Randstaaten des deutsch-europäischen Reiches wurde. Das alte Kriegsziel der Nazis im Osten, nun ist es erreicht. Wobei Gorbis eiliges Dekret über das Verbot von Parteiarbeit in der Armee sozusagen die zeitgemäße Variante von Hitlers "Kommissar-Befehl" darstellte.

Gorbatschow und die Partei - wer hat da wen "verraten"? Bedeutete der ungeheure Deformprozeß nicht zugleich auch, schon vor dem Putsch und Jelzins Staatsstreich, immer wieder Mißachtung der verfassungsmäßigen Ordnung? Erinnert sei an das verkündete Verbot kommunistischer Parteiarbeit in Betrieben oder an die vor geraumer Zeit schon errichteten "Grenzposten" baltischer Separatisten, u.a.m. Fand hier nicht bereits eine Art schleichender Staatsstreich statt, zumeist eben mit Unterstützung Gorbatschows? Insofern war der Putsch des Notstandskomitees doch nicht allein Angriff gegen Staat und Verfassung, sondern paradoxerweise zugleich ein letzter, verzweifelter Versuch, diese gegen die von oben betriebene Deformpolitik zu verteidigen - jene Politik, die den erwünschten Druck von unten, den berühmten "Volkszorn", teilweise über Jahre hinweg erst schaffen mußte! Daß der Notstand selbst sowohl in prinzipieller als auch in taktischer Hinsicht natürlich genau das verkehrte Verteidigungsmittel war, steht auf einem anderen Blatt. Entscheidend ist, daß die "Junta" (welch eine Verharmlosung argentinischer oder türkischer Foltergenerale stellt diese von der Propagandasprache favorisierte Wortwahl dar!) um nichts rechtswidriger gehandelt hat als Gorbatschow und die von ihm geförderten bzw. geduldeten Jelzins die ganze Zeit zuvor. Von Jelzins Staatsstreich danach ganz zu schweigen. Wenn nun also von "Schuld" die Rede ist, dann doch bitte nicht nur von der Schuld am Putsch, sondern auch und vor allem von der Schuld an dem zuguterletzt geradezu in panisch-hysterische Dimensionen angewachsenen Separatismus; von der Schuld an der ökonomischen Zerstörung der Sowjetunion, die man der Marktwirtschaft zuliebe in Kauf genommen hat und die alle Fehlleistungen der Breschnew-Ära in den Schatten stellt; von der Schuld am Souveränitätsverlust, der es nun selbst einem popeligen Kanada-Premier gestattete, öffentlich die völlige Auflösung der kommunistischen Partei zu verlangen; von der Schuld an der reaktionären Verdummung eines großen Teils der Massen und der völligen Desorientierung der übrigen Teile; von der Schuld schließlich, den Globus völlig, ohne daß es das geringste machtpolitische Korrektiv gäbe, der Allmacht des Imperialismus auszuliefern, jenes Systems, das trotz seines immensen Reichtums und Technologievorsprungs weltweit immer mehr Menschen in immer größere Armut zwingt, und dessen humanitär-soziale Leistungsbilanz absolut katastrophal ist. Eines Systems, das den Sowjetvölkern jetzt vermutlich zwecks Gewinnung von Hirnen und Herzen sogar einige erkleckliche Vergünstigungen wird zukommen lassen, um diese danach, wenn die neue Herrschaft erst einmal richtig etabliert ist, umso brutaler ausplündern zu können.

Hajo, Heidelberg

36. Gruppe K: In eigener Sache

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:36

Am 7./8. September traf sich die Gruppe K zu einem zweiten Bundestreffen. Hauptthemen waren:

- Eine ausführliche Aussprache über das Ende "des Roten Oktober" und die Konsequenzen für eine Linke, die vor der Aufgabe steht, sich völlig neu zu formieren.

- Eine Diskussion über die Situation in Jugoslawien und der Beginn einer Theoriedebatte über die Haltung zum "nationalen Selbstbestimmungsrecht". Die Analyse und Abgrenzung von deutscher Außenpolitik gegenüber Jugoslawien, aber auch anderen östlichen Staaten wurde als eine der Hauptaufgaben der nächsten Zeit definiert. Diese Diskussionen sollen ihren Niederschlag in entsprechenden Beiträgen für den AK - beginnend in dieser Nummer - finden.

- Geplant wurde kollektive Untersuchungsarbeit zur deutschen Entwicklung seit der Wiedervereinigung - zur Außenpolitik, zur ideologischen Entwicklung, zur ökonomischen Situation und zur Entwicklung von Rassismus und Neofaschismus.

- Diskutiert wurde über Strukturen der Gruppe K. Regelmäßige Redaktionskonferenzen und Bundestreffen sind ebenso geplant wie die Einrichtung eines Büros in Hamburg, über das die Gruppe K regelmäßig ansprechbar werden soll. Ein Koordinationskreis soll die Kommunikation unter den beteiligten Gruppen verbessern. Die "Bahamas-News", ein Diskussionszirkular, soll auch Linken zugänglich sein, die sich für die Debatten der Gruppe K interessieren.

Am Rande dieses Treffens wurden die Beschlüsse der Gruppe K zur Mitarbeit am AK bekräftigt. "AK-Fans" wird bekannt sein, daß zwischen "Gruppe K" und "Ex-KB-Mehrheit" eine gleichberechtigte politische Zusammenarbeit an dieser Zeitung vereinbart wurde (vgl. AK 333, S.2). Da die "Ex-KB-Mehrheit" in den Verhandlungen darauf pochte, die AK-Erstellung allein zu bestreiten, bestand die Gruppe K im Gegenzug darauf, daß die "Ex-KB-Mehrheit" die diesbezüglichen Risiken alleine zu tragen habe. Allein bei gravierenden Veränderungen, die nicht die Erstellungskosten betreffen (Druckpreise, gravierender Abo-Rückgang o.ä.), ist die Gruppe K bereit, über einen vereinbarten festen Kostenbeitrag von 1000 DM hinauszugehen.

Die so vereinbarte Zusammenarbeit an dieser Zeitung wurde und wird von der "Ex-KB-Mehrheit" immer wieder in Frage gestellt. Auch die Frage der Verwendung von AK-Spenden drohte sich in den vergangenen Wochen zu einem Punkt permanenter Auseinandersetzungen zu entwickeln. Die Gruppe K beschloß daher, ihr Recht der Mitentscheidung über das AK-Spendenkonto nicht in Anspruch zu nehmen, die Verfügung also der "Ex-KB-Mehrheit" allein zu überlassen. In einem Beschluß wurde nochmals zusammenfassend die Grundlage festgeschrieben, auf welcher die Gruppe K sich am AK beteiligt:

"1. Gemäß der Vereinbarung über die gemeinsame Herausgabe der Zeitung ak sind die Redaktionsmitglieder der Gruppe K und der Ex-Mehrheit politisch gleichberechtigter Teil der gemeinsamen ak-Redaktion.

2. Aus den Erlösen bzw. den Zusatzzahlungen für den ak werden je eine Redakteursstelle für die Gruppe K und die Ex-Mehrheit bezahlt und die anfallenden Redaktionskosten (Telefon, Räume, Fahrgeld), wie vereinbart, getragen.

3. Die Gruppe K wird sich an der unmittelbaren AK-Erstellung und Verschickung durch ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Die darüber hinausgehende technische Erstellung und der Vertrieb des ak verbleiben in den Händen der Ex-Mehrheit.

4. Die Entscheidungsbefugnis über die Verwendung der Spendengelder (monatlich derzeit 1.900 DM) und der AK-Erlöse liegt im kommenden Jahr in der Hand der Ex-Mehrheit. Dies gilt ebenfalls für die Verantwortung hinsichtlich der Begleichung der bei der turnusmäßigen AK-Produktion eingegangenen finanziellen Verpflichtungen. Dessen ungeachtet wird die Gruppe K die Spendenaufrufe für den AK, soweit über die Verwendung der Gelder eine öffentliche Berichterstattung erfolgt, unterstützen.

5. Es bleibt bei den ansonsten getroffenen Vereinbarungen. Die Gruppe K wird für die kommenden 12 Monate (ab August 1991) eine Einlage von monatlich 1000.- zur Unterstützung des ak überweisen.

6. Zu weiteren Verhandlungen sind wir nicht bereit. Sollte dies von der Ex-Mehrheit auf ihrem Treffen am 14./15. September nicht mitgetragen werden, bieten wir an, daß die Redaktionsmitglieder der Gruppe K politisch gleichberechtigt im Sinne des Redaktionsstatuts in der ak-Redaktion mitarbeiten. Alle weiteren Verpflichtungen und Abmachungen würden in diesem Fall gegenstandslos."

Be, Gruppe K Hamburg

Kontakt bis auf weiteres noch: Gruppe K

c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 2000 Hamburg 36; dies ist auch Bestelladresse für die Bahamas-news.

37. Das Mandelbaumtor. Miniaturen zum palästinensisch-israelischen Konflikt

Rubrik: Kultur; Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/48.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:48

"Die Aussiedlerin"

Die 1981 gegründete Berliner Compagnie, die u.a mit politischen Theaterstücken - zur Kuba-Krise, zur Erstschlagstrategie, zu Südafrika - hervorgetreten ist, tourt im September/Oktober nochmals mit ihrem 1990 uraufgeführten Stück "

Die Aussiedlerin - ein Theaterstück über Arbeitslosigkeit, Fremdenhaß und neue nationale Begeisterung" durch die BRD. - Die Fabel des Stücks: Eine junge Polin ist bei einer deutschen Familie zu Besuch. Sie hat diese Familie, die zu den "

Altvertriebenen" gehört, in der Hoffnung aufgesucht, noch überlebende Zeugen dafür zu finden, daß ihr Großvater zu der Zeit, als Polen von Deutschland besetzt war, zur Volksliste 3, d.h. zu den "Eingedeutschten" gehörte. Hiervon hängt ab, ob sie als deutsche Aussiedlerin anerkannt wird und den Vertriebenenstatus erhält. Was sie allerdings nicht weiß: Sie kommt in eine Familie, in der gerade eine "Bürgerinitiative gegen die Überfremdung unserer Stadt" gegründet wird ...

"Die Aussiedlerin" wird aufgeführt in Meldorf am 26.9., Bremerhaven 27.9., Langenfeld 29.9., Frankenthal 30.9., Ansbach 2.10., Reutlingen 3.10., Bayreuth 4.10., Lindlar 5.10., Gelsenkirchen 6.10., Würzburg 8.10., Konstanz 9.10., Baden-Baden 10.10.

Sowjetunion-Kongreß

Unter der Fragestellung "Nach der Perestroika: Sozialismus am Ende - Kapitalismus ohne Ende?" lädt die PDS zu einem Sowjetunion-Kongreß in Berlin ein. Dem einleitenden Podiumsgespräch am Abend des 5.10. über die "Epoche des Staatssozialismus" folgen am 6.10. Vorträge über den sowjetischen Gesellschaftstyp und das Scheitern der Perestroika sowie über die Notwendigkeit gesellschaftlicher Alternativen. Für den Nachmittag sind Diskussionsrunden u.a. über die Entwicklung von der Revolution zur Transformation, über die KPdSU, zentrale Probleme in Europa und über die "Neue Weltordnung" vorgesehen. Den Abschluß bildet ein Plenum, das unter der Fragestellung des Kongresses steht. ReferentInnen und PodiumsteilnehmerInnen sind Heinz Timmermann, Christiane Reymann, Fritz Haug, Georg Fülberth, Thomas Kuczynski, Manfred Kossok, Jacob Moneta, Gregor Gysi u.v.a.m.

Berlin, Haus am Köllnischen Park. 5.10.91, 20 Uhr Podiumsgespräch; 6.10., 10-18.30 Uhr Vorträge, Diskussionsrunden, Abschlußplenum.

Paragraph 218

Am 12.10. findet in der Habsburger Fabrik in Freiburg ein "Seminar rund um den Paragraphen 218" für Frauen und Männer statt, bei dem folgende Themen behandelt werden: Mythos Embryo - Rechtliche Neuregelungsvorschläge zum 218 - Kinder um jeden Preis? - Erfahrungsaustausch zu Abbrüchen (nur für Frauen).

Anmeldung: Fabrik für Kultur und ökologisches Handwerk e.V., Habsburger Straße 9, 78 Freiburg. (Übernachtungsmöglichkeit und Kinderbetreuung bei rechtzeitiger Anmeldung möglich) Tel. 0761 / 551499.

Antisemitismus

Im Stuttgarter Theaterhaus wird derzeit eine Ausstellung "

Antisemitische Grabschändungen - das alte Gesicht des neuen Deutschland?" gezeigt, die Teil einer Veranstaltungsreihe zum "Antisemitismus in Deutschland" ist. Am 16.10., 20 Uhr spricht Clemens Nachtmann über deutschen Nationalismus und Wolfgang Schneider referiert Ergebnisse der Antisemitismusforschung. Im November - ein Termin steht noch nicht fest - ist eine Lesung mit Micha Brumlik ("Der Anti-Alt") vorgesehen. Am 12.10., 20 Uhr stellen Götz Aly und Susanne Heim ihr Buch "Vordenker der Vernichtung" vor. Und am

3.12., 20 Uhr liest Lea Fleischmann aus ihrem neuen Buch über die Bedrohung Israels während des Golfkriegs.

BUKO-Aktionskonferenz

Die vom BUKO für den 19./20.10. vorgesehene "Aktionskonferenz Kampagne 92" muß wegen "der noch benötigten Zeit für die Vorbereitung und die Koordinierung mit anderen Gruppen, sozialen Bewegungen und Organisationen" (BUKO-Mitteilung) verschoben werden. Die Konferenz wird nunmehr voraussichtlich im November stattfinden.

Nicaragua im eurofotografischen Blick

Cordelia Dilg und Michael Kottmeier, die beide zu unterschiedlichen Zeiten für jeweils mehrere Jahre in Nicaragua gelebt und fotografiert haben, stellen ihre Arbeiten in einem Zusammenhang vor, der es zu prüfen ermöglicht, wie dokumentarisch nun tatsächlich ein Dokumentarfoto ist. In ihrer Ausstellung werden die "vielen Interpretationsinstanzen, die ein Foto während des Verwertungsprozesses durchläuft, beispielhaft vorgestellt: In den Redaktionen werden Fotos Texte zugeordnet, Bildunterschriften formuliert und Vergrößerungen ‚zurechtgeschnitten`, so daß oft Bildaussagen zustandekommen, die den Tatsachen oder zumindest den Intentionen der Fotografen und Fotografinnen widersprechen." - Zur Ausstellung erscheint ein Katalog.

3.11.-8.12.91 in den Räumen der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Tempelhofer Ufer 22, Berlin. Mo-Fr 10-17 Uhr, Sa u. So 11-17 Uhr.

Das Mandelbaumtor

Schon der erste Blick auf den Programmzettel des Stücks "Das Mandelbaumtor" weckt Interesse. Die - wie es im Untertitel heißt - "Miniaturen zum palästinensisch-israelischen Konflikt" zeigen: "Rabbi Shevinger & Family" in einer Siedlung der Westbank in der Gegenwart; palästinensische Bauern, die in den 50er Jahren insgeheim in die Negev-Wüste zurückkehren wollen - wobei offen bleibt, ob es um die Bestellung ihrer Felder geht oder um ein Kommandounternehmen; israelisches Militär zur Zeit des Libanonkriegs; das Nazi- Deutschland zur Zeit der Nürnberger Rassegesetze; den Besuch einer israelischen Friedensdelegation in den besetzten Gebieten. Und irgendwann zwischendurch demolieren ein israelischer Politiker und ein PLO-Offizieller ("Issam und Uri" - gut informierte AK-LeserInnen werden wissen, wer gemeint ist) ein Lokal in Wien; "früher" teilt der hier zitierte Programmzettel mit, "haben beide Bomben gelegt, heute haben sie nur zuviel getrunken."

Aufgeführt wird "Das Mandelbaumtor" von der 1981 gegründeten Berliner Compagnie, einer politischen Theatergruppe, die derzeit ihre 51. Tournee unternimmt. Gerhard Fries, Autor und auch einer der Darsteller des Stücks, schreibt zur Absicht der Gespräche mit in Berlin lebenden Palästinensern und Israelis, die Bestandteil der Entwicklung des Spiels waren: "Wir werden gemeinsam Geschichten suchen; Geschichten aus dem Leben unserer jüdischen und arabischen Gesprächspartner, aus ihrer Literatur, aus dem Leben ihrer Völker; Geschichten, in denen - fragmentarisch wie auch immer - die Ursachen des Palästinakonflikts und die Wunden, die er schlug, erfahrbar werden. Wir werden dem Leid der Palästinenser durch die israelische Besatzung nachgehen und dem Widerstand gegen diese Besatzung; aber wir werden auch die Ängste der Israelis vor Vernichtung und das daraus hervorgegangene Streben nach absoluter militärischer Sicherheit thematisieren. Wir werden unserer eigenen Geschichte begegnen: dem Holocaust und seiner ‚Wiedergutmachung` genauso wie dem Waffenexport in den Nahen Osten. Und wir werden nicht aufhören nach Geschichten zu suchen, in denen der Teufelskreis durchbrochen wurde, Geschichten, in denen Alternativen zu Besatzung und Krieg auftauchen; Geschichten, die zeigen, daß da und dort jemand über seinen Schatten sprang, wie da und dort unversöhnliche Positionen überwunden wurden, wie es Momente von Verständigung gab, wie sich Feindschaft in Freundschaft verwandelte."

"Das Mandelbaumtor" wird aufgeführt in Hamburg am 2.11, Lübeck 5.11., Lauf 7.11., Giengen 8.11., Fürth 9.11., Tübingen 10.11., Gießen 13.11., Wertheim 14.11., Koblenz 15.11., Dortmund 16.11., Lüdinghausen 17.11., Ahlen 18.11., Hanau 19.11., Stuhr 21.11., Herne 22.11., Mönchengladbach 24.11., Linz 5.12., Meschede 8.12., Sindelfingen 11.12., Bern (Schweiz) 12.12., Neuhofen 13.12., Calw 14.12. Nähere Informationen, auch über die noch freien Termine: Tourneeplanung Karin Fries, Tel. 089 / 129 86 24

38. Aus Sicht der Mehrheit

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:37

Die in AK 334 vorgestellte Regelung für die gemeinsame Herausgabe des ak durch die beiden aus dem KB hervorgegangenen Gruppen, Mehrheit und Minderheit (heute Gruppe K), tritt nach Versammlungen beider Gruppen in Kraft. Noch nicht verabschiedet worden ist ein gemeinsames Statut und ein Editorial. Um nicht allzu viel für viele Unverständliches aus dem inneren Streit breit zu treten, nur ein paar notwendige Einwände gegen die Erklärung der Gruppe K auf dieser Seite.

1. Die Mehrheit hat nicht darauf bestanden, den ak allein herzustellen. Nun war es schlichtweg so, daß am Ende des Streit innerhalb des KB diejenigen, die in den vergangenen zehn Jahren zum allergrößten Teil die Produktion getragen haben (beruflich im Verlag und in der ehrenamtlichen Tätigkeit), bei der Mehrheit waren, während sich die besseren Ideologen bei der Minderheit befanden. Da die Mehrheit der Minderheit nicht zutraute, das handwerkliche Machen der Zeitung zu gewährleisten, bestand sie auf Beibehaltung der Produktionsstruktur im Verlag.

2. Es hat keinen Streit um die Verwendung der Spendengelder gegeben. Es hat eine Blockade durch die Gruppe K gegeben. Die Vereinbarung lautete, daß über die Verwendung beide Gruppe einvernehmlich entscheiden. In ak 333 ist vorgerechnet worden, daß die Produktion und der Vertrieb des ak monatlich ca. 3000 DM mehr verschlingt als durch Einnahmen und Zuwendungen der Herausgebergruppen zusammenkommt. Diese Lücke muß, soweit dies reicht, durch Spendengelder gedeckt werden. Für den Monat August hat die Gruppe K die Zahlung dieser Gelder vom Spendenkonto blockiert, darüberhinaus auch ihren eigenen Anteil von DM 1000.- nicht gezahlt, so daß der Verlag und die Mehrheit die Gesamtproduktion vorfinanziert haben. Hierauf haben wir verwiesen und gefordert, daß die Deckung der errechneten Finanzierungslücke nicht jeden Monat neu verhandelt wird.

Auf dem Treffen der Mehrheit am 15.9. wurde die Erklärung der Gruppe K diskutiert und folgendermaßen beantwortet:

"1. Wir halten an der in ak 333 publizierten Vereinbarung inclusive Zusatzvereinbarung fest.

2. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Gruppe K jede Haftungsverpflichtung ablehnt. Wir erklären hierzu, daß eine gemeinsame und gleichberechtigte Herausgabe die Verantwortung für das Gesamtprojekt beinhaltet, was die finanzielle Verantwortlichkeit einschließt, dies sowohl in Hinsicht der Haftung als auch in Hinsicht der Rechnungsprüfung.

Wir bestehen nicht auf einer formellen Regelung dieser Frage, weisen jedoch darauf hin, daß wir von der gemeinsamen Verantwortung ausgehen und diese gegebenenfalls einklagen werden.

Wir halten an unserer Zusage fest, eine Unterdeckung bis in Höhe von DM 7500.- einseitig abzusichern. Im Fall eines Übersteigens dieser Summe müssen neue Vereinbarungen getroffen werden. Kommen diese nicht zustande, sehen wir die gemeinsame Herausgabe als aufgekündigt an.

3. Wir erwarten, daß die monatlich vereinbarte Zahlung von DM 1000.- der Gruppe K ohne Konditionen erfolgt.

4. Wir gehen davon aus, daß das ak-Spendenkonto bis in Höhe der errechneten Deckungslücke von DM 2750.-(1500.- gerechnet als regelmäßige Spenden, 1250.-, die sich aus der Minderzahlung der Gruppe K ergeben) monatlich ohne Absprache belastet werden kann.

5. Wir erwarten die Zahlung der GruppeK für die Monate August und September innerhalb dieser Woche. (D.h. bis zum 22.9. zur Drucklegung der Septemberausgabe des ak, Red.) Wir erwarten die Freigabe der Gelder vom Spendenkonto für beide Monate ebenfalls in dieser Woche."

Auf diesen Beschluß hin hat die Gruppe K angekündigt, ihren Anteil für die Monate August und September zu zahlen und alle weiteren Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Damit ist ein Zustand der Duldung ohne Billigung eingetraten. Es ist keine "rechtsfähige" Vertragsgrundlage, sondern ein modus vivendi, der nur solange halten kann wie die Zustände, für die jetzt keine Regelung gefunden wurde, nicht auftreten.

Für die Mehrheit he.

39. Hamburg: Freiheit für Ralf und Knud Verhaften - Beweise sind egal

Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak334/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:22

Am späten Nachmittag des 29. Juli werden in Pinneberg, einem kleinen Ort in der Nähe Hamburgs, zwei Männer von Zivilbullen des LKA Hamburg verhaftet. Seit mittlerweile sieben Wochen sitzen sie in Untersuchungshaft. Sie sind unschuldig. Nach und nach wird eine Geschichte bekannt, deren Motto nur sein kann: Was du vom Rechtsstaat schon immer gewußt hast, aber glaubtest, daß es doch nicht vorkommt.

Das Konstrukt, das für die Verhaftung von Ralf und Knud herhalten muß, sieht folgendermaßen aus:

Am frühen Nachmittag des 29.7. werden die beiden von mehreren Zivilfahndern der Staatsschutzabteilung des Hamburg LKA (LKA 331) beobachtet, als sie die "Rote Flora" (ein besetztes ehemaliges Theater, in dem vor Jahren einmal der Neubau einer Spielstätte für das Musical "Phantom der Oper" geplant war) im Hamburger Schanzenviertel verlassen. Vier Zivis heften sich an ihre Fersen, folgen den beiden weiter, als sie in ein Auto steigen und auf der Autobahn Richtung Pinneberg fahren. Mittlerweile sind die Verfolger auch bemerkt worden. In Pinneberg dann gehen Knud und Ralf Eis essen, spazieren in der Innenstadt, fahren weiter und stellen das Auto auf einem Parkplatz in der Nähe eines Wäldchens ab. Die Schnüffler immer hinterher.

Und nun soll etwas passiert sein, was kein vernünftiger Mensch glauben kann: Obwohl die beiden wußten, daß sie die Bullen im Schlepp hatten, sollen sie auf die Gleise einer nahegelegenen Eisenbahnstrecke geklettert sein und eine, vielleicht auch zwei Betonplatten daraufgelegt haben, "mit der Absicht, einen Unglücksfall herbeizuführen", wie es später im Haftbefehl heißen wird. Doch damit nicht genug: Die Fahnder des LKA hatten die beiden "Zielpersonen" nämlich just am Parkplatz aus den Augen verloren. Doch - oh Wunder - genau im Moment der "Tatausführung" finden sie sie wieder, beobachten sie aus fast 400 Meter Entfernung und haben im übrigen keinen Zweifel, daß es sich bei den Gestalten, die sie angeblich sehen, um Ralf und Knud handelt. Etwas später nehmen die LKAler die beiden fest.

Der Zug übrigens, der wenig später die Stelle passiert, zermalmt die Platte, die Polizei wird nur noch Brösel vorfinden. Schäden entstehen nicht. Dazu wird der Pressesprecher der Bundesbahn am 1.8. erklären, daß an dieser Stelle nicht nur oft "Gegenstände" (z.B. Steine) auf den Gleisen liegen, sondern auch, daß nur "geringe Gefahr" bestand.

Trotzdem lautet der Haftbefehl am 30.7. auf "gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr", eine Straftat, die immerhin mit mindestens einem Jahr Knast bestraft wird. Ralf und Knud bleiben nach der Vorführung vor dem Richter in U- Haft, weil angeblich Fluchtgefahr besteht; die Tatsache, daß ihnen massenhaft positive Zeugnisse von ihrem gesamten "sozialen Umfeld", ausgestellt werden, zählt nicht. Genausowenig wie ihre Erklärung, daß sie die "Tat" nicht begangen haben, gerade weil sie eine solche "Aktion" politisch prinzipiell ablehnen: "Eine Aktion, die irgendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken. Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch - schon deshalb gibt es für uns keinen Grund, etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein in die Geschichte von terroristischen Anschlägen wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat. Oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1973." (Aus der Erklärung von Ralf und Knud zum Haftprüfungstermin am 7.8.91)

Sieht mensch sich den weiteren Gang der Dinge an, dann bleiben nur zwei Schlußfolgerungen: Entweder sind genau in der Zeit, als Ralf und Knud in der Nähe waren, zwei andere Menschen von den Bullen beobachtet worden. Die Gelegenheit beim Schopf ergreifend, haben sie es dann den beiden in die Schuhe geschoben. Oder die Fahnder des LKA waren es gleich selber. Zeit genug hatten sie, und das erste Mal wär's auch nicht - siehe Celler Loch.

Das, was in den sieben Wochen, die die U-Haft andauert, von Seiten der Justiz (im Verein mit Polizei und Bahn) den AnwältInnen und der Öffentlichkeit geboten wird, gibt nur eine einzige Gewißheit: Die Aktion der Staatsschützer kann nicht geplant gewesen sein; wo sie nun aber einmal stattgefunden hat, wird sie hundertprozentig gedeckt. Es beginnt bei der Begründung des Haftbefehls: Die einzigen "Beweise" sind die Aussagen der LKAler, also von Leuten, die nicht nur gewissermaßen Beteiligte waren, sondern auch als

voreingenommen gelten müssen. Am "Tat"ort sind keine Spuren festgestellt worden (bis auf das Einsammeln einiger Betonbrösel), Kleidung, Schuhe, Hände von Ralf und Knud wurden nicht untersucht, unbeteiligte Zeugen nicht ermittelt (einige Wochen nach der Verhaftung stellte sich heraus, daß sich ein Zeuge bei der Polizei gemeldet hatte, sein Name wurde nicht notiert). Alles das, was unter "Kriminalistik" und "Ermittlung" verstanden wird, hat nicht stattgefunden.

Bei der Bewertung der Frage, ob tatsächlich für den Zug Gefahr bestanden hat, tauchen nur Widersprüchlichkeiten auf. Bei der Vorführung vor den Haftrichter lag eine Aussage des Lokführers vor, daß es nur der verminderten Geschwindigkeit der Lok (105 Kilometer statt 140, wie es fahrplanmäßig gewesen wäre) zu verdanken sei, daß nichts passiert ist. Der DB-Pressesprecher (siehe oben) hängt das Ganze viel tiefer und meint im übrigen, daß die Aussage des Lokführers ein ziemlicher Unsinn sei. Während des ersten Haftprüfungstermins am 7. August stellt ein Ingenieur der Bahn sogar fest, daß eine Entgleisungsgefahr weitgehend auszuschließen sei. Einige Wochen später erstellt derselbe Ingenieur auf Drängen der Staatsanwaltschaft ein zweites "Gutachten": Darin wird die Aussage des Lokführers bestritten, indem gesagt wird, daß eine höhere Geschwindigkeit des Zuges die Wahrscheinlichkeit einer Entgleisung herabsetzt.

Bleibt die Suche nach dem Motiv, um die sich die "Ermittlungs"behörden (laut Gesetz) auch zu kümmern hätten. Von Staatsanwaltschaft und in den "Ermittlungs"akten wird jeder politische Zusammenhang schlichtweg geleugnet, die beiden Gefangenen werden in die Ecke skrupelloser Krimineller gerückt. Ein Umstand, der BeobachterInnen ziemlich erstaunen muß: Schließlich fand die Verhaftung wenige Tage nach der brutalen Räumung des Parks der "Roten Flora" statt. Eine Aktion, die immerhin den Hamburger Innensenator zu der Bemerkung veranlaßte, daß es bei der Parkräumung darum gegangen sei, zu zeigen "wer im Schanzenviertel das Sagen hat"; in einer Situation also, die nicht nur einigen Wirbel in der Stadt auslöste, sondern vor allem durch massives und aggressives Auftreten von Bulleneinheiten in Uniform und Zivil gegen den Protest im Viertel gekennzeichnet war. Hinzu kommt, daß es Beamte der politischen Polizei waren, die an jenem Tag mit Ralf und Knud zwei von vielen beschattet haben, die sich am Protest gegen die Parkräumung beteiligt hatten. Hier drängt sich der politische Zusammenhang derartig auf, daß jedenfalls über die Motivation der Zivis kaum ein Zweifel bleiben kann.

Die Frage schließlich, warum die Zivilbullen des LKA überhaupt ihre Verfolgung aufgenommen haben und bei ihrer Fahndung sogar die Grenzen ihres Zuständigkeitsbereichs überschritten haben (Pinneberg liegt in Schleswig-Holstein), ist völlig ungeklärt. Darauf gibt es keine Antwort. Oder bestenfalls, daß die beiden eben "bekannt" gewesen seien ...

Alles in allem, so meint man, kann es gar nicht sein, daß Knud und Ralf überhaupt im Knast sitzen. Die Tatsache jedoch, daß sie dennoch drin sind - ungeachtet ihrer Unschuld und der offensichtlichen Widersprüchlichkeit und Haltlosigkeit des staatlichen Konstrukts - verschlägt einem die Sprache. Über die Beweggründe der Justiz kann deshalb nur spekuliert werden.

Zu vermuten ist, daß eine Freilassung schon deshalb nicht in Frage kommt, weil die persönliche Anwesenheit und Überzeugungskraft der beiden Beschuldigten den öffentlichen Druck auf ein eventuelles Gerichtsverfahren durchaus verstärken könnte. Eine Einstellung und möglicherweise zu zahlende Haftentschädigung aber wäre das Eingeständnis der Niederlage, das öffentliche Zugeben "ja, die beiden hatten Recht". Nichts aber vermeiden die Hüter von Recht, Gesetz und Ordnung mehr als das.

Eine Rolle mag schließlich die "Hoffnung" spielen, daß bekanntlich immer etwas hängenbleibt, die Möglichkeit also, den Protest gegen die Senatspolitik im Schanzenviertel zu diffamieren und zu spalten. Abgesehen davon sind jetzt etliche potentielle AktivistInnen gegen diese Politik mit Solidaritätsarbeit vollauf beschäftigt.

Im Zusammenhang des gesamten Verfahrens noch von Willkür zu sprechen, erscheint fast schon verharmlosend. Es sei dahingestellt, ob es berechtigt ist, von einer neuen Qualität der Repression zu sprechen. Festzustellen ist jedoch, daß in diesem Fall, anders als bei anderen bisher "gewohnten" politischen, z.B. 129a-Verfahren noch nicht einmal mehr die Meinung ausschlaggebend für eine strafrechtliche Verfolgung ist. Lediglich die Aussagen von zwei Bullen reichen der Justiz, um zwei Leute einfahren zu lassen. Damit dürfte nicht nur ein beachtlicher Einschüchterungseffekt bezweckt sein, denn in diesem Fall hätte es tatsächlich jedeN treffen können, die/der sich öfter mal in der "Roten Flora" blicken läßt oder dort politisch aktiv ist. Wenn

ein solches Verfahren Schule macht (und womöglich auch noch "erfolgreich" ist), dann ist es tatsächlich vorbei mit den sowieso schon kleinen Resten an "Rechtsstaatlichkeit" in diesem Land.

kla.

Schreibt den beiden:

Knud Andresen/Ralf Gauger

Amtsgericht Itzehoe, z.Hd. Fr. Peters

Bergstraße 5-7, 2210 Itzehoe

Die nächste Protestveranstaltung ist für den 28.9. in Hamburg geplant. Ein großes "Konstrukt" aus Betonplatten und Eisenbahnschwellen soll dem LKA vor die Füße geworfen werden. Mit dabei: Zivilfahnder, Mikros, Stadtpläne, Kameras etc.

Spendenkonto:

Kleiner Schäferkamp 46 a/b e.V.

Kontonr.: 306 65 204, Postgiroamt HH

BLZ: 20010020

"Versuchter Mord"

Für den 20.9. hatten die VerteidigerInnen von Ralf und Knud einen neuerlichen Haftprüfungstermin beantragt. Als bei einer Pressekonferenz am 18.9. die AnwältInnen befragt wurden, wie sie die Chancen einschätzen, daß die beiden nach diesem Termin frei kommen, da antworteten sie: nach allgemeinen juristischen Maßstäben müßten sie rauskommen. Bei diesem Verfahren aber könne mensch nichts mehr sagen ... Diese düstere Prognose wurde am letzten Freitag mehr als erfüllt: das Itzehoer Gericht "prüfte" Haftbefehl und Haftgründe - und sattelte drauf. Nicht nur, daß weiterhin Knast angeordnet wurde, nein, die Vorwürfe wurden erweitert. Nun heißt es zusätzlich, daß den beiden "versuchter Mord" vorgeworfen werden müsse.

Die "Begründung" bestätigt das bisherige Vorgehen der Justiz. Allen Anschuldigungen werden weiterhin die Aussagen der Bullen zugrundegelegt, hinzu kommt jedoch, daß behauptet wird, wer Betonplatten auf Schienen lege, der wisse, daß ein Zug entgleisen könne, der nehme "billigend" in Kauf, daß auch Menschen zu Tode (!) kommen könnten - also: versuchter Mord.

Um ehrlich zu sein: ein Kommentar fällt mir dazu nicht mehr ein ...

kla.

40. Das neue Deutschland löckt wider den alten Stachel

Ein Jahr deutsche Vereinigung

CD-Datei: daten/aksuche/ak334/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:32

Deutsche Außenpolitik und das Selbstbestimmungsrecht

Über den "Volkscharakter" von Slowenen:

"Ganz und gar unbalkanisch sind die Slowenen, ... fleißig, sparsam, ruhig, gehorsam, diszipliniert, fromm." "Slowenien ist Jugoslawiens Anteil an Mitteleuropa."

Über den "Volkscharakter" von Serben:

"Der Verkehrspolizist mit seinen Anordnungen ruft Unlustgefühle hervor. Aber wenn kein Polizist dasteht und die Autofahrer sich selbst überlassen sind, bricht leicht das Chaos aus ..."

aus: Johann Georg Reißmüller, Jugoslawien - Vielvölkerstaat zwischen Ost und West, 1971. (Der Autor ist heute Mitherausgeber der FAZ)

"Wo fängt der Balkan an?" "Das Land (Slowenien) will nicht zum Balkan zählen. Und es gehört auch nicht dorthin. Die Grenze zum Balkan liegt jenseits von Slowenien und dem nach Süden hin benachbarten Kroatien, dort wo einmal die Herrschaft der Türken endete und an den Herrschaftsbereich der Habsburger stieß. Wer aus Österreich Richtung Süden fährt, der merkt es kaum, daß er in Slowenien angekommen ist."

aus: FAZ, 20.8.1991

Das Vierte Reich Deutschland scheint außenpolitisch schneller näherzurücken, als nach Maueröffnung 1989 und Wiedervereinigung 1990 gedacht. Die ökonomische Hegemonialmacht Europas macht derzeit Riesenschritte, sich aus den Fesseln ihrer Vergangenheit zu lösen und auch politisch den Ton in Europa anzugeben. Der Verlierer zweier Weltkriege, Deutschland, ist zum Gewinner mutiert. Diejenigen Gewinner, die sich als Opfer des deutschen Überfalls als einzige in Europa aus eigener Kraft von Deutschland befreien mußten und konnten - die Sowjetunion und Jugoslawien -, sind nicht nur zu Verlierern, sondern zu Bittstellern beim einstigen Aggressor geworden.

"Im Zweiten Weltkrieg wurde Königsberg stark zerstört. Seit 1945 steht die Stadt unter sowjetischer Verwaltung", schrieb am 9. September 1991 die größte Hamburger Tageszeitung (Hamburger Abendblatt) auf Seite 1 über die "Lebensgeschichte" dieser Stadt. Niemand protestierte gegen diesen Grenzverstoß. Kennt da noch jemand den Wortlaut des Potsdamer Abkommens von 1945: "Die Konferenz hat grundsätzlich dem Vorschlag der sowjetischen Regierung betreffend die endgültige Übergabe der Stadt Königsberg ... zugestimmt." Früher hätte man solche Artikel wie den des "Abendblatt" Revanchismus genannt. Heute ist solcher Revanchismus Regierungspolitik und weckt zwar mancher-nichtdeutschen-orts Unbehagen, läßt sich aber anscheinend nur historisch und nicht aktuell mit deutschem Militarismus verbinden. Im Gegenteil: Die Debatte um Königsberg, das eigentlich noch Kaliningrad heißt, enthält auch die Variante, daß die Stadt und ein Teil Ostpreußens den Deutschen demnächst auf dem Silbertablett dargeboten werden könnten.

Die Ordnung von Jalta ist mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endgültig perdu. Mehr noch: "Im Zerfall Jugoslawiens verfallen auch Denkmäler der Versailler Friedenskunst" der Westalliierten, schreibt Günther Gillessen in der FAZ (12.9.91). In der Tat, die Nach-Erste-Weltkriegs-Ordnung beginnt wie die von Jalta aufzubrechen. Zunächst in Jugoslawien, aber auch im Konflikt zwischen Tschechen und Slowaken. Warum nicht also bald auch in Schlesien und im Sudetenland? Von Elsaß/Lothringen spricht niemand.

Sind wir wieder bei 1914 angelangt? Das deutsch-österreichische "Serbien muß sterbien" legt dies durchaus nahe. Das außenpolitische Konzept des größeren Deutschlands lehnt sich unverkennbar an die "Mitteleuropa-Konzeptionen" des deutschen Imperialismus an, der im Bündnis mit Österreich eine starken Block zur Beherrschung des Kontinents anstrebte. "Es kann als sicher gelten, daß Slowenien und Kroatien - nach errungener Selbständigkeit - politisch, wirtschaftlich und kulturell den Anschluß an das demokratische

und wirtschaftlich prosperierende Österreich (in absehbarer Zeit ein weiteres 'germanisches' Mitglied der EG, wie kompliziert auch sein Verhältnis zum großen deutschen Nachbarn sein mag) und über Deutschland suchen werde. Käme es dazu, würden sich die politischen Gewichte, die seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime im östlichen Europa ohnehin verschoben sind, noch weiter vom Westen in die Mitte Europas verlagern, als deren geopolitischen Schwerpunkt man in Paris das neue 'große' Deutschland sieht", drückt Günther Nonnenmacher in der FAZ (15.8.) Hoffnungen und Befürchtungen aus.

Geschichte wiederholt sich nicht einfach. Doch ist das Tempo der Veränderung und die Neubestimmung der deutschen Rolle dabei atemberaubend und läßt die einstigen deutschen Ziele im Gewande der demokratischen und zivilisierten Bundesrepublik Deutschland neu erstehen. Deutsche Politik scheint dabei die einzige zu sein, die - wie schon bei der Wiedervereinigung - die rasche Umwälzung der Verhältnisse zu nutzen versucht: "Gerade jetzt leben wir in einer der seltenen Phasen der Geschichte, in der durch kraftvolle Konzeption und Führung die Weichen zu langfristigen und segensreichen Entwicklungen gestellt werden können. Dies ist keine Zeit, um einen festgefahrenen Zustand bloß zu verwalten", so Richard von Weizsäcker im Juni 1991 (1).

Ein anderer Blick auf die jugoslawischen Differenzen

Im letzten AK hat D./Westberlin der deutschen Bundesregierung Zögerlichkeit innerhalb der EG im Fall Jugoslawien und der EG insgesamt Konfusion attestiert (2). "Fundamentalismus" zur Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und militärischer Intervention gegen Serbien sah er nur bei der FAZ angesiedelt, ansonsten müht er sich, die Differenzen innerhalb der EG herunterzuspielen. Dabei wirft gerade das deutsche Agieren in Europa gegen Jugoslawien ein Schlaglicht auf bundesdeutsche Ambitionen und verdeutlicht die Auswirkungen der wiedererrungenen Souveränität dieses Staates.

Die Ausgangslage war eine relativ einheitliche Sicht der europäischen Mächte auf den Niedergang des jugoslawischen Zentralstaats und dessen Aufbereitung für Westeuropa. Dabei hatte die Mehrheit der EG-Staaten das Interesse an einem kontrollierten Übergang des jugoslawischen Staates zum Kapitalismus unter Einschluß der ungleichzeitigen Entwicklung von reicheren und ärmeren Republiken. Der "Beute" waren sie sich auf jeden Fall sicher, das war nicht die Differenz innerhalb der EG-Staaten. Alle jugoslawischen Republiken, also auch Serbien, waren aufgrund des wirtschaftlichen Niedergangs - zeitlich versetzt zwar - zu der Überzeugung gelangt, daß der alte Zentralstaat nicht mehr aufrechtzuerhalten sein wird und ein neuer föderativer Bundesstaat (so Serbien) oder konföderativer Staatenbund (so Slowenien und Kroatien) gebildet werden müsse (3). Alle haben sich vom kommunistischen Jugoslawien verabschiedet und streben einen mehr oder weniger kontrollierten Übergang zur Marktwirtschaft an. Dem entsprachen auch die (verlustreichen) ökonomischen Versuche der Zentralregierung seit 1989, die Inflation zu stoppen und die Wirtschaft zu stabilisieren. Doch konnte dies nach Wegfall des RGW dem jugoslawischen Staat so wenig gelingen, wie anderen realsozialistischen Staaten. Der ökonomische Zerfall des bei IWF und Weltbank hochverschuldeten Jugoslawien war unvermeidlich. In dieser Situation wurde der Nationalismus jeglicher Couleur zum Vehikel für unterschiedliche machtpolitische Ambitionen. Liest man hierzulande überwiegend vom verderblichen großserbischen Chauvinismus, dem der gute slowenische und kroatische entgegenstehen, wird dabei der diesen Nationalismen zugrundeliegende ökonomische Konflikt verdeckt: das Gefälle zwischen dem "reichen" jugoslawischen Norden und dem armen Süden, das zu beheben der titoistische Zentralstaat sich immerhin (vergeblich) zum Ziel gesetzt hatte. Es ist angesichts seiner stärkeren ökonomischen Stellung natürlich kein Zufall, daß die Sezessionsbewegung in Slowenien ihren Ausgang nahm. 9% der jugoslawischen Bevölkerung erwirtschafteten im industriell am höchsten entwickelten Norden 19% des Bruttosozialprodukts und 20% der Industrieproduktion. Die Slowenen verdienten doppelt soviel, wie der jugoslawische Durchschnitt, im Verhältnis 7,5:1 sogar zum Verdienst im armen Kosovo. Slowenien, das traditionell den jugoslawischen Westhandel abwickelte, ist allerdings, wie eine Studie der Deutschen Bank ausweist, noch in stärkerem Maße vom jugoslawischen Binnenmarkt abhängig, als von westlichen Märkten. Eine Lostrennung Sloweniens hätte daher, so die Deutsche Bank, einen Einbruch des Sozialprodukts von 15-20% zur Folge. Die Republik wäre bei Lostrennung auf schnelle westliche Anerkennung und sofortige Anschubfinanzierung durch Westkredite angewiesen (4). Die meisten Beobachter der jugoslawischen Situation gehen daher davon aus, daß Slowenien als eigener Nationalstaat gar nicht lebensfähig wäre, sondern nur innerhalb eines neugestalteten jugoslawischen Staatenbunds oder gar als Bundesland Österreichs. In noch viel stärkerem Maße gilt die Nichtfähigkeit zu einem eigenen Staat für Kroatien.

Umgekehrt würde die Lostrennung der beiden nördlichen Republiken die übrigen ökonomisch noch erheblicher treffen. Es beschreibt daher die jugoslawische Problemlage nicht hinreichend, wenn man, wie Kt. im letzten AK (5), die "Welle großserbischen Chauvinismus" seit 1987 als verantwortlich für die Lostrennung erklärt, zumal diese, wie Kt. selber schreibt, nicht Slowenien und Kroatien direkt traf. Auch der Verweis, daß "aus Serbien der stärkste Widerstand gegen eine politische Liberalisierung" kam, bleibt auf der Erscheinungsebene stehen (im übrigen die gleiche Erscheinung wie in der UdSSR, wo die natio- nalistische Demokratisierungsbewegung im wirtschaftlich stärkeren Baltikum in eine Lostrennungsbewegung überging). Die Lostrennung in schwieriger ökonomischer Lage wird dabei zum Katalysator ökonomischen und politischen Zerfalls. Und in der Regel reagiert der vom Zerfall bedrohte Zentralstaat seinerseits mit nationalistischer Mobilisierung und Einsatz seiner Gewaltmittel.

Nationalismus und Selbstbestimmung

Die Sezessionsbewegung Sloweniens und Kroatiens, die nicht - und das unterscheidet die Republiken von der Situation der Albaner im Kosovo - aufgrund der Unterdrückung von Slowenen und Kroaten durch Serben erfolgte, wie Ethnonationalisten aller Couleur weismachen wollen, mußte daher zu Lasten der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der verbliebenen Republiken und zentralstaatlicher Versuche, das Nord-Süd-Gefälle auszugleichen, also zu Lasten der ärmeren Südrepubliken gehen. Ist diese Entwicklung aber erst einmal losgetreten, ist die totale Desintegration nicht mehr aufzuhalten und der Nationalismus entdeckt auf einmal die absurdesten, ältesten Wurzeln und Mythen, um sich anderen Staaten anzuschließen oder einen eigenen zu begründen. Deren schlimmste Form ist die Entdeckung des Völkischen, das die Nation ethnisch begründen und eingrenzen sowie territorial abstecken bzw. ausweiten soll und das zugleich die Ausgrenzung anderer Ethnien legitimiert. Solcherart Sezession hat mit fortschrittlicher Abtrennung von Unterdrückung überhaupt nichts zu tun, sondern schürt geradezu den Völkerhaß und den Rückfall in die Barbarei, auch wenn sie sich westlich orientiert, und wie im Fall des kroatischen Präsidenten und Le Pen-Freundes Franjo Tudjman mittlerweile so klug ist, die eigene Ustascha-Nähe zugunsten der Imagepflege eines an parlamentarischer Demokratie westlicher Machart orientierten Demokraten zurückzustellen.

Damit ist nicht ein positives Wort über serbischen Nationalismus und faschistoide Cetniks gesagt, der genauso funktioniert und im Prozeß des Zerfalls auf Erhalt bzw. Ausweitung des eigenen Machtbereichs orientiert. Er bildet seine eigene "nationale Identität" durch territoriale Eingrenzung und Ausdehnung sowie völkische Ausgrenzung. Daß dabei die Zentralmacht als vom Zerfall bedrohte gar nicht Motor der von Kt. angesprochenen Liberalisierung sein kann, sondern Bremser sein muß, liegt auf der Hand. Auch das Beispiel der sowjetischen Glasnost von oben belegt dies in ihrem Scheitern.

Das westliche Agieren gegenüber Jugoslawien und auch gegenüber der zerfallenden Sowjetunion kann nicht einfach, wie Kt. dies schreibt, mit "naturgemäßer Sympathie" für die Zentralregierungen beschrieben werden. Sympathie für Zentralregierungen gibt es so wenig pauschal, wie dem Westen die Regierungsform bürgerliche Demokratie oder Diktatur oder - wie möglicherweise demnächst in Polen, eventuell sogar in Rußland - Präsidialdiktatur außer in der Propaganda eine heilige Kuh ist. Solange die Zentralregierungen der Unionen den ökonomisch und politisch überlegenen Westmächten als bessere Garantie für die kapitalistische Entwicklung erscheinen, so lange werden sie die Zentralregierung stützen. Insofern genoß Gorbatschow bis zum nicht mehr aufzuhaltenden Zerfall der Zentralmacht eindeutig westliche Sympathien. Danach mußte und wird die Politik neu bestimmt werden. Zudem gab und gibt es machtpolitische Gründe, insbesondere vom Mißtrauen gegen Deutschland geleitete, die für die zunächst dominante Haltung der Westmächte für den jugoslawischen Zentralstaat und dessen sukzessiver Destabilisierung sprechen - doch dazu später.

Mittlerweile hat der Westen ein Steuerungsinstrumentarium über Wirtschaftsgemeinschaft und zentrale Finanzinstitutionen/Kreditvergabe entwickelt, das geeignet scheint, eine ungleiche wirtschaftliche Entwicklung zerfallender Zentralstaaten zu verarbeiten. Wie das geschehen könnte, zeigt eine Studie der Deutschen Bank über die Wirtschaftskraft der Sowjetrepubliken. Sechs von ihnen, die drei baltischen, die Ukraine, die Russische Föderation und Georgien gelten dabei als "wirtschaftlich stark", fünf weitere als "wirtschaftlich mäßig stark", während die vier mittelasiatischen Republiken unter "wirtschaftlich schwach" abgehakt werden. Auf einer Punkteskala von 1 bis 10 werden zwölf Kriterien aufgeführt, die hierfür maßgeblich sind. Dabei schneidet die Ukraine vor den baltischen Republiken am besten ab. Jeweils 10 Punkte erhalten die Westfavoriten Lettland, Estland und Litauen für ihren Industriealisierungsgrad, Infrastruktur und - man beachte - "Europanähe" sowie "marktwirtschaftliche Mentalität" (die bei den Asiaten mit gerade einer 1 am niedrigsten

bewertet wird). Das reichte, um ihren Lostrennungsprozeß zu befördern, ihnen Anerkennung zu versprechen (was mittlerweile geschehen ist) und EG-Assoziierungsverträge in Aussicht zu stellen. Das vielstrapazierte Recht auf Selbstbestimmung und Lostrennung hat daher vor allem etwas mit Chancen und Möglichkeiten der Hinwendung zu tun. Muß man Prophet sein, um über kurz das mit deutscher Geschichte begründete Winken auf Anerkennung gegenüber der Ukraine anzunehmen? Die EG hat mittlerweile das Instrumentarium geschaffen, das "Selbstbestimmungsrecht" der osteuropäischen Völker zu dirigieren bzw. an der langen Leine zu halten. Mitgliedschaft ist das höchste Kriterium, das noch lange nicht allen winkt. Mühsam robben sich derzeit Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei an die Assoziierung heran, während die ökonomisch schwächeren Bulgarien und Rumänien noch auf der Wartebank von "Sondierungsgesprächen" sitzen. Angesichts einer in den letzten zwei Jahren von 80 auf 200 Milliarden Dollar gestiegenen Auslandsverschuldung der ehemaligen RGW-Staaten befinden sich diese vollständig in der Hand der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank (6).

Schließlich muß der stromlinienförmig ausgerichteten deutschen Hetzpropaganda gegen Serbien und der Entstellung des jugoslawischen Konflikts als einseitige Aggression der serbischen Zentrale gegen selbstbestimmungswillige Republiken widersprochen werden. Nicht um die realen Untaten serbischer und jugoslawischer Militärs zu entschulden, sondern um darauf hinzuweisen, daß die nationalen Bewegungen der Sezessionisten nicht minder brutal und nationalistisch agieren, als dieses in den Reihen der jugoslawischen BRD-Feinde der Fall ist. Die Kämpfe in der stark von Serben bewohnten kroatischen Region Krajina z.B. gehen zurück auf deren Antwort auf die kroatische Lostrennung und die Ankündigung, ihnen künftig keine gleichen Rechte zu gewähren. Die dortigen Serben haben das Gebiet für autonom erklärt, die Verwaltung übernommen und angekündigt, die Lostrennung von Jugoslawien nicht mitzumachen. Vergegenwärtigt man sich, daß die Krajina Schauplatz blutigster faschistischer Massaker der Ustascha und blutigen Gegenterrors war, so dürfte serbische Empfindlichkeit angesichts der Lostrennung und ihrer nationalkroatischen Begleiterscheinungen, der Rückgriff auf die alten, auch von der Ustascha benutzten kroatischen Nationalsymbole, nicht einfach beiseitegefegt werden. Sie erinnern an den Völkermord, der wirklich stattgefunden hat, und nicht an den, den FAZ-Reißmüller jeden Tag aufs Neue beschwört, um endlich die ersehnte Invasion zu bekommen, den Serben den Garaus zu machen. Wer aber hat nun mehr Rechte? Das die Föderation fliehende Kroatien würde durch die Krajina geteilt und seiner wichtigsten Nord-Süd-Verbindung - Eisenbahn und Straße - beraubt. Die Serben verweisen nicht einmal zu Unrecht auf den Charakter zahlreicher Republiksgrenzen als Verwaltungsgrenzen, wie Milovan Djilas, der 1945 an der kroatischen Grenzziehung beteiligt war, bestätigt hat (7). Dieses Argument wird auch nicht dadurch entkräftet, daß Milosevic und andere ihrerseits genauso selektiv ethnische und machtpolitisch Grenzen in südlichen Teilen Jugoslawiens und im Kosovo ziehen, um ihren Machtbereich zu sichern. Es verweist nur auf die Unhaltbarkeit und Parteilichkeit, die mit der prokroatischen Elle vom einfachen Selbstbestimmungsrecht der Völker verbunden ist, zumal Tudjmans Partei, die Kroatische Demokratische Gemeinschaft (englisch CDU), mit Bildern des Ustascha-Führers Ante Pavelic vor einem großkroatischen Reich bis östlich von Sarajewo großserbischen Reichsträumen in Nichts nachsteht.

Es wäre fatal für linke Politik, dieser nationalistischen Konfliktlogik, die mit Sicherheit fast alle folgenden Konflikte in Osteuropa und der zerfallenden Sowjetunion prägen wird, mit der Formel bürgerlichen Rechts von der Selbstbestimmung oder dem Recht auf Lostrennung zu übernehmen.

Deutsch und "uneuropäisch"

Damit wären wir wieder bei Slowenien und Kroatien. Insbesondere das wirtschaftsstarke Slowenien konnte für seine Ambition auf Lostrennung von Jugoslawien bei einem Teil der EG "Zuwendung" erwarten. Dafür bot sich Deutschland an, wo ein Teil der herrschenden Eliten ganz offenkundig einen neuen, machtpolitisch begründeten Ostgürtel aufzubauen gedenkt. Der eingangs zitierte FAZ- Herausgeber Reißmüller hat diesen in faschistischem Stil rassisch und geographisch eingeengt: Isoliert werden müßten die "serbischen Jugo-Kommunisten", denen "das Aufrechterhalten des uneuropäischen Jugo-Staates Lebensinhalt ist". Neben Anerkennung müßte "eine Streitmacht" nach Jugoslawien geschickt werden. Darin sei man sich mit Paris einig. Doch Paris wollte "damit Jugoslawien retten. Aber Jugoslawien ist nicht bewahrenswert. Bewahrt werden müssen das kroatische Volk und Land." (8)

Was aber hat der FAZ-"Fundamentalist" mit seiner "uneuropäischen" Ausgrenzung mit der deutschen Politik zu tun? Nun, so viel, daß Kohl und Genscher bei ihren von politischer Rücksichtnahme auf Verbündete geleiteten

Beschwichtigungen gegen allzu forsches deutsches Vorpreschen schon einmal die deutsche "öffentliche Meinung" und die "innenpolitische Stimmung" (Kohl am 16.9.) beschwören, die sie unter Druck setze. Und die ist in der Tat auffälliges Symptom des neuen nationalen Konsenses von Medien und Parteien im wiedervereinigten Deutschland. Nahezu sämtliche Medien übernehmen seit Monaten widerspruchslos die Darstellungen von serbischer oder großserbischer Aggression, vom heldenhaften slowenischen oder kroatischen Volk und lullen - inhaltlich freiwillig gleichgeschaltet - mit immer den gleichen Meldungen aus immer den gleichen kroatischen Quellen ein. Von FAZ bis TAZ wird immer heftiger eingeklagt, daß die EG endlich nicht mehr nur reden, sondern (militärisch) handeln müsse. Von CSU bis Grünen wird die Bundesregierung gedrängt, Slowenien und Kroatien schleunigst anzuerkennen. Delegationen von SPD (die 68er Gansel und Voigt) und des Bundesvorstandes der Grünen reichen sich die Klinken zu den Pforten der "Freiheitskämpfer" in Slowenien und Kroatien in die Hand und lassen sich dafür in der FAZ feiern. Und auch die PDS mag am Katzentisch derjenigen, die die Veränderung des osteuropäischen "status quo" als Selbstbestimmungsrecht feiern (9), nicht fehlen. Selten zuvor handelte die Bundesregierung - oberflächlich betrachtet - unter dem Druck aller, also auch der sie tragenden, Parteien und der Opposition sowie der Medien vorsichtiger, als diese drängen. Selten zuvor ist so unisono deutsch-national die Führungsrolle der BRD in Europa eingeklagt worden.

Der "antideutsche Sturmlauf" der 40.000 in Belgrad Mitte September ist den wohlinformierten Desinformanten des "Spiegel" (16.9.) Beleg für den "Informationsrückstand" der Jugoslawen. "Eine Welle von Anti-Germanismus fegt durch Rumpf-Jugoslawien, wie es ihn seit Kriegsende nicht mehr gegeben hat." Gründe? Keine relevanten, außer deutscher Anti-Serbien-Hetze, deren gravierendste ein von "kroatischen Nationalisten aufgenommener" ("Spiegel"), gefälschter Hetzfilm des ZDF war, der serbische Massaker beweisen sollte und Anlaß für die Belgrader Massenproteste war. Zu recht wurde das ZDF-Vorgehen mit Goebbels-Propaganda verglichen. Lapidare "Spiegel"-Anmerkung zur Umfälschung serbischer Toter in Opfer angeblicher serbischer Massaker: "Keine Frage im übrigen, daß Grausamkeiten auch auf kroatischer Seite passieren." Antideutsche Proteste blieben nicht auf Jugoslawien beschränkt. In Spanien registriert die FAZ (19.9.) eine "antideutsche Kampagne". Offenkundig, schreibt die spanische Tageszeitung "El Pais", befinde sich die deutsche Außenpolitik "in den Händen von Politikern, die noch unter dem Zwergwuchs litten", den sie im Kalten Krieg hätten zeigen müssen (zitiert in FAZ, 12.9.). In der niederländischen Presse wird vor "Germanoslavia" gewarnt. Proteste auch in Großbritannien, Frankreich und den USA.

Der Grund ist nicht hergesucht. Deutsche Außenpolitik hat ständig den jugoslawischen Konflikt verschärft und den Krieg von Serben gegen Slowenen und Kroaten bzw. umgekehrt angeheizt, indem sie den beiden letzteren die Hoffnung machte, daß ihre Anerkennung bevorstehe und damit bewaffneter Schutz gegen Serben und jugoslawische Armee. Die serbische Politik, so Franjo Tudjman in einem Interview Anfang August, müsse nachgeben, "weil sie mit der Entschlossenheit der kroatischen Verteidigung konfrontiert ist und mit dem Engagement der Europäischen Gemeinschaft, wobei ich besonders die Rolle Deutschlands hervorheben möchte ... insbesondere die von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher. Wir werden in den nächsten Tagen auch versuchen, den Krisenapparat der KSZE einzuschalten, in dem Außenminister Genscher die führende Rolle innehat", fügte er mit Hoffnung auf "eine Friedenskonferenz oder Friedenstruppen" hinzu (10).

Das deutsche und österreichische Spiel mit dem Feuer auf dem Balkan scheint zunächst etwas abgebremst. Die USA haben Genschers Vorstoß für einen ständigen Sicherheitsrat der KSZE abgeblockt. Die Tatsache, daß bislang außer Deutschland nur Österreich und Ungarn sich zum Alleingang bei der Anerkennung Kroatiens und Sloweniens bereiterklärten, hielt Kohl für unzureichend, da "Deutschland zusammen mit solchen Partnern handeln (müsse), die im Blick auf die Geschichte nicht nicht im Verdacht einer besonderen Nähe zu den Deutschen und ihrer Vergangenheit stünden"(!), berichtet die FAZ (19.9.) von einer Debatte im Bundeskabinett. Bezeichnend für das, was deutsch-national innenpolitisch anrichten kann, die Situation in Österreich, dessen Regierung sich frühzeitig öffentlich für Anerkennung eingesetzt hatte. Mit Rücksicht auf die Mehrheit in der EG hatte die österreichische Regierung, die sich gerade um den Beitritt zur EG bemüht, ihr Ansinnen zurückgestellt. Stattdessen preschten die österreichischen Grünen mit einem Anerkennungsantrag vor, der nur von der rechtsextremen FPÖ (Haider-Partei) unterstützt wurde. Die ÖVP und die SPÖ stimmten aus Gründen der Staatsraison dagegen.

Der Versuch eines "deutschen Sonderwegs"

Gibt es einen "deutschen Sonderweg" in Bezug auf Jugoslawien oder handelt es sich nur um Feindpropaganda der Verbündeten? Deutschland hat frühzeitig auf Slowenien und Kroatien gesetzt und statt zu vermitteln oder zu schlichten, wie es die Hauptlinie der EG-Intervention war, Partei ergriffen und den Konflikt dadurch bewußt angeheizt. Angefeuert durch die Kriegstreiber im Ausrichtungsorgan FAZ wurde alles getan, um den Fakt der militärischen Auseinandersetzung unumkehrbar zu machen, eine jugoslawische Lösung zu verhindern. Die Präsidenten der Sezessionsrepubliken wurden in Bonn empfangen. Frühzeitig wurde ein Wirtschaftsboykott gegen Jugoslawien verhängt und Kroatien und Slowenien unterstützt. Am 27.8. enthüllt die FAZ in ihrem Wirtschaftsteil: "Die Bundesregierung hat schon vor Eskalation der Krise in Jugoslawien die Möglichkeit von Exporten dorthin erheblich eingeschränkt. Das ist durch eine interne Anweisung des Wirtschaftsministeriums an das Bundesamt für Wirtschaft als Genehmigungbehörde für Ausfuhren geschehen ... Die Anweisung will das Wirtschaftsministerium jedoch nicht so verstanden wissen, als habe die Bundesregierung bereits im Alleingang Sanktionen beschlossen, die sich gegen Serbien und die Belgrader Zentralregierung richten." Damit erst recht keine Mißverständnisse aufkommen, wird auch noch erwähnt, daß es wirtschaftliche Kontakte lediglich noch mit Kroatien und Slowenien gebe. Während Ende Juli die Bürgschaftsvergabe für Jugoslawien gesperrt wurde, sind Mitte August unter Umgehung der Vergaberichtlinien und außenpolitischer Hemmnisse, also trotz Nichtanerkennung Hermes-Bürgschaften mit Trick an Slowenien und Kroatien vergeben worden, indem die Zentralbanken der beiden Republiken statt der jugoslawischen die Ausfallgarantien abgegeben haben (FAZ, 17.8.91).

Zur Entwicklung massiven deutschen Lostrennungsdrucks einige Fakten und Indizien:

- Am 20. April dieses Jahres - also vor dem Ausrücken jugoslawischer Truppen aus den Kasernen - besucht auf Einladung des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags der Slowenische Präsident Kucan die BRD, um über die Lage in Jugoslawien zu referieren. Anschließend ist er in Baden-Württemberg, um sich Finanzzusagen zu holen. Ergebnisse sind uns nicht bekannt. (FAZ, 19.4.91)

- Am 30. Juni wird aus Slowenien die Bitte an die Bundesregierung gerichtet, Beobachter nach Slowenien zu entsenden. Genscher gibt diese Bitte an die EG weiter. Aus der BRD reisen die SPD-Politiker Gansel und Voigt nach Ljubljana und Zagreb.

- Genscher droht am 3. Juli im Fernsehen mit der Vergangenheit: "Deutschland wird sich nicht übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Minderheitenrechte zu wahren." (zitiert in FAZ, 4.7.91)

- 3. Juli: CDU-Generalsekretär Rühe fordert die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens durch die EG sowie neue "Sicherheitsstrukturen unter deutscher Beteiligung". (TAZ, 4.7.)

- 4. Juli: Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Stercken (CDU), berichtet: Er "bewertet es als Erfolg, Genscher zum Einschwenken auf die Bereitschaft bewogen zu haben, nicht mehr unter allen Umständen die deutsche Außenpolitik vom gemeinsamen Vorgehen aller EG-Partner abhängig zu machen. Zwar ziehe Bonn ein einheitliches Verhalten vor, weil sonst kaum eine gemeinsame europäische Außenpolitik und das Vorhaben einer Politischen Union glaubhaft gemacht werden könnten; Deutschland werde sich aber notfalls auch zu einer Anerkennung Sloweniens und Kroatiens ohne ein Mitziehen der anderen entschließen. Die Fraktionen des Bundestags und der Auswärtige Ausschuß hätten in Übereinstimmung der Unionsparteien mit den SPD-Außenpolitikern den Wandel bei Genscher bewirkt." (FAZ, 5.7.91)

- 8. Juli: Die EG-Troika aus den von der deutschen Politik bekämpften Außenministern Italiens, Luxemburgs und der Niederlande erwirkt im Abkommen von Brioni den Rückzug jugoslawischer Truppen in Slowenien in die Kasernen. Der BRD-Alleingang ist zunächst gestoppt.

- 18. Juli: Kohl und Genscher empfangen demonstrativ (und als einzige EG- Chefs) den kroatischen Präsidenten Tudjman in Bonn, können ihm aber keine Versprechung auf unmittelbare Anerkennung machen.

- Der jugoslawische frühere Minister unter Tito und "Dissident" Milovan Djilas warnt: "Die Anerkennung der Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien durch Deutschland, Österreich oder andere Staaten wird direkt zu einem Bürgerkrieg in Jugoslawien führen." ("Spiegel", 22.7.91)

- 31. Juli: Erneut fordert CDU-General Rühe eine "Friedenstruppe", "wenn die Beteiligten dies ausdrücklich wünschen".

- Der außenpolitische CDU-Sprecher Lamers fordert "europäische Blauhelme" mit Einverständnis Jugoslawiens. Sie sollten "unter Einbindung deutscher Streitkräfte in die europäische Struktur der Gemeinschaft bzw. der WEU" aufgestellt werden. Verweigere Jugoslawien sich, bleibe nur die Anerkennung der beiden Republiken, "um die völkerrechtliche Voraussetzungen für eine solche friedensbewahrende Mission zu schaffen" (FAZ, 1.8.91).

- 4. August: Außenminister Genscher wirbt bei den EG-Partnern: "Die Schaffung von KSZE-Blauhelm-Einheiten könnte die Handlungsfähigkeit weiter erhöhen; die WEU könnte den Kern solcher Einheiten bilden." (FAZ, 5.8.91)

- Solange der militärische Druck zum Schutz Kroatiens nicht gewährleistet sei, wolle Bonn nicht im Alleingang anerkennen, so Genscher.

- 7. August: Nachdem Genscher auf dem Den Haager Außenministertreffen mit der Anerkennung abgeblitzt ist, kündigt Kohl aus seinem Urlaub am unvermeidlichen Wolfgangsee "Gespräche über die Anerkennung" an.

- Genscher gibt die Bildung einer "interministeriellen Arbeitsgruppe" bekannt, die "deutsche Maßnahmen, also nicht solche, die im Rahmen der EG zu ergreifen sind" beraten solle, "so daß wir das volle Instrumentarium zur Verfügung haben, wenn, was ich nicht hoffe, unsere Ziele sich nicht durchsetzen lassen" (FAZ, 8.8.91).

- 1. September: Frankreich kündigt die Aufstellung seiner modernisierten nuklearen Kurzstreckenraketen (Hades) mit deutscher Reichweite an (deren "Einlagerung" mittlerweile bekanntgegeben wurde).

- 7. September: Auf der Haager Friedenskonferenz scheitert der deutsche Vorstoß nach Anerkennung. Die EG beschließt, den Briten Lord Carrington als Vermittler nach Jugoslawien zu senden.

- 11. September: Vor der KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau präzisiert Genscher seine Idee eines "europäischen Sicherheitsrats". Er soll sich im Falle festgestellter Rechtsverletzungen auch gegen den Willen eines Teilnehmerstaats in dessen innere Angelegenheiten einmischen können.

- 15. September: Innerhalb der EG eskaliert der Streik. Der im Kreuzfeuer deutscher Kritik stehende niederländische Außenminister Van den Broek (dessen ",jugoslawischer Integralismus' mit den Vereinigten Staaten abgestimmt" sei, wie Viktor Meyer in der FAZ vom 16.9. vermutet), gibt die Vorwürfe zurück: die deutsche Anerkennungsdiplomatie sei für die Eskalation der Kämpfe verantwortlich.

- Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert erneut die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens.

- 17. September: Erneut werden die deutschen Pläne durch einen erfolgreichen EG-Vermittlungsversuch Carringtons und eine (labile) Waffenstillstandsvereinbarung gestört, die Hoffnung auf eine friedliche Regelung weckt.

- 19. September: Kohl und Mitterand vereinbaren ein 10-Punkte-Programm zur "Beilegung des Konflikts in Jugoslawien", das einen weiteren Rückzug für das deutsche Vorpreschen bedeutet. Die dort im Einverständnis aller Beteiligten vorgeschlagene "Puffertruppe" soll - anders als der BRD-Wunsch - die Kämpfenden auseinanderhalten und nicht Partei für Kroatien und Slowenien ergreifen. Neben der Wiederholung der KSZE-Grundsätze für Selbstbestimmung heißt es u.a. in Punkt 9, daß die Vereinbarung mit Selbstbestimmung und Schutz der Minderheiten "Perspektiven für eine friedliche Zukunft für Jugoslawien" eröffne.

Damit ist der deutsche Vorwärtsdrang zwar gebremst, dürfte aber - was wahrscheinlich ist - bei erneutem Aufflammen der Kämpfe und Aussichtslosigkeit einer friedlichen Einigung schnell wieder hervortreten.

Entfesselte Souveränität

Außenminister Genscher will offenkundig zum Ende seiner Amtszeit als großer Deutscher in die Geschichte eingehen. Er hat den Wechsel deutscher Politik zum dominanten politischen und demnächst auch militärischen Faktor in Europa nach der Wiedervereinigung eingeleitet. Die EG, so der deutsche Außenminister, sei "nach der Grundphilosophie der Römischen Verträge und auch dem Namen nach nicht eine 'westeuropäische', sondern eine 'europäische' Gemeinschaft". Das vereinigte Deutschland macht allen übrigen Staaten "ein

europäisches Angebot im Bewußtsein der historischen Bedeutung, die in dieser Offerte liegt." (11) Das bedeutet nach Genscher: den Ausbau der Politischen Union der EG mit der WEU als militärischem Arm der westeuropäischen Mächte und die Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der EG. In Genschers Sicherheitsarchitektur wäre damit die Bundesrepublik künftig international gestärkt durch Aufnahme in den Sicherheitsrat der UNO und die Vertretung in der NATO. Die KSZE würde zur "europäischen UNO", die EG zu ihrem Entscheidungszentrum und die WEU (deren neun Mitglieder alle der EG und - Frankreich eingeschränkt - der NATO angehören) zur "europäischen NATO", die sich dem amerikanischen Oberbefehl entzöge.

Genscher versteht die deutsche Zurückhaltung im Golfkrieg nicht als "schlechtes" Beispiel deutscher Politik, demgegenüber das deutsche Jugoslawien-Engagement als "positives Beispiel" dastehe. Wörtlich: "Daß Deutschland (im Golfkrieg) nicht ambitiöser war, daß es seine Verfassung nicht gebrochen hat, ist nicht eine Politik des schlechten Beispiels gewesen. Und daß wir zu keiner Zeit vergessen haben, daß wir unsere volle Souveränität erst durch Ratifizierung des Zwei-plus-vier-Vertrages im Obersten Sowjet und die Überreichung der Ratifizierungsurkunde am 15. März 1991 wiedererlangten, sollte gerade in diesem Zusammenhang erwähnt werden - ich habe Anlaß zu dieser Feststellung." (11) Das kann nur so interpretiert werden, daß jetzt nach und nach deutsche Hemmnisse abgelegt werden und die Verfassungsänderung für militärische Einsätze deutscher Soldaten forciert wird.

Seit der Wiedervereinigung gehörte die Wiederherstellung voller staatlicher Souveränität Deutschlands zum wichtigsten Anliegen der Bundesregierung. Das schnelle Zupacken zur Herstellung der deutschen Einheit nach dem Fall der Mauer war eindeutig politisch motiviert und beugte sich keinerlei wirtschafts- und währungspolitischen Vernunft schrittweiser Anpassungen. Der Westen konnte sich dem Wunsch "Wir sind ein Volk" nicht real entgegenstellen, dem Osten mußte er abgekauft werden. Der deutsche Preis war hoch, aber bezahlbar - angesichts des Zerfalls der Sowjetunion aus deutscher Sicht aber wohl eher zu hoch: Ungarn erkaufte sich deutsche Gunst, die Option auf EG-Anschluß und mehr Lobpreisungen für "Zivilcourage" als finanzielle Unterstützung für seine Öffnung der Grenzen gegenüber DDR-Flüchtlingen. Die Sowjetunion, so handelten die Männerfreunde Mischa und Helmut aus, erhielt keineswegs hinterhergeworfene Kredite (die die SU in der Schuld deutscher Banken halten) und Wohnungsbaufinanzierung für den Truppenabzug, die über Bauaufträge zur Hälfte an deutsche Firmen fließt. Polen schließlich erhielt im deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag (im Juni 1991 unterzeichnet, vom polnischen Parlament noch nicht ratifiziert) die Versicherung der Oder-Neiße- Grenze, die - das sei hier hypothetisch behauptet - ohne die Priorität Wiedervereinigung nicht anerkannt worden wäre. So wie der ganze Chor mit sich selbst und Deutschland Zufriedener am Tag des sowjetischen Staatsstreichs erlöst aufatmete, daß derselbe doch bewiesen habe, wie richtig das schnelle Zupacken Kohls gewesen sei (Matthias Geis in der TAZ: "Mit dem Sturz Gorbatschows hat die bundesdeutsche Einigungspolitik ihre letzte dramatische Bestätigung erfahren", 20.8.91), so bleibt Polen der Trost, daß ohne diese "bundesdeutsche Einigungspolitik" die Grenze immer noch nicht vertraglich geregelt wäre.

Doch glaube niemand, daß da nur "geschenkt" wurde. Weder wurden polnische Entschädigungsansprüche für Nazi-Verbrechen (KZ, Zwangsarbeit) anerkannt, noch konnte Polen deutsches Begehren nach doppelter Staatsbürgerschaft für deutsch-polnische Bürger vom Tisch bekommen. Dafür mußte Polen deutsche Volksgruppenrechte offiziell vertraglich anerkennen. Zwar verweigerte Polen den Vertriebenen das Recht auf Rückkehr, doch in einem Notenwechsel zwischen beiden Staaten hielt der Bundesaußenminister ausdrücklich fest, daß mit polnischem EG-Beitritt Polen "zunehmend Möglichkeiten schaffen wird, auch deutschen Bürgern eine Niederlassung ... zu erleichtern." Sozialistische Abgeordnete im polnischen Sejm verwiesen zudem darauf, daß das deutsche Staatsbürgerrecht auf den Grenzen von 1937 basiere und damit im Gegensatz zur Grenzanerkennung stehe. (12)

Massiven Druck übte die Bundesrepublik auf die Abfassung des Kooperationsvertrags mit der Tschechoslowakei aus, der ebenfalls deutsche Minderheitenrechte garantiert (und noch nicht unterzeichnet bzw. ratifiziert ist). Weder wurde die Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 (Zwangsabtretung des Sudetenlands an Deutschland) akzeptiert, noch nahm die Bundesregierung das tschechische Angebot an - so kehren sich die Nachkriegsverhältnisse um -, auf Entschädigung für die Naziverbrechen in Böhmen und Mähren zu verzichten, wenn Bonn nicht weiterhin auf Besitzansprüchen der Vertriebenen bestehe. Beides wurde ausgeklammert, in einem Zusatzschreiben aber versichert, daß "die Eigentumsrechte einzelner nicht berührt" seien. Großzügig kündigte Bonn dagegen die Überprüfung einer Stiftung für NS-Opfer an.

Nachträglich wird damit die große unterwürfige Geste Vaclav Havels, die Vertreibung der Deutschen nach 1945 als gleiches Unrecht wie die Vertreibung der Tschechen durch die Nazis anzuerkennen, verhöhnt. Auch hier die deutsche Erpressung: die wirtschaftlich ruinierte CSFR braucht dringend die deutsche Unterstützung für die EG-Assoziierung, deren Verzögerung Bundesfinanzminister Waigel als sudetendeutscher Lobbyist bei tschechischer Unbotmäßigkeit angedroht hatte.

Innere Einmischung und neue "Sicherheitsarchitektur"

Wo aber ist der Bezug zum Vorherigen? In den letzten elf Monaten ist Europa zum Zentrum weltpolitischer Umwälzungen geworden. In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung der KSZE gestiegen. Ihr Instrumentarium auszubauen und für eigene Zwecke stärker zu nutzen, ist seither bevorzugtes deutsches Ziel. Der Pariser KSZE-Gipfel vom November 1990 war ein Triumph deutscher Politik. Seine "Charta für ein neues Europa" begrüßt ausdrücklich die deutsche Vereinigung als friedensstiftenden Schritt und feiert die bürgerliche Demokratie und die Marktwirtschaft als Grundpfeiler der Neuordnung Europas. Die in Paris institutionalisierte Außenministerkonferenz einmal jährlich wurde unter Genschers Präsidentschaft im Juni dieses Jahres in Berlin durchgeführt. Dabei wurden aus deutscher Sicht zwei Pflöcke eingeschlagen: es wurde ein Konsultationsmechanismus installiert (laut Genscher Keim eines "europäischen Sicherheitsrats", "Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur"), der "in dringlichen Situationen" auf Antrag von 12 Mitgliedsstaaten (das entspricht exakt der Zahl der EG-Mitglieder) eine Dringlichkeitssitzung beantragen kann, ohne daß der Staat, von dem die Krise ausgeht, dagegen ein Veto einlegen kann. Und es wurde ein Dokument "zum Schutz nationaler Minderheiten" verabschiedet, das, neben allerlei lobenswerten Vorhaben, "Fragen, die nationale Minderheiten betreffen", nicht mehr "als ausschließlich innere Angelegenheit des jeweiligen Staates" definiert. Auf beiden Neuerungen basieren Überlegungen, in Jugoslawien via KSZE zu intervenieren. Allerdings hat Genscher mit seinem Vorhaben, direkte Einmischung zu organisieren, vor acht Tagen in Moskau zunächst eine Abfuhr bekommen, da sein Vorstoß zu offenkundig mit der Lostrennung Sloweniens und Kroatiens von Jugoslawien verkoppelt war.

Der deutschen Politik ist der nationale Minderheitenschutz ein besonderes Anliegen, das zunehmend zum Instrument innerer Einmischung wird. In einer gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages (ohne PDS, aber mit Bündnis 90/Grüne) zur Berliner KSZE-Tagung wird mit Bezug auf die UNO-Intervention im Irak "für die Völkergemeinschaft die Perspektive eröffnet, auf Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten durch den Einsatz von Zwangsmitteln zu reagieren." Unter Verweis auf die dänische und sorbische Minderheit in Deutschland, deutsche Minderheiten in Ungarn und Polen wird festgehalten, "daß schließlich die Forderung nach Achtung des Rechts von Angehörigen nationaler Minderheiten als Teil des international anerkannten Menschenrechtsschutzes keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten darstellt ..." (13). Sehe ich nur Gespenster oder bereitet sich die deutsche Politik zunehmend darauf vor, ihre verlorenen Kriegsziele im internationalen Gewande von Rechtsansprüchen und Einmischung in Osteuropa wahrzunehmen?

In der Realität treffen deutsche Wünsche nach gestärkter Position allerdings auf Schwierigkeiten und Konkurrenzen, die aufzeigen, daß die Bundesrepublik seit der Wiedervereinigung zwar ein großes Stück auf dem Weg zur politischen Weltmacht zurückgelegt hat, aber immer noch politisch und militärisch gebremst ist und zunehmend Mißtrauen bei Verbündeten und Konkurrenten erzeugt, was Frankreich gegenüber der Nichtatommacht BRD mit der Ankündigung, neue atomare Kurzstreckenraketen mit Reichweite nach Deutschland zu stationieren, offen demonstriert hat. Im Golfkrieg war die BRD, die als Militärbasis gut funktionierte sowie erste Schritte für den "out-of-area"-Einsatz in die Türkei tat, zweite Wahl. Zugleich wurden im Vorfeld des Krieges französisch-amerikanische Differenzen deutlich, als Frankreich in letzter Minute, gegen den US-Widerstand, eine Verhandlungslösung versuchte. In Jugoslawien betätigt sich die BRD als Anheizerin des Bürgerkriegs, steht damit sowohl in Differenz zu Frankreich, das eine jugoslawische Lösung will, als auch zu den USA/Großbritannien, die von Beginn an keine direkte Einmischung wollten. Die militärische Schwäche Europas, vor allem aber Deutschlands, kann das Jugoslawien-Engagement durchaus zu einem Desaster deutscher Europapolitik geraten lassen. Weder kann derzeit auf KSZE-Truppen zurückgegriffen werden, noch scheint die WEU-Option durchführbar. Zwar wünschen die BRD und Frankreich den beschleunigten Aufbau einer WEU-Eingreiftruppe, doch stehen dem die NATO-Beschlüsse vom Frühjahr entgegen, die zwar einen "europäischen Pfeiler" der NATO gestatten, dem aber NATO-gemäß eine anglo-amerikanische Befehlsstruktur vorsteht. Das wiederum wird Frankreich, das der militärischen Struktur der NATO nicht angehört, abhalten.

(14) Scheitert das EG-Engagement in Jugoslawien, nicht zuletzt an den inneren Widersprüchen, dann könnte es angesichts der Zuspitzung des Bürgerkrieges doch noch zu einem US-Eingreifen über den UN-Sicherheitsrat kommen, womit die militärische Weltmacht Nummer Eins erneut ihre Vorherrschaft demonstriert hätte. Das könnte in der Folge durchaus den europäischen militärischen Zweig forcieren; es könnte auch - und aggressiv genug hat sich die BRD-Politik in Jugoslawien gebärdet - weitere deutsche Alleingänge beschleunigen, die neue Konflikte in Europa heraufbeschwören. Noch setzt die BRD-Politik auf den europäischen Weg zur Weltmacht. Doch ist es kein Zufall, daß Deutschland sich wieder der Verbündeten erinnert, die sein imperialistisches Streben im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg mitgetragen haben. Es ist vielmehr Symbol neuen deutschen Politik-Verständnisses, daß Politiker wie Landsbergis und Tudjman, die beide enge Freunde des Euro-Revanchisten und Kohl-Freundes Otto von Habsburg (CSU und Europäische Volkspartei) sind, mit Helmut Kohl ein ähnliches Geschichtsverständnis verbindet: Faschisten wollen sie alle nicht sein, da diese die Verlierer waren. Also muß die nationale Geschichte das Verlieren vergessen machen und auf Sieg umgestellt werden. So läßt der eine als erste Amtshandlung des neuen Staates litauische Nazi-Kriegsverbrecher rehabilitieren, der andere findet am Ustascha-Führer Ante Pavelic dessen faschistische Greueltaten bedauerlich, nicht aber sein großkroatisches Streben und die Zusammenarbeit mit Deutschland. Der Dritte schließlich poliert das deutsche Preußenbild auf, weil Friedrich der Zweite im Unterschied zu Wilhelm II. und Adolf Hitler ein historischer Sieger war. Das Land, dessen Politiker mit der Hauptstadtentscheidung für Berlin die Perspektive der strategischen Mittellage des größeren Deutschlands in Europa gewählt haben, hat offenkundig Blut geleckt. Deutsche Großmannssucht und Unberechenbarkeit sind wieder ein weltpolitischer Faktor geworden.

hr.

Anmerkungen:

1) Richard von Weizsäcker am 19. Juni zur Eröffnung der KSZE-Außenminister-Konferenz, FAZ, 20.9.91

2) Die Außen- und Sicherheitspolitik der EG: Testfall Jugoslawien, AK 333, S. 6

3) Vergleiche hierzu: Jens Reuter, Jugoslawien im Umbruch, Aus Politik und Zeitgeschichte 2.11.90, insbesondere zu Serbien S. B45

4) Angaben in: Furkes/Schlarp, Jugoslawien: Ein Staat zerfällt, Hamburg 1991

5) Europas Landkarte wird geändert, AK 333, S. 7

6) Winfried Wolf, Sowjetökonomie: Over, Roger!, SOZ, 29.8.91

7) Dusko Doder, Ein Gespräch mit Milovan Djilas, übersetzt aus "The European", Die Zeit, 12.9.91

8) FAZ 1.7. und 27.8.91

9) Gregor Gysi in seiner Bundestagsrede am 4.9.91, PDS-Pressedienst, 6.9.91

10) Interview mit Tudjman in: Süddeutsche Zeitung, 7.8.91

11) Interview mit Genscher, in: Die Zeit, 30.8.91

12) Ausführlicher zum deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag siehe ak 332, S. 15

13) Gemeinsamer Entschließungsantrag "Der Bundestag zum KSZE-Expertentreffen über nationale Minderheiten" von CDU/CSU, FDP, SPD, Bündnis 90/Grüne vom 18.6.91, dokumentiert in: Politische Berichte 14/91

14) Siehe ak 331, S. 5 zur NATO-Frühjahrstagung und dem Verhältnis zur WEU, sowie: Jürgen Elsässer, Was kommt nach Stresemann?, Konkret 7/91

41. Abbruch-Tabu

CD-Datei: daten/aksuche/ak334/abruch.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:334:abruch

Erfahrungen in der DDR

"Wer seine unerwünschten Kinder abtreiben ließ, legal, im sterilen Krankenhaus und ohne einen Pfennig dafür bezahlen zu müssen, verschwieg es. Wer sprach, kam ins Gerede."

Ins Gerede zu kommen, verdient das Buch, in dessen Vorwort obiges Zitat steht, allemal. Gabriele M. Grafenhorst hat in dem 1990 erschienenen Buch "Abbruch-Tabu" zwölf Lebensgeschichten von Frauen und Männern nach Tonbandprotokollen aufgezeichnet.

Die Frauen und Männer erzählen über ihre Erfahrungen mit Sexualität, Kinderwunsch und Schwangerschaftsabbruch.

Eine Frau berichtet: "Eine Schwester fuhr mich zu dem Operationsraum hin. Die Pendeltür wurde geöffnet, und eine andere Schwester nahm ihr das Fahrbett ab, beide sehen sich an, und plötzlich singt die eine: Ich möcht so gern am Fließband stehn, am Fließband stehn. ... Dann kam eine Schwester mit einem Eimer voll Wasser. Ich hing mit dem Arsch noch halb in der Luft, als sie sagte: Achtung! - Dann schwappte kalte Desinfektionslauge zwischen meine Beine." (S. 173).

Auch andere Schilderungen des Abbruches zeigen, daß die problemlose Möglichkeit des legalen Abbruches keineswegs automatisch die Bedingungen, unter denen Frauen ihre Schwangerschaft abbrechen, positiv beeinflußt hat.

Das Abbruch-Tabu hatte auch Auswirkungen auf die ÄrztInnen, die sich von dem Gesetz überrollt fühlten, z.T. auch nicht einverstanden waren, aber dennoch den Abbruch nicht verweigern durften.

Eine 35-jährige Ärztin: "Immer stellt sich die Frage: Vernichte ich menschliches Leben, wenn ich eine Schwangerschaft abbreche? In dieser Situation fühle ich mich als Gynäkologin allein gelassen. Der reformierte Paragraph 218 steht für mein Verständnis im krassen Widerspruch zum Verhalten des Staates. Das Recht auf Selbstbestimmung der Frau halte ich für richtig. Aber warum wird darüber nicht öffentlich geredet?" (S. 145) Diese Ärztin hat ihren eigenen Weg gefunden, um mit dem sie bedrückenden Zwang zum Abbruch fertig zu werden. "Diesen ganz Jungen - von 14 bis 18 -, die noch keine Kinder bekommen haben, spritze ich ein Hormon ein. Der Muttermund öffnet sich dann auf natürliche Weise. Das ist schmerzhaft. Mir geht diese Art von Abort weniger aufs Gemüt, weil er gedanklich der Fehlgeburt naheliegt." (S. 130)

Die Autorin schreibt selber nur im Vorwort, ansonsten wird von ihr nichts bewertet oder kommentiert. Die Aussagen der zwölf Frauen und Männer stehen für sich selbst, und das ist gut so. Denn gerade diese ganz persönlichen Erzählungen gehen unter die Haut. Am Anfang hätte ich mir schon gewünscht, zumindest von der Autorin zu erfahren, inwieweit die Auswahl, die sie getroffen hat, repräsentativ ist. Aber letztlich ginge das an der Intention dieses Buches vorbei: Endlich über das Thema Schwangerschaftsabbruch ins Gespräch zu kommen - das Abbruch-Tabu endlich zu brechen. Nicht mit wissenschaftlichen Abhandlungen, Statistiken oder ärztlichen Bulletins, sondern einfach über das Erzählen der eigenen persönlichen Erfahrungen. In der Frauen-Szene der DDR (soweit sie mir bekannt ist) ist es gelungen, auch mit Hilfe dieses Buches. Es wäre wünschenswert, wenn auch in der alten BRD dieses Buch zur Kenntnis genommen würde, da es einen tiefen Einblick in die Frauenwelt der DDR bietet, und so auch eine Grundlage zur Verständigung miteinander sein kann.

Es waren - und sind - letztlich die Frauen, die die Folgen dieses Tabus zu tragen hatten. Mit diesen Erzählungen ist es gebrochen.

Li.

Gabriele M. Grafenhorst

Abbruch-Tabu - Lebensgeschichten nach Tonbandprotokollen

Verlag Neues Leben Berlin

ISBN 3-355-01199-1, 19.80 DM